

WAHLKAMPF:

## Warum die AfD aufs Klima-Thema setzt

- VON MARKUS WEHNER, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 02.10.2019-21:02



*Erst war es der Euro, dann die Migration. Jetzt erhebt die AfD das Klima zum Mobilisierungsthema. Ihr Credo: Hauptsache politisch inkorrekt. Die Frage ist, ob sich die Partei da mal nicht verzockt.*

Als die AfD-Politiker Alice Weidel und Alexander Gauland vor gut zwei Jahren Heinz-Christian Strache besuchten, gab ihnen der damalige Vorsitzende der FPÖ einen Rat. Die AfD solle sich nicht an zu vielen Themen verzetteln, sondern sich auf drei konzentrieren: Migration, Islam und Klima. Mit dem Thema Migration hatte die AfD schon damals ihren Wiederaufstieg bestritten, nachdem das Euro-Thema an Bedeutung eingebüßt hatte. Auch als Anti-Islam-Partei hatte sie sich, sozusagen flankierend, dargestellt. Doch beide Themen haben ihre Durchschlagskraft im Jahre 2019 verloren. Das neue Mega-Thema ist das Klima. Es ist deswegen nicht verwunderlich, dass Gauland die Auseinandersetzung damit nun als neue Chance für die AfD entdeckt hat. „Die Kritik an der sogenannten Klimaschutzpolitik ist nach dem Euro und der Zuwanderung das dritte große Thema für die AfD“, sagte Gauland der „Welt am Sonntag“.

Die AfD-Führung hat eine Weile gebraucht, um zu dieser Haltung zu kommen. Die Wucht der Klimaschutzbewegung, die großen Kundgebungen der Anhänger von „Fridays for Future“ machten sie zunächst ratlos, wirkten doch die Demonstrationen von Gruppen aus dem Vorfeld der AfD – von Pegida in Dresden oder Zukunft Heimat in Cottbus – im Vergleich dazu geradezu niedlich. Gaulands ursprüngliche Reaktion war denn auch eine andere gewesen: „Wir müssen abwarten, bis sich der Klima-Hype gelegt hat“, hatte er noch im Juni der F.A.Z. gesagt.

Doch mittlerweile hat die AfD-Spitze eingesehen, dass Aussitzen keine Lösung ist. Das Klima-Thema geht nicht einfach weg. Deshalb geht die AfD in die Offensive. Der Zeitpunkt dafür ist günstig. Zum einen hat die Bundesregierung mit dem Klimaschutzpaket Schritte beschlossen, die von der AfD nun als „maßlose Vorhaben“, die „völlig ineffektiv“ seien, so Gauland, angeprangert werden können. Zum anderen hat die Wutrede von Greta Thunberg vor den Vereinten Nationen viel Kritik ausgelöst. Die AfD versucht sie nun auf ihre Mühlen zu lenken. Mit ihrer Kritik an der Klimaschutzpolitik habe die AfD „ein Alleinstellungsmerkmal, weil alle anderen Parteien ja den Irrsinn mitmachen, den Greta Thunberg neuerlich angeheizt hat, als sie vor den Vereinten Nationen ausrastete“, sagte Gauland dazu. Es soll das neue Mobilisierungsthema werden, und es könnte dafür geeignet sein, weil es gegen die „politische Korrektheit“ verstößt.

Hauptsache dagegen

Das Klimathema ist für die AfD allerdings nicht neu. Die Partei organisierte sogar Kongresse mit Leugnern des Klimawandels, und viele ihrer Politiker äußerten sich in dem Sinne, der Klimawandel sei nicht belegt. Damit freilich drohte sich die Partei lächerlich zu machen. Deswegen vertritt sie nun eine andere Sicht. Zwar gebe es den Klimawandel, doch sei noch völlig unklar, welchen Anteil der Mensch daran habe. Das ist zwar ebenfalls wissenschaftlich nicht haltbar, aber klingt nicht so verschoben wie

die absolute Leugnung des Offensichtlichen. Deutschland, das ohnehin nur zwei Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen erzeuge, könne am weltweiten Klimawandel ohnehin nichts ändern, so Gaulands fatalistische Argumentation. Dabei unterschlägt er, dass die Deutschen auch nur ein Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Zu einer eigenen Klimaschutzpolitik der AfD, die etwa in einem Plädoyer für die Atomkraft bestehen könnte, hat die AfD sich aber nicht durchringen können, auch aus Angst vor Protesten in ihrer eigenen Anhängerschaft.

Dabei würde das gut zu der Auseinandersetzung mit der Partei passen, die von der AfD als größter Gegner angesehen wird: die Grünen. Wie schon in der Frage der Migration stehen AfD und Grüne auch in der Klimapolitik für die Pole im politischen Spektrum. Beide Parteien sind in den letzten Jahren deutlich stärker geworden, sie kommen zusammen in den bundesweiten Umfragen derzeit auf 40 Prozent, in den Ländern zwischen 30 und 50 Prozent. In Gesamtdeutschland und in den westlichen Ländern sind die Grünen doppelt so stark oder noch stärker als die AfD, in den östlichen Bundesländern verhält es sich genau umgekehrt.

## Neue Konfliktlinien polarisieren die Parteienlandschaft

Anders als bei den anderen Parteien leiden Grüne und AfD nicht unter dem Erfolg der jeweils anderen. Im Gegenteil. Der Erfolg der AfD scheint die Grünen stärker zu machen, in geringerem Maße gilt das auch umgekehrt. Notleidende dieser Polarisierung sind die Parteien der Mitte, also Union und SPD, die in einer scheinbar endlosen großen Koalition regieren, die ja, so die herkömmliche Regel, die Ränder stärkt und kleineren Parteien zugutekommt. Doch gilt das nicht für die FDP und die Linke. Das hat wohl auch damit zu tun, dass die Hauptkonfliktlinien in der Politik sich verändert haben. Früher waren sie vor allem durch ökonomische Grundausrichtungen bestimmt, die in dem Gegensatz Marktliberalität versus Verteilungsgerechtigkeit ihren Ausdruck fand, für die stellvertretend FDP und Linkspartei standen. Heute ist es eher eine politisch-kulturelle Konfliktlinie, die die Debatten im Land und das Wahlverhalten bestimmt: kosmopolitisch gegen national, offen gegen geschlossen, global und universalistisch gegen die hergebrachte Ordnung, wie sie früher war.

Die Grünen sind dabei im Vorteil, sie bestimmen den politischen Diskurs. Sie sind in gewisser Weise schon da, wo die AfD gerne hinmöchte. Sie regieren in zahlreichen Landesregierungen mit, und sie tun das immer öfter mit der CDU, schon länger in so großen wirtschaftlich starken Ländern wie Baden-Württemberg und Hessen, demnächst wohl auch vermehrt im Osten. Die Grünen sind so in der politischen Ausrichtung, aber auch von ihrer Wählerklientel längst eine bürgerliche Kraft geworden. Die neue Strategie der AfD, sich selbst als bürgerliche Kraft zu bezeichnen, und den Begriff des bürgerlichen Lagers auf sich selbst, die Union und die FDP zu beschränken, zielt nicht zuletzt darauf, den Grünen diesen Anspruch abspenstig zu machen. Die AfD sieht ihre erfolgreiche Zukunft im Rahmen des hergebrachten Parteiensystems von links und rechts. Die Grünen sind in ihrer Sicht eine linke Kraft, die es immer vorziehen würde, rot-rot-grüne Bündnisse einzugehen als solche mit der Union. Deswegen werde die Union, sobald Teile der AfD sich nicht mehr rechtsradikal gebärdeten, auf ein Bündnis mit ihr zusteuern müssen. Wer sich die Entwicklung der CDU und insbesondere der CSU anschaut, die den Klima- und Umweltschutz nun neu entdeckt haben, um die bürgerlichen Wähler von den Grünen zurückzugewinnen, sich damit aber gleichzeitig noch kompatibler für Koalitionen mit den Grünen machen, kann allerdings berechtigte Zweifel daran haben, dass die Strategie der AfD aufgehen wird.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/seehofer-auf-rettungsmission-in-der-tuerkei-und-in-griechenland-16415002.html>

SEEHOFERS FLÜCHTLINGSMISSION:

## „Die Situation von 2015 darf sich nicht wiederholen“

- VON HELENE BUBROWSKI
- -AKTUALISIERT AM 03.10.2019-09:53



*Bundesinnenminister Seehofer macht sich auf die Reise in die Türkei und nach Griechenland. Er meint es ernst mit seinem Satz: „Die Entwicklung der Migration in der Ägäis verdient unsere erhöhte Aufmerksamkeit.“*

Wenn Politiker sagen, dass eine andere Frage als die, über die sich gerade alle aufregen, wichtiger ist, lautet der Vorwurf oft, sie wollten nur ablenken. Horst Seehofer ist es auch so ergangen.

Mitten in der Aufregung über die Ankündigung des Bundesinnenministers, ein Viertel der aus Seenot geretteten Migranten in Deutschland aufzunehmen, sagte er in einer Pressekonferenz in Berlin, die eigentliche Gefahr für eine ungeordnete neue Migrationswelle liege doch ganz woanders, nämlich auf der Balkan-Route. Als Grund nennt er die Zustände in Griechenland und in der Türkei.

An diesem Donnerstag und Freitag, zwei Wochen nach jener Pressekonferenz, reist er nun in beide Länder und macht damit deutlich, dass er diesen Satz ernst meinte. Um die Auslandsreisen des Bundesinnenministers in den vergangenen anderthalb Jahren abzuzählen, braucht es nicht viel mehr als eine Hand. „Die Entwicklung der Migration in der Ägäis verdient unsere erhöhte Aufmerksamkeit“, teilte Seehofer am Mittwoch per Twitter mit. „Das Jahr 2015 darf sich nicht wiederholen.“ Zu der Reise, die er zusammen mit EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos und dem französischen Innenminister Christophe Castaner antritt, sagte er: „Wir wollen sehen, wo unsere Unterstützung möglich ist, um unsere gute Zusammenarbeit weiter zu verbessern.“

Mit der Türkei ist es zuletzt wieder schwieriger geworden. Seit Wochen gelangen wieder mehr Bootsflüchtlinge über die Ägäis aus der Türkei nach Griechenland. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen kamen in diesem August 8103 Menschen, im August des vergangenen Jahres waren es weniger als 3200. Der Vorwurf steht im Raum, dass die Bemühungen der türkischen Behörden, die Migranten an der Ausreise zu hindern, nachgelassen hätten.

Laut EU-Türkei-Vereinbarung vom März 2016 ist die Türkei verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um neue See- oder Landwege für die illegale Migration aus der Türkei in die EU zu verhindern. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat vor wenigen Tagen sogar damit gedroht, sein Land könnte „gezwungen sein, die Tore zu öffnen“, wenn es die Last einer möglichen neuen Flüchtlingskrise alleine tragen müsse. Die Türkei fordert für Millionen syrische und andere Flüchtlinge im Land finanzielle Unterstützung.

## Finanzielle Hilfen

Die ist dem Land in der EU-Türkei-Vereinbarung auch zugesagt worden. Bis Ende 2018 hätte die EU für die Versorgung der Flüchtlinge insgesamt sechs Milliarden Euro bezahlen müssen. Doch bislang sollen nur 2,4 Milliarden Euro ausbezahlt worden sein. Auch darüber werden Seehofer, Avramopoulos und Castaner mit dem türkischen Innenminister Süleyman Soylu und Außenminister Mevlüt Cavusoglu wohl sprechen. Die Delegation aus Berlin, Brüssel und Paris wird der türkischen Regierung hier keine festen Zusagen machen können – abgesehen davon, dass man das Thema beim Europäischen Rat am 17. und 18. Oktober besprechen werde. Aus eigener Kraft könnte Seehofer die Unterstützung der türkischen Grenzpolizei anbieten. Das hatte er kürzlich in Berlin als Option genannt.

Die Mitbringsel für Griechenland könnten etwas umfangreicher ausfallen. In den Gesprächen mit dem Minister für Bürgerschutz, Michalis Chrysochoidis, und dem Minister für Migrationsangelegenheiten, Georgios Koumoutsakos, soll es um die Unterstützung der griechischen Verwaltung gehen. „Griechenland leistet als hauptbetroffener Staat an der Schengen-Außengrenze seit Jahren vieles auch in unserem Interesse“, teilte der Sprecher des Bundesinnenministeriums am Mittwoch mit.

Schon vor zwei Wochen hatte Seehofer angekündigt, Deutschland werde den Griechen vorschlagen, dass Beamte des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) bei Asylverfahren beraten und bei ihrer Registrierung helfen und auch dabei, Flüchtlingslager winterfest zu machen. Laut EU-Türkei-Vereinbarung kann Griechenland syrische Flüchtlinge von den Ägäis-Inseln zurück in die Türkei schicken.

## Illegale Migration verhindern

Allerdings sind seit 2016 nur knapp 2000 Flüchtlinge tatsächlich in die Türkei zurückgebracht worden. Auf den griechischen Inseln im Osten der Ägäis harren zurzeit knapp 30.000 Migranten aus – die höchste Zahl seit Inkrafttreten der EU-Türkei-Vereinbarung. Die Lager sind mittlerweile völlig überfüllt, wegen der dramatischen Zustände bringt die griechische Regierung wiederholt Flüchtlinge auf das Festland.

Vor wenigen Tagen kam es im Registrierlager von Moria auf der Insel Lesbos zum Brand, zwei Menschen starben. Die Regierung des neuen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis hat sich das Ziel gesetzt, bis Ende 2020 mehr als 10.000 Migranten, die keinen Anspruch auf Asyl haben, zurück in die Türkei zu schicken.

WINDPARK VOR ENGLAND

# Die größte Windkraftanlage der Welt

- VON SOPHIE SCHOLL
- -AKTUALISIERT AM 02.10.2019-21:53



Der „Dogger Bank“ Windpark vor der Küste Englands soll zukünftig 4,5 Millionen britische Haushalte mit Strom versorgen. Möglich macht das eine neue Offshore-Windkraftanlage – die höher ist als alle bisherigen.

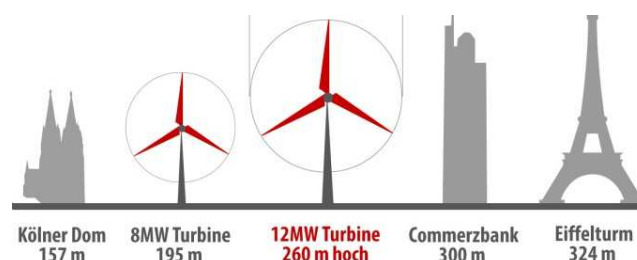
Die größten Offshore-Windkraftanlagen der Welt sollen demnächst vor Großbritanniens Küste stehen. Laut den Verantwortlichen des Windpark-Projekts „Dogger Bank“ sollen sie künftig mehrere Millionen britische Haushalte mit dem Strom versorgen.

Die Anlage Haliade-X M12 des Herstellers GE Renewable Energy ist mit einer Höhe von 260 Metern beinahe doppelt so groß wie das London Eye. Zum Vergleich: Bisher sind Offshore-Windanlagen bis zu 190 Meter hoch. Die Rotorblätter des neuen Windrads sind 107 Metern lang, der Durchmesser beträgt 220 Metern. Auf der Webseite wirbt der Hersteller damit, dass eine Windkraftanlage bis zu 16.000 Haushalte versorgen kann – je nach den vorherrschenden Windbedingungen der Nordsee.

## Strom für 4,5 Millionen Haushalte

Der Windpark „Dogger Bank“, in dem die Offshore-Windkraftanlagen demnächst stehen sollen, liegt etwa 130 Kilometer vor der britischen Küste entfernt in der Nordsee. Die Meerestiefe beträgt dort zwischen 20 und 35 Metern. Drei verbundene Windprojekte auf einer Fläche von 8660 Quadratkilometern gehören zu dem zukünftig weltgrößten Windpark: Creyke Beck A, Creyke Beck B und Teesside A.

Jedes der drei Windprojekte soll eine Kapazität von 1,2 Gigawatt haben. Gemeinsam sollen sie mehr als 4,5 Millionen Haushalte mit Strom versorgen – was etwa 5 Prozent der geschätzten Stromerzeugung in Großbritannien entspricht. Das Projekt geht aus einem Jointventure zwischen dem norwegischen Energiekonzern Equinor und SSE Renewables hervor. Sie rechnen zwischen 2020 und 2026 mit Investitionen von etwa 9 Milliarden Pfund.



Der erste Strom soll im Jahr 2023 erzeugt werden. Wie viele der Haliade-X M12 Turbinen in dem Windpark „Dogger Bank“ stehen werden, ist derzeit noch unklar, wie aus einer Pressemitteilung hervorgeht.

## Weniger Unterstützung

Trotz der Ambitionen der Energiekonzerne zahlt Großbritannien erstmals weniger Subventionen, um Projekte im Bereich Erneuerbare Energie zu unterstützen. Die Kosten der Windparkbetreiber würden durch die zunehmende Effizienz der Turbinen sinken, weshalb die Subventionen gekürzt wurden, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.

Großbritannien verpflichtete sich Ende Juni per Gesetz, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu sein. Ein Beratergremium empfahl unter anderem den Ausbau der erneuerbaren Energiegewinnung.

3. Oktober 2019, 8:44 Uhr Deutsche Einheit

## Die Gruppe dazwischen

Am interessantesten ist in Ost wie West die Gruppe dazwischen, und das geht nur los damit, dass ein so komplexes politisches und soziales Ereignis wie der Beitritt der [DDR](#) zur BRD natürlich nicht mit einem schlichten Plus oder Minus zu fassen sein kann. Es gibt in dieser Gruppe ehrliche Dankbarkeit für die umfangreichen Strukturhilfen des Westens - und gleichzeitig eine manchmal auch zornige Trauer über das Ausbluten vieler Regionen in den Jahren nach 1989.

Es gibt in größeren Teilen dieser Gruppe die Bereitschaft, zum Beispiel über Wahlen die anhaltende Eigensinnigkeit des Ostens herauszuarbeiten - und gleichzeitig eine nachgeschaltete Staatsräson, welcher die Überzeugung zugrunde liegt, dass auf Provokation zuweilen auch Mäßigung folgen muss.

Es gibt in dieser Gruppe den berechtigten Anspruch, nicht alle Erfahrungswerte und Errungenschaften des Ostens nur deshalb zu missachten, weil die DDR ein Staat des Unrechts war. Diesem Anspruch wohnt die Ahnung inne, dass es nicht bedingungslos gut wäre, sollte sich ein Satz des Schriftstellers Thomas Brussig bewahrheiten, der mal gefragt wurde, was von der DDR bleiben werde. Brussig sagte: "Das einzige, was von der DDR bleiben wird, ist ihr Ende."

Es gibt in dieser Gruppe schließlich die pragmatische Ansicht, dass doch ein Deutschland möglich sein müsse, das seine Zusammengehörigkeit schätzt, ohne fortbestehende Unterschiede wegreden oder verschweigen zu müssen.

Von dieser pragmatischen Sicht zwingend zu unterscheiden ist jenes bequeme Wunschdenken, demzufolge der Osten, der Westen und die Einheit doch längst kein Thema mehr seien. Sehr vieles spricht dagegen, unter anderem die Zeit. Gewiss scheint es im Schatten gegenwärtiger Großthemenlagen manchmal kleinlich oder anachronistisch, die deutsche Teilung in gegenwärtige Diskurse zu verlängern.

Ein besserer Schutz der Umwelt, globale Fluchtbewegungen und Kriege - was sollte es nützen, angesichts solcher Herausforderungen weiter Stuhlkreise zu bilden, um über den Osten und den Westen zu sprechen? Die Aufmerksamkeitskonkurrenz ist enorm groß geworden und dies mit guten Gründen.

Der Osten wird sich dennoch weiter bemerkbar machen. Er hat dies über Wahlen bereits getan. Und die Frage muss vorläufig offen bleiben, wie er das tut, wenn die Konjunktur sich weiter deutlich abschwächt, wenn im Westen sich Wohlstands- und damit Erbmasse weiter und zunehmend konzentriert, und so fort.

### **Merkel: "Das Land war vielleicht nie so versöhnt, wie man dachte"**

Vor gerade diesem Hintergrund ist beachtenswert, was außerhalb von Jahresberichten und Staatsaktredemanuskripten im Osten 30 Jahre nach dem [Mauerfall](#) passiert, im Kleineren, hier und da. Es gibt da etwa das Zeitgeschichtliche Forum in Leipzig, das seine Dauerausstellung um die Zeit nach '89 erweitert hat und ostdeutschen Transformationsleistungen eine Bühne gibt.

Da gibt es die sogenannte "Dritte Generation Ost", die eine Verständigung jener Ostdeutschen organisiert, die zur Wende sehr jung oder sogar noch Kleinkinder waren. Da gibt es auch eine sich wieder politisierende Gesellschaft im Osten, die ja nach wie vor nicht geschlossen rechtsextrem wählt, sondern in der es auch viele bewundernswerte Initiativen und Akteure gibt, die unter teils widrigen Bedingungen versuchen, den und damit ihren Laden zusammenzuhalten.

In einem Interview mit der *Zeit* zu Beginn dieses Jahres sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, sie tue sich schwer "zu sagen, das Land sei so gespalten wie nie zuvor. Das Land war vielleicht nie so versöhnt, wie man dachte". Dieselbe Angela Merkel sagte einige Jahre zuvor, die Wiedervereinigung des Landes sei "gelingbar und gelungen".

Wie sehr das Land versöhnt oder gespalten ist, wie weit die Einheit schon gelungen oder hoffentlich noch gelingbar, bleibt letztlich eine Frage, deren Antwort niemand von oben oder mit Statistiken dekretieren kann.

## Top-Ökonomen warnen Deutschland vor der Rentenfalle

Stand: 02.10.2019 | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Karsten Seibel**

Wirtschafts- und Finanzredakteur

Die führenden Wirtschaftsforscher des Landes präsentieren der Regierung eine lange Aufgabenliste. Weniger konjunkturpolitischen Aktionismus, mehr langfristige Stabilitätspolitik müsse das Ziel sein. Doch zuerst muss das Rentenproblem gelöst werden.

Während die Mitglieder des Kabinetts von Angela Merkel (CDU) noch über die Details des Klimakonzepts streiten, bekommen sie von den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten des Landes weitere Aufgaben auf – nicht zur Rettung des Klimas, sondern zur Rettung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Ganz oben steht für die Forscher das Problem der zunehmenden Alterung der Gesellschaft. „Ohne neue Weichenstellungen in der Rentenversicherung werden wir ab dem Jahr 2025 vor großen Problemen stehen“, sagte Stefan Kooths vom Institut der Weltwirtschaft in Kiel (IfW) bei der Präsentation des Herbstgutachtens.

Es sei für die Regierenden zwar einfach, immer höhere Zuschüsse aus dem Staatshaushalt – also Steuern – in die Rentenversicherung zu pumpen, eine Lösung sei dies aber nicht. Schon gar nicht dürften die erwarteten Lücken in den sozialen Sicherungssystemen durch die Aufnahme zusätzlicher Schulden gestopft werden.

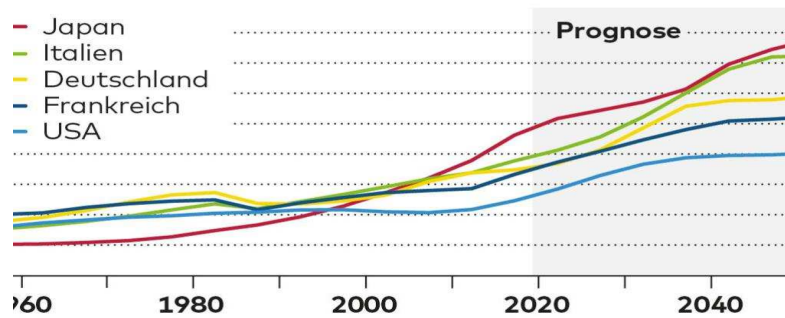
Einen Wegfall der erst vor wenigen Jahren eingeführten Schuldenbremse, wie von Politikern, aber auch einigen Ökonomen gefordert, gelte es unbedingt zu verhindern – zumindest vorerst. „Eine Neufassung der Schuldenbremse sollte nicht angegangen werden, bevor die sozialen Sicherungssysteme so aufgestellt sind, dass sie dem demografischen Wandel standhalten können“, heißt es in dem Gutachten, hinter dem neben dem IfW auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das Leibniz-Institut Halle (IWH), das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Essen (RWI) und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München stehen.

Andernfalls sei zu befürchten, dass der Ausgabenspielraum von der Politik dazu genutzt werde, den überfälligen Reformen auszuweichen. Die Schuldenbremse begrenzt die Neuverschuldung des Bundes und ist weniger streng als die sogenannte „schwarze Null“.



## Alterer Menschen nimmt stetig zu

... Rentner auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter



Quelle: Gemeinschaftsdiagnose #2-2019 der Wirtschaft

Quelle: Infografik WELT

Lange ist bekannt, dass die bevorstehende Alterung der Bevölkerung gewaltige Auswirkungen auf die Staatsfinanzen und insbesondere auf die Sozialkassen hat. Früheren Studien zufolge drohen die Sozialausgaben, die bereits heute knapp eine Billion Euro im Jahr betragen – was fast einem Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung entspricht – bis zum Jahr 2045 auf 1,6 Billionen Euro anzusteigen.

(...)

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/macrons-bioethikreform-und-der-markt-fuer-eizellen-16415562.html?premium>

BIOETHIKREFORM IN FRANKREICH:

## Kinder, wo kommt ihr her?

- VON JOACHIM MÜLLER-JUNG
- -AKTUALISIERT AM 04.10.2019-06:14

*Eizellspende, Samenspende, das Einfrieren von Keimzellen zur späteren Verwendung – all das ist in Frankreich gesetzlich auf dem Weg. Das ist ein Umbruch und ein Aufbruch. Doch es gibt Widerstand.*

Europa taumelt, Europa emanzipiert sich – egal, wie man es betrachtet, es ist mächtig Dampf im Kessel der europäischen Biopolitik. Und egal, wo man hinsieht, überall herrscht Aufbruchstimmung. Dass das in der Öffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen wurde, dürfte daran liegen, dass der Gegenstand, um den es geht, vor allem Minderheiten, man könnte sagen: still leidende Schicksalsgemeinschaften, umtreibt.

Der unerfüllte Kinderwunsch von alleinstehenden und lesbischen Frauen war für den französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron schon im Wahlkampf 2017 ein großes Thema. Er versprach eine Bioethikreform, der französische Ethikrat sprang ihm bald zur Seite. Eizellspende, Samenspende, das Einfrieren von Eizellen zur späteren Verwendung – alles ist inzwischen gesetzlich auf dem Weg, bis auf die Leihmutterchaft, die wegen der drohenden Konflikte um die Mutterchaft verboten bleiben soll. Doch es gibt Widerstand. Die Religionsgemeinschaften fürchten das Auseinanderbrechen der traditionellen Familien. Erzbischof Pierre d’Ornellas von der Französischen Bischofskonferenz sprach jüngst in einer Anhörung vom „elterlichen Projekt, das sich dem Kind aufdrängt“. Eine vaterlose Gesellschaft wird als Untergangsszenario beschworen. Nur die französischen Protestanten gaben in ihrer Stellungnahme zu verstehen, die künstliche Befruchtung müsse „sich an der Nachfrage der Patienten“ orientieren.

Nicht die ökonomische Begründung, wohl aber die Forderung, die Medizin dem Wohl des Kindes zuliebe auf den neuesten Stand zu bringen, war das Motiv für die deutsche Nationalakademie Leopoldina, im Juni dieses Jahres eine Offensive zu starten. Titel ihres Papiers: „Fortpflanzungsmedizin in Deutschland – für eine zeitgemäße Gesetzgebung“. Ungerechtigkeiten, überholte Praktiken und Versorgungslücken sollen den Kinderwunsch-Familien zuliebe ausgeräumt werden. Dabei geht es andernorts, das zeigt die französische Entwicklung, schon längst nicht mehr nur um Patienten, die sich um den Fortschritt betrogen fühlen, sondern um reproduktionsmedizinische Autonomie aller.

Das Verbot der Eizellspende steht beispielhaft für den Umbruch. Von Macron wie der Leopoldina wegen der Ungleichbehandlung zur erlaubten Samenspende vehement attackiert, ist die Eispende in Europa durch eine 2006 verabschiedete Richtlinie auf altruistische Spenden beschränkt. Ein kommerzieller Eizellmarkt sollte verhindert werden. In Großbritannien beispielsweise gibt es eine Aufwandsentschädigung von wenig mehr als hundert Euro. Doch gleichzeitig werden, so berichtete neulich Nicky Hudson von der De Montfort University in Leicester auf einem Eizell-Ökonomie-Seminar in New Orleans, „die Tore weit aufgerissen“ und neue Eizellpraktiken europaweit etabliert. Ganz vorne Spanien: Kommerzielle Eizellbanken sind nun die neuen Zwischenagenten der Kinderwunschkliniken, die das Geschäft ankurbeln. Spanien, so Hudson, sei zum Dreh- und Angelpunkt reproduktionsmedizinischer Expertise geworden. Die Hälfte aller Eizellspenden in Europa kommt inzwischen von dort.

Zwei- bis dreitausend Frauen aus Deutschland reisen jedes Jahr zur Behandlung ins Ausland. Der fragwürdige Kinderwunschtourismus sorgt allerdings auch dafür, dass viele Kinder später nie ihre biologische Abstammung in Erfahrung bringen können. Auch das ist für die Leopoldina inakzeptabel. Der Markt, so viel ist klar, ist mächtig in Bewegung geraten. In den Vereinigten Staaten läuft das Geschäft mittlerweile aus dem Ruder. Seitdem 2015 die Deckelung der Bezahlung von

Eizellspenderinnen aufgehoben wurde, werben Universitäten aggressiv auf dem Campus für Eizellspenden, Kliniken locken mit horrenden Profiten.

Diane Tober erinnert es an den Goldrausch. Die Reproduktionsmedizinerin an der University of California hat auf dem Eizell-ökonomie-Seminar eine Bilanz der Kommerzialisierung bei 322 Spenderinnen vorgelegt: Die Gewinne schießen demnach in die Höhe, die Zahl der Spenderinnen hat sich landesweit verdoppelt, vor allem aber wächst die Bereitschaft, sich für die Eizellernte mit Hormonen in extrem hohen Dosen stimulieren zu lassen. Eine Australierin habe siebzehn Stimulationszyklen über sich ergehen lassen, der Ertrag im ersten Zyklus einer anderen Spenderin: 78 Eizellen, machte 278000 Dollar. „Die Eizell-Produktion steigt steil an“, sagte Tober, und auch die Zahlungsbereitschaft der Empfängerinnen wachse. Reiche Asiatinnen zahlen bis zu fünfzigtausend Euro für die Behandlung. Über die Erfolgsraten allerdings wollte sie keine Auskunft geben. Der Markt, so hörte man nach Tobers Vortrag, werde das schon regeln.

MIGRATIONSKRISE:

## Erdogan und die Geographie

- EIN KOMMENTAR VON MICHAEL MARTENS, WIEN
- -AKTUALISIERT AM 04.10.2019-07:29



*Der „Flüchtlingspakt“ zwischen der EU und Ankara stand von Anfang an in der Kritik. Doch in der Migrationskrise sind die Europäer auf die Türkei angewiesen, ob sie es wollen oder nicht.*

Seit der „Flüchtlingspakt“ zwischen Ankara und der EU im März 2016 in Kraft getreten ist, wird er angefeindet. Die Kritik kommt von ganz links bis ganz rechts. Der Vorsitzende der Linkspartei Bernd Riexinger oder deren Fraktionschef Dietmar Bartsch fordern ebenso ein Ende des „menschenunwürdigen Flüchtlingsdeals“ wie Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth von den Grünen oder die AfD-Fraktionschefin Alice Weidel.

Rainer Maria Woelki, Erzbischof von Köln, fühlt sich gar dazu berufen, das Abkommen „infam“ zu nennen. Die tief im linken gesellschaftspolitischen Spektrum verankerte Lobbyorganisation „Pro Asyl“ fordert ebenso ein Ende des „schmutzigen Deals“ wie Autoren rechtspopulistischer Internetforen. Sebastian Kurz gehörte schon zu den Kritikern, als er noch österreichischer Außenminister war.

Nicht die Motive, aber die Argumente der Kritiker überschneiden sich: Durch das Abkommen habe Brüssel sich dem türkischen Präsidenten Tayyip Erdogan ausgeliefert und ihn zu Europas Schleusenwärter in der Migrationskrise gemacht. So sei es von ihm abhängig und damit erpressbar geworden.

### Erdogans Anhänger fühlen sich bedroht

Es stimmt, dass Europa in der Migrationskrise auf die Türkei angewiesen ist. Doch das hat nichts mit Erdogan zu tun, sondern mit Geographie. Sollte die EU, wie es die breit aufgestellte Phalanx der Kritiker fordert, ihr Migrationsabkommen mit der Türkei kündigen, blieben einige Tatsachen davon unberührt: Die Türkei wäre weiterhin ein Nachbarland sowohl Syriens als auch der EU. Sie beherbergt weiterhin mehr Flüchtlinge als jedes andere Land der Welt. Und sie bliebe ein Durchgangsland für Millionen potentieller Migrantinnen aus Iran, Südasien und Afrika.

Nur hätte Erdogan ohne Abkommen keinen Grund mehr, die Reisenden auf ihrem Weg an die türkische Westküste und von dort auf die griechischen Inseln aufzuhalten. Auch die türkische Landgrenze zu Griechenland und Bulgarien verschwände nicht, wenn Brüssel das EU-Türkei-Abkommen für nichtig erklärte.

Sollte die EU den Pakt mit der Türkei und damit die Hilfszahlungen für die angeblich bis zu 3,6 Millionen syrischen Flüchtlinge in der Türkei kündigen, würden sich wohl viele von ihnen auf den Weg nach Europa machen. Erdogans Partei hat die Kommunalwahl in Istanbul in diesem Jahr auch deshalb verloren, weil viele Türken mit der Flüchtlingspolitik des Präsidenten unzufrieden sind. Nicht

zuletzt viele seiner Anhänger fühlen sich von den Millionen Syrern in ihrem Land im Kampf um Arbeitsplätze und Wohnraum bedroht.

## Ein schmutziger Deal

Erdogan hätte keinen Grund mehr, syrische Flüchtlinge oder afghanische Migranten aufzuhalten, sollte die EU das Abkommen mit ihm kündigen. Und dann? Die Antwort, so ist nicht allein von Sebastian Kurz zu hören, liege in einem Europa, das seine Außengrenzen selbst schützt, unter anderem mit einer gemeinsamen europäischen Küstenwache.

Doch während Nordkorea seine Grenzen tatsächlich kontrolliert, ohne auf Kooperation angewiesen zu sein, kann Europa das, sofern es nicht den Schießbefehl ausruft, nur zusammen mit Nachbarstaaten wie der Türkei. Selbst wenn die Personalstärke der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex vervielfacht werden sollte, könnten die Beamten nichts anderes tun, als die Migranten in Empfang zu nehmen und zu registrieren – es sei denn, Europa wollte sich von den geltenden Menschenrechtskonventionen verabschieden und offiziell eine Politik der gewaltsamen Zurückweisung von Migranten an seinen Außengrenzen einführen.

Dafür gibt es zumindest derzeit noch keine Mehrheit in Europa. Dass sie entstünde, sollte abermals der Eindruck eines Kontrollverlustes wie in den Jahren 2015/16 entstehen, ist nicht ausgeschlossen. In Italien wird der wahrlich schmutzige Deal mit maghrebischen Warlords zur Kontrolle der libyschen Küste von keiner maßgeblichen Partei mehr ernsthaft kritisiert.

## Asylverfahren beschleunigen

Statt also eine Vereinbarung aufs Spiel zu setzen, deren Kündigung weder die Grundsätze der politischen Geographie außer Kraft setzte noch die Migrationsströme des 21. Jahrhunderts in eine andere Richtung lenken würde, ist die Frage geboten, wie an dem Abkommen festgehalten werden könnte. Der als auslandsreiseunlustig geltende Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zeigt durch seine Gespräche in Griechenland und der Türkei, dass er weiß, was auf dem Spiel steht.

Griechenlands Asylsystem muss in die Lage versetzt werden, abgelehnte Asylbewerber von den Ägäis-Inseln zügig in die Türkei zurückzuschicken – wie im Abkommen von 2016 vorgesehen. Das kann nur gelingen, wenn andere EU-Staaten Fachleute und Übersetzer zur Unterstützung der griechischen Behörden auf die Inseln entsenden. Anders als die abgewählte Linksregierung von Alexis Tsipras will der neue griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis Asylverfahren beschleunigen, damit abschließende Entscheidungen innerhalb von zwei Monaten fallen können, ohne das Recht auf faire Verfahren zu verletzen.

Auf dem überschaubaren Terrain einiger Inseln in der Ägäis kann Europa beweisen, dass es einer der größten Herausforderungen dieses Jahrhunderts gewachsen ist – oder eben nicht.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/parag-khanna-ueber-die-unabhaengigkeit-asiens-vom-westen-16408119.html?premium>

DIE NEUE UNABHÄNGIGKEIT ASIENS:

## Uns schert der Westen nicht

- VON MARK SIEMONS
- -AKTUALISIERT AM 04.10.2019-08:07



*Der Geostratege Parag Khanna und seine Mitstreiter aus Singapur bleuen dem Westen ein, dass die Zukunft Asien gehört. Damit könnten sie recht haben. Aber bedeutet das tatsächlich den Siegeszug der Technokratie, wie sie behaupten?*

Als jetzt zum Beispiel der größte Flughafen der Welt am Mittwoch nach vier Jahren Bauzeit in Peking-Daxing eröffnet wurde, war das allenfalls in Berlin, wo ein weit kleineres Bauvorhaben aus wenig durchschaubaren Gründen nicht fertig wird, eine Spitzenmeldung. Seit Jahrzehnten hat man sich im Westen an staunenerregende Nachrichten aus Asien gewöhnt – ohne deshalb allerdings die Vorstellung aufzugeben, dass es sich um Nachrichten aus der Peripherie des Weltgeschehens handelt, während man von sich selbst meint, vom Zentrum aus darauf zu schauen. So viel man auch vom „Aufstieg Asiens“ redet, bleibt doch das Bewusstsein intakt, dass die Weltöffentlichkeit im Kern eine westliche Öffentlichkeit sei. Nun aber scheint sich in Asien selbst – genauer gesagt: in Singapur – ein intellektueller Stoßtrupp zu formieren, der gewillt ist, eben dieses Kommunikationsgefälle umzukehren.

Asien: „Die Geschichte und Realität dieses Raums“, schreibt der 1977 in Indien geborene, in den Arabischen Emiraten und New York aufgewachsene und heute in Singapur lebende Geostratege Parag Khanna, „sollte nicht bewertet oder gerechtfertigt werden. Westler müssen, und sei es nur kurz, der unangenehmen Vorstellung ausgesetzt werden, wie es ist, wenn sich 4,5 Milliarden Asiaten überhaupt nicht darum scheren, was der Westen denkt. Sie sind es, die die Asiaten überzeugen müssen, wie wichtig der Westen für sie ist, und nicht umgekehrt.“

### Die Unabhängigkeitserklärung eines Kontinents

Um die Westler mit genau dieser „unangenehmen Vorstellung“ zu konfrontieren, hat Khanna ein Buch geschrieben, das Anfang des Jahres im englischsprachigen Original erschienen ist und nun im Oktober auch auf Deutsch herauskommt: „Unsere asiatische Zukunft“ (15.10. bei Rowohlt Berlin, 24 Euro). In seinen besten Momenten ist es ein polemisches Manifest, die Unabhängigkeitserklärung eines ganzen Kontinents – Asiens – von den Wahrnehmungsweisen und Maßstäben eines Westens, dessen Glaube an die eigene Hegemonie immer weniger Rückhalt in der Empirie findet. Aus der asiatischen Perspektive, schreibt Khanna, sei die Geschichte nicht zu Ende gegangen, sondern zurückgekehrt: Es sei keineswegs nur China, das die Stärke des heutigen Asiens ausmache; sondern umgekehrt sei auch China unter anderem deshalb so stark, weil es von der rapide zunehmenden Verflechtung der asiatischen Regionen untereinander profitiere, die an vorkoloniale Zeiten anknüpfe – etwa bei seinem Infrastrukturprojekt der „Neuen Seidenstraße“, das sich auf den Integrationsprozess der „Asiatisierung Asiens“ stütze und diesen zugleich weiter beschleunige.

Seit der globalen Finanzkrise, rechnet Khanna vor, habe sich „der Anteil des asiatischen Binnenhandels am asiatischen Gesamthandel von 29 Prozent im Jahr 2009 auf 57 Prozent im Jahr 2016 nahezu verdoppelt“. Der Großraum Asien werde daher immer unabhängiger von westlicher Nachfrage und westlichen Investitionen: „Neun der zehn weltweit meistgenutzten internationalen Flugverbindungen verlaufen zwischen asiatischen Städten“ (Flugscham wegen Kohlendioxidausstoß scheint dort eine ebenso geringe Rolle zu spielen wie bisher in Europa, wo dieses Jahr so viele Flugreisen wie nie zuvor gezählt wurden). Deshalb überholten manche Regionen den Westen bereits in bezeichnenden Kennzahlen. Nicht nur, dass die Bewohner von Japan und Singapur heute die höchste Lebenserwartung der Welt hätten – sie haben auch noch die „leistungsfähigsten Reisepässe“ und lassen in dieser Hinsicht das bisher führende Deutschland hinter sich.

Was diese Arbeit am von sich selbst eingenommenen westlichen Bewusstsein betrifft, leistet Khannas Buch gute Dienste. In einem historischen Rückblick stellt es die Anfänge der jetzigen Eigendynamik des Kontinents und die Rückgewinnung seiner Handlungsfähigkeit nach dem Ende der Kolonialzeit und des Kalten Kriegs dar. Zu Recht betont Khanna die Heterogenität des Kontinents, der sich auf keinen gemeinsamen kulturellen, religiösen und politischen Nenner bringen lässt: Es gibt gut und weniger gut funktionierende Demokratien ebenso wie Diktaturen und alle möglichen Spielarten von autoritären Regimen. Ganz realistisch weist Khanna auch darauf hin, dass zunehmende Verflechtung nicht unbedingt Harmonie heißt, sondern auch Konflikt, ja Krieg bedeuten kann.

## Technokratie statt Demokratie

Doch das Buch hat noch eine andere Seite, die zu diesem empiriegestützten Teil in einem merkwürdigen Missverhältnis steht. Denn während Khanna auf der einen Seite von der Vielgestaltigkeit des Kontinents spricht, raunt er auf der anderen von einer „asiatischen Methode, die Dinge anzugehen“, und behauptet gar: „Asien entdeckt sein asiatisches Wesen neu.“ Worin sollte ein solches Wesen bestehen, wenn weder die Geschichte noch die Gegenwart eine Gemeinsamkeit jenseits des Handelsinteresses zu erkennen geben? Je mehr sich das Buch seinem entscheidenden neunten Kapitel nähert, desto klarer wird, dass es in die Beschreibung des Ist-Zustands eine normative Ebene einzieht, eine Setzung: Es will nicht nur dem Westen klarmachen, dass bereits die Gegenwart und erst recht die Zukunft Asien gehören, es will auch Asien klarmachen, dass es sich an einer Regierungsform namens „Technokratie“ ausrichten sollte, und zwar in der Spielart, wie Singapur sie ausgeprägt hat.



Parag Khanna ist 1977 in Indien geboren und in den Arabischen Emiraten und New York aufgewachsen. Heute lebt er in Singapur. :Bild: Opale/Leemage/laif

Zur Begründung beruft sich Khanna einerseits auf Platon (der war auch schon der Meinung, „dass allein eine gebildete Bevölkerung verantwortungsvoll mit demokratischen Rechten umgehen kann“) und andererseits auf eine speziell asiatische Situation, der die Technokratie als rettende Zuflucht nach den schlechten Erfahrungen mit den vom Westen empfohlenen demokratischen Regimen erscheine. Als Beispiele für dysfunktionale Demokratien nennt er Indien, Bangladesch, Thailand und Indonesien. Die Menschen wollten die Demokratie nicht um den Preis von Korruption und Inkompetenz; wichtiger sei ihnen „ein Gleichgewicht aus Wohlstand und Lebensqualität, Offenheit und Schutz, effektiver Regierung und Bürgerbeteiligung, Individualismus und Zusammenhalt, freier Entscheidung und sozialer Absicherung“. Diesem Verlangen entspreche eine technokratische Politik, die langfristig,

strategisch und meritokratisch, auf den größtmöglichen gesellschaftlichen Nutzen angelegt sei. „Demokratie genügt sich selbst, Technokratie zielt auf Optimierung.“ Als positives Beispiel führt er dann ausgerechnet den philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte an, der für Tausende außergesetzliche Tötungen von Drogenabhängigen und Dealern verantwortlich ist; er habe das Land wieder auf den Pfad der Effektivität gebracht

## Ordnung vor Recht

Als eigentliches Modell aber empfiehlt er Singapur: „In ganz Asien, von Moskau bis Maskat und von Dubai bis Peking, wird die Regierung Singapurs am meisten bewundert und am genauesten studiert.“ Der langjährige Premierminister Lee Kuan Yew habe gewusst, dass die Ordnung vor dem Recht kommen müsse, wenn er die ehemalige Kolonie auf Vordermann bringen wolle; also habe er erst mal für eine knallharte Kriminalitätsbekämpfung, eine erstklassige Infrastruktur und einen effektiven Verwaltungsapparat gesorgt und Englisch als Amtssprache eingeführt. Und heute versuche die Regierung, auch „Tugenden der demokratischen Einbindung“, etwa durch regelmäßige Konsultationen, einzubauen, natürlich ohne es damit zu übertreiben.

Es ist nicht so, dass Khanna die dunklen Seiten der autoritären Regierungsformen ganz verschweigen würde. Er zitiert die Einschätzung der unabhängigen Organisation Freedom House, der zufolge mehr als die Hälfte der asiatischen Staaten als „nicht frei“ einzustufen sind. Die Länder mit den weltweit höchsten Hinrichtungsraten befinden sich darunter, einige der brutalsten Verfolgungen von Minderheiten geschehen dort: der Tibeter und Uiguren in China, der Tamilen in Sri Lanka, der Rohingya in Myanmar. Doch aus solchen Tatsachen folgt bei Khanna nichts weiter. Im selben Atemzug behauptet er ziemlich allgemein bleibend, dass die politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten zugleich immer mehr zunähmen, und der Absatz endet mit der These, man könne die so entstehenden „Hybridregime“ nicht ohne weiteres als autoritär abtun, „da sich eine breite Masse für eine stetige Führung ausspricht“.

Von 2012 bis 2018 forschte Khanna an der Lee Kuan Yew School of Public Policy, die 2004 an der National University of Singapore eingerichtet worden war. Sie sorgt für die theoretische Fundierung der Singapurer Herrschaftspraxis und zugleich für deren Export vor allem innerhalb Asiens, zuletzt aber auch vermehrt in die ganze Welt. Vor allem der langjährige Direktor der Institution, Kishore Mahbubani, hat in Büchern wie „Can Asians Think?“ oder dem im letzten Jahr erschienenen „Has the West Lost It?“ dem Westen eingebleut, dass der sich mit einer von Asien, speziell von China dominierten Weltordnung arrangieren müsse.

Die fatale Ironie dieser neuen Singapur-Avantgarde besteht darin, dass sie den abwehrenden europäischen Begriff von der „orientalischen Despotie“ (Aristoteles, Montesquieu, Wittfogel) wiederbelebt und sich positiv zu eigen macht: Ja, wir Asiaten sind von Natur aus Despoten, und wir sind stolz darauf, wenn wir auf diese Weise die verkommenen Demokratien des Westens in die Schranken weisen können. Auf eine Fundierung im Gesamt der heterogenen asiatischen Wirklichkeit kann sich diese Setzung allerdings nicht berufen. Ihr abgehobener geopolitischer Blickwinkel berücksichtigt weder die Perspektive der verfolgten Minderheiten und Abweichler, die unter allzu großer technokratischer Effektivität leiden, noch die lebendigen asiatischen Demokratien wie Japan, Taiwan und Südkorea und auch nicht das energisch aufbrechende Verlangen nach Gewaltenteilung, wie es jetzt etwa in den Protesten in Hongkong zum Ausdruck kommt.

Die zunehmende Entkoppelung demokratischer und rechtlicher Prinzipien von der Macht, die sie bisher stützte – der immer mehr Risse bekommenden westlichen Vorherrschaft –, scheint auch im Westen selbst zu irritieren: Viele reagieren mit Verdrängung der neuen Realitäten, manche mit Verleugnung der Prinzipien. Zu lernen wäre, wie die Gewichtsverlagerung nach Asien Eingang ins Bewusstsein finden kann, ohne sie auf irgendeine überkommene Ideologie festzulegen. Die Frage, wie sich die Rechte gerade der Schwächsten zur Geltung bringen lassen, wird nicht obsolet. Sie stellt sich unter den neuen Bedingungen nur neu.



4. Oktober 2019, 7:02 Uhr

Rüstungspolitik:

## Bundeswehr muss vermutlich "F-18"-Kampfjets aus den USA kaufen



Zwei F/A-18 Hornet-Kampfjets des US-Marine-Corps über Nevada

- 
- *Knapp 90 Tornados der Bundeswehr sollen von 2025 an ausgemustert werden.*
- *Ersetzt werden könnten sie durch eine neue Version des europäischen Gemeinschaftsprojektes Eurofighter oder amerikanische Kampfjets vom Typ F-18.*
- *Bei der Entscheidung für einen der beiden Flugzeugtypen spielt eine Zertifizierung durch die USA eine entscheidende Rolle.*
- *Die Jets sollen in der Lage sein, die in Deutschland stationierten Atombomben der USA zu tragen.*

Von [Mike Szymanski](#), Berlin

Bei einem der wichtigsten Rüstungsvorhaben der Bundeswehr engen die USA den Handlungsspielraum für Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) erheblich ein. Die Luftwaffe sucht dringend Ersatz für die in die Jahre gekommenen *Tornado*-Kampfjets. Vorgängerin Ursula von der Leyen hat zuletzt dafür zwei Flugzeugtypen in die engere Auswahl genommen: eine neue Version des europäischen Gemeinschaftsprojektes *Eurofighter* oder amerikanische Kampfjets vom Typ *F-18*. Nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* bestehen jedoch Zweifel daran, dass der *Eurofighter* rechtzeitig fertig werden kann, um alle Fähigkeiten des *Tornados* wie von den Amerikanern gefordert ohne Unterbrechung gewährleisten zu können. Kompliziert macht die Nachfolgesuche eine Besonderheit der *Tornados*. Ein Teil der Flotte garantiert Deutschlands sogenannte "nukleare Teilhabe". Diese Jets sollen im Ernstfall die in der Eifel stationierten US-Atombomben ins Ziel tragen können. Welches Flugzeug auch immer diese Aufgabe künftig wahrnehmen soll, es muss dafür einen aufwendigen Zertifizierungsprozess bei den Amerikanern durchlaufen. Von der Leyen hatte die USA darum gebeten, über Kosten und Zeiträume für dieses Verfahren mit Blick auf die verschiedenen Modelle Auskunft zu geben. Wie die SZ erfuhr, sollen diese Ergebnisse nun dem Ministerium vorliegen und zugunsten des amerikanischen Modells ausfallen. Demnach könnte die Zertifizierung des *Eurofighters* drei bis fünf Jahre länger beanspruchen als beim Vergleichsmodell der Amerikaner. Die *F-18* hatte eine solche Zulassung bereits in einer früheren Baureihe.

Einerseits kommen die Ergebnisse wenig überraschend, wenn man unterstellt, dass die Amerikaner ein Interesse haben dürften, ihre eigenen Flieger zu verkaufen. Andererseits führt aber kein Weg an der Zertifizierung vorbei, über die die Amerikaner letztlich die Hoheit haben. Das Problem ist: Drei bis fünf Jahre länger - diese Zeit dürfte die Bundeswehr nicht mehr haben.

Die knapp 90 Tornados sollen von 2025 an ausgemustert werden. Die Kosten für ihren Unterhalt würden von diesem Zeitpunkt an derart rapide ansteigen, dass die Bundeswehr für das Geld auch neue Flieger kaufen kann. Derzeit sind deutsche Tornados unter anderem über Syrien und dem Irak im Anti-IS-Einsatz.

Nimmt man die neuen Prognosen der Amerikaner als Grundlage, dürfte ein neu entwickelter und zertifizierter Eurofighter der Bundeswehr kaum vor 2030 komplett einsatzfähig auf dem Hof stehen. Damit könnte der Fall eintreten, dass Deutschland zumindest vorübergehend nicht in der Lage ist, die nukleare Teilhabe zu gewährleisten. Kramp-Karrenbauer will verhindern, dass es dazu kommt. Über die nötigen Zertifizierungen habe sie auch bei ihrem Antrittsbesuch mit ihrem US-Amtskollegen Mark Esper gesprochen, sagte die CDU-Politikerin kürzlich bei einem Besuch bei der Luftwaffe. "Da sind wir in engem Austausch." Im ersten Quartal 2020 wolle sie nun über ein Nachfolgemodell für den Tornado entscheiden.

### **Kramp-Karrenbauer wurde in Washington klargemacht, dass ihr Handeln sorgsam verfolgt werde**

Kramp-Karrenbauer will die militärische Zusammenarbeit mit den USA zur Stabilisierung der Beziehungen stärken. Washington sei weiter der wichtigste Bündnispartner, erklärte die Ministerin auf ihrer USA-Reise. Nach SZ-Informationen ist der Ministerin bei ihren politischen Gesprächen seitens der Amerikaner auch klargemacht worden, dass aufmerksam verfolgt werde, wie in Europa die militärische Zusammenarbeit vertieft würde. Diese dürfe nicht dazu führen, dass die Amerikaner mit ihren Rüstungsprojekten außen vor blieben. Ginge es nach den Amerikanern, würden sie Deutschland am liebsten ihren modernsten Kampfflieger, die *F-35*, verkaufen. Die Luftwaffe hatte sich diesen Flieger auch gewünscht. Jedoch hätte sich Berlin mit einer solchen Kaufentscheidung gegen Frankreich gestellt. Gemeinsam mit Paris will man bis 2040 einen eigenen Kampffjet der nächsten Generation entwickeln. Die *F-18* ließe sich als Übergangslösung rechtfertigen. Ganz an den Amerikanern wird Kramp-Karrenbauer bei der Nachfolge kaum vorbeikommen können.

In Industriekreisen zeigte man sich überrascht von ihrem Vorstoß, nun doch rasch eine Entscheidung herbeiführen zu wollen. Es gilt als unwahrscheinlich, dass der Koalitionspartner SPD dem Kauf eines solchen Bombers ausgerechnet bei den Amerikanern zustimmt. Die SPD-Fraktion wird mittlerweile von Rolf Mützenich geführt, einem ausgesprochenen Kritiker der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik und Abrüstungsbefürworter. Trump hatte er vor den Abgeordneten des Bundestags im Sommer als "Rassisten im Weißen Haus" bezeichnet. Der *F-18* den Vorrang zu geben, lehnte Mützenich schon ab, bevor er an die Spitze der Fraktion gerückt ist.

158,19

<https://www.sueddeutsche.de/politik/thueringen-landtagswahl-linke-cdu-1.4625375>

4. Oktober 2019, 8:45 Uhr

Thüringen:

## Die CDU mit der Linken?



*Wer wird hier Mehrheiten bilden? Der Thüringer Landtag in Erfurt.*

*(Foto: dpa)*

- Für die gängigen Koalitionen und selbst für ein rot-rot-grünes Bündnis wird es in Thüringen nach der Landtagswahl vermutlich nicht reichen.
- Es ist schon vom Projekt "Simbabwe" die Rede, also von der Möglichkeit einer Viererkoalition aus CDU, SPD, Grünen und FDP.
- Alt-Bundespräsident Joachim Gauck hat zudem empfohlen, dass auch CDU und Linke nach der Wahl miteinander sprechen sollten.
- Von [Cornelius Pollmer](#), Leipzig

Wegen der strukturellen Schwäche von CDU und SPD bekommen es Wähler und Gewählte in Deutschland immer häufiger mit knappen Mehrheiten zu tun; kein anderes Bundesland aber hat damit so exquisite Erfahrungen gemacht wie [Thüringen](#). Seit fünf Jahren regiert dort die rot-rot-grüne Koalition des linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Sie begann ihre Arbeit im Landtag mit genau einer Stimme Mehrheit und erlebte mehr als genau ein Mal, wie schwer eine derart knappe Überzahl aufrechtzuerhalten ist.

Es gab in Hinterzimmern zuweilen heftiges und unmoralisches Werben um Aus- und Übertritte einzelner Abgeordneter. Und es gab auf offener Bühne Abstimmungen, die zu Ereignissen wurden. So brachte Rot-Rot-Grün einen Änderungsantrag zum Abgeordnetenüberprüfungsgesetz ein - und stimmte dann selbst dagegen. Die Mehrheit für den Antrag war kurzerhand verloren gegangen und statt diesen durchzubringen, versuchte die Koalition, so etwas wie Geschlossenheit in der Niederlage zu zeigen.

Von einer "Tyrannei der Mehrheit", wie sie Alexis de Tocqueville einst beschrieb, war der Landtag auch sonst weit entfernt, selbst wenn das der Linken-Abgeordnete Rainer Kräuter womöglich kurz anders gesehen haben mag. Kräuter musste seinen Urlaub für eine einzige Sitzung in Erfurt unterbrechen, um die Mehrheit der Koalition zu sichern - und flog danach in die Ferien zurück, und zwar: nach Australien.

### **Niemand will mit der Enormweitaußen-AfD unter Björn Höcke koalieren**

Nun war schon nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg zu lesen, die Regierungsbildung könne dort aufgrund jeweils knapper Mehrheiten schwierig werden. Während sich in beiden Ländern jedoch

Lösungen abzeichnen, scheint die Situation in Thüringen vor der Landtagswahl am 27. Oktober nach demoskopischer Lage der Dinge noch einmal deutlich komplizierter zu sein. Die CDU hatte in Umfragen lange vor der Linkspartei gelegen, aber das hatte sie auch bei der Wahl 2014, ohne danach eine Regierung bilden zu können. Nun liegt die Linkspartei vor der CDU, was wiederum ihr aufgrund einer schwachen SPD und einer starken AfD am Ende womöglich wenig nützen könnte.

Vorstellbar ist, dass nach der Wahl auf Rot-Rot-Grün genau so viele Mandate entfallen wie auf CDU und AfD. Wahrscheinlich ist, dass Rot-Rot-Grün die eigene Mehrheit mindestens dann verlöre, wenn die FDP in den Landtag einzöge. Die pendelt in den Umfragen verlässlich zwischen beiden Seiten der Fünf-Prozent-Marke - und ihr Einzug würde die Lage mit Sicherheit verändern, jedoch nicht unbedingt erleichtern. Das liegt auch daran, dass niemand mit der Enormweitaußen-AfD unter Björn Höcke koalieren möchte. Auch die CDU von Spitzenkandidat Mike Mohring hat eine Zusammenarbeit mit dieser ausgeschlossen.

Während für Brandenburg und Sachsen das in Sachsen-Anhalt bereits operierende Modell "Kenia" (Dreierbündnis mit CDU, SPD, Grünen) wahrscheinlich ist, war in Thüringen zuletzt vom Projekt "Simbabwe" die Rede, also von der Möglichkeit einer Viererkoalition aus CDU, SPD, Grünen und FDP. Eine andere Empfehlung sprach soeben der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck aus. Er sagte bei RTL, dass in Thüringen nach der Wahl auch CDU und Linke miteinander sprechen sollten.

Wiedervereinigung:

## "Absturz ins Nichts"

*Ist die Wiedervereinigung eine Erfolgsgeschichte? Der Volkswirt Karl-Heinz Paqué und der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk über fast 30 Jahre deutsche Einheit – und die Teilung bis heute*

Interview: **Judith Scholter** und **Frank Werner**

3. Oktober 2019, 21:25 Uhr ZEIT Geschichte Nr. 5/2019, 17. September 2019 Kommentare

**ZEIT Geschichte:** Herr Kowalczyk, Sie sind in Ost-Berlin aufgewachsen. Sie, Herr Paqué, im Saarland. Wenn wir über Deutschland reden – spielt das eine Rolle?

**Ilko-Sascha Kowalczyk:** Für mich persönlich nicht, ich habe eher eine Identität als Berliner oder als Europäer. Aber insgesamt ist das schon eine sehr wesentliche Frage, das sehen wir gerade an der Debatte über Ostdeutschland. Es gibt Spezifika, historische Prägungen, die man nicht abschütteln kann.

**Karl-Heinz Paqué:** Es kommt auf die Generation an und auf das soziale Milieu. Ich habe viele Jahre Erfahrung als akademischer Lehrer im Osten. Anfangs konnte ich unterscheiden, ob Studenten aus Ost oder West kommen, anhand der Art und Weise, wie sie Diskussionen führten. Heute gelingt mir das nicht mehr.



© [M] Sebastian Willnow/dpa

### KARL-HEINZ PAQUÉ

Der gebürtige Saarbrücker ist seit 1996 Professor für Volkswirtschaft in Magdeburg. Er war FDP-Finanzminister in Sachsen-Anhalt und steht seit 2018 der Friedrich-Naumann-Stiftung vor. 2009 veröffentlichte er *Die Bilanz: Eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit* bei Hanser.

**ZEIT Geschichte:** Sie leben seit 1996 in Magdeburg. Als was gelten Sie dort heute? Einmal Wessi, immer Wessi?

**Paqué:** Ja, das ist wohl so. Und trotzdem, als ich in die Politik ging, hat mir ein Kollege gesagt: Westdeutscher Professor und dann noch Liberaler, das wählt hier niemand! Stimmt aber nicht. Wenn man sich engagiert und mit der Region identifiziert, verschwimmen die Grenzen. Ich selbst bezeichne mich gerne als "Wossi".

**Kowalczyk:** "Ostdeutsch" zu sein heißt nach meiner Interpretation, einen bestimmten Erfahrungsraum zu teilen. Bei allen Brüchen und Zerrissenheiten in der ostdeutschen Gesellschaft gibt es bis 1989 eine große Homogenität der Erfahrung: Die Schulbücher zwischen Kap Arkona und Suhl, die Lehrpläne,

vieles im zentralistischen System war für alle gleich. In diese Erfahrungsräume kommt man nicht hinein, wenn man später dort hinzieht. Zumal ein Hochschulprofessor in ostdeutscher Wahrnehmung per se ein Westdeutscher ist – es gibt ja kaum ostdeutsche Professoren.

**ZEIT Geschichte:** Ist "der Ossi" nicht eine spöttische Erfindung der Westdeutschen?

**Kowalczuk:** Er ist eine Konstruktion westdeutscher Eliten, ja, aber den gemeinsamen Erfahrungsraum gibt es trotzdem, das beides muss man unterscheiden. Der Dissident und der Stasi-Offizier konnten sich am Stammtisch in einer ähnlichen Sprache verständigen – das könnten sie bis heute.

**Paqué:** Wenn Ostdeutsche anfangen, über die Vergangenheit zu reden, über die Schule zum Beispiel, können wir Westdeutschen nicht mitreden. Das gilt aber auch umgekehrt: Meine Frau und ich haben uns 1977 kennengelernt, wir sind geprägt von der Zeit der wilden öffentlichen Dispute um die RAF und die Nachrüstung. Da sind die Ostdeutschen außen vor.

**ZEIT Geschichte:** Sind wir, 30 Jahre nach dem Mauerfall, also immer noch ein geteiltes Land?

**Kowalczuk:** Unsere Stärke liegt in der Vielfalt, Unterschiede sind normal. Aber es haben sich Hierarchien gebildet: Die Ostdeutschen sind gezwungen, ihre Biografie vor den Westdeutschen zu verteidigen, sich zu erklären, weil sie die Anderen sind. Und das hat natürlich etwas mit den letzten 30 Jahren zu tun. Auch bei den harten Indikatoren wie Löhnen, Rente, Vermögen oder Erbschaften existiert immer noch die alte innerdeutsche Grenze.

**Paqué:** Die Hierarchien, von denen Sie sprechen, sind aber auch eine Frage der Größe: Würden die Ostdeutschen etwa 80 Prozent der Bevölkerung stellen, sähe es anders aus, dann wären die Westdeutschen in der Defensive. Trotzdem: Wir haben die Aufgabe der Wiedervereinigung massiv unterschätzt. Es wird dauern, bis sich die Unterschiede angleichen.



© Jens Jeske/imago images

## ILKO-SASCHA KOWALCZUK

Der Ostberliner Historiker ist Autor mehrerer Bücher zur Geschichte der DDR und der Wiedervereinigung. Im August erschien bei C.H. Beck *Die Übernahme: Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*.

**ZEIT Geschichte:** Herr Kowalczuk, was überwiegt: die Enttäuschung, dass der Osten auch nach drei Jahrzehnten wirtschaftlich hinterherhinkt? Oder die Freude, dass er aufgeholt hat?

**Kowalczuk:** Im Großen und Ganzen war die Wiedervereinigung ein Erfolg, auch weil sie europäisch eingebunden war. Doch es gibt Dinge, die man hätte anders machen können. Eine Unterlassungssünde hat die Vereinigung vom ersten Tag an belastet: Den Menschen im Osten hat nie jemand erklärt, wie das neue System eigentlich funktioniert. Es kam einfach über sie. Die meisten waren passiv – es ist ein Mythos, dass die Ostdeutschen eine Revolution gemacht und anschließend die Grundlagen für die Wiedervereinigung gelegt haben. Nur eine Minderheit war 1989 auf der Straße, die Mehrheit stand hinter der Gardine und wartete ab. Im März 1990 haben die meisten dann die Hochglanzversprechen

gewählt, ohne die Folgen absehen zu können. Der strategische Fehler, den die Kohl-Regierung jedoch machen musste, war die Währungsumstellung – die hat alles Weitere bedingt.

**Paqué:** Die Währungsunion mit dem Umtauschkurs von 1:1 war unvermeidbar, und sie war richtig. Die Leute brauchten Geld, in das sie Vertrauen haben. Das konnte nur die D-Mark sein. Und was hatte die Umstellung für Folgen? Ich überspitze ein wenig, aber am Ende: keine. Hätte man dagegen 3:1 oder 4:1 getauscht, wären die Löhne in Ostdeutschland plötzlich auf ein Sechstel oder Achtel des Westniveaus gesunken. Es hätte keinen Tag lang funktioniert, weil die Menschen weggegangen wären. Deshalb war die Währungsunion in dieser Form zwingend.

## "Der Osten wurde zum Experimentierfeld einer neoliberalen Politik"

**ZEIT Geschichte:** Das ist unter Ökonomen umstritten.

**Paqué:** Ich vertrete keine Mehrheitsmeinung, ich weiß. Aber anders als in Ost- oder Mitteleuropa, wo man die Menschen trotz extrem niedriger Löhne im Land halten konnte, wäre eine langsamere Umstellung in Ostdeutschland an der Mobilität der Arbeitskräfte gescheitert. Man hätte viel zu viel Zeit gebraucht, die DDR-Wirtschaft nach dem Flurschaden des Sozialismus wettbewerbsfähig zu machen. Ihr Hauptproblem war ja, dass sie isoliert vom Weltmarkt geblieben war und es keine konkurrenzfähigen Produkte gab. Sie brauchen Jahre, um neue Produkte zu entwickeln – diese Zeit hatte man nicht. Im östlichen Mitteleuropa dagegen war die Zeit vorhanden. In Tschechien liegen die Löhne heute bestenfalls bei der Hälfte des ostdeutschen Niveaus.

**Kowalczuk:** Ich stimme zu, dass die Ursachen für diesen Radikalumbau in den Jahren und Jahrzehnten vor 1989 lagen. Trotzdem: Der Staat schlüpfte 1990 in eine völlig andere Rolle als etwa bei der westdeutschen Steinkohleförderung, einem über Jahrzehnte hoch subventionierten Ausstieg, dessen Schlussakt wir voriges Jahr mit Tränen in den Augen erleben konnten: Im Beisein des Bundespräsidenten wurde die letzte Zeche geschlossen. Ostdeutschland dagegen wurde zum Experimentierfeld einer neoliberalen Politik. Die Treuhand, die immer als Beelzebub hingestellt wird, war nur das ausführende Organ einer Politik, die nicht auf Sanierung setzte, sondern auf die radikalen Marktkräfte.

**ZEIT Geschichte:** War es eine unheilvolle Gleichzeitigkeit, dass der Neoliberalismus aufblühte, als die Mauer fiel?

**Paqué:** Eine neoliberale Lösung hätte ganz anders ausgesehen! Die Treuhandanstalt hat schnell, aber pragmatisch privatisiert. Es war einfach der Druck der Situation. Was Sie beschreiben, Herr Kowalczuk, hat nichts mit Neoliberalismus à la Reagan und Thatcher zu tun, sondern mit sozialer Marktwirtschaft.

**Kowalczuk:** Zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft gehört aber auch, dass man den Menschen nur so viel zumuten soll, wie sie verkraften können. In der Finanzkrise von 2008 erlebten die Ostdeutschen dann, dass es auch anders geht: Mit einem Mal gab es "systemrelevante" Institutionen, die geschützt werden mussten. Da schaute man zurück und fragte sich, ob mit zweierlei Maß gemessen wird.

**ZEIT Geschichte:** Herr Paqué, haben die Väter der Wiedervereinigung alles richtig gemacht?

**Paqué:** Ihnen sind viele Fehler unterlaufen, aber keine wirklich entscheidenden. Würden wir heute mit all dem Wissen aus drei Jahrzehnten vor derselben Situation stehen, würden wir ökonomisch genauso handeln wie damals.

**Kowalczuk:** Na ja, man muss schon fragen, warum keine einzige Konzernzentrale von überregionaler Bedeutung in den Osten gekommen ist oder dort aufgebaut wurde. Die Leuchtturmidee hat eigentlich nur bei Jenoptik funktioniert. Und wie kommt es, dass die Banken und Versicherungen aus dem Westen den Ostmarkt für 'nen Appel und 'n Ei aufkaufen und Gewinne machen konnten wie nie zuvor in ihrer Firmengeschichte?

**Paqué:** Was die Skandale betrifft, möchte ich nichts reinwaschen, da muss man sich jeden einzelnen genau anschauen. Aber wir reden über eine relativ überschaubare Zahl von Fällen.

**Kowalczuk:** Sie unterschätzen die psychologische Wirkung!

**Paqué:** Wenn man unter Zeitdruck einen derart radikalen Umbruch vollzieht, sind Skandale unvermeidbar. Und es lässt sich kaum verhindern, dass Mythen entstehen, die Vorstellung etwa, man sei betrogen worden – was im Einzelfall sogar so sein kann, aber es beschreibt natürlich nicht die Situation insgesamt.

**ZEIT Geschichte:** Die Meistererzählung der alten Bundesrepublik lautet: Wir haben die Einheit finanziert. Und die Gegenrechnung? Hat der Westen nicht erheblich vom neuen Markt und den zugewanderten Arbeitskräften profitiert?

**Paqué:** Für Westdeutschland war die Einheit ein Konjunkturprogramm, keine Frage. Aber 80 Prozent der Bevölkerung, die Wohlhabenden zumal, kamen aus dem Westen, insofern hat dieser die Einheit vor allem finanziert. Ich würde aber nicht generell sagen, dass die Westdeutschen im Osten den großen Reibach gemacht haben, einzelne vielleicht, andere sind mit ihren Investitionen gescheitert.

**ZEIT Geschichte:** War es nicht ein Fehler, zu glauben, dass sich die Folgen des Umbruchs materiell auffangen ließen, dass der Sozialstaat es schon richten werde?

**Paqué:** Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit haben wir alle unterschätzt, aber es hat doch kaum jemand gesagt, dass die Leute schon glücklich werden, wenn sie monatlich ihre Arbeitslosenhilfe kriegen. So zynisch waren auch die allermeisten Politiker nicht.

**Kowalczuk:** Die Arbeitslosigkeit war nur das eine Problem. Niemand hatte eine Vorstellung davon, was es heißt, wenn die gesamte ostdeutsche Arbeitsgesellschaft zusammenbricht. Das ganze Leben war ja um den Betrieb herum organisiert: Alles brach weg, der Alltag, die Sozialbeziehungen, man fiel ins Nichts. Darauf war niemand vorbereitet. Die Folgen beschäftigen uns bis heute.

## "Die einen hatten Aluchips, die anderen richtiges Geld"

**Paqué:** Das erinnert an die *Great Depression* in Amerika: Plötzlich stand die Generation der Väter, die völlig schuldlos pleitegegangen war, vor ihren Söhnen, die keinen Respekt mehr vor ihnen hatten. Das war die gleiche Situation wie in Ostdeutschland.

**ZEIT Geschichte:** Statt New Deal gab es den "Aufbau Ost". In Ihrem neuen Buch, Herr Kowalczuk, kommen die Aufbauhelfer nicht gut weg: Meist beschreiben Sie die "Wohlstandskinder" aus dem Westen als "arrogant" und "ignorant". Macht Sie die Siegermentalität der Wessis immer noch wütend?

**Kowalczuk:** Siegermentalität? Wir haben die Revolution gemacht, *wir* sind doch die Sieger der Geschichte.

**ZEIT Geschichte:** Aber die Westdeutschen gerierten sich so?

**Paqué:** Das habe ich nach 1996 selbst erlebt. Ich kenne ehemalige westdeutsche Staatssekretäre und hohe Beamte, die im Osten hart gearbeitet haben, weit weg von ihren Familien, und die dann des Öfteren bis nachts um drei zusammensaßen und sich auf die Schulter klopfen, wie toll sie das alles gemacht haben. Es war eine Art koloniale Feldlager-Atmosphäre. Aber das ist doch auch irgendwie normal unter diesen Umständen.

**ZEIT Geschichte:** War es notwendig, die Chefetagen im Osten fast ausnahmslos mit West-Eliten zu besetzen?

**Kowalczuk:** Es gab gute Gründe dafür. Die westdeutschen Beamten hatten das System verinnerlicht, das sie im Osten aufbauen sollten. Und dennoch glaube ich, dass man auch anderen eine Chance hätte geben müssen. Man hätte zum Beispiel Positionen doppelt besetzen können, mit einem Tandem aus Ost und West. Da war man, glaube ich, zu wenig kreativ.

**ZEIT Geschichte:** Die Ostdeutschen sollten sich unterordnen?

**Kowalczuk:** Es wurde erwartet, dass sie sich den neuen Verhältnissen anpassen. Ich vergleiche es mit der Re-Education-Politik nach 1945, nur dass man es 1990 nicht mehr Umerziehung nennen wollte. Um das Jahr 2000 kam dann diese blödsinnige Ostalgie-Welle auf: Katharina Witt im FDJ-Hemd in der *Superllu*. Damals waren das für mich ewiggestrige Altkommunisten, heute weiß ich, dass das



nicht stimmt. Die Ostalgie war eine Abwehrhaltung, die man ernst nehmen muss. Viele wollten 1989 etwas Neues beginnen, aber sie erhielten keine Chance, wurden von einer Umschulung zur nächsten gejagt. Sie fielen hinten runter, fühlten sich mit ihren bisherigen Biografien verloren.

**ZEIT Geschichte:** Aber gab es das Gefühl, Deutscher zweiter Klasse zu sein, nicht auch schon zu Zeiten der DDR?

**Kowalczuk:** Ja, das ist älter. Wenn Ostler nach Prag oder an den Balaton gefahren sind, haben sie festgestellt, dass es zwei Kategorien von Deutschen gab: Die einen hatten Aluchips, die anderen richtiges Geld. Letzteren haben unsere Klassenbrüder und -schwestern in Ungarn, Polen oder der Tschechoslowakei den roten Teppich ausgerollt, während man selbst zurückgewiesen wurde. Welche Erfahrungen dann nach der Wende hinzukamen, hängt vom sozialen Milieu ab. Doch seit nunmehr 30 Jahren beschreibt sich kontinuierlich die Hälfte der Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse – das ist ein Wert, der mich sprachlos macht.

**Paqué:** Noch immer liegt der Abstand zum Westen, wenn es um Produktivität und Löhne geht, bei 20 bis 25 Prozent. Das führt zwangsläufig dazu, dass die Menschen sich zurückgesetzt fühlen.

**ZEIT Geschichte:** Nährt sich aus den Abstiegsenerfahrungen der Wendezeit die Wut von heute?

**Kowalczuk:** Da habe ich meine Zweifel. Natürlich wirken die Erfahrungen des Umbruchs nach, auch für die Jüngeren, die von den Geschichten am Abendbrottisch gehört haben. Aber zum Vorschein kommt auch ein historisches Erbe, das viel älter ist als die DDR. Ich spreche von den Traditionen des Nationalismus, des Rassismus oder des autoritären Denkens, die im Osten nie gebrochen wurden. An diese Traditionen können die Rechten jetzt anknüpfen. Auch die Staatsfixierung gehört zum Erbe der DDR – aus meiner Sicht eine Erklärung dafür, dass es bis heute im Osten keine mit dem Westen vergleichbare Zivilgesellschaft gibt. Dazu kommen die Globalisierung und die Migration, die für Verunsicherung sorgen. Wir haben eine Gemengelage mit vielen Parallelen zu Osteuropa und anderen Ländern, die kaum zu entwirren ist.

**ZEIT Geschichte:** Die alten Feindbilder verfangen offenbar immer noch: Die AfD setzt in Ostdeutschland auf markige Sprüche gegen den Westen.

**Kowalczuk:** Die Rechten mobilisieren das verbreitete Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein, über das wir schon gesprochen haben. So ähnlich hat die PDS in den Neunzigerjahren auch plakatiert. Ich vermute aber, dass eher ganz gegenwärtige Verlustängste auf die Zukunft projiziert werden: Es geht um Mieten oder Renten. Und auch um die Vorstellung von einer homogenen Gesellschaft, die durch Zuwanderung bedroht wird – was dann wiederum viel mit der alten DDR-Realität zu tun hätte.

**Paqué:** Was wäre denn, wenn morgen in Ostdeutschland die Innovationskraft blühen würde, wenn es plötzlich eine Start-up-Kultur gäbe und die Lücke zum Westen sich schließen, der Osten sogar in Führung gehen würde? Ich glaube, dass sich viele alte Probleme und Verletzungen dann von selber erledigen würden, weil viele Leute auf einmal Erfolgserlebnisse hätten und stolz auf ihre Region wären. Darauf müssen wir hinarbeiten, wir müssen die Innovationskraft im Osten stärken!

**Kowalczuk:** Ich verstehe ja Ihr Ansinnen, und es wäre gut, wenn es gelingt. Aber ich wage gegenüber dem Volkswirtschaftsprofessor die These, dass die Ökonomie womöglich nicht das Zentrum des Lebens ist. Was wir brauchen, ist vor allem eine andere Kultur des Umgangs miteinander, eine andere Form der Wertschätzung jenseits von wirtschaftlichen Argumenten. Immerhin haben die Ostdeutschen in mancher Hinsicht einen Vorsprung: Sie wissen, was Transformation heißt. In der Regel erleben Menschen maximal einen großen Umbruch, die Ostdeutschen haben schon den zweiten hinter sich. Auch das erklärt, warum sie verhältnismäßig offen sind für rückwärtsgewandte Versprechen.

**ZEIT Geschichte:** Spalten heute nicht andere Gräben als der zwischen Ost und West das Land – zwischen Hütern und Gegnern einer offenen Gesellschaft, zwischen Großstadt und Provinz?

## "Die Bonner Republik war ganz schön spießig und langweilig"

**Paqué:** Bei den Wahlergebnissen der AfD gibt es nicht nur ein Ost-West-, sondern etwas weniger ausgeprägt auch ein Südost-Nordwest-Gefälle. In Bayern und Baden-Württemberg ist die AfD relativ stark, in Nordrhein-Westfalen, Hamburg oder Schleswig-Holstein relativ schwach, obwohl die

südlichen Länder wirtschaftlich besser dastehen. Ich unterscheide zwischen einem mitteleuropäischen und einem atlantischen Deutschland; Letzteres hatte schon immer eine starke weltoffene Tradition.

**Kowalczuk:** Es gibt noch ein anderes Phänomen, über das selten gesprochen wird: Im Westen leben viele Ostler und Spätaussiedler. Die Russlanddeutschen etwa bilden ein zentrales Reservoir der Rechtspopulisten, gerade in Baden-Württemberg und Bayern. Sie sind, systemisch gesehen, den Ostdeutschen gar nicht so fremd. Insofern gibt es auch im Westen Demokratie-Probleme aus der Wendezeit, die bis heute nachwirken.

**ZEIT Geschichte:** Mit der Vereinigung kam die Demokratie in den Osten, doch wer arbeitslos wurde, sich ungerecht behandelt fühlte, lernte sie als Gegner kennen. Welche Folgen hatte das?

**Kowalczuk:** Diese Ersterfahrung war tatsächlich katastrophal. Millionen DDR-Bürger wurden mit Institutionen konfrontiert, die sie bislang nicht kannten: Arbeits- und Sozialämter oder Sozialgerichte. Nicht gerade förderlich für die Akzeptanz der Demokratie war auch die ideologische Dauerbeschallung in der DDR, die lange nachwirkt: Der SED-Staat hat Begriffe wie "Demokratie", "Freiheit" oder "Wahlen" jahrzehntelang missbraucht und mit einer eigenen Definition überzogen. Selbst wenn man solche Propaganda nicht ernst nahm: Sie ging an niemandem spurlos vorüber.

**Paqué:** Ich bin da nicht ganz so skeptisch. Wie tief wurzelte denn die demokratische Überzeugung im Westen in den Sechziger- und Siebzigerjahren? Durch das Wirtschaftswunder gab es eine positive Verbindung zur neuen Staatsform, und trotzdem brauchte man lange, um demokratisch zu reifen.

**Kowalczuk:** Aber die Revolution von 1989, der Untergang des Kommunismus, das hat das bundesdeutsche Selbstbewusstsein doch geradezu beflügelt. Ein CSU-Politiker und ein Linker konnten sich plötzlich in ihrem bundesdeutschen Überlegenheitsgefühl treffen und von den "Neuen" abgrenzen. Ostdeutschland wurde dadurch in seinem Streben nach Demokratisierung doppelt und dreifach abgehängt.

**Paqué:** Es stimmt, dass die harten Fronten im Westen nach 1990 aufgeweicht sind und Linke wie Rechte sich auf einmal mit der alten Bundesrepublik identifizieren konnten. Trotzdem müssen wir uns klarmachen, dass eine Demokratisierung, dass Veränderungs- und Reifungsprozesse einer Gesellschaft viel Zeit brauchen. Ich will nicht sagen, dass ich wegen der AfD unbesorgt bin, das bin ich nicht. Aber wir haben auch im Westen schwere Krisen durchgemacht, wenn ich an den Terror der RAF zurückdenke. Da sind wir rausgewachsen und anschließend auch gereift. Insofern müssen wir da jetzt durch... durch diese populistischen Gefahren.

**Kowalczuk:** Heute sehen wir eine populistische Welle über Westeuropa, Osteuropa und auch über Nordamerika, Brasilien und die Philippinen schwappen. Das hat eine globale Dimension. Ich bin leider nicht so optimistisch wie Sie. Zumindest sollten wir uns nicht einfach zurücklehnen und warten, bis die Welle vorüber ist.

**ZEIT Geschichte:** Hat die Wiedervereinigung das Land nicht auch zum Guten verändert?

**Paqué:** Sie hat es viel interessanter gemacht! Vor allem ausländische Kollegen sagen: Deutschland ist faszinierend, ist spannend. Das war es vorher oft nicht. Die Bonner Republik war ganz schön spießig und langweilig.

**Kowalczuk:** Wenn ich verreist war und nach Deutschland zurückkomme, dann stelle ich nach 30 Jahren noch immer fest, dass ich das große Privileg habe, im besten Land der Welt zu leben. Aber wissen Sie, was mich am meisten überrascht hat, als die Mauer fiel? Wie viele Menschen es in dieser wunderbar freiheitlichen Gesellschaft gibt, die den Wert der Freiheit nicht zu schätzen wissen, die die Freiheit verraten, indem sie Kompromisse mit Regimen eingehen, die Menschenrechte mit Füßen treten. Das ärgert mich bis heute am meisten. In Ost und West gleichermaßen – da gibt es keine Grenze.

KONTINENT IN DER KRISE

# Europa hat das Beste und das Schlimmste vor sich

Stand: 06:22 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Anja Ettl**, **Holger Zschäpitz**, Paris

*Brexit, Handelskrieg, Abschwung: Europa steckt in der Krise. Bei der Suche nach Auswegen gewinnt die lange Zeit verschmähte Strategie des französischen Staates immer mehr Anhänger. Das deutsche Modell hingegen steht unter Beschuss.*

Europa hat das Schlimmste vor sich: Die Alte Welt muss den drohenden Brexit stemmen, die eigene Marginalisierung durch China und Amerika verhindern, sich im Handelskrieg behaupten und gegen den wirtschaftlichen Abschwung kämpfen.

Europa hat gleichzeitig aber auch das Beste vor sich: Es hat die Chance, zum Vorreiter zu werden bei der ökologischen Revolution. Es hat die Pflicht, die eigenen Werte hochzuhalten und damit in einer immer polarisierteren Welt der Hort für Freiheit und Demokratie zu sein. Es kann mit seinem liberalen Lebensstil zum Magneten für die klügsten Köpfe der Welt werden, die mit ihren Ideen und Innovationen dabei helfen, den Wohlstand des Kontinents zu wahren.

Genau in diesem Spannungsfeld fand der erste WELT European Summit (WES) statt, den der Medienkonzern Axel Springer (WELT, „Bild“) in Zusammenarbeit mit dem führenden französischen Versicherer Axa in Paris ausrichtete.

## **Dieser Gipfel offenbart die geistige Spaltung Europas**

Unter den mehr als 40 Konzernlenkern und Firmenchefs sowie den prominenten Gästen aus der europäischen Politik überwog die Hoffnung darauf, dass Europa trotz aller Herausforderungen den richtigen Weg einschlagen wird. Gerade für Deutschland ist das allerdings mit einigen Risiken verbunden.

Viele lieb gewordene Überzeugungen der vergangenen Jahrzehnte, die das Land erfolgreich gemacht haben, müssen womöglich zugunsten eines geeinteren Europas geopfert werden. Sowohl die solide deutsche Haushaltsführung als auch die deutschen Vorstellungen von Geld- oder Wettbewerbspolitik gerieten auf dem WELT-Gipfel mehrfach unter Beschuss.

Für das neue Ziel Europas, sich künftig als dritter Akteur zwischen den beiden Weltmächten China und Amerika zu behaupten, scheint kein Weg zu weit. „Ein totalitäres China und ein immer illiberaler werdendes Amerika sind auch eine enorme Chance für Europa“, fasste Axel-Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner die Stimmung auf dem WELT-Gipfel zusammen.

Auch Axa-Chef Thomas Buberl, der gemeinsam mit Döpfner den Gipfel initiiert hatte, plädierte für ein neues europäisches Selbstbewusstsein. „Wir stecken in einer Sandwichposition zwischen den USA und China. Die Frage sollte nicht sein, welcher Seite Europa sich annähert. Wir sollten lieber unseren eigenen Weg gehen.“

In der Diskussion über Europas Zukunft stehen sich auch zwei Denkschulen gegenüber: Soll die Währungsunion sich eher nach dem deutschen Modell ausrichten, das für stabile Haushaltsfinanzen und Subsidiarität steht? Oder lieber dem französischen Modell folgen, das für einen staatlichen Zentralismus steht, eine gezielte Industriepolitik verfolgt und im Zweifel auch Schulden macht, um die eigenen Ziele zu erreichen?

### **Frankreichs Strategie hat viele Anhänger**

Zumindest auf dem Gipfel fiel die Antwort darauf relativ eindeutig aus. Insbesondere in der Frage, wie Europa die eigenen Industrien voranbringen kann, scheint Frankreich mit seinen interventionistischen und zentralistischen Vorstellungen derzeit mehr zu punkten.

„Ich bin heute aus London in nur zwei Stunden mit dem Zug nach Paris gekommen. Das war auch deshalb möglich, weil Frankreich eine entschiedene Industriepolitik verfolgt und mehr als andere Staaten in seine Infrastruktur investiert hat“, lobte Lufthansa-Chef Carsten Spohr die konsequente Strategie Frankreichs.

Airbus sei ein weiteres Beispiel für entschiedene Industriepolitik, sagte er in Richtung des Airbus-Chefs, der ebenfalls am Gipfel teilnahm. „Wir brauchen mehr Zentralisierung, um Infrastruktur-Investments und andere Zukunftsentscheidungen schneller treffen zu können. In diesem Punkt können wir von Frankreich lernen“, sagte Spohr.

Entsprechend schien der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire, der ebenfalls zu den Gästen des Gipfels zählte, bei seinem Auftritt vielen deutschen Managern aus dem Herzen zu

sprechen. „Europa braucht eine Industriepolitik, so wie China und die USA auch eine Industriepolitik betreiben.“

Es sei nicht möglich, Innovationen und technologische Durchbrüche ohne staatliche Hilfe voranzubringen. „Es wäre naiv, die Verantwortung dafür den Märkten und privaten Investitionen zu überlassen“, sagte Le Maire. „Das funktioniert nicht.“

Frankreich betreibt seit Jahrzehnten im eigenen Land Industriepolitik im großen Stil. Zuletzt hat Staatspräsident Emmanuel Macron sogar fünf Milliarden Euro an Risikokapital zusammengetrommelt, um staatlich orchestriert technische Innovationen voranzubringen. Das Land gibt jährlich 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für staatliche Investitionen aus und damit deutlich mehr als Deutschland.

### **Le Maire beschwört Kooperation**

Im Vorfeld des Gipfels hatte Le Maire Deutschland zum wiederholten Mal dazu aufgerufen, mehr zu investieren und damit das Wachstum Europas insgesamt voranzubringen. Auf dem WELT-Gipfel präzisierte er seine Forderung noch. „Die schwarze Null ist nicht die richtige Antwort auf die aktuelle ökonomische Situation“, sagte er. Staaten mit finanziellem Spielraum sollten in der gegenwärtigen Situation mehr investieren, um einen fiskalischen Stimulus zu setzen.

Auch mit einer weiteren Forderung konnte Le Maire bei vielen Konzernchefs punkten: „Wir sind daran gewöhnt, innerhalb der Euro-Zone zu konkurrieren. Aber wir sollten lernen, mehr zu kooperieren“, sagte Frankreichs Wirtschaftsminister, und gab damit eine Art neues Mantra vor: „Europa braucht mehr Kooperation und weniger Wettbewerb.“

Vor allem bei neuen Technologien müsse die Alte Welt zu Amerika aufschließen. Einen Impuls dafür, wie das gehen könnte, lieferte Daimler-Chef Ola Källenius auf dem WELT-Gipfel. „Wir sehen uns jetzt Herausforderungen gegenüber, die so kapitalintensiv sind, dass wir sie nicht alleine meistern können, selbst wenn wir es wollten. Deshalb arbeiten wir zusammen, zum Beispiel beim autonomen Fahren mit BMW“, schilderte er ein Beispiel für den neuen Korpsgeist in Europa.

Den beschwor auch Le Maire: „Mehr Wettbewerb statt Kooperation in Europa zu haben ist der falsche Ansatz. Europa sollte besser den Wettbewerb mit dem Rest der Welt aufnehmen, nicht zwischen den Mitgliedstaaten. Wir alle leiden darunter, insbesondere bei den neuen Technologien.“

Der WELT Economic Summit dokumentierte auch damit den offenkundigen Wandel in der Wahrnehmung des französischen Etatismus. Bisher galt dieses Modell eines überfürsorglichen Staates als Weg in die Stagnation. Jetzt scheint genau diese Version ernsthaft als Hoffnungskonzept für Europa gehandelt zu werden.

Die auf dem WES anwesenden Manager jedenfalls zeigten sich trotz der Herausforderungen positiv gestimmt, dass Europa die Kurve bekommt. „Ich bin zuversichtlich“, sagte zum Beispiel UniCredit-Chef Jean Pierre Mustier, „dass wir in Europa mit der neuen Kommission mehr Fortschritt sehen werden als in den vergangenen Jahren.“

The somewhat reluctant hegemon

## Germany has been slow to reassess its place in the world

Germany's traditional foreign-policy doctrines are coming under pressure

**Technology Quarterly** Apr 12th 2018 edition

---

Apr 12th 2018

THERE IS A crack of howitzer fire and a plume of smoke from above the birch trees, then silence falls on the milky winter afternoon in Pabrade, close to Lithuania's border with Belarus. "There come the Marders!" cries Lieutenant-Colonel Bösker of the Mechanised Infantry Battalion 371 of Germany's Bundeswehr as four light tanks roll out of the forest. Their job is to lure the enemy into the line of fire of the Leopard heavy tanks, which issue a series of earth-shattering booms. All this action, the lieutenant-colonel explains, is purely defensive: "The point is to slow down the enemy and buy time for political talks."

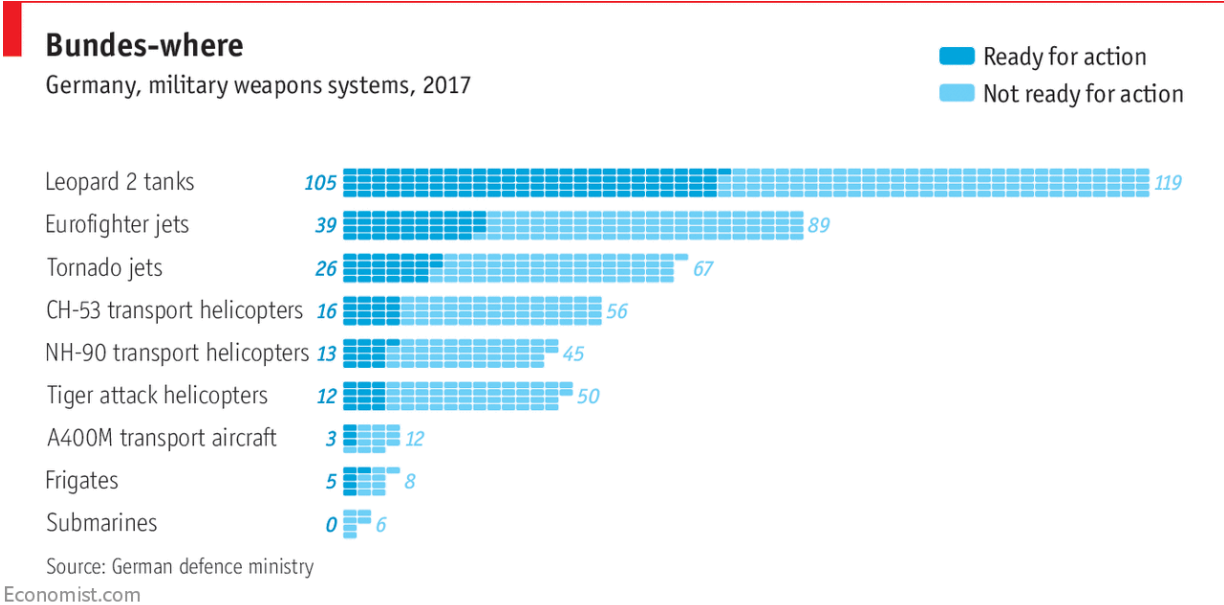
The exercise, codenamed "Winter Wolf", is part of NATO's "enhanced forward presence" (EFP) in Poland and the Baltic states, a response to Russian aggression in the region. In each of these countries a "framework nation"—in Lithuania's case, Germany—leads a multinational battalion charged with deterring Russian interference. Until recently such a deployment close to the Russian border would have been unthinkable. The post-war German constitution ruled out any combat deployments of the armed forces, a prohibition that was lifted only in 1994. Between the end of the second world war and 2002, when Germany joined the war in Afghanistan, the number of Germans killed in combat was precisely two. Mr Trump complains that Europe's largest economy still falls well short of NATO's target for defence spending of 2% of GDP. But as the Lithuania mission shows, the country is now more engaged.

Across all aspects of Germany's foreign policy, the country is beginning to give up its cautious traditional doctrines, but much more slowly than many of its allies would like. The country's role in the world is inevitably coloured by recent history. At NATO's Lithuanian headquarters in Rukla, a former Soviet army base, Thorsten Gensler is reflecting on his childhood. The EFP battlegroup's commander grew up in Bavaria, just 4km from the border with East Germany, which he recalls was patrolled by American soldiers. Sometimes they would give out chocolates. "But the threat was there, it was visible," he says. "And then the Wall fell, and with the expansion of NATO we are surrounded by friends... Here in Lithuania I feel that Germany is now giving back something of what the alliance gave my country in the cold war." In the nearby mess tent—a little corner of Germany, complete with sausage stand and post office—postcards bearing messages from home are pinned on a board: "My papa, my soldier, my hero"; "Greetings from the *Heimat*".

Germany has stepped up its defence effort in recent years. In 2014 Joachim Gauck, then the country's president, gave a speech at the Munich Security Conference calling on his country to act "sooner, more decisively and more substantially" in the world. Since then Germany has expanded its role in Afghanistan, started arming Kurdish Peshmerga fighters in northern Iraq and increased its peacekeeping role alongside France in Mali. When MH17, a Malaysian airliner, was shot down by Russia-backed insurgents in Ukraine just months after Mr Gauck's speech, Mrs Merkel pushed her European partners to impose sanctions against Moscow. In Munich last May she said in a speech

apparently aimed at America that “the times when we could rely entirely on others are to some extent over.” Last July she hosted the G20 group of world leaders in Hamburg at a summit where she sought to encourage multilateralism, free trade and environmental protection.

One reason why Germany needed to think bigger was the refugee crisis. With its geopolitical wings clipped after the second world war, and without Britain’s or France’s imperial legacy, the country long did not engage much with the world beyond Europe and big partners like America and China. The arrival of hundreds of thousands of poor Arabs and Africans in recent years has broadened its strategic horizons. In April 2016 Mrs Merkel said she had requested a world map coloured in to show Europe’s true borders: Ukraine, Georgia, Syria, the Sahara. Such thinking had just prompted a deal with the Turkish president, Recep Tayyip Erdogan, exchanging German money and visas for Turkey’s help with reducing the numbers of refugees entering Europe. Last year the German government proposed a “Marshall Plan” for Africa (recalling America’s massive investment in Europe after the second world war) to help fight poverty in sub-Saharan countries like Nigeria. In August Germany signed a deal to reduce migrant flows from Egypt, based on the Turkish model.



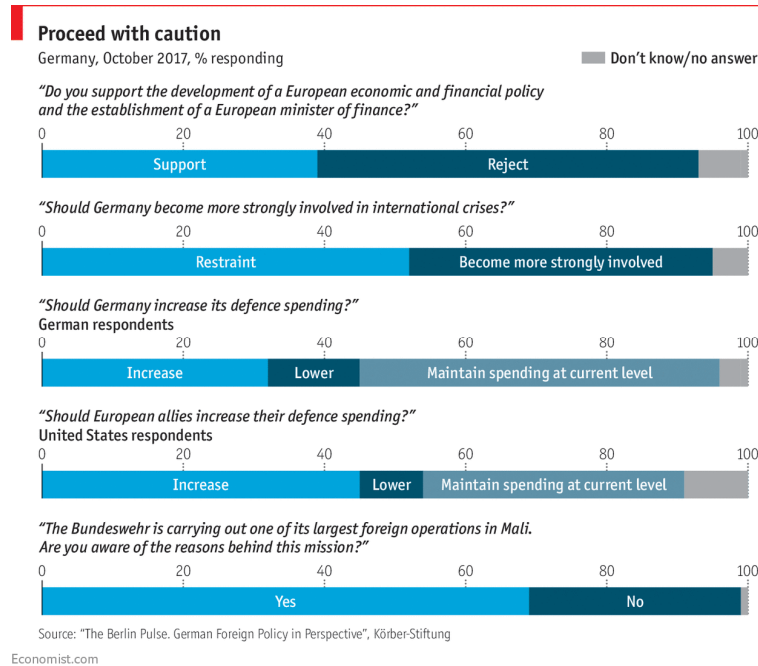
The one exception to Germany’s hands-off foreign policy has been its stance on the European economy. When the euro was created, the Germans insisted that it be modelled on the mighty Deutschmark and refused to entertain a “transfer union” channelling resources from Europe’s austere north to its allegedly spendthrift south. Germany’s politicians and central bankers stoutly defended the value of their country’s money, putting pressure on weaker economies such as France and Italy. Dominique Moïsi, a French writer, urged Germans to “let the sound of Beethoven prevail over the sound of Wagner”.

However, the election as France’s president of the reform-minded and Germanophile Emmanuel Macron has created an opportunity for closer integration of the euro zone, which Germany has long resisted. Mrs Merkel has hinted that she may be willing to shift position, telling Mr Macron on his first visit to Berlin last May that “a little magic dwells in each beginning.” Her new government is open to the idea of a future euro-zone budget and proposes to turn the European Stability Mechanism, currently a fail-safe device, into a “European Monetary Fund”: music to Mr Macron’s ears.

But even though Germany is prepared to take a more active role in the world, and show more emollience in Europe, it may find it hard to deliver on these good intentions. It is struggling, for example, to provide enough working Leopard tanks to meet its NATO commitments. In the days of the cold war it had over 2,000 tanks, but this has come down to about 250, and many of those do not work. Ursula von der Leyen, who has been defence minister since 2013, has battled to modernise the German armed forces, but they still suffer from problems with equipment and remain detached from the country’s wider foreign, security and aid strategies. André Wüstner, chairman of the German Bundeswehr Association, has characterised the German engagement in Afghanistan as “random aid



spending, little co-ordination between ministries, paired with illusions of feasibility and excessive expectations”.



The new government, like its predecessor, is notionally committed to the 2% NATO spending target, but will probably end up closer to the current 1.2%. In other areas, too, Germany is underpowered. “It lacks the diplomats to take on several major diplomatic initiatives at once,” notes Sarah Brockmeier of the Global Public Policy Institute, a foreign-policy think-tank in Berlin. In the Ukraine crisis Germany’s assertiveness towards Russia is limited by its continued commitment to NordStream2, a new gas pipeline running direct from Russia to Germany, leaving the countries in between in the cold. The new “Marshall Plan” for Africa involves a puny €1.5bn of additional EU spending.

## Europe writ small

Germany’s new Europeanism may prove similarly disappointing. The effusive language of the coalition deal makes no mention of a banking union—the best way of heading off the next euro crisis—and comes with no numbers attached. At most Mr Macron can expect modest concessions from Germany, not the Beethovenian transformation he hoped for.

Even as the world is asking Germany to ditch its traditional caution, the country still sees itself as closer to Switzerland than America in scale and thus responsibility. During the election campaign the SPD’s Sigmar Gabriel, then the foreign minister, called the 2% NATO goal an “arms race”. Many also scoff at Mr Macron; even *Der Spiegel*, a liberal weekly, snootily called the French president an “expensive friend”.

The German public still shows limited interest in a reassessment of Germany’s place in the world. In a study published in December by the Körber Foundation, a think-tank, 52% of respondents thought their country should hold back, against 43% who felt it should become more strongly involved. Ms Brockmeier thinks political leaders need to confront the voters with Germany’s responsibilities. But will they?

DEUTSCHE EINHEIT:

## Westliche Maßstäbe passen nicht mehr für den Osten

- VON STEFAN LOCKE, DRESDEN
- -AKTUALISIERT AM 04.10.2019-10:10



*Seit drei Jahrzehnten wird der Osten Deutschlands an der Norm des Westens gemessen. Doch Unterschiede einfach zu akzeptieren und nicht abzuqualifizieren, könnte Land und Leute zusammenbringen.*

In gut zehn Jahren wird Deutschland so lange wiedervereint sein, wie es zuvor geteilt war, und es ist nicht schwer zu prognostizieren, dass es auch nach 40 Jahren Einheit Unterschiede zwischen Ost und West geben wird. Die Frage ist, ob diese Unterschiede – jenseits der heute nach wie vor in Ostdeutschland deutlich längeren Arbeitszeit bei geringeren Löhnen sowie der inzwischen beschlossenen Angleichung der Renten – noch so maßgeblich sind, dass es einer weiteren Angleichungsdiskussion bedarf.

Der Ost-Beauftragte der Bundesregierung, der lediglich das Wort als Einflussmöglichkeit hat, muss sie jedes Jahr qua Amt führen. Und so lauteten die nach der Veröffentlichung des Berichts zum Stand der Deutschen Einheit vorhersehbaren Schlagzeilen auch diesmal wieder „Der Osten hinkt noch hinterher“ oder „Der Osten holt weiter auf“. Sie verdeutlichen das grundsätzliche Problem des „Vereinigung“ genannten Prozesses: Der – in sich auch sehr unterschiedliche – Westen ist nach wie vor Norm und Maßstab sämtlicher Bewertungen und Sichtweisen des geeinten Landes.

Das war schon 1990 ein Problem. Der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) erinnert sich in seinem Buch „Der Vertrag: Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte“, wer Koch und wer Kellner war: „Meine stehende Rede war: Liebe Leute, es handelt sich um den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung.“ Auf diese Weise konnte er – gleichwohl mit Unterstützung seines direkten Verhandlungspartners, des vornehmlich an seinem persönlichen Fortkommen denn am Wohl des Landes wie seiner Landsleute interessierten DDR-Staatssekretärs Günther Krause – so ziemlich alle Forderungen beiseite wischen, die die DDR-Delegation für die Einheit aufstellte.

Das galt nicht nur für die berühmten Polikliniken, die damals zerschlagen wurden, aber längst gesamtdeutsch als „Ärztelhäuser“ wiederauferstehen, das Abitur nach zwölf Jahren oder die umfassende öffentliche Kinderbetreuung. So brachte der Osten letztlich lediglich Brosamen in die Einheit wie die Naturschutz-Eule, die den im Westen üblichen Seeadler als Symbol für Schutzgebiete ablöste, oder den Grünen Pfeil, der das Rechtsabbiegen auch bei roter Ampel erlaubt, der sich jedoch im Westen nicht durchgesetzt hat.

Schäuble hat dann 1991 mit seiner fulminanten Rede für Berlin als Hauptstadt samt Regierungssitz immerhin die auf der Kippe stehende Entscheidung zwischen Bonn und Berlin maßgeblich beeinflusst.

Allein die Diskussion jedoch hat damals im Osten niemand verstanden, schließlich war nicht nur im Grundgesetz, sondern auch im Einigungsvertrag fest verankert, dass Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist. Dass die Hauptstadt auch der Sitz der Regierung sein müsste, galt im Osten als selbstverständlich, die plötzlich ins Spiel gebrachte Trennung hingegen als nicht hinzunehmende Spitzfindigkeit des Westens. Wäre der Beschluss damals zugunsten Bonns ausgegangen, hätte es in den neuen Ländern wohl Aufstände gegeben.

So aber ist die Hauptstadtfrage das erste und bis heute einzige Symbol, bei dem sich der Westen auf den Osten zubewegt hat. Vorschläge wie der nach einer gemeinsamen Nationalhymne aber wurden gar nicht erst diskutiert, der nach einer gemeinsamen Verfassung, die das Grundgesetz für den Fall der Einheit vorsah, wurden ausgesessen.

Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk schreibt in seinem eben erschienenen Buch „Die Übernahme – Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde“, dass weltweit keine Verfassung so häufig geändert wurde wie das Grundgesetz nach 1990, weshalb eine „Gesamtneukonstruktion“ durchaus angebracht gewesen wäre. „Für die Ostdeutschen wäre es vor allem mental und kulturell das Zeichen für einen gemeinsamen Neubeginn gewesen. Und die Westdeutschen hätten erfahren, dass auch die alte Bundesrepublik, das Nachkriegsprovisorium, in eine neue Zeit überführt werden musste.“

Was eine neue, laut Grundgesetz „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung“ beschlossene Verfassung tatsächlich bewirkt hätte oder heute noch bewirken würde, bleibt Spekulation. Gerade in Fragen der Einheit eines Landes aber sind Symbole nicht zu unterschätzen. Dass man nicht einfach etwas übernimmt, sondern gemeinsam Neues schafft, könnte eine gute Grundlage für eine auch ihrem Namen gerecht werdende Wiedervereinigung sein, die ja in Wirklichkeit ein Beitritt war.

So aber bleibt der Westen die Norm, an der er den Osten nun seit fast drei Jahrzehnten misst, und zwar jährlich zum 3. Oktober schriftlich als „Bericht zum Stand der Deutschen Einheit“. Dort listet dann der Ost-Beauftragte auf, wie viel Meter noch fehlen zum West-Niveau, was im Osten vielfach das Gefühl verstärkt, es noch immer nicht geschafft zu haben, nicht gleichwertig, ja Bürger zweiter Klasse zu sein. Und im Bundestag debattieren dann auch regelmäßig fast ausschließlich Ostdeutsche über den Bericht.

Die Einheit, so der Eindruck, der dabei entsteht, sei eine reine Angelegenheit des Ostens, die der Westen zwar weitgehend bezahlt, der damit aber möglichst nicht weiter belästigt werden möchte. Doch ist die Einheit vielmehr Sache des gesamten Landes, übrigens genauso wie die Geschichte der DDR spätestens seit 1990 auch Teil der Geschichte Gesamtdeutschlands ist.

Es ist nicht zu spät, die Wiedervereinigung als Chance zu begreifen. Helmut Kohl hat dem Ende seiner Kanzlerschaft auf die Frage, ob er bei der Wiedervereinigung Fehler gemacht habe, zugegeben, es versäumt zu haben, offen darüber zu sprechen, dass nicht alles in der DDR falsch war und in der Bundesrepublik nicht alles richtig. Genau diese Botschaft wäre jedoch sehr wichtig gewesen sowohl für das Selbstverständnis der Westdeutschen wie das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen.

Heute wäre schon viel gewonnen, Ostdeutschland nicht länger als problematisches Anhängsel der Bundesrepublik West zu sehen und Ostdeutsche nicht länger als „nicht angekommen“ im Westen oder gar in der Demokratie zu bezeichnen, wenn sie eigene Ansichten äußern, Dinge in ihren Ländern anders regeln oder anders wählen als im Westen üblich. Politisch sind die „neuen Länder“ mit Regierungschefs von CDU, SPD und Linkspartei ohnehin schon lange keine homogene Masse mehr.

Unterschiede zu akzeptieren, sie nicht als „ostdeutsch“ oder „anders“ im Sinne von minderwertig abzuqualifizieren, sondern als Teil Gesamtdeutschlands und bisweilen auch als Bereicherung zu sehen, könnte Land und Landsleute künftig einander näher- oder gar zusammenbringen.

Quelle: F.A.Z.

[https://www.lemonde.fr/politique/article/2019/04/15/derriere-le-virage-ecologique-de-marine-le-pen-l-obsession-de-l-immigration\\_5450173\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2019/04/15/derriere-le-virage-ecologique-de-marine-le-pen-l-obsession-de-l-immigration_5450173_823448.html)

## Derrière le virage écologique de Marine Le Pen, l'obsession de l'immigration

Pour la présidente du Rassemblement national, l'écologie passe d'abord par la protection des frontières et des nations.

Par [Nabil Wakim](#) et [Lucie Soullier](#) Publié le 15 avril 2019 à 05h19 - Mis à jour le 15 avril 2019 à 13h32

« *Localisme*. » L'ex-FN a définitivement trouvé son concept totem. Aucun débat télévisé, aucune sortie de campagne sans que ce « *localisme* » ne soit agité par un lieutenant du parti d'extrême droite pour afficher sa nouvelle conscience écologique. Marine Le Pen l'a brandi une nouvelle fois dans une interview au [Parisien](#), samedi 13 avril, pour présenter sa « *vision de l'Europe* ».

« *Vision* » qu'elle développera lundi 15 avril, à Strasbourg. Le Rassemblement national (RN) doit en effet y dévoiler son programme pour l'élection européenne ainsi qu'un « *manifeste* » pour « *l'alliance européenne des nations* », dont Hervé Juvin a été « *la cheville ouvrière* », selon l'état-major du parti d'extrême droite.

Installé en cinquième place de la liste du RN aux européennes, après avoir été pressenti comme potentiel porte-drapeau, l'essayiste nationaliste et conservateur de 63 ans est régulièrement présenté comme le nouvel « *intello écolo* » du parti. Marine Le Pen elle-même s'inspire très largement de cette caution, d'autant plus bienvenue que l'écologie est devenue un argument de campagne pour l'ensemble des partis politiques avant le scrutin européen, traditionnellement favorable aux écologistes.

Depuis le lancement de son offensive européenne, la patronne du RN ne manque pas une occasion d'afficher le supposé virage vert de son parti. En février, la visite d'un élevage de porcs en plein air à Maizières-les-Joinville (Haute-Marne) devient ainsi le prétexte pour sa tête de liste, Jordan Bardella, d'affirmer qu'« *on ne peut pas faire d'écologie sans frontières* ». Quelques semaines plus tard, Marine Le Pen jure en Seine-et-Marne que le RN défend désormais « *une vision totalement alternative* » de l'écologie, à savoir « *la protection des écosystèmes, à commencer par les écosystèmes humains que sont les nations* ».

### Concept de « localisme »

Une analyse « *alternative* » loin d'être nouvelle à l'extrême droite. Dès la fin des années 1960, Alain de Benoist et le Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne (Grece) – mouvement pensé comme une « nouvelle droite » identitaire et nationaliste prêchant la différence entre les peuples – développaient déjà les thèmes du « *localisme* » et de l'écologie radicale antimondialiste. « *Pour eux, les véritables écologistes sont ceux qui prennent en compte l'immigration comme un facteur déterminant de déséquilibre culturel et-ou ethnique* », analyse l'historien spécialiste de l'extrême droite Stéphane François. Une conception dont le RN de Marine Le Pen semble désormais se rapprocher fortement.

Une première percée de type « *écologie des peuples* » avait été introduite au sein du parti lepéniste par Bruno Mégret dans les années 1990, avant que son putsch raté ne l'écarte autant que cette idée. Le FN connaît un nouveau verdissement en 2014 avec l'éphémère conseiller de Marine Le Pen Laurent Ozon, qui incarnait cette ligne identitaire et écologiste radicale, avant de devoir quitter le parti après avoir « *expliqué* » par l'immigration le geste du terroriste norvégien [Anders Breivik](#), qui a tué 77 personnes en 2011.

Eclipsée durant de nombreuses années du programme frontiste – Jean-Marie Le Pen la qualifiant de « *préoccupation de bobo* » –, l'écologie radicale fait donc son retour dans le discours lepéniste. Derrière Hervé Juvin, qui était d'ailleurs intervenu dès 2010 dans un colloque du Bloc identitaire, c'est l'état-major RN tout entier qui ne cesse de brandir le concept de « *localisme* ». « *Derrière cette défense des circuits courts, il s'agit de promouvoir plus largement une forme d'autarcie grand-continentale dans la continuité des théories nationales-révolutionnaires* », précise Stéphane François.

### La mixophobie

Car l'écologie version RN est d'abord axée sur le rejet de l'étranger et de l'immigration. En meeting en Normandie en février, Hervé Juvin lance ainsi : « *Je ne veux pas mourir dans une réserve.* » Derrière, pointe l'idée radicale d'un prétendu « génocide des peuples blancs », qui s'inscrit précisément dans la doctrine de l'« écologie des populations », selon laquelle chaque civilisation s'épanouit dans son aire civilisationnelle et géographique.

Début avril, sur BFM-TV, l'écologiste Yannick Jadot, en assénant que « *tout écologue sait bien qu'un système vivant complexe ne survit pas à des espèces invasives* ». Et Hervé Juvin de désigner comme « *espèces invasives* » : « *la finance mondialisée* », « *un certain nombre d'ONG* » et... « *les migrations de masse* ». « *Aucun système vivant complexe ne résiste à des migrations de masse* », conclut-il. On retrouve là l'un des attributs principaux de l'écologie identitaire : la mixophobie. « *Pour préserver les biotopes (comprendre les ethnosphères), selon eux, il faut refuser à la fois l'installation de populations immigrées (allogènes) et le métissage sur le sol européen* », explicite Stéphane François. Au *Monde*, Hervé Juvin affirme même que « *l'extinction de la diversité des sociétés humaines [lui] paraît plus grave aujourd'hui que le réchauffement climatique* ».

### **Déclarations climatosceptiques**

Sur les grands sujets environnementaux, Hervé Juvin développe d'ailleurs une ligne qui ferait assez peu consensus chez les écologistes : il est résolument pronucléaire, estimant que « *le choix de sortie du nucléaire en Allemagne est criminel* » ; et pourfend les éoliennes, comme Marine Le Pen, qui a lancé une campagne « Stop éoliennes », début avril. « *Les migrants, c'est comme les éoliennes, tout le monde est d'accord pour qu'il y en ait, mais personne ne veut que ce soit à côté de chez lui* », a-t-elle même osé dimanche lors de l'émission « Le Grand Jury RTL-Le Figaro-LCI ».

S'il se dit convaincu de la nécessité de lutter contre le changement climatique, il est également opposé à la taxe carbone, qui consiste « *à faire payer la ruralité et la proximité* ». Mais M. Juvin est également prêt à formuler des propositions plus iconoclastes, comme « *la limitation obligatoire de la consommation de viande, qui devra forcément se faire par la loi* », pour limiter les émissions de CO<sub>2</sub> liées à la production de viande bovine. Une proposition qui ne figure pas dans les propositions officielles du parti, avec lequel M. Juvin prend parfois des libertés.

Il déplore ainsi que certains cadres du RN aient fait des déclarations clairement climatosceptiques, comme le membre du bureau exécutif Nicolas Bay, qui avait estimé que le rôle de l'activité humaine dans le changement climatique est « *plus limité qu'on ne le dit parfois* » – au mépris du très large consensus scientifique sur la question. M. Juvin estime même que les Etats-Unis de Donald Trump sont devenus un « *Etat voyou* » en sortant de l'accord de Paris sur le climat – une position là aussi à rebours des compliments adressés au président américain par la direction du parti d'extrême droite. Mais le même Donald Trump est érigé en exemple par M. Juvin lorsqu'il impose des tarifs douaniers très élevés pour limiter les importations et qu'il critique le libre-échange.

### **« Un élément de dédiabolisation »**

Sans propositions concrètes pour la transition énergétique ou pour lutter contre le réchauffement, M. Juvin et le RN s'en remettent à des recettes classiques : combattre le libre-échange, sortir des accords commerciaux internationaux et encourager les échanges au niveau local. Comment mettre en œuvre une telle logique ? Hervé Juvin ne formalise pas d'autres propositions qu'une sortie partielle du marché intérieur de l'Union européenne sur certains produits, sans préciser lesquels.

Selon [Europe 1](#), qui révélait, dimanche, quelques mesures du programme, le RN propose ainsi de détaxer les circuits courts, de taxer les importations anti-écologiques et de mettre en place une « *une responsabilité nationale des entreprises* », calculée en fonction de critères comme « *le refus des délocalisations, l'embauche d'une main-d'œuvre nationale, l'incitation à recourir à des fournisseurs et produits locaux* ».

La nouvelle conscience écologique du RN peut-elle lui rapporter des voix ? Peut-être pas immédiatement, selon le directeur de l'observatoire des radicalités politiques de la Fondation Jean-Jaurès, Jean-Yves Camus, « *mais l'idée peut faire son chemin... Les écologistes vont peut-être voter Europe Ecologie le 26 mai, mais le thème peut parler au-delà des captifs de l'extrême droite* ». Et le grand public associant l'écologie à la gauche – « *seuls les initiés connaissent le chemin de ces idées dans la droite radicale* » –, l'argument pourrait bien jouer comme « *un élément de dédiabolisation en plus* ».

**GELD** KRITIK AN DER EZB

# „Falsche Diagnose“ – Ex-Währungshüter rebellieren gegen Europäische Zentralbank

4.10.2019 Von **Anja Ettl**, **Holger Zschäpitz**

Erstmals kritisieren hochrangige frühere Notenbanker die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ganz offen. Sie warnen vor Staatsfinanzierung, Zombiewirtschaft und Mandatsüberschreitung. Und haben einen bedenklichen Verdacht.

Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, dass sich ehemalige Zentralbanker nach ihrem Abschied nicht mehr in die Geldpolitik ihrer Nachfolger einmischen. Doch angesichts der nicht enden wollenden ultralockeren Krisenpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sehen sich hochrangige frühere Währungshüter nun gezwungen, mit dieser Regel zu brechen.

In einem aufsehenerregenden gemeinsamen Protestschreiben haben prominente frühere Notenbanker aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Österreich ihre wachsende Sorge über die EZB-Politik zu Papier gebracht. „Als frühere Zentralbanker und europäische Bürger beobachten wir die anhaltende Krisenpolitik der EZB mit wachsender Sorge“, heißt es gleich zu Beginn des Schreibens, das WELT vorliegt.

Auf deutscher Seite haben die beiden früheren EZB-Chefökonomen Otmar Issing und Jürgen Stark sowie der ehemalige Bundesbank-Präsident Helmut Schlesinger das Memorandum unterzeichnet. Es ist das erste Mal, dass ehemalige führende EZB-Mitglieder derart öffentlich Alarm schlagen.

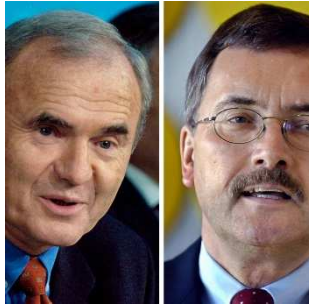
Im Kern geht es in dem dreiseitigen Schreiben um die aggressive Geldpolitik der EZB mit

Minuszinsen, Anleihekäufen und langfristigen Niedrigzinsversprechen, die sogenannte Forward Guidance. Diese Politik verfehle längst ihre intendierte Wirkung und führe zu verdeckter Staatsfinanzierung sowie einer Zombiefizierung des Finanzsektors und der breiten Wirtschaft.

Die Verfasser gehen in ihrem Brief hart mit den einzelnen Politikentscheidungen der EZB ins Gericht. Insbesondere die Begründung der EZB, wegen der niedrigen Inflation müsse die Geldpolitik weiterhin extrem locker bleiben, lassen sie nicht gelten. Seit 2014 begründe die Zentralbank ihre ultralockere Geldpolitik mit der Gefahr einer Deflation. „Eine solche Gefahr einer deflationären Abwärtsspirale hat zu keinem Zeitpunkt bestanden“, kritisieren die früheren Währungshüter.

## **Verfasser haben große EZB-Skepsis**

Selbst die EZB habe seit einiger Zeit festgestellt, dass diese Gefahr abgenommen habe. „Die EZB-Politik basiert auf der falschen Diagnose“, urteilen die Verfasser des Memorandums. Die häufig vorgebrachte Begründung der EZB, dass sie mit einer zu niedrigen Inflation ihr im europäischen Maastricht-Vertrag verankertes Mandat der Preisstabilität verletzen würde, sei schlicht „inakkurat“. Die Kritik wiegt umso schwerer, als Otmar Issing zu den Unterzeichnern zählt. Er hat als erster Chefökonom der EZB die Strategie der Notenbank maßgeblich mitentwickelt. Das bis heute gültige Inflationsziel von mittelfristig „nahe bei, aber unter zwei Prozent“ geht auch auf ihn zurück.



Otmar Issing (l., Archivfoto von 2004) und Jürgen Stark (r., Archivfoto von 2004)

„Das Memorandum sollte niemand unterschätzen. Die Verfasser sind allesamt gestandene Währungshüter aus mehreren europäischen Ländern. Dass sie nun derart alarmiert sind, dass sie alle Zurückhaltung über Bord werfen, zeigt, wie ernst das Thema diskutiert werden sollte“, urteilt Christian Thimann, einst der engste Berater von Ex-EZB-Präsident Jean-Claude Trichet und Mario Draghi bis Ende 2013.

In der Kritik steht vor allem, wie die EZB mit dem selbst gesteckten Preisziel von zwei Prozent mittlerweile umgeht. Im Maastricht-Vertrag wird die Notenbank lediglich zu „Preisstabilität“ angehalten. Von zwei Prozent Inflation ist im Regelwerk nicht die Rede. Die EZB könnte daher jederzeit in einer Überarbeitung der Strategie auch das eigene Inflationsziel ändern.

Mit Sorge beobachten die Verfasser des Memorandums daher ebenso die aktuelle Debatte darüber, im Zuge einer möglichen Reform des EZB-Inflationsziels künftig für eine gewisse Zeit auch höhere Teuerungsraten zuzulassen, wenn diese vorher zu niedrig waren.

Nachdem die EZB schon jahrelang keinen Erfolg damit gehabt habe, die Inflation wieder nach oben zu bringen – warum sollte es ihr dann in der Zukunft umgekehrt gelingen, eine zu hohe Inflation wieder einzufangen, bringen die Verfasser ihre große Skepsis über die derzeit debattierten Pläne zum Ausdruck. Nicht zuletzt kritisieren sie auch die Folgen für Sparer und die Umverteilungswirkungen zugunsten von Aktien- und Immobilienbesitzern.

Auch der einstige EZB-Präsidentenberater Thimann sieht das kritisch: „Geldpolitik hat immer Verteilungswirkung, aber normalerweise bleibt das in einem tolerierbaren Bereich. Mit Negativzinsen und anhaltenden Kapitalmarktinterventionen ist die Geldpolitik in Bereiche vorgedrungen, die marktwirtschaftliche Fragen aufwerfen und auch sozialpolitische Folgen haben“, sagt er.

### **„Der Verdacht wird immer fundierter“**

Das Manifest der früheren Geldpolitiker kann auch als Hinweis an die künftige EZB-Präsidentin Christine Lagarde verstanden werden, Vorsicht walten zu lassen. Die französische Nachfolgerin des Italieners Mario Draghi, die zum 1. November ihr Amt antritt, hat bereits angekündigt, die derzeitige EZB-Reform auf den Prüfstand zu stellen.

Kritisch äußern sich die Verfasser auch zu den jahrelangen Anleihekäufen der EZB. Diese hätten kaum noch positive Wachstumseffekte. Das mache es schwer zu verstehen, warum die EZB dieses Instrument überhaupt wieder zum Einsatz gebracht habe. Der EZB-Rat hatte im September entschieden, die monatlichen Käufe für unbestimmte Zeit wieder aufzunehmen.

„Der Verdacht, dass hinter dieser Maßnahme die Absicht stecken könnte, hoch verschuldete Staaten vor einem Zinsanstieg zu schützen, wird immer fundierter“, heißt es in dem Schreiben. Aus ökonomischer Sicht befinde sich die EZB bereits im Bereich der monetären Staatsfinanzierung, die nach dem Maastricht-Vertrag strengstens verboten ist.

Die Kritik ist auch deshalb brisant, weil beim Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen die Anleihekäufe anhängig ist. Karlsruhe könnte sich durch das Memorandum der Währungshüter möglicherweise veranlasst sehen, die Vorgabe des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu kassieren und Schranken einzufordern. Der EuGH hatte das Anleihekaufprogramm durch das Mandat der EZB gedeckt gesehen.

Zu den Unterzeichnern der Mahnschrift gehören neben den Deutschen Issing, Stark und Schlesinger auch der frühere niederländische Notenbankchef Nout Wellink, der Österreicher Klaus Liebscher und der ehemalige französische Vizepräsident der Bank de France, Hervé Hannoun.

Die einstigen französischen Gouverneure Jacques de Larosière und Christian Noyer, der einst sogar Vizepräsident der EZB war, teilen die Inhalte des Memorandums, zählen aber nicht zu den Unterzeichnern. Offensichtlich wollen die beiden Franzosen bisher nicht mit dem ungeschriebenen Gesetz brechen, als ehemalige Notenbanker die eigene Zentralbank zu kritisieren.



WARNUNG VON NOTENBANKERN:

## Das Memorandum der EZB-Kritiker im Original

- AKTUALISIERT AM 04.10.2019-18:34



*Führende ehemalige Zentralbanker Europas kritisieren die Geldpolitik der EZB. Die F.A.Z. dokumentiert ihr Memorandum im englischsprachigen Original.*

As former central bankers and as European citizens, we are witnessing the ECB's ongoing crisis mode with growing concern. The ECB has pursued an extremely accommodative policy for years of economic growth and price stability. The recent slowdown in economic activity, although regarded as temporary by the ECB itself, and risks due to Brexit and the trade war, have prompted the ECB to resume net asset purchases and further reduce the already negative deposit rate. Moreover, the ECB has committed itself to pursuing this extremely accommodative path for quite some time yet.

Our concern relates in particular to the following aspects of monetary policy.

1. In October 1998, the Governing Council announced its definition of price stability as an average annual increase in the price level for the euro area of *below 2 percent*. The Council did not change this definition in the 2003 evaluation of its monetary policy strategy at all. In the past few years, the ECB has de facto altered the initial definition of price stability by considering an inflation rate for example of 1.5% as unacceptable. For years now, the ECB has failed to meet its self-imposed target of raising the euro area inflation rate to a level of *below, but close to, 2 percent*, which in the ECB's interpretation seems to be a "point target". The ECB essentially justified in 2014 its ultra-loose policy by the threat of deflation. However, there has never been any danger of a deflationary spiral and the ECB itself has seen less and less of a threat for some time. This weakens its logic in aiming for a higher inflation rate. The ECB's monetary policy is therefore based on a wrong diagnosis. The frequently used argument that the ECB would be violating its mandate with low inflation rates is simply inaccurate. The Maastricht Treaty enshrines this mandate, according to which the primary objective of the ECB is to maintain price stability.
2. Current considerations on defining the 2 percent threshold as a symmetrical inflation target represent a clear departure from a policy focused on price stability. This is particularly true if "symmetry" is understood in the sense that, after years of undershooting the 2 percent mark, a similar period of time should be spent allowing for an overshooting of the 2 percent inflation rate. And, incidentally, how, after years of unsuccessful "inflationary policy", does the ECB intend to convince the public and the markets that it will succeed in stopping inflation at a certain level in good time?
3. There is broad consensus that, after years of quantitative easing, continued securities purchases by the ECB will hardly yield any positive effects on growth. This makes it difficult to understand the monetary policy logic of resuming net asset purchases. In contrast, the suspicion

that behind this measure lies an intent to protect heavily indebted governments from a rise in interest rates is becoming increasingly well founded. From an economic point of view, the ECB has already entered the territory of monetary financing of government spending, which is strictly prohibited by the Treaty.

4. Negative side effects from very low or negative central bank interest rates was an issue for quite some time. Meanwhile these effects dominate as stressed in the theory of the reversal interest rate, by which the intended effect of very low rates is reversed and becomes contractionary. The negative impact of the ultra-low interest environment extends from the banking system, through insurance companies and pension funds, to the entire financial sector. The re-distribution effects in favour of owners of real assets, create serious social tensions. The young generations consider themselves deprived of the opportunity to provide for their old age through safe interest-bearing investments. The search for yield boosts artificially the price of assets to a level that ultimately threatens to result in an abrupt market correction or even in a deep crisis.
5. Extensive loans at extremely low interest rates keep weak banks, and – indirectly through their lending – weak companies, afloat. This is accomplished in particular via Targeted Longer-Term Refinancing Operations (TLTROs), which rose considerably in 2018. The significant negative effects of very low or negative interest rates also include a “zombification” of the economy, which, according to OECD and BIS studies, has already reached a considerable level in some countries and is contributing to weaker productivity growth.
6. In extending and further strengthening forward guidance, the ECB is firmly establishing a commitment to ultra-loose monetary policy for the future, thereby substantially impeding the exit from such policy.

A decade ago, the ECB’s monetary policy made a significant contribution to overcoming the severe recession and consolidating growth thereafter. However, the longer the ECB stays its extremely accommodative path, the more the negative effects prevail. Interest rates have lost their steering function and financial stability risks have increased. The longer the ultra-low or negative interest rate policy and liquidity flooding of markets continue, the greater the potential for a setback. Should a major crisis strike, it will be of very different dimensions than those we have seen before. Like other central banks the ECB is threatened with the end of its control over the creation of money. These developments imply a high risk for central bank independence – de jure or de facto.

*Signed by:*

*Hervé Hannoun*, Former First Deputy Governor, Banque de France, Paris

*Otmar Issing*, Former Member of the ECB-Executive Board, Würzburg

*Klaus Liebscher*, Former Governor Oesterreichische Nationalbank, Vienna

*Helmut Schlesinger*, Former President Deutsche Bundesbank, Oberursel

*Jürgen Stark*, Former Member of the ECB-Executive Board, Frankfurt

*Nout Wellink*, Former Governor De Nederlandsche Bank, Amsterdam

***Our judgement is shared by:***

*Jacques de Larosière*, Former Governor Banque de France, Paris

*Christian Noyer*, Former Governor Banque de France, Paris

**Le Figaro.fr**

dimanche 6 octobre 2019 - 20:41 UTC +02:00 1271 mots

Vox ; Vox Société

## L'éditorial du Figaro: «Pour en finir avec le dénislamisme»

**Par Alexis Brézet, directeur des rédactions du *Figaro***

Mais comment est-ce possible? Comment un terroriste islamiste a-t-il pu se lover ainsi dans l'appareil d'État, au cœur même de la structure policière précisément censée lutter contre les menées islamistes, pour perpétrer - en pleine Préfecture de police - le massacre que l'on sait?

Mais comment avons-nous pu ignorer, ou négliger, ces signes de radicalisation sans équivoque dont on découvre a posteriori qu'ils jalonnent le parcours de ce converti à l'islam - qui s'était notamment désigné à l'attention de ses collègues en applaudissant, en 2015, à la tuerie de Charlie Hebdo ?

Mais comment le ministre de l'Intérieur, Christophe Castaner, a-t-il pu soutenir publiquement que cet individu, en relation avec un imam salafiste, et qui ne souhaitait plus avoir de contact avec les femmes, n'avait «jamais présenté de signe d'alerte ni de difficulté comportementale»? Lui a-t-on menti? Nous a-t-il menti? Le pouvoir politique a-t-il fait pression sur l'administration ou la justice, ce qui serait gravissime, afin de conserver à cet attentat terroriste les apparences d'un tragique fait divers?

Depuis le resurgissement, jeudi, de la barbarie au cœur de nos vies, les mêmes questions tournent en boucle, qui donnent à ce drame national des allures d'affaire d'État. Ces questions sont absolument légitimes. Le gouvernement, inquiet à juste titre des conséquences politiques de toute cette affaire, aurait grand tort de n'y apporter que des réponses lacunaires ou dilatoires. Seule la transparence totale permettra - peut-être - d'apaiser les inquiétudes que cet invraisemblable et tragique ratage a suscitées dans l'opinion.

Mais, disons-le tout net: si l'on devait se contenter de traquer les défaillances du système sécuritaire, les dysfonctionnements dans la chaîne judiciaire ou les dissimulations dans les propos de Christophe Castaner, on passerait à n'en pas douter à côté de l'essentiel, qui tient en peu de mots: si nous n'avons rien vu venir de ce qui se tramait à la préfecture de police de Paris, c'est que nous n'avons rien voulu voir! Et si nous n'avons rien voulu voir, c'est que nous sommes, en France, collectivement victimes d'un mal étrange, particulièrement virulent dans les administrations, les cabinets ministériels et les salles de rédaction, une maladie de l'esprit, proche de la cécité volontaire, une maladie qu'il faudra bien, si l'on veut la combattre, se résoudre à appeler par son nom: le dénislamisme.

Le dénislamisme, c'est cet étrange tour d'esprit qui toujours fait reconnaître un «déséquilibré» derrière chaque attentat perpétré sur le sol national. Du bourreau de Sarah Halimi, à Belleville en 2017, au réfugié afghan qui a tué un jeune homme et blessé huit personnes à Villeurbanne cet été, c'est peu ou prou le même scénario: l'homme qui a porté «des coups de couteau à la gorge de sa victime» (le dénislamisme répugne à employer le mot «égorgé») est dans un premier temps décrit comme un «déséquilibré», un «psychotique» qui a été le jouet d'une «bouffée délirante», puis, comme tout finit par se savoir, il apparaît que le «déséquilibré» est aussi un islamiste radical, mais c'est pour ainsi dire un détail, en tout cas un élément parmi d'autres dont il ne faut pas exagérer l'importance...

Cette fois, parce que les antécédents islamistes du tueur de la Préfecture de police étaient vraiment trop lourds, cette «psychiatisation» du terroriste n'aura tenu que 24 heures. Il est probable qu'on se serait fort bien accommodé qu'elle durât davantage...

Et le tout, avec la meilleure conscience du monde! Car si le catéchisme dénislamiste est écrit par une avant-garde militante islamo-gauchiste, en guerre ouverte contre notre système et notre civilisation, il est pour l'essentiel prêché par un bas clergé

politique et médiatique, soucieux surtout de cultiver sa supériorité «morale» sur le bon peuple. Quand on lui parle d'islam politique et de communautarisme islamique, il répète en boucle les mêmes mantras: «Il ne faut pas inquiéter inutilement les Français», «Il ne faut pas jeter de l'huile sur le feu», «Il ne faut pas soulever un problème contre lequel on ne peut rien et qui, avec le temps, finira bien par se résoudre» (un problème dont, à vrai dire, nos bons apôtres souffrent assez peu)...

Bref, dormez en paix, braves gens! Et c'est ainsi, de pieux mensonges

en demi-vérités, que la parole publique, sur ce sujet-là comme sur beaucoup d'autres - l'accident de Rouen, la réforme des retraites -, a perdu le moindre semblant de crédit aux yeux de la majorité des Français...

Cette chape de coton, des intellectuels, des journalistes lanceurs d'alerte essaient bien sûr régulièrement de la lever: Michel Houellebecq, en un roman tristement prophétique ; Boualem Sansal, qui sait de quoi il parle: il a vécu sous la menace du GIA ; les anciens de Charlie: Riss, qui dénonce les «collabos» de l'islam politique, et Zineb El Rhazoui ; Alain Finkielkraut, bien sûr, qui depuis vingt ans dénonce les effets délétères d'un antiracisme devenu fou ; Kamel Daoud, qui, avec nombre d'écrivains du monde musulman, pointe courageusement les germes de violence contenus dans l'islam... mais contre tous ceux-là, et quelques autres encore, la patrouille dénislamiste exerce une vigilance sans relâche. Un mot de trop, et les voilà convaincus d'«amalgame», coupables de «stigmatisation», pire encore, accusés d'«islamophobie», car, nouveauté au pays de Voltaire, les tribunaux ont désormais mission de défendre un culte contre le libre exercice de l'esprit critique (pour les autres religions, on est plus coulant)...

Mais il y a plus! Si le procès en islamophobie ne suffit pas à faire taire l'esprit rebelle, on lui envoie la bombe atomique: la *reductio ad hitlerum*, qui procède d'un syllogisme bien connu: «Les musulmans sont les juifs d'aujourd'hui ; or ceux qui dénoncent l'islamisme s'en prennent aux musulmans ; donc ceux-là sont des nazis!» Et c'est ainsi que notre confrère Le Monde a accusé Éric Zemmour - puisqu'il faut bien parler de lui ! - non pas de tenir à la tribune des propos outranciers, provocateurs, voire ineptes ou honteux - ce qu'après tout chacun a le droit de penser ou d'écrire -, mais de se rendre complice d'un futur crime contre l'humanité au nom de l'enchaînement: «Stigmatisation, exclusion, expulsion, extermination» (sic)! Ainsi va la logique délirante du dénislamisme: pour ses scribes, Zemmour, c'est Hitler, mais, dans la vraie vie, ce sont sous les coups des islamistes que tombent les Français, et tout particulièrement - n'en déplaise à Jacques Attali, qui considère que l'antisémitisme «n'est pas un problème au niveau national» - les Français juifs...

Mais combien de temps cet aveuglement idéologique va-t-il durer?

Le dénislamisme est un piège pour ceux qu'il est censé protéger: à force de prétendre contre toute évidence que les attentats ne sont en rien le produit d'une pratique extrême de l'islam, il installe l'idée - évidemment fautive, et dangereuse - que derrière tout musulman se cache un terroriste en puissance.

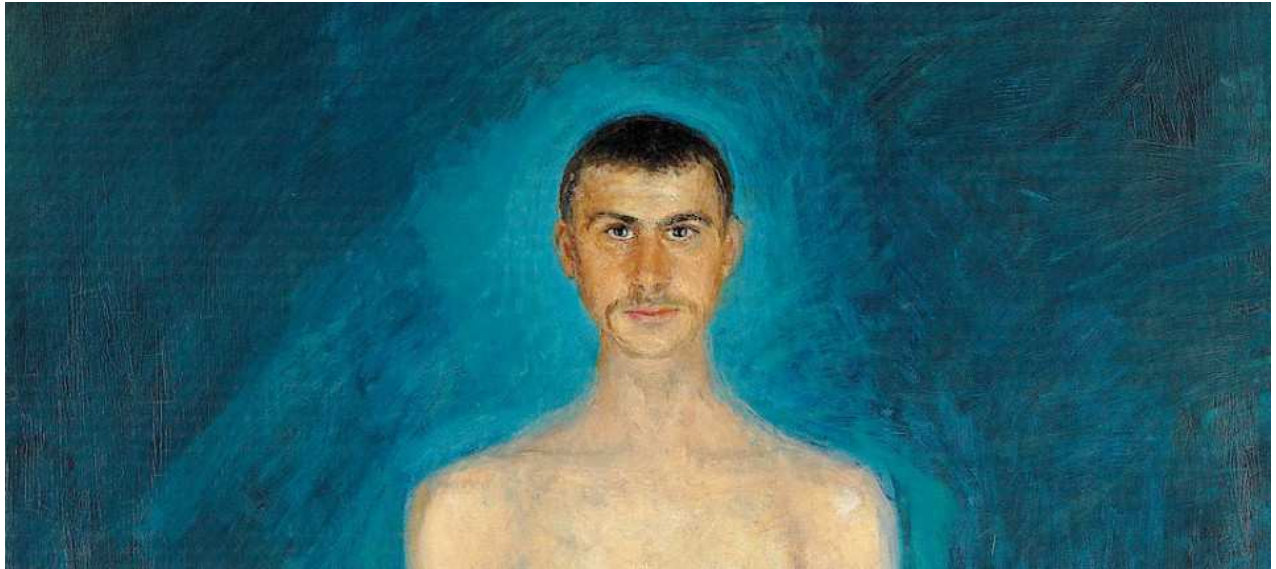
Le dénislamisme met en danger les Français. Il brouille la perception de la menace et désarme les esprits. Au moment où la mobilisation devrait être maximale, il paralyse la lutte contre les infiltrations islamistes dans nos démocraties.

Le dénislamisme tue. Nous ne gagnerons pas la guerre que nous a déclarée l'islam radical en continuant de marcher les yeux grands fermés.

RICHARD GERSTL IN WIEN:

## Der österreichische van Gogh?

- VON STEFAN TRINKS
- -AKTUALISIERT AM 06.10.2019-22:01



*Der Maler Richard Gerstl ist der radikale Stilverweigerer der Moderne. Eine Ausstellung in Wien zeigt, warum er keinen Vergleich scheuen muss.*

*Über den 1908 im Alter von nur fünfundzwanzig Jahren in den Freitod gegangenen Richard Gerstl schrieb der Galerist Otto Kallir-Nirenstein 1931, diesen verbinde mit van Gogh nicht nur die kurze, manische Schaffensspanne weniger Jahre, sondern auch, dass beide als große Verkannte zu Lebzeiten kein einziges Bild verkauft respektive ausgestellt hätten. Es waren dies gewollte Parallelisierungen, um Gerstls Biographie tragischer und sein Werk, das in diesem Jahr in der Wiener „Neuen Galerie“ Kallir-Nirensteins ausgestellt wurde, begehrenswerter erscheinen zu lassen.*

Was ohne jede Zurichtung oder Verklärung festgehalten werden kann: Wie van Gogh hat Gerstl sich in seiner nur sechs Jahre währenden Schaffenszeit in auffällig vielen, künstlerisch revolutionären Selbstbildnissen belauert und beäugt. Zwanzig dieser Experimente in Selbsterkundung sind erhalten. Und wie beim Niederländer sind Gerstls späte Werke von 1906 bis zum frühen Tod derart expressiv, dass sie schon semiabstrakt genannt werden dürfen. Auf dem „Gruppenbild mit Schönberg“ von 1908 ist die dissonante Atonalität des porträtierten Modernekomponisten, den Gerstl zwei Jahre lang das Malen lehrte, in die grellgelbe Hintergrundfarbe, den konturlosen Farbklangeppich des rosa Gewandes von Mathilde Schönberg und in die durch heftigste Pinselschläge vollständig aufgelösten Kinder zu Füßen der beiden übersetzt. Gerstl verletzt und zertrümmert damit intakte Schönheit zu einer Zeit, in der Schiele, Klimt und Kokoschka noch dem späten Jugendstil frönen.

### Die Konturen regelrecht zertrümmert

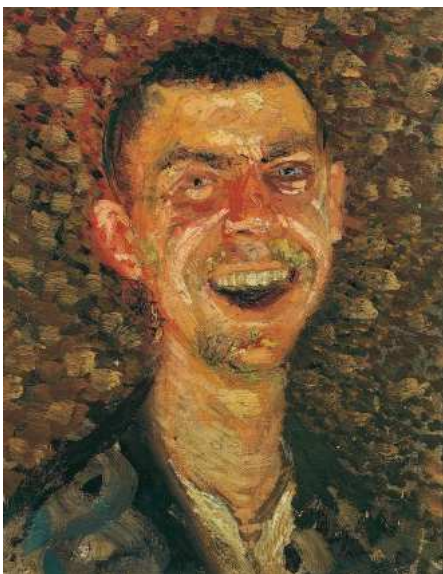
Dennoch scheint es beim ersten Hören absurd: Eine zehn Säle füllende monographische Schau im Wiener Museum Leopold, kombiniert mit einem fesselnden Selbstporträt van Goghs und zweien von Munch und Bacon, mit Landschaften Bonnards und Corinths – für einen Künstler, der nur sechs Jahre lang malte? Es liegt eben nicht an der tragischen Biographie und dem skandalträchtigen Selbstmord Gerstls, dem eine Affäre mit der Frau des Komponisten Arnold Schönberg vorausging, die dieser bei Entdeckung publik zu machen und den Fremdgänger aus reichem Elternhaus damit gesellschaftlich zu ächten drohte. Die Würdigung liegt vielmehr in der Unvergleichbarkeit eines Werks begründet, das in seiner radikalen Stilverweigerung tatsächlich singulär dasteht.



Richard Gerstl :Bild: Fotografie Archiv Otto Breicha

Allein Gerstls bis auf ein christusgleiches Lententuch nacktes und annähernd lebensgroßes Ganzkörper-„Selbstporträt“ von 1902 oder 1904 – der Maler hat seine Bilder bis auf eine Ausnahme nicht datiert – zeigt dies. Gerstls Silhouette mit einem wie pulsierenden Lichthof um ihn herum schwimmt geradezu auf dem wasserblauem Hintergrund. Das Selbstbild ist in seiner Intensität nur mit Dürers splinternackter Selbstentblößung von 1509 zu vergleichen, die sich ebenfalls aus einem tiefblauen Grund herauschält und derzeit in der Wiener Albertina ausgestellt ist. Es ist eine Fügung, dass diese beiden radikalen Selbsterforschungen noch bis Januar nächsten Jahres in derselben Stadt zu vergleichen sind.

Der gebildete Gerstl scheint Dürers Avantgardebildnis gekannt zu haben, heben doch beide in auffälliger Weise stark auf Asymmetrien ab. Während Dürer mit einem kleinen Spiegel seinen Hodensack und sein Geschlecht abfährt und von der Seite zeigt, gibt er Körper und Kopf aus gänzlich anderer Perspektive. Gerstl hingegen zeigt sich zwar scheinbar frontal, innerhalb dieses En-face-Porträts ist aber nicht weniger als das gesamte Gesicht in schwankendem Fluss. Sein rechtes Auge, in das Gerstl mit Hellblau eine Art Hochwasserpegel markiert, ist deutlich glasiger und steht höher. Die für einen Neunzehnjährigen markanten Geheimratsecken scheinen im Gesichtsfeld ähnlich zu schwimmen wie dessen linke Hälfte mit dem nach oben ziehenden Bart. Dass hier alles fließt, liegt neben Gerstls charakteristisch kreisender Pinselführung vor allem daran, dass es keine festen Konturen gibt. Kopf, Ohren und insbesondere die Schultern gehen nahtlos in den liquiden Äther des Hintergrunds über.



Selbstbildnis, lachend, 1908 :Bild: Belvedere, Wien

Eine ähnliche Osmose ist auch auf seinem „Selbstbildnis, lachend“ von 1908 zu sehen, das in seinem grotesken Irrsinn zwischen den schwarzgalligsten Goya-Porträts und Bacon changiert. Zwischen dem gellend aufwiehernden Haupt und dem nervös fleckigen Hintergrund existiert nahezu keine Grenze mehr, einige der breit in den Grund gedrückten Pinselhiebe gehen direkt ins Gesicht über. Allerdings hat Gerstl hier durch Spachteln die Gesichtshaut wesentlich stärker aufgerissen, die Konturen regelrecht zertrümmert und die Bartstoppeln in Grellgelb nur auf einer Seite herausstehen lassen, weshalb die Ausstellungsmacher mit van Goghs ähnlich zergliedertem Selbstbildnis von 1887 aus der Züricher Sammlung Bührle den denkbar stärksten Vergleich daneben stellen.

### Im überirdischen Glanz des Sonnenlichts

Das unangenehme Auflachen von Gerstls verzerrt geöffnetem Mund ist ein einziger Hilferuf, die Augen wirken blutunterlaufen, weil bereits mit Hautfarbe zugelaufen. Die angegriffenen Zähne der ausschließlich zu sehenden oberen Zahnreihe erscheinen wie ein letztes wackliges Aufgebot an Abwehrwillen. Wenn Georg Trakl gemalt hätte, würde das Resultat mutmaßlich ähnlich ausgesehen haben. Wobei der Vergleich schon deshalb naheliegt, weil Gerstl moderne Literatur wie Ibsen oder Wedekind nach eigener Aussage verschlang und sich von ihr inspirieren ließ.



Bildnis Alexander von Zemlinsky, 1908 :Bild: Kunsthaus Zug, Stiftung Sammlung

Und wie hätte es ausgesehen, wenn Kafka gemalt und nicht nur gezeichnet hätte? Dann wäre wohl etwas wie Gerstls Bildnis der „Schwestern Karoline und Pauline Fey“ herausgekommen. Vor dräuend dunklem Hintergrund, wahrscheinlich im Freien auf einer Bank sitzend, verschmelzen eine ältere und eine jüngere Frau in langen weißen Gewändern und mit bedenklich schiefen Kohleaugen in den ebenfalls fahlweißen Gesichtern miteinander. Wie Eulen sitzen die beiden gespensterhaften Schemen da, und in zarter Ironie hat Museumsdirektor Wipplinger die „Zwei Rebhühner vor grünen Fensterläden“ von Chaim Soutine neben die offenbar unzertrennlichen Nachtvögel Gerstls gehängt. Die aufwendige und großformatige Auftragsarbeit wurde ihm dennoch nicht abgenommen, die erforderliche Nervenstärke – allein schon die wie eine Schlange aufsteigende schwarze Trennlinie zwischen den Oberschenkeln der beiden lässt einen schauern – brachte der Vater der Schwestern Fey dann doch nicht auf. Dabei war Gerstl nicht verkannt. Nicht nur er wusste, was er konnte; Arnold Schönberg wurde er vom Akademieprofessor Heinrich Lefler empfohlen, womit freilich auch das spätere Unheil seinen Lauf nahm.



Die Schwestern Karoline und Pauline Fey, 1905 :Bild: Belvedere, Wien

Ebenso wurde er von namhaften Künstlern wie dem Dirigenten Heinrich Jalowetz, von Alban Bergs Schwester Smaragda oder dem Sänger Alexander von Zemlinsky um Bildnisse angefragt. Dessen annähernd lebensgroßes „Porträt im weißen Anzug und Strohhut“ am Strand, leger auf einen Stock gestützt, muss keinen Vergleich mit dem nur zwei Jahre zuvor entstandenen „Bildnis Harry Graf Kessler“ von Edvard Munch scheuen – die Wellen hinter Zemlinsky schrauben sich wie ein ungegenständliches Tapetenmuster ebenso abstrakt in die Höhe wie die berühmte rosafarbene Diagonale ins Nichts hinter dem Berliner Dandy Graf Kessler. Viel stärker noch als Munch löst Gerstl aber seinen weißen Anzugträger im quasi überirdischen Glanz des Sonnenlichts wie in Säure auf.

Es sind solche kompromiss-, nie jedoch humorlosen Bildinnovationen, die den Untertitel des „Inspirators“ durch ein reiches künstlerisches „Vermächtnis“ berechtigt erscheinen lassen. Georg Baselitz stellt in seiner Papierarbeit „Gerstl“ den Bewunderten 2018 in seiner internen Reihe der „Präabstrakten“ ehrfürchtig auf den Kopf, und schon für die Wiener Aktionisten Otto Muehl, Günter Brus oder Rudolf Schwarzkogler war er in seiner konsequenten Stil- und Schulverweigerung ein Vorbild – das bitterfatale Ende inbegriffen.

Richard Gerstl. Inspiration – Vermächtnis. Im Museum Leopold, Wien; bis zum 20. Januar 2020. Der Katalog kostet 34,90 Euro.



KONKRETES FÜR DEN KLIMASCHUTZ:

## Kauft nichts!

- VON MARCUS JAUER
- -AKTUALISIERT AM 06.10.2019-09:02



*Ende September sind innerhalb einer Woche weltweit rund sieben Millionen Menschen für Klimaschutz auf die Straße gegangen. Doch was bringt der Protest? Und was kann der Einzelne tun gegen die Klimakatastrophe?*

Seit einigen Tagen ruft das Aktionsbündnis „Extinction Rebellion“ dazu auf, Berlin zu blockieren. Von diesem Montag an sollen Straßen, Brücken, Plätze gesperrt werden, damit die Politik den Klimawandel endlich ernst nimmt. Zeitgleich soll es auch in Paris, Amsterdam, London und New York Blockaden geben. „Wir stören den alltäglichen Betriebsablauf, der unsere Lebensgrundlagen zerstört“, heißt es im Aufruf des Bündnisses, das gerade überall sein Zeichen plakatiert – eine Sanduhr in einem Kreis.

„Extinction Rebellion“ wurde vor einem Jahr in Großbritannien von einer Gruppe von Wissenschaftlern gegründet und hat heute mehr als 100000 Unterstützer. Das Aussterben, gegen das sich diese Rebellion richtet, meint nicht das Aussterben der Bienen oder Eisbären, es meint das der Menschheit. Einer der Gründer, Roger Hallam, war Biobauer in Wales, bevor er seinen Hof aufgab und mit Anfang fünfzig Soziologie studierte. Für seine Doktorarbeit untersuchte er Formen zivilen Ungehorsams. Vor einigen Tagen wurden er und einige Mitstreiter festgenommen. Sie hatten angekündigt, Spielzeugdrohnen über dem Flughafen Heathrow kreisen zu lassen.

„Dreißig Jahre sind die Eliten, die Regierung und die Aktivisten daran gescheitert, den Klimawandel aufzuhalten“, sagte Hallam in einem Interview. „Es muss jetzt etwas Drastisches passieren.“

„Bist Du bereit, ins Gefängnis zu gehen?“

Um sich der Blockade Berlins anzuschließen, muss man auf der deutschen Internetseite von „Extinction Rebellion“ einen Fragebogen ausfüllen, in dem es zuerst um praktische Dinge geht. Ob man vorhat, in dem Camp zu übernachten, das auf der Wiese neben dem Kanzleramt aufgeschlagen wird. Ob man noch jemanden in seinem Zelt aufnehmen kann oder jemandem die Anreise bezahlen. Danach wollen die Aktivisten wissen, ob sie auch über das Zelten hinaus mit einem rechnen können.

„Bist Du bereit, an Aktionen zivilen Ungehorsams teilzunehmen?“

„Hast Du Erfahrungen mit Aktionsformen wie Lock-ons oder Glue-ons?“

„Bist Du bereit, Dich polizeilich in Gewahrsam nehmen zu lassen (voraussichtlich für einige Stunden)?“

„Bist Du bereit, ins Gefängnis zu gehen?“

Ich bin 45 Jahre alt. Ich habe einen Job und eine Familie mit drei kleinen Kindern. Ich kann für den Klimaschutz nicht ins Gefängnis gehen.

Welche Optionen habe ich?

Andererseits glaube ich, was die Wissenschaftler sagen. Ich bin davon überzeugt, dass die Erderwärmung gestoppt werden muss. Dass sonst der Meeresspiegel steigt, Dürren, Stürme und Überschwemmungen zunehmen. Dass sonst Millionen Menschen zu Flüchtlingen werden und es zu Verteilungskämpfen kommt, die diese Welt in einen Ort verwandeln, den ich nicht wiedererkennen würde, in dem meine Kinder aber leben müssen.

Wenn ich das verhindern, aber nicht ins Gefängnis gehen will – welche Optionen habe ich?

Ende September sind innerhalb einer Woche in 160 Ländern auf der Welt rund sieben Millionen Menschen für echten Klimaschutz auf die Straße gegangen. Es war der wohl größte globale Protest in der Geschichte der Menschheit, und was dabei herauskam, war ein [Klimagipfel](#) in New York, von dem man nichts in Erinnerung behält, und ein Klimapaket in Berlin, das niemals ausreichen wird, um die Ziele zu erreichen, die sich die Regierung gesteckt hat.

Wenn bei der Politik Druck von außen nichts bringt – muss ich dann in eine Partei, um Druck von innen zu machen?

[Die Grünen](#) haben sich früher als andere Parteien um den Klimawandel gekümmert. Schon vor zwanzig Jahren fragte die grüne Bundestagsabgeordnete Halo Saibold in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“, ob es ökologisch vertretbar sei, wenn immer mehr Deutsche für ein langes Wochenende nach Mallorca fliegen oder ob eine Flugreise alle fünf Jahre nicht vollkommen ausreicht. Damit landete sie auf der Titelseite. Die Grünen hatten gerade beschlossen, den Benzinpreis schrittweise auf fünf Mark anzuheben, der Aufschrei über das angebliche Urlaubsflugverbot war noch größer. Auf einmal bekam die Partei Angst vor der wenig später stattfindenden Bundestagswahl, und Joschka Fischer meinte, dass Abgeordnete auch deshalb so viel verdienen würden, „damit sie mal die Klappe halten“. Bei der Wahl verlor Halo Saibold dann ihren Sitz.

Die populärste Idee ist nachhaltiger Konsum

Als vor einigen Monaten der grüne Bundestagsabgeordnete Dieter Janecek in einem Zeitungsinterview forderte, die Zahl der Flüge für jeden Deutschen auf drei Hin- und Rückflüge pro Jahr zu beschränken, regte das keinen mehr auf. Anders als vor zwanzig Jahren gilt ein solcher Vorschlag inzwischen nicht mehr als radikal, was nicht heißt, dass er durchsetzbar wäre – und selbst wenn: Heute ist die Erderwärmung so weit fortgeschritten, dass er kaum etwas nützen würde. Als Problem war der Klimawandel für die Politik lange zu klein, jetzt ist er zu groß.

Wenn ich auf die Politik also nicht hoffen kann – auf wen dann?

Dass der Klimawandel durch Kohlendioxid verursacht wird, weiß heute jedes Kind. Auch dass der Kohlendioxidanteil in der Atmosphäre seit Beginn der Industrialisierung immer weiter gestiegen ist, weil der Mensch Kohle, Öl und Gas verbrennt, ist bekannt. Weniger bekannt ist, dass die Kurve, die den Kohlendioxidanstieg beschreibt, mit der Kurve der weltweiten Wirtschaftsleistung seit 1970 so gut wie deckungsgleich verläuft: Wächst die Wirtschaft, steigen die Emissionen. Mehr Wohlstand heißt mehr Klimawandel. Alle Ideen, wie sich die Erderwärmung stoppen lässt, beschäftigen sich am Ende damit, wie die beiden Kurven entkoppelt werden können, wie also der fatale Zusammenhang zwischen Wachstum und Umweltzerstörung aufzulösen ist.

Die populärste dieser Ideen ist der nachhaltige Konsum. Man rettet die Welt, indem man Produkte kauft, die sie weniger schädigen. In dieser Annahme haben viele Menschen Plastiktüten gegen

Papiertüten getauscht und die Einmal-Becher für den Coffee-to-go gegen einen aus Bambus. Ihr Strom ist öko, die Lebensmittel sind bio. Es gibt nicht mehr jeden Tag Fleisch und auf keinen Fall etwas mit Palmöl. Die Fahrt zum Büro wird mit dem neuen Elektro-Bike zurückgelegt, der Urlaubsflug nach Mallorca über Atmosfair ausgeglichen. Dann kommen zu den dreißig Euro, die das Ticket gekostet hat, noch einmal vierzehn Euro Kompensation, mit denen in Ruanda bessere Kochstellen gebaut werden, damit die Leute dort weniger Bäume für Feuerholz fällen.

## Dann der Rebound-Effekt

Nachhaltiger Konsum gibt dem Verbraucher scheinbar die Chance, als Verbraucher zu tun, was er als Wähler nicht erreichen kann. Dass Umweltschutz darüber stillschweigend privatisiert wird, stört niemanden. Schließlich sieht es in manchen Vierteln mancher Großstädte so aus, als würde jeder mitmachen. Das täuscht. Der Marktanteil von Bio-Lebensmitteln liegt immer noch unter zehn Prozent, beim Fleisch sieht es noch schlechter aus. Statt zu fallen, bewegt sich der konsumbezogene Kohlendioxidausstoß pro Kopf seit Jahren auf dem gleichen Niveau.

Die zweite populäre Idee, wie sich Wachstum und Umweltzerstörung voneinander abkoppeln lassen, setzt auf Innovationen. Es ist die Hoffnung, Wissenschaftler und Ingenieure würden neue Technologien erfinden und damit einen sauberen Wohlstand ermöglichen – und tatsächlich machen sie das auch. Dass heute Strom aus Sonne und Wind gewonnen wird, ist eine Innovation genauso wie das Elektroauto, die Wärmedämmung, der sparsame Kühlschrank. An sich müsste der Kohlendioxidausstoß seit Jahren steil abfallen. Das tut er aber nicht. Den Grund dafür bezeichnen Wissenschaftler als Rebound-Effekt.

Der liegt vor, wenn eine neue Technologie, die weniger Material, Energie oder Umwelt in Anspruch nimmt als eine alte, trotzdem zum Mehrverbrauch führt. Der Elektromotor mag ein umweltschonender Antrieb sein. In einem SUV wie dem Audi E-tron, bei dessen Herstellung fast genauso viel Kohlendioxid anfällt, wie zwei Deutsche in einem Jahr verursachen und bei dem die Batterie 700 Kilogramm wiegen muss, damit das 2,6 Tonnen schwere Gerät in die Gänge kommt, ist er ein rollender Rebound-Effekt.

Wenn ich also diese Geschichten nicht mehr glaube – dass die Politik den Klimawandel noch in den Griff bekommt, dass nachhaltiger Konsum etwas ändert oder Technologie uns retten wird –, was bleibt dann noch?

## Wer nichts mehr kauft, sprengt das System

Eines der erfolgreichsten Sachbücher der vergangenen Jahre ist der Ratgeber „Magic Cleaning“ von der Japanerin Marie Kondo. Sein Erfolg verdankt sich der Erkenntnis, dass man keinen Raum aufräumen kann, in dem zu viele Sachen liegen. Darum empfiehlt Marie Kondo, nur Gegenstände zu behalten, die einen glücklich machen, wenn man sie in die Hand nimmt. Es ist berührend zu sehen, wie Marie Kondo für eine Netflix-Dokumentation ganz normalen Amerikanern beim Aufräumen ihrer wohlstandsvermüllten Häuser hilft und wie dankbar die sind, dass sie sich endlich von all den Dingen trennen dürfen, die sie nicht brauchen. Man spürt sie aufatmen, diese Menschen, die am Schluss in fast leeren Wohnungen sitzen, während die Müllabfuhr säckeweise ihr Unglück wegfährt.

Was, wenn sie diese Sachen gar nicht erst gekauft hätten? Was, wenn ich nichts mehr kaufen würde, was ich nicht unbedingt brauche?

Ständig steigender Konsum ist die Grundlage unseres Wirtschaftssystems. Mehr Konsum bedeutet mehr Absatz bedeutet mehr Produktion, mehr Wachstum und mehr Investitionen für noch mehr Produktion – bedeutet aber auch mehr Klimawandel. Das Schlimmste, was so einem System passieren kann, ist, dass die Leute nichts mehr kaufen. Dann sinkt der Absatz, fallen die Gewinne und steigen die Preise, was wiederum auf den Absatz drückt. Wer nichts mehr kauft, sprengt das System.

## Eine Wirtschaftskrise als Lösung?

„Wenn wir das Wachstum nicht vom Kohlendioxidausstoß entkoppeln können, muss eben die Wirtschaft schrumpfen“, sagt Henrik Nordborg, der an der Hochschule Rapperswil in der Schweiz Erneuerbare Energien lehrt und einen Konsumstreik für die einzige Möglichkeit hält, den Klimawandel aufzuhalten.

Also kein neues Auto, auch nicht, wenn es elektrisch ist. Keinen Flug, auch wenn er kompensiert werden kann. Kein Obst, kein Gemüse und kein Fleisch, das nicht aus der Region kommt. Eigentlich gar kein Fleisch. Kein neues Handy, keine neuen Sneaker, keinen Liter Sprit, nie mehr. Kein Kauf aus Langeweile, als Belohnung, um sich abzuheben oder mitzuhalten, auch diesen Stress nicht mehr. Wenn etwas kaputt geht, lässt man es reparieren. Wenn das nicht geht, versucht man, ohne klarzukommen. Dieses Prinzip liegt so weit außerhalb der Logik des Systems, dass es dagegen keinerlei Vorkehrungen kennt. Nichts zu kaufen, ist nicht verboten, trifft aber viel effizienter als nachhaltiger Konsum. Denn damit ein Käuferstreik wirkt, braucht es womöglich viel weniger Leute.

Graeme Maxton, früherer Generalsekretär des Club of Rome, glaubt, es würde schon genügen, wenn die Europäer zehn Prozent weniger konsumieren, um die Fabriken der klimaschädlichen Industrien unter den Auslastungsgrad zu drücken, den sie brauchen, um ihre Kosten zu decken. Das wäre der Versuch, gezielt jene Geschäftsmodelle in die Pleite zu treiben, die sich ohnehin nur rechnen, weil sie für die Umweltschäden, die sie verursachen, nicht aufkommen – die Erdölförderung, der Automobilbau, die Luftfahrt, die Zementherstellung, die industrielle Landwirtschaft. Wer das Klima schützen will, man kann es nicht anders sagen, muss eine Wirtschaftskrise auslösen.

Das klingt irre?

Es ist einfach nur die Situation, in die wir uns gebracht haben.

Quelle: F.A.S.

## « Greta Thunberg oblige les dirigeants à sortir d'un unanimité de façade »

**TRIBUNE** : Simon Persico **Professeur de science politique**

La jeune militante suédoise parvient à repolitiser le débat, qui souffrait d'un consensus mou sur la nécessité d'agir pour la planète, estime, dans une tribune au « Monde », le politiste Simon Persico.

Publié le 28 septembre 2019 à 06h30 - Mis à jour le 29 septembre 2019 à 06h59



*La militante écologiste Greta Thunberg s'adresse à l'Assemblée générale des Nations unies, lors du sommet pour le climat, à New York, le 23 septembre. JASON DECROW / AP*

**Tribune.** Le déferlement de critiques qui s'abattent sur Greta Thunberg depuis son intervention au siège des Nations unies (ONU) est impressionnant. « Irrationnelle », « fanatisée », « totalitaire »... Les qualificatifs dégradants pleuvent.

Porte-parole sur la scène internationale d'un mouvement pour l'action climatique qu'elle a elle-même contribué à dynamiser, Greta Thunberg est devenue une cible de premier choix. Comment expliquer ce changement de ton à l'égard de l'activiste suédoise ? Et que nous disent ces critiques et leurs émetteurs de l'état du débat public sur la question climatique ? Pour répondre à ces questions, il faut distinguer différents types de critique.

### « Positions très radicales »

Il y a d'abord la remise en cause classique de l'écologie par ceux qui mettent en garde depuis longtemps contre les « prêcheurs d'apocalypse » ou autres « khmers verts ». On pense à Pascal Bruckner, Luc Ferry ou Michel Onfray. Rien de nouveau ici, si ce n'est que ce discours anti-écologie primaire est désormais repris par plusieurs responsables d'une droite française radicalisée, chez Les Républicains (LR) comme au Rassemblement national (RN).

En déclarant que l'environnement commençait « à bien faire » en 2009, Nicolas Sarkozy avait montré la voie du renoncement d'une large partie de la droite française à se saisir des enjeux écologiques. En cela, la France se rapproche des Etats-Unis, où les républicains portent un discours associant déni climatique et défense de l'insoutenable mode de vie américain.

Les critiques viennent également d'un bloc plus modéré et libéral, dont Emmanuel Macron est aujourd'hui le principal représentant. Portées par des membres de l'exécutif qui louaient jadis le dynamisme du mouvement pour le climat, elles sont de nature différente. D'abord, elles ne relèvent pas de l'*argumentum ad personam* qui masque mal la haine des femmes ou des personnes handicapées. Surtout, elles ne nient pas l'existence du problème – comment le pourraient-elles, quand le président de la République affiche dans le discours une détermination sans faille à « Make Our Planet Great Again » ?

On reproche donc plutôt à Greta Thunberg ses « *positions très radicales* », pour reprendre les mots d'Emmanuel Macron. Et on questionne les modalités de son action, le boycott de l'école, la prise de parole véhémement dans les arènes internationales et la plainte devant le comité des droits de l'enfant de l'ONU.

## **Des promesses de long terme**

Le procès en radicalité est-il fondé ? Sur la forme, chacun est juge. Celle-ci n'a pas changé depuis août 2018 et la première « grève de l'école ». Ce sont justement cette pugnacité et ce discours très direct qui ont suscité l'attention du grand public.

Sur le fond, Greta Thunberg ne fait que réclamer ce à quoi les dirigeants se sont engagés. Si l'on veut limiter le réchauffement climatique et respecter l'accord de Paris, nous devons diviser par deux nos émissions de gaz à effet de serre en à peine plus de dix ans (2030), puis par quatre d'ici à 2050. Cet engagement est inscrit dans notre code de l'énergie depuis le vote de la loi sur la transition énergétique. On trouve les mêmes objectifs, maintes fois répétés, au Royaume-Uni, en Allemagne... ou en Suède.

Ces promesses consensuelles de long terme ont l'avantage de porter sur un futur souvent trop distant pour que les dirigeants du moment puissent être tenus pour responsables. Cela leur permet d'indiquer à des citoyens [plus sensibilisés que jamais sur ces questions](#) qu'ils ont compris l'ampleur du problème et – pourquoi se priver ? – de récupérer quelques électeurs écologistes en perdition.

Le problème, c'est qu'il existe un fossé entre ces engagements volontaristes et la réalité de la transition écologique dans tous les pays, y compris en France. Celle-ci, comme 181 des 197 Etats signataires, ne respecte pas les engagements pris lors de l'accord de Paris. Ses émissions baissent très lentement, alors même qu'elles devraient être réduites de moitié dans dix ans. Plus que les positions de Greta Thunberg, ce sont ces engagements légaux, fondés sur la connaissance scientifique, qui sont radicaux.

Car comment les respecter sans transformation radicale de nos modes de production et de consommation ? Voiture individuelle (et industrie automobile), voyages (et industrie de l'aéronautique), alimentation (et industrie agroalimentaire), publicité... La liste est longue des secteurs qui sont appelés à muter en profondeur dans un laps de temps très réduit.

De nombreux économistes s'accordent à dire qu'une division par quatre de nos émissions pourra difficilement rester sans conséquences sur la croissance du produit intérieur brut (PIB) – [celle-ci est très nettement corrélée aux émissions](#). De ce fait, la liste des mécontents qu'une telle transition ne manquerait pas de créer est longue aussi, que l'on pense aux industriels, évidemment, mais aussi aux employés de ces industries. Et l'on comprend mieux, du coup, l'urgence d'Emmanuel Macron – qui demeure, comme ses homologues, convaincu que la croissance est la mère de toutes les politiques – à ne pas agir.

## **Ripolinages verts**

Greta Thunberg et, avec elle, les quatre millions de jeunes et de moins jeunes qui ont défilé le 20 septembre, refusent cet abandon face à une raison économique qui ne parvient même plus à réduire les inégalités.

Comme l'immense majorité des écologistes avant elle, elle prend au sérieux les rapports du Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat (GIEC) et les engagements formulés sur la scène internationale. Comme l'immense majorité des écologistes avant elle, elle remet en question le dogme de la croissance.

La capacité de Greta Thunberg à recentrer le débat démocratique sur nos modes de production, combinée à son exceptionnelle impertinence dans l'exercice de ses droits les plus élémentaires de citoyenne suédoise – celui de boycotter, d'échanger avec des scientifiques du climat, de prendre la parole en public, de communiquer sur les réseaux sociaux –, suscite la réaction vive et sans surprise des tenants du développement économique à tous crins.

En clarifiant les termes du conflit structurel qui sous-tend le défi climatique, Greta Thunberg oblige les dirigeants à sortir d'un unanimité de façade. Quand les partisans du statu quo ont intérêt à préserver un consensus apparent autorisant tous les ripolinages verts, elle repolitise les questions d'écologie. Pour les défenseurs du climat, c'est une bonne nouvelle.

**Simon Persico** est professeur de science politique à Sciences Po Grenoble, rattaché au laboratoire Pacte.

[https://ze.tt/extinction-rebellion-das-ist-die-rede-von-carola-rackete-bei-der-blockade-in-berlin/?utm\\_campaign=ref&utm\\_content=zett\\_zon\\_parkett\\_teaser\\_x&utm\\_medium=fix&utm\\_source=zon\\_ze\\_ttaudev\\_int&wt\\_zmc=fix.int.zettaudev.zon.ref.zett.zon\\_parkett.teaser.x](https://ze.tt/extinction-rebellion-das-ist-die-rede-von-carola-rackete-bei-der-blockade-in-berlin/?utm_campaign=ref&utm_content=zett_zon_parkett_teaser_x&utm_medium=fix&utm_source=zon_ze_ttaudev_int&wt_zmc=fix.int.zettaudev.zon.ref.zett.zon_parkett.teaser.x)

## Extinction Rebellion

# Das ist die Rede von Carola Rackete bei der Blockade in Berlin

*„Es ist mehr als Zeit, dass die Regierung die Wahrheit sagt und den ökologischen Notstand ausruft.“*



Eindrücke von der Extinction-Rebellion-Blockade in Berlin. Foto: Elif Küçük

Es sind nur knapp über null Grad, als die ersten Aktivist\*innen gegen vier Uhr morgens an der Siegessäule in Berlin ankommen. Als die Sonne aufgeht sind es bereits um die 1.000 Menschen, die sich rund um den Hauptverkehrsknotenpunkt versammeln und die Straßen blockieren. Die Aktivist\*innen sind Teil der Umweltbewegung Extinction Rebellion, der Rebellion gegen das Aussterben. Ab Montag wollen sie eine Woche lang Berlin blockieren – oder zumindest den Alltag stören, wo es nur geht. Nicht nur an der Siegessäule, auch am Potsdamer Platz und am Kemperplatz wird blockiert. In London, Paris, Madrid, Amsterdam, New York, Buenos Aires sowie in Sydney sind ebenfalls Aktionen geplant oder bereits im Gange.

Zur symbolträchtigen Uhrzeit fünf Minuten nach 12 Uhr sprach Carola Rackete, ehemalige Kapitänin des Seenotrettungsschiffs Sea Watch 3, an der Siegessäule. „Obwohl viele Menschen in Deutschland die Tragweite der heranrollenden Katastrophe mittlerweile verstanden haben und am 20. September 1,4 Millionen Menschen in Deutschland mehr Klimaschutz gefordert haben“, so Rackete, „hat die Bundesregierung ein Klimapaket verabschiedet, was nicht im entferntesten den Anforderungen von Paris entspricht und uns zum Ende des Jahrhunderts zu dem Trend von drei bis fünf Grad Erderwärmung bringt. Es ist mehr als Zeit, dass die Regierung die Wahrheit sagt und den ökologischen Notstand ausruft.“

Was ist Extinction Rebellion?

Extinction Rebellion, kurz XR, gilt als die radikalere Schwester der Fridays-for-Future-Bewegung. Den XR-Aktivist\*innen reicht es nicht, nur gegen die mangelnde Klimapolitik der Bundesregierung zu demonstrieren – sie wollen durch zivilen Ungehorsam zum Beispiel in Form von Blockaden Druck auf die Politik ausüben. „Die politische Lage wird dabei zur Rechtfertigung mit einem Brand gleichgesetzt“, schreibt *Zeit*-Kollegin Laura Cwiertnia. „Menschen sind in ein Haus eingesperrt. Um sie vor den Flammen zu retten, darf man nicht zögern und muss vielleicht sogar etwas kaputt machen.“ Die Aktivist\*innen von Extinction Rebellion hätten sich zu den Feuerlöscher\*innen des Weltklimas erklärt.

Die Forderungen der Bewegung sind sehr offen formuliert: Die Bundesregierung soll den Klimanotstand ausrufen und alles revidieren, was der Bewältigung der Klimakrise entgegenlaufe. Sie soll die vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen bis 2025 auf Null senken, das Artensterben stoppen und den ökologischen Raubbau eindämmen. Und eine Bürger\*innenversammlung soll einberufen werden, welche die notwendigen Maßnahmen festlegt. Wie die Forderungen umgesetzt werden sollen, wird nicht genauer ausgeführt.

Unterstützt wird die Bewegung von vielen Prominenten: In einem offenen Brief solidarisierten sich unter anderem Christian Ulmen, Bjärne Mädel und Fahri Yardim, der Regisseur René Pollesch, der Musiker Bela B, die Autoren Marc-Uwe Kling und Rocko Schamoni und der Kabarettist Bodo Wartke mit Extinction Rebellion. In einem Interview mit der SZ sagte der Jerk-Darsteller Fahri Yardim: „Hochwasser verhindert man nicht, indem man Lichterketten bastelt“.

Extinction Rebellion gründete sich im Oktober 2018 in Großbritannien, in Deutschland soll es inzwischen mehr als 100 Ortsgruppen geben. Bei einer der bislang medienwirksamsten Aktionen besprühten XR-Aktivist\*innen das britische Finanzministerium mit 1.800 Litern künstlichem Blut. Der dazugehörige Banner trug die Aufschrift: „Hören Sie auf, den Klimatod zu finanzieren.“ Vordenker ist der britische Umweltaktivist Roger Hallam.

### **Was werfen Kritiker\*innen Extinction Rebellion vor?**

Extinction Rebellion wird nicht nur von vielen Konservativen und Liberalen sondern auch Teilen der linken Szene kritisiert und abgelehnt. Ein wichtiger Grund hierfür ist, dass sich die Bewegung als offen für alle bezeichnet – unabhängig der politischen Selbstverortung. XR versteht sich nicht als linke, sondern als Umweltbewegung. Linke Aktivist\*innen werfen XR vor, sich nicht ausreichend von Rechts, Sexismus oder Rassismus abzugrenzen. Auf ihrer deutschen Website ergänzt XR, dass „diskriminierendes Verhalten, Sprache und Verhalten, das rassistische Dominanz, Sexismus, Antisemitismus, Islamophobie, Homophobie, Behindertenfeindlichkeit, Klassendiskriminierung, Altersvorurteil und alle anderen Formen der Unterdrückung“ nicht geduldet würden.

10. XR ist nicht gegen Atomenergie. Alle Nachfragen werden mit dem Hinweis auf noch zu gründende »Bürgerversammlungen« beantwortet, an denen »jeder« teilnehmen könne.

Einer der wichtigsten Grundsätze von Extinction Rebellion ist Gewaltfreiheit. Bedeutet: Auch bei einer Straßenblockade, die von Polizist\*innen aufgelöst wird, soll es nicht zu Gewalt kommen. Im Gegenteil: Die XR-Aktivist\*innen fallen teils durch extreme Freundlichkeit gegenüber Polizist\*innen auf. „Police we love you, we are doing this for your children too“, riefen Aktivist\*innen der Londoner Polizei zu. Kritiker\*innen werfen der Bewegung vor, damit das strukturelle Problem von Polizeigewalt zu ignorieren und zu staatshörig zu sein – und demzufolge nicht in die Kategorie des zivilen Ungehorsams zu passen.

Die Klimabewegung muss intersektional sein und die Rechte aller marginalisierter Gruppen sowie die herrschenden Machtverhältnisse mitdenken, sonst ist sie nichts wert.

Ist sicherlich komplizierter als 'für den Klimaschutz' auf die Straße zu gehen, aber ich traue uns das zu.

Auch Roger Hallam steht in der Kritik. In einem Interview mit dem *Spiegel* behauptete er, das Umweltthema sei größer als die Demokratie. „Wenn eine Gesellschaft so unmoralisch handelt, wird Demokratie irrelevant. Dann kann es nur noch direkte Aktionen geben, um das zu stoppen“, so Hallam. Viele Politiker\*innen von Grünen über SPD bis FDP kritisierten diese Haltung.



EINKOMMENSUNGLEICHHEIT:

## Wie breit ist die Kluft zwischen Arm und Reich?

- 
- VON BRITTA BEEGER
- 
- -AKTUALISIERT AM 08.10.2019-17:56

*Die Einkommen in Deutschland sind so ungleich wie nie, behauptet eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Andere Forscher wenden ein: So einfach ist das nicht.*

Es gibt Behauptungen, die immer wieder zu hören sind. Dass die Armen immer ärmer würden und die Reichen immer reicher, zum Beispiel. Stimmt das wirklich? Die Debatte darüber bekommt nun neue Nahrung. Denn das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung schreibt in einer neuen Studie, dass die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland einen Höchststand erreicht habe.

Trotz der guten Konjunktur und der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt habe sich die Schere zwischen den oberen und den unteren Einkommensgruppen in den vergangenen Jahren weiter geöffnet, heißt es in dem am Montag veröffentlichten Verteilungsbericht des Instituts. Das sei ein „Armutszeugnis für Deutschland“.

Die beiden Autorinnen Dorothee Spannagel und Katharina Molitor greifen für ihre Berechnungen auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels zurück, für das jährlich 16 000 Haushalte befragt werden. Konkret nutzen sie den Gini-Koeffizienten, das am häufigsten verwendete Maß zur Berechnung von Ungleichheit. Er kann zwischen null (alle haben gleich viel) und eins (einer hat alles) liegen. Schaut man auf die verfügbaren Einkommen, lag dieser Koeffizient im Jahr 2005 bei 0,293. Er sank dann zunächst, steigt seit dem Jahr 2010 aber wieder an: auf 0,297 im Jahr 2016. Damit liegt er in etwa wieder auf dem Niveau von 2005.

So weit, so einig sind sich die Ungleichheitsforscher im Land. Auf Basis der gleichen Daten und Berechnungen kommen sie zu den gleichen Werten – interpretieren diese aber unterschiedlich. Das eine Lager stellt in den Vordergrund, dass sich die Einkommensungleichheit seit 2005 kaum verändert habe. So steht es im Prinzip auch im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Das andere betont, dass die Ungleichheit seit 2010 wieder zunehme. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) etwa konstatiert, seit der Finanzkrise sei sie „signifikant gestiegen“, auch wenn die aktuellen Bewegungen laut DIW-Berechnungen nicht signifikant sind.

### Forscher vom Ifo und IW sehen kaum Bewegung

Andreas Peichl vom Münchener Ifo-Institut gehört eher dem ersten Lager an. Bis Mitte der 2000er Jahre sei die Einkommensungleichheit in Deutschland kräftig gestiegen, sagte er der F.A.Z. „Seitdem bewegt sie sich, von konjunkturell bedingten Schwankungen abgesehen, in etwa auf dem gleichen Niveau.“ Dass die Ungleichheit zuletzt zugelegt hat, findet er nicht überraschend. Diese Entwicklung sei auch auf die Flüchtlingswelle zurückzuführen, sagt er. „Wenn viele Menschen nach Deutschland kommen, die erst einmal kaum etwas verdienen, steigt natürlich die Ungleichheit.“

Diesen Befund teilt Judith Niehues vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Sie hat berechnet, was passiert, wenn man Flüchtlinge aus der Stichprobe ausklammert. Das Ergebnis: Der Gini-Koeffizient beträgt dann noch 0,291, also minimal weniger als 2005. Im WSI-Bericht ist die Zuwanderung nicht erwähnt. Auf Anfrage gab Autorin Spannagel an, die Flüchtlinge

selbst probeweise rausgerechnet zu haben. Im Ergebnis habe das aber „keinen signifikanten Unterschied“ gemacht.

Niehues verweist zudem darauf, dass die Einkommensungleichheit gemäß Daten der Industrieländerorganisation OECD unter dem Durchschnitt liegt. Der Abstand zu skandinavischen Ländern wie Schweden (0,28) sei gering. Zugleich verzeichneten Großbritannien (0,36) und die Vereinigten Staaten (0,39) eine viel größere Kluft zwischen Arm und Reich.

### Stabilität sei eine positive Entwicklung

Man könne durchaus hinterfragen, warum die Einkommensungleichheit angesichts der guten Wirtschaftslage und der gesunkenen Arbeitslosigkeit nicht zurückgehe, sagt Niehues. Ihrer Einschätzung nach liegt es unter anderem daran, dass aufgrund des technologischen Wandels Fachkräfte besonders gefragt sind. Angesichts der kritischen Wahrnehmung in der Bevölkerung sei es aber schon „eine berichtenswert positive Entwicklung“, dass die Verhältnisse seit Jahren stabil seien.

Ifo-Forscher Peichl zufolge gibt es noch weitere Gründe dafür, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland nicht sinkt. So hätten Aufstocker, die zusätzlich zu ihrer Arbeit Sozialleistungen wie etwa Hartz IV beziehen, oft wenig Anreiz, mehr zu arbeiten, sagt er. Denn netto zahle sich das für sie nicht aus.

Die Autorinnen des WSI schauen sich in ihrer Untersuchung noch einige weitere Indikatoren an. So verweisen sie darauf, dass die Armutsquote (gemeint sind Haushalte, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens haben) in den vergangenen Jahren gestiegen ist. Zudem seien die Realeinkommen der ärmsten zehn Prozent zwischen 2005 und 2016 sogar gesunken. Das sei allerdings ebenfalls auf die Flüchtlingszuwanderung zurückzuführen, sagt IW-Forscherin Niehues – eine Einschätzung, die das DIW teilt. Schließlich seien viele Menschen mit noch geringeren Einkommen hinzugestoßen, so Niehues.

Dass der aktuelle Ungleichheitsanstieg vorrangig mit der Migration zu tun hat, heiße nicht, dass er nicht relevant sei, sagt die Forscherin. Die Entwicklung lasse sich aber nicht einer zu geringen staatlichen Umverteilung anlasten. Das WSI hatte unter anderem dafür plädiert, dass Haushalte am oberen Ende über höhere Steuern einen größeren Beitrag zur staatlichen Umverteilung leisten müssten.

Zudem brauche es einen höheren Mindestlohn und eine Stärkung der Tarifbindung. Ohnehin sei „nicht ganz richtig“, dass für die aktuelle Entwicklung vor allem ein Anstieg der Einkommen am oberen Rand verantwortlich sei, sagt Niehues. Die Berechnungen des WSI zeigten eindrucksvoll, dass zwischen 2005 und 2016 besonders die Einkommen des achten Bevölkerungszehntels gestiegen sind. Hierzu zählten etwa Singles mit einem monatlichen verfügbaren Einkommen zwischen 2400 und 2800 Euro. Profiteure seien also „insbesondere Angehörige der Mittelschicht“.

CO2 UND NACHWUCHS:

## Müssen wir uns das Kinderkriegen verkneifen?

- VON CHRISTIAN GEYER
- -AKTUALISIERT AM 08.10.2019-12:42

*Wär's besser, wenn nichts entstünde? Für die Rettung der Erde scheint jedes Mittel recht. Jetzt wird wieder der Verzicht auf Nachwuchs nahegelegt.*

Der Sohn wird jetzt bald vier. Muss man, wenn man im Lichte der brachial verdeutlichten Klimabelange alles noch einmal richtig durchdenkt, sich dafür schämen, dass er da ist? Und verbietet sich jedes weitere Kind in diesem Licht von selbst? Zumal von jedem in die Welt gesetzten Kind natürlich eine unübersehbare Generationenfolge ausgehen mag, deren Emissionen sich wiederum die Erzeuger dieses einen Kindes zuzuschreiben hätten.

Wie lange wird es da dieses öffentliche Wohlwollen noch geben, das ein kleines Kind mit seiner erwachsenen Begleitperson erfährt, diese aufgehellten Blicke und freundlichen Anreden nahezu überall, wo man zusammen aufkreuzt? Das könnte sich tatsächlich rasch ändern. Die Signale der Warmherzigkeit könnten Signalen der Ablehnung weichen. Das Kleinkind ist gerade dabei, einen Imagewandel vom rentenpolitischen Nützlichling zum klimapolitischen Schädling zu durchlaufen – nach dem Motto: schon wieder ein menschliches Emissionsbündel mehr!

Sieht man recht, so hat die persönliche CO2-Bilanz das Zeug, in die frei gewordene Sinnstelle einzurücken. Genau deshalb könnte das Kindchenschema im öffentlichen Raum bald auch gegenteilige Affekte als die hegenden und pflegenden mobilisieren. Von gezielter Schmallippigkeit bis hin zu fuchtelnden Ausfällen gegen die Verantwortungslosigkeit des Kinderkriegens in den Zeiten des Klimawandels ist manches vorstellbar. Die Erwartung, sich auf einen klimapolitischen Druck hin (und nicht etwa aus höchstpersönlich empfundenen und deshalb nicht weiter rechtfertigungsbedürftigen Gründen heraus) ein Kind zu verkneifen, könnte allgemein werden. Was macht das dann aber mit Eltern und Kindern, wenn Geborenwerden zum Stigma wird?

Er, der Vierjährige, würde zumindest auf gemischte Gefühle treffen statt auf ein vorbehaltloses Willkommen. Die Frage stünde im Raum: Ist er, gezeugt nachdem das Pariser Klima-Abkommen beschlossen war, vielleicht eins von den Kindern, über die eigentlich eine präexistente Blockade verhängt wurde, weil sie als „ein Kind weniger“ beispielsweise in den breit rezipierten Empfehlungen der Lebensstil-Studie von Seth Wynes und Kimberly Nicholas verbucht sind? Ein Kind weniger kriegen dem Klima zuliebe, so heißt es im Register eines planetarischen Konsequentialismus, der kaltblütig die Bestände mustert.

Musste es demnach sein, das Kind?

Mit einem Kind weniger (von welcher Zahl heruntergerechnet?) ist es natürlich nicht getan. Von dem sportlichen Sparmotto geht ein Sog nach unten, eine Tendenz gegen null aus. Es bedeutet im Grunde nichts anderes, als dass es für jeden Menschen besser wäre, nicht geboren worden zu sein. Wobei den Eltern stillschweigend eine Totalverantwortung für alle Lebensumstände zugeschrieben wird, in die sie ihre Kinder hineinsetzen, die nahen und die fern.

Die deterministische Unterstellung gehört genauso zu dieser angemäßen Allzuständigkeit, diesem überdehnten Verantwortungsbegriff, wie die absolute Prognosesicherheit. In Wirklichkeit kann niemand wissen, wie sich ein Mensch zu den Umständen verhalten wird, in denen er zu leben gezwungen ist, welche kompensatorische Energie oder lähmende Apathie ihn ergreifen wird. Hinter dem freilich auch schon in früheren, ökologisch bewegten Zeiten laut gewordenen Appell, ein Kind

weniger oder am besten gar keines zu bekommen („Wie kann man in diese Welt noch Kinder setzen?“), steckt insofern auch ein symbiotisches Selbstmissverständnis der Eltern-Kind-Beziehung. Wie befreiend im Sinne von „freisetzend“ klingt dagegen sogar noch das Stereotyp: Der Junge wird seinen Weg schon machen!

Roy Scranton, an den inzwischen populär gewordenen „Ein Kind weniger“ Appell anknüpfend, treibt in der „New York Times“ die Logik der Planetenrettung als einer persönlichen Verzichtsleistung auf die defätistische Spitze. Er betrachtet, angesichts des bedrohten Planeten eine allwissende Warte einnehmend, die todgeweihte Zivilisation als Gewissheit und schreibt unter der Überschrift „Raising My Child in a Doomed World“: „Wynes’ und Nicholas’ Argumente ernst zu nehmen würde bedeuten, sich einzugestehen, dass die einzig wirklich moralische Reaktion auf den Klimawandel darin besteht, sich umzubringen. Es gibt einfach keine effektivere Weise, um den eigenen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zu verkleinern. Wenn man tot ist, verbraucht man keine Energie mehr, verbrennt kein Benzin mehr. Wer den Planeten tatsächlich retten will, sollte sterben.“

Musste es demnach sein, das Kind? Und muss er sein: der alte Mensch, lebenssatt weiter seine Runden drehend, statt dem Planeten zuliebe suizidal abzutreten? Solche auf die Knappheit der Ressourcen ausgerichteten Fragen lassen die verschwenderische Rhetorik der Gottesebenbildlichkeit alt aussehen, welche unbeirrbar auch den Menschen von morgen in ihren Universalismus einschließt: „Gut, dass du da sein wirst!“

## Eine wundersame Entwicklung

Von wegen gut. Ob es sich für das konkrete Kind gehört, da zu sein, statt nicht zu sein, scheint nicht länger eine Anfrage im Ressort der idealistischen Philosophie und Theologie wert. Es reicht offenbar, nach der Anzahl der Geschwister zu fragen. Dann beantwortet sich die Frage als Rechenaufgabe von selbst: Ist dieses Kind, festgelegt auf seine verbrauchende Körperlichkeit, noch in der Kreislaufwirtschaft der Erde eingepreist? Oder ist es, das Kind, als eines von mehreren Geschwistern, schon aus ihr herausgefallen und nur da, weil die Eltern es vermässelt haben? Heute essen sie ein Steak zu viel, morgen zeugen sie ein Kind zu viel. Brauchen wir, wenn alle Appelle und Insinuationen nichts fruchten, staatliche Zeugungsverbote, eine Ein-Kind-Politik, um die Warnung vor der Überbevölkerung persönlich zu adressieren? Dass solch ein Unfug auch weiterhin Unfug heißen wird, legt Robert Habeck mit seiner Warnung vor einem „Klimatotalitarismus“ nahe.

Bevor der Mensch sich für sein Dasein zu rechtfertigen hätte, sind tatsächlich andere Verzicht gefordert: bei dem Wunschdenken etwa, man könne sich einen ausbeuterischen Lebensstandard unterm PR-Label der Nachhaltigkeit „grün lügen“, wie Kathrin Hartmann in ihrer minutiösen Recherche über die „Weltrettung als profitables Geschäftsmodell“ schreibt. Sie enttarnt die grünen Module in einem ansonsten naturzerstörerischen Wirtschaften als „Augenwischerei“, durch welche ein richtiges Produzieren im falschen gegen Kritik immunisiert werde, und warnt davor, einen forschfröhlichen Konsumismus „ohne Verzicht und Einschränkungen“ auf Hochglanz zu bringen. Derweil die Umweltkosten wie gehabt in den globalen Süden ausgelagert würden, so dass auf ganzer Linie gilt, was Stephan Lessenich in seinem Buch „Neben uns die Sintflut“ schreibt: „Wir leben nicht über unsere Verhältnisse. Wir leben über die Verhältnisse der anderen.“

In der Frage eines ökologischen Kinderverzichts spitzt sich die Debatte um das Verhältnis von persönlichen Verzichtsleistungen und globalen politisch-ökonomischen Strukturreformen zu. Eine wundersame Entwicklung: Zum ersten Mal wird aus der anthropologischen Einsicht, dass Leben immer auch heißt: schuldig zu werden und sich in widrigen Umständen einrichten zu müssen, eine misanthropische Nulltoleranz abgeleitet. Das Nichtsein des konkreten Menschen als moralischer Imperativ, um die Gattung vor dem Aussterben zu retten. Der Planet frisst seine Kinder.

# EDF: le coût de l'EPR de Flamanville s'envole encore

- Par [Frédéric de Monicault](#) [Cyrille Pluyette](#)
- Publié le 08/10/2019 à 20:28

**INFO LE FIGARO - Pour réparer des soudures sur le prototype de son nouveau réacteur, l'électricien va devoir dépenser 1,2 milliard d'euros. Ce qui porte à plus de 12 milliards le budget complet de son chantier.**

Un bon milliard d'euros supplémentaire: telle est la facture qu'EDF va devoir acquitter, selon nos informations, pour réparer les huit soudures défectueuses de l'EPR de Flamanville (Manche), le chantier du prototype de réacteur de nouvelle génération. Ce surcoût, qui se chifferrait précisément à 1,2 milliard d'euros, porte à plus de 12 milliards le montant global de l'ardoise, soit plus du triple du budget initial.

Pour réparer ces soudures défectueuses, l'électricien a travaillé sur deux solutions innovantes, un schéma prioritaire et une solution de repli, qui font intervenir notamment des robots. Ces schémas d'intervention, soumis à l'Autorité de sûreté nationale (ASN), ont l'avantage de permettre d'éviter de détruire l'enceinte du bâtiment réacteur. Mercredi, l'ASN devrait communiquer pour préciser que les travaux se dérouleront sous son étroit contrôle.

Après la découverte cet été de ces soudures problématiques, EDF avait averti que la mise en service de l'EPR était une nouvelle fois repoussée, à l'horizon de 2022. Le projet de réparation entériné par le conseil d'administration qui s'est tenu ce mardi ne modifie pas significativement ce calendrier. C'est fin 2022 que l'EPR pourrait être raccordé au réseau, avec dix ans de retard sur le calendrier initial.

L'annonce de ce énième dérapage financier intervient dans un contexte délicat pour la filière nucléaire française, en proie à de nombreux déboires. En Grande-Bretagne, EDF a averti que son projet d'EPR à Hinkley Point pourrait être retardé jusqu'à 15 mois et qu'il enregistrait un nouveau surcoût pouvant aller jusqu'à 2,9 milliards de livres.

Interrogé sur ces informations, EDF n'a fait aucun commentaire. Le contexte est particulièrement sensible au sein de l'entreprise, qui étudie un projet de vaste réorganisation, dont la présentation, prévue pour cette fin d'année, a été décalée de plusieurs mois la semaine passée.

BRAND IN CHEMIEFABRIK:

## Wie Macron die Umwelt rettet und der Staat lügt

- VON JÜRGE ALTWEGG, GENF
- -AKTUALISIERT AM 09.10.2019-06:16



*Seit in Rouen eine Chemiefabrik brannte, deren Dach aus Asbest bestand, zeigt die französische Regierung, wie wenig das Volk ihr trauen kann.*

„Seit die Engländer Jeanne d’Arc auf dem Scheiterhaufen verbrannten, waren die Rauchwolken im Himmel über Rouen nie mehr so schwarz“, las man unlängst in einem Leitartikel einer französischen Zeitung anlässlich des Unfalls der Chemiefabrik in Rouen. Über Brechreiz, Schwindelanfälle, Kopfweh klagten die Bewohner. Die Schulen blieben geschlossen. Vor Ort erklärte die Gesundheitsministerin: Kein Grund zu Beunruhigung. Der Polizeipräfekt veranstaltete eine surrealistische Medienkonferenz. Es bestehe keine Gefahr aus der Luft, aber man werde die Liste der fünfhundert Tonnen Chemikalien, die in Flammen aufgingen, ausnahmsweise veröffentlichen (sie erwies sich als unvollständig). Zweitausend Bauern müssen nun ihre Ernte vernichten. Es kamen der Innen- und der Premierminister Edouard Philippe nach Rouen, der in der Atomwirtschaft Karriere gemacht hatte und „absolute Transparenz“ versprach. Feuerwehrleuten, die tagelang im Einsatz waren, werden die Resultate der Blutanalysen verschwiegen.

Der französische Staat ist wie der Papst: unfehlbar. Nach Tschernobyl hatten die radioaktiven Wolken an seinen Grenzen bekanntlich Halt gemacht. Das Waldsterben war von den Intellektuellen einst als „ideologische Lüge“ der deutschen Grünen bezeichnet worden. Schließlich hatten, wie der Historiker Emmanuel Le Roy Ladurie in seiner „Geschichte des Klimas“ darstellte, die Rosen auch schon mal im Winter geblüht. Dass es mit dem Klimawandel vielleicht doch etwas auf sich haben könnte, dämmerte Frankreich um die Jahrtausendwende, als der Jahrhundertsturm „Lothar“ die Bäume im Schlosspark von Versailles umlegte und der Hitzesommer auf dem Mont Blanc den ewigen Schnee zum Schmelzen brachte und es fünfzehntausend Hitzetote innerhalb von zwei Wochen gab.

„Unser Haus steht in Flammen, und wir schauen weg“, befand schon Jacques Chirac, der starb, als in Rouen die Lubrizol-Fabrik brannte. Ihr Dach war aus Asbest, dessen Gefährlichkeit Frankreich erst mit jahrzehntelanger Verspätung zur Kenntnis genommen hatte. Emmanuel Macrons erster Umweltminister Nicolas Hulot warf aus Protest das Handtuch. Sein Nachfolger François de Rugy musste im Sommer wegen seiner Einladungen zu Hummer und Burgunder auf Staatskosten zurücktreten. Um gegen das „Blabla des Präsidenten“ zu protestieren, entwendeten Öko-Aktivisten seit Anfang des Jahres dessen Porträt aus den Rathäusern – bisher 128. Die Urteile der ersten Prozesse stehen aus, es drohen Maximalstrafen von fünf Jahren Haft. Es gab Dutzende von Festnahmen und erfolglosen Hausdurchsuchungen. Die Porträts tauchten an einer Demo gegen den G7-Gipfel in Biarritz auf. Mehrere Organisationen wollen den Staat wegen seines kriminellen „Nichtstuns gegen die Klimakatastrophe“ vor Gericht bringen. Ihre Petition – auf der die Namen mehrere ehemaligen Umweltminister stehen, auch der von Hulot – brachte es auf mehr als zwei Millionen Unterschriften.

## Werden die Grünen Macron gefährlich?

Macrons Einzug ins Élysée erfolgte aus den Ruinen der Linken, bei der Europawahl hinterließ er die bürgerliche Rechte in Trümmern. Die Grünen erreichten ein Spitzenresultat. Zwar regieren sie nur eine einzige französische Stadt, Grenoble, aber für die Kommunalwahlen im Frühjahr sind sie für die „République en marche“ die größte Herausforderung. Umso empfänglicher ist man in Paris für Robert Habeck, „Macrons grünen Hoffnungsträger“ aus Berlin (F.A.Z. vom 4. Oktober). Deutschland beteiligt sich auch an der Initiative „Make the planet great again“, die Macron lancierte, nachdem Donald Trump das Klimaabkommen aufgekündigt hatte. Macron forderte amerikanische Wissenschaftler auf, nach Europa zu kommen. Die Ministerinnen Anja Karliczek und Frédérique Vidal haben gerade in Paris den Startschuss gegeben, in vier Jahren soll in Berlin Bilanz gezogen werden. Praktisch gleichzeitig wurde ein „Umwelt-Parlament“ eröffnet, seine 150 Mitglieder hat man per Los ermittelt.

Vor Jahresfrist lancierten Studenten verschiedener „Grandes Ecoles“ zudem den Appell „ökologisches Erwachen“, in dem die Elite von morgen die Abschaffung des Kapitalismus fordert. Und derzeit wird die Frage diskutiert, ob der ökologische Umbau schon in der Grundschule Pflichtstoff werden soll. Unterrichtsminister Jean-Michel Blanquer überholt alle: Er lässt 250.000 „Öko-Delegierte“ wählen, die zwölf Millionen Schüler vertreten sollen. „Das Erziehungswesen soll die Speerspitze der Umweltpolitik und der Mobilmachung werden“, sagt Blanquer: „Allein sind wir machtlos. Aber wenn jeder Kolibri einen Tropfen Wasser transportiert, kann der Brand gelöscht werden.“ Die indianische Metapher wird vom Bauer und Schriftsteller Pierre Rabhi verbreitet, der einen „Aufstand der Gewissen“ propagiert und für die Durchsetzung der anthroposophischen Anbaumethoden kämpft. Vor zehn Jahren begründete Rabhi die „Bewegung der Kolibris“, die von der staatlichen Sektenbeobachtung als „esoterisch“ eingestuft wird.

### „Frankreich schmolzt“ – und wettert gegen Thunberg

Macron will internationale Handelsverträge – zum Beispiel mit den Mercosur-Staaten – an die Einhaltung von Öko-Kriterien binden. Nach Trump legte er sich bekanntlich mit dem brasilianischen Präsidenten an. Bolsonaro verwarf sich mit sexistischen Sprüchen über Macrons Frau gegen die Einmischung und boykottiert seither die französischen Billigkugelschreiber „Bic“, mit denen er seine Volksverbundenheit demonstrierte. Macron rechtfertigte sich damit, dass Frankreich sehr wohl ein Amazonas-Staat sei. Es betreibt in Französisch-Guyana zwar einen Nationalpark, aber seine Goldgräber-Industrie gehört zu den notorischen Umweltsündern in der Region. Von Kourou aus schickt Paris seine Ariane-Raketen in den Weltraum.

„Frankreich schmolzt“, titelte „Libération“ nach dem Klima-Gipfel in New York, weil Greta das Land in einem Atemzug mit Brasilien und den Vereinigten Staaten des „Verrats“ bezichtigt hat. Im Elysee und vom Parlament war das Mädchen zuvor mit Devotion empfangen worden. Von Alain Finkielkraut und Pascal Bruckner hingegen wurde Greta heftig kritisiert, von Michel Onfray gar übel beschimpft. Das täten die Intellektuellen, weil sie auf ihren Einfluss neidisch seien, schrieb „Libération“. Auch auf einem etwas höheren Niveau folgen die Debatten dem Schema „Verklären und Kreuzigen“. Der oberste Mäzen des Palais de Tokyo hat einen Aufruf zu ihrer Ermordung erlassen: „Ich hoffe, dass ein Verrückter sie abknallt.“ Selbst ihre Verehrerin Brune Poirson, Emmanuel Macrons neue Ministerin für den ökologischen Umbau, ist nach deren Auftritt in New York von ihr abgerückt. Inzwischen hält Poirson es lieber mit Churchill. Er habe „Blut und Tränen“ versprochen, aber am „Ende des Tunnels auch den Sieg, und Hoffnung gemacht“. Von Asche, Ruß und Gift in Rouen sprach sie nicht. Aber jeder hat verstanden, wer der neue Churchill ist.

## A Far-Right Dilemma for Europe's Mainstream: Contain It or Join It?

By **Katrin Bennhold, Amanda Taub and Max Fisher**

- Oct. 8, 2019

FRANKENSTEIN, Germany — They called it the Frankenstein coalition, and not just for the location.

When the Frankenstein chapter of Chancellor Angela Merkel's conservative party defied Berlin and formed an alliance with the far right in the village council, some considered it monstrous.

To many, the alliance violated one of the biggest taboos in German politics: that no mainstream party collaborate with the far right.

"A red line was crossed," said Eckhard Vogel, the mayor of Frankenstein, a centrist who belongs to neither party. "You can't go to bed with people like that."

In Frankenstein, a small village in southwestern Germany, Ms. Merkel's Christian Democrats and the Alternative for Germany do in fact share a bed, literally: They are husband and wife.

That is one reason the case has captured the imagination of Germans in recent weeks. Another is that a creeping cooperation between mainstream parties and the far right, unthinkable only a couple of years ago, has become strikingly common at the local level, with potentially cascading consequences for European democracy.

Across Europe, embattled traditional parties are grappling with how to deal with the disruptive force of the far right: isolate and contain it, or work with it in hopes of winning back voters?

•

In many places, the far right's market share is too big to easily ignore. Three years into the populist backlash, far-right lawmakers have become familiar faces in many local and national legislatures in countries like Norway, Italy and Denmark.

In the most recent example, two years after joining forces with the far-right Freedom Party, Austria's conservative party leader, Sebastian Kurz, took more than 250,000 votes from his erstwhile partners and triumphed resoundingly in the Sept. 29 elections.

It helped Mr. Kurz that the Freedom Party had been embroiled in scandals that ended their coalition government. But he had also taken up much of their agenda on issues like casting migration as a threat to Austrian identity.

The coalition strengthened the center-right and weakened the far right. But in the process it also pushed Mr. Kurz's conservatives and the whole country sharply to the right, raising the question: Who is co-opting whom?

A similar pattern is playing out across Europe. From Britain to Norway, center-right and far-right parties, supposedly sworn enemies, have come to either collaborate directly or to co-opt one another's policy platforms and voter bases.

"Noncooperation pacts have tended not to last," said Elisabeth Ivarsflaten, a political scientist at the University of Bergen in Norway, referring to rules set by centrist parties against working with the far right.

It follows a pattern, she said: "The noncooperation pacts get challenged or broken. There are experiments with coalitions on a local level, and then eventually the national level catches up."



## Fraying Barriers

In Germany, the official line from mainstream political parties is clear: Any alliance with the far right is categorically banned.

National officials with the Christian Democrats warn that cooperation could legitimize the far right's nationalist populist agenda and undermine the values that underpin German democracy.

Annegret Kramp-Karrenbauer, the leader of the Christian Democrats and possible successor to Ms. Merkel, has accused the Alternative for Germany of creating an "intellectual climate" in which a far-right extremist shot Walter Lübcke, a regional government official, in June — the first far right assassination of a politician in Germany since World War II.

Whoever toys with the idea of working with the Alternative for Germany, or AfD by its German initials, Ms. Kramp-Karrenbauer said recently, "should close their eyes and imagine Walter Lübcke."

But enforcing a ban on the local level has proved tricky. In small towns, the local face of the AfD may be the doctor or firefighter. Political ideology feels less of an obstacle when the issues of the day are things like road repair or renovating the nursery school.

That may be one reason breakdowns in Germany's mantra to isolate the far right are becoming more common in local governments.

A recent report by ARD, Germany's public broadcaster, identified at least 18 cases of cooperation.

In the northern town of Eilsleben, the Christian Democrats invited an AfD representative into their group. In Görlitz, near the Polish border, an AfD candidate was elected to a local committee after receiving support from mainstream parties in the town council.

In Chemnitz, where far-right protests saw AfD leaders march side by side with neo-Nazis last year, the AfD recently helped the Christian Democrats gain control of a number of social projects traditionally run by the left.

In one case, in the southeastern village of Gorisch, there was even a coalition of Christian Democrats, the AfD and the center-left Greens.

Even when there is no formal alliance, there are a growing number of incidences in which conservatives and representatives of the AfD vote together, local officials say.

"They tell you it's coincidence," said Jörg Rakete, the mayor of the eastern town of Döbern and a member of the Social Democrats. "Let's just say the coincidences are piling up."

These breaches at the local level are not happening only in Germany.

Once far-right parties have held office for a term or two, many voters see them as normalized and will punish mainstream parties as antidemocratic for keeping them out of governing coalitions, according to a forthcoming study led by Ms. Ivarsflaten.

Europe, Ms. Ivarsflaten said, appears to be repeating what happened in Norway with the rise of the hard-line Progress Party.

"They were seen for a long time as a party that you couldn't cooperate with," she said. "They were considered too radical, too unstable, and that their position on immigration was beyond the pale."

"Gradually, over time, they began taking part in local governments," Ms. Ivarsflaten added, until, eventually, Norway's center-right party dropped its ban on partnering with them.

Last year, centrist parties finally joined them in a coalition, all but ending the taboo.

That is why politicians like Franziska Brantner, a lawmaker for Germany's Greens, opposes giving the AfD the opportunity to govern at any level.

“It’s a slippery slope,” said Ms. Brantner, whose own party’s recent success builds on years in local politics. “If the AfD gets a foot in the door,” she said, “the danger is that they will push it wide open.”

## **The Price of Containment**

But isolating the far right has become more costly.

Although support for the far right has been growing slowly for decades, in 2016 and 2017 nationalist parties across Europe crossed a significant threshold, winning seats in national legislatures.

Refusing to cooperate with democratically elected representatives strikes many constituents as undemocratic.

“It is an insult to the voters,” said Uwe Junge, a state legislator for the AfD and former Christian Democrat. “As if we were the undemocratic ones!”

As populists win more seats, policies to exclude them can backfire by appearing to validate the far right’s claim to represent the will of the people against a corrupt mainstream elite.

In Germany, the political establishment has at times taken extreme measures to keep the AfD out of office. In one recent mayoral race in Görlitz, parties from across the political spectrum united behind the Christian Democrat to block the rival AfD candidate, who still won 45 percent of the vote.

As bottom-up pressure to work with the far right grows, some national leaders, short of forming coalitions with it, have echoed its language or edged closer to its positions.

In the Netherlands, Prime Minister Mark Rutte said, as part of his efforts to head off a far-right surge in the 2017 elections, that immigrants should “act normal or go home.”

In Britain, Prime Minister Boris Johnson has essentially co-opted the platform of the far-right Brexit Party. When moderate lawmakers in his Conservative Party objected, he expelled them.

“Are we really that afraid?” asked Martin Patzelt, a conservative German lawmaker and a rare voice in Ms. Merkel’s party who urges engagement with the far right. “The voters of the AfD vote for them because they are afraid. And our politicians fight the AfD because they are afraid.”

“Everyone is afraid,” Mr. Patzelt said. “But if you are guided by fear, you lose your political identity.”

In Frankenstein, a version of the same debate is playing out.

Monica Schirdewahn, the Frankenstein conservative who went into coalition with her AfD husband, said she was getting support from fellow conservatives who want to rethink the taboo of working with the AfD.

“This is democracy,” she said. “If you exclude a party, you exclude its voters.”

Frieder Wagner, a retired chemical worker who was in the local village bar one recent evening, disagreed.

“Haven’t we learned from history?” he asked. The Nazis also came to power in a coalition, he said. “And then democracy died.”

THANK YOU, MR. PRESIDENT!:

## Warum sich Europa bei Trump bedanken sollte

- VON ECKHARD LÜBKEMEIER
- -AKTUALISIERT AM 09.10.2019-11:08



*Amerika verändert sich, der alte Westen ist tot. Europa muss strategisch autonom werden – und dem Präsidenten für dessen Art dankbar sein. Ein Gastbeitrag.*

Präsident **Trump** wütet wie ein „Abbruchunternehmer“, so beschrieb ihn ein angesehenes britisches Magazin. Das „andere“ Amerika könnte seine Wiederwahl im Jahr 2020 verhindern. Es gilt, sich auf beide Eventualitäten einzustellen, ein Verbleib Trumps im Weißen Haus wie auch seine Abwahl. Dafür sind Lehren zu beherzigen, die Trumps Präsidentschaft bereithält.

Die Vereinigten Staaten werden nie mehr so sein wie vor Trump: Der Nährboden seiner Wahl und – trotz Ukraine-Affäre und drohendem Impeachment – möglichen Wiederwahl ist ein polarisiertes und demoralisiertes Land mit einer erbitterten politischen Konfrontation. Das muss nicht so bleiben. Die amerikanischen Kräfte zur Wiederbesinnung auf Optimismus und Pragmatismus sollten nicht unterschätzt werden. Aber die Vereinigten Staaten verändern sich: der Anteil der Bevölkerung mit europäischem Migrationshintergrund schrumpft, weltpolitisch richten sie sich auf den Rivalen China aus. Washington erwartet zunehmend, dass Europa reich und reif genug sein sollte, für sich selbst zu sorgen.

### Der globalisierte Kapitalismus

China muss auch durch Europa eingehegt werden: Mehr als **Obama** fordert Trump China heraus. Wie er das macht, kann man kritisch sehen. Dass er es macht, ist angezeigt. China gebührt nach seinem phänomenalen Aufstieg weltpolitisch ein Platz in der allerersten Reihe. Aber seine autoritäre Führung muss, da hat Trump recht, auch durch Gegenmacht zu Kooperation und Regeltreue angehalten werden.

Der globalisierte Kapitalismus muss und kann gezügelt werden: Trump wäre ohne die Verlierer der kapitalistischen Globalisierung nicht Präsident geworden. Zwar nicht für sie, aber in ihrem Namen legt sich Trump mit seinem Neomerkantilismus mit amerikanischen Großunternehmen an, die von Handels- und Lieferketten, von Kapital- und Datenverkehrsfreiheit leben. So zeigt er auf seine destruktive Art auf, dass es politische Spielräume zur Zügelung des globalisierten Kapitalismus gibt.

Der alte Westen ist tot, für einen neuen muss sich Europa ertüchtigen: Jeder amerikanische Präsident wird künftig die Bedeutung Europas daran messen, wie es sich in der amerikanisch-chinesischen Rivalität positioniert und ob es mehr Eigenverantwortung schultert. Deshalb sollte man sich durch Trumps berserkerhaftes Auftreten nicht täuschen lassen: Eine tragfähige transatlantische Partnerschaft gibt es nur mit einem erstarkten Europa.

Ein emanzipiertes, autonomes Europa

Europa muss strategisch autonom werden: Ein solches Europa braucht Machtparität mit anderen Globalakteuren. Wirtschaftlich, technologisch und kulturell hat Europa das Potential dazu. Seine Achillesferse ist sicherheitspolitisch: Europa ist ungleich abhängiger vom amerikanischen Beistand als umgekehrt. Auch ohne Trump gilt: Abhängigkeit hat selbst unter Freunden ihren Preis. Europa muss abwägen, ob er geringer ist als die Risiken und Kosten, die mit einer sicherheitspolitischen Emanzipation von den Vereinigten Staaten verbunden wären. Klar ist jedoch: Weltmacht auf Augenhöhe mit Washington und Peking gibt es nicht ohne eine solche Emanzipation.

Ein autonomes Europa braucht eine deutsch-französische Achse: Dem Dilemma, dass ihre kollektive Führung gebraucht und zugleich beargwöhnt wird, können Deutschland und Frankreich nicht entkommen. Sie können es jedoch erträglich machen: durch vorbildliche Regeltreue und Kompromissbereitschaft gegenüber ihren europäischen Partnern.

Für ein autonomes Europa muss Deutschland über seinen Schatten springen: Bundeskanzlerin Merkel hat gefordert, Europa müsse sein Schicksal selbst in die Hand nehmen. Das geht nur mit Deutschland, aber nicht allein zu deutschen Bedingungen und Befindlichkeiten. Nicht nur in der Eurozone wird Deutschland mehr Solidarität zeigen müssen. Die größere Bewährungsprobe liegt in der sicherheitspolitischen Ertüchtigung Europas.

Deutschland wird nicht nur finanziell mehr investieren, sondern sich auch bei Rüstungsexporten und der Rolle des Militärs bewegen müssen. Dass militärische Mittel keine Konflikte lösen, ist eine richtige Ermahnung, prioritär auf Prävention und Politik zu setzen. Aber Deutschland disqualifiziert sich für eine von ihm gewollte Europäische Verteidigungsunion, wenn, wie im April 2018 nach einem syrischen Chemiewaffeneinsatz, begrüßt wird, dass die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien militärisch reagieren, es selbst aber nicht dazu bereit ist.

Darf man Trump dankbar sein, dass er uns die Dringlichkeit eines mündigen Europas peinigend vor Augen hält? Selbst wenn man es täte, es würde ihn nicht davon abhalten, sich auf seine egomanische Weise treu zu bleiben. Der Ball, so könnte er jedoch zu Recht sagen, liegt nicht in meinem, sondern im europäischen Feld. Deutschland und Frankreich sollten dafür sorgen, dass die willigen Europäer ihn aufnehmen und ihr Schicksal in ihre Hände nehmen. Denn Trump hin oder her – das ist der einzige Weg, der sich aufrecht und auf Augenhöhe mit anderen gehen lässt. Deshalb: Thank you, Mr. President – auch wenn's zu sagen schwerfällt.

*Der Autor ist Botschafter a. D. und Gastwissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.*

Quelle: F.A.Z.

BUNDESPRÄSIDENT IN HALLE:

## „Ein Tag der Scham und der Schande“

- AKTUALISIERT AM 10.10.2019-13:44



*Bundespräsident Steinmeier hat die Deutschen aufgefordert, gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus einzustehen. Er besuchte die Synagoge in Halle, den Ort des Anschlags. Politiker von Union und SPD machen die AfD mitverantwortlich.*

Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** hat am Tag nach dem Anschlag in Halle an der Saale den Tatort besucht. Er trug am Donnerstag einen Kranz zu der Synagoge. „Dieser Tag ist ein Tag der Scham und der Schande“, sagte der Bundespräsident. „Wer jetzt noch einen Funken Verständnis zeigt für Rechtsextremismus und Rassenhass, wer die Bereitschaft anderer fördert durch das Schüren von Hass, wer politisch motivierte Gewalt gegen Andersdenkende, Andersgläubige oder auch Repräsentanten demokratischer Institutionen, wenn ich an den Fall Walter Lübcke denke – wer das rechtfertigt, der macht sich mitschuldig.“

Steinmeier forderte Konsequenzen. „Einen solchen feigen Anschlag zu verurteilen, das reicht nicht“, sagte er. „Es muss klar sein, dass der Staat Verantwortung übernimmt für jüdisches Leben, für die Sicherheit jüdischen Lebens in Deutschland.“ Zugleich müsse die gesamte Gesellschaft „eine klare, eine entschiedene Haltung der Solidarität mit den jüdischen Mitmenschen in unserem Land“ zeigen. „Die Geschichte mahnt uns, die Gegenwart fordert uns.“

„AfD in unverschämter Weise aufgefallen“

Politiker aus Union und SPD machten nach dem Anschlag in Halle auch die **AfD** mitverantwortlich. „Das eine sind diese schrecklichen Gewalttäter, vor denen wir uns schützen müssen – das andere sind auch die geistigen Brandstifter“, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) am Donnerstag im Bayerischen Rundfunk. „Da sind in letzter Zeit auch einige Vertreter der AfD in unverschämter Weise aufgefallen.“

Namentlich nannte **Herrmann** den Thüringer AfD-Rechtsaußen Björn Höcke. „Höcke ist einer der geistigen Brandstifter, wenn es darum geht, wieder mehr Antisemitismus in unserem Land zu verbreiten“, sagte er. Die Bildungsministerin von Schleswig-Holstein, Karin Prien (CDU), schloss sich Herrmann an. „Der gärrige Nährboden für das Attentat von Halle wird auch von der AfD befördert“, schrieb Prien auf Twitter.

Der SPD-Politiker **Karl Lauterbach** äußerte: „Es ist die Hetze der AfD, die dem Rechtsextremismus eine politische Stimme gab.“ Durch diese Hetze fühlten sich einzelne Verbrecher legitimiert, Grausamkeiten zu begehen. „Die AfD trägt eine große Mitschuld“, twitterte Lauterbach. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Mützenich äußerte, der Angreifer habe sich „wegen der Verharmlosung und Leugnung der Naziterrorherrschaft durch AfD-Vertreter ermutigt fühlen“ können.

Die AfD wies die Vorwürfe vehement zurück. „Wer dieses entsetzliche Verbrechen missbraucht, um die politische Konkurrenz mit haltlosen Diffamierungen zu verleumden, der spaltet die Gesellschaft“,

teilte die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel mit. Ko-Fraktionschef Alexander Gauland sagte, seine Partei sei „erschüttert über dieses monströse Verbrechen“. „Versuche, den Terroranschlag und das von ihm verursachte Leid tagespolitisch zu instrumentalisieren, sind infam und werden dem Ernst der Lage nicht gerecht.“

Der schwerbewaffnete Stephan B. hatte am Mittwoch versucht, in die Synagoge einzudringen, in der Dutzende Gläubige den jüdischen Feiertag Jom Kippur feierten. Offenbar wollte er dort ein Blutbad anrichten. Sein Versuch scheiterte, woraufhin er vor der Synagoge und danach in einem nahen Döner-Imbiss zwei Menschen erschoss und mindestens zwei weitere verletzte. B. wurde später auf der Flucht festgenommen. Die Polizei geht von einem antisemitischen Motiv aus.

[https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/traegt-die-afd-eine-mitschuld-an-dem-anschlag-in-halle-16426988.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_3](https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/traegt-die-afd-eine-mitschuld-an-dem-anschlag-in-halle-16426988.html?printPagedArticle=true#pageIndex_3)

REAKTIONEN AUF TAT VON HALLE:

## Trägt die AfD eine Mitschuld an dem Anschlag?

- VON STEFAN LOCKE UND MARKUS WEHNER
- -AKTUALISIERT AM 10.10.2019-18:37



*Den Vorwurf, dass die AfD für den Terrorakt mitverantwortlich sei, machte als Erster Bayerns Innenminister Herrmann. Später pflichtete ihm Bundesinnenminister Seehofer bei. Führende AfD-Politiker verurteilten die Tat – und wandten sich gleichzeitig gegen die Vorwürfe.*

Sind Politiker der **AFD** mitverantwortlich für den Terrorakt in Halle? Oder versuchen die anderen Parteien, das Verbrechen gegen die unliebsame Konkurrenz von rechts zu instrumentalisieren? Darüber wurde am Donnerstag gestritten. Den Vorwurf, dass die AfD eine Mitschuld trage, machte als Erster der bayerische Innenminister Joachim Herrmann. Neben den schrecklichen Gewalttätern seien die „geistigen Brandstifter“ zu beachten, sagte der CSU-Politiker in einem Gespräch mit dem Bayerischen Rundfunk. „Da sind leider auch gerade einige Vertreter der AfD in sehr unverschämter Weise in den letzten Jahren immer mehr aufgefallen.“

Der Thüringer AfD-Vorsitzende **Björn Höcke** sei „einer dieser geistigen Brandstifter, wenn es darum geht, wieder mehr Antisemitismus in unserem Land zu verbreiten“. **Bundesinnenminister Horst Seehofer pflichtete am Nachmittag Herrmann bei.** Auch die Bildungsministerin in Schleswig-Holstein, Karin Prien (CDU), schrieb auf Twitter, der „gärrige Nährboden“ für das Attentat werde „auch von der AfD befördert“. Ähnliche Anschuldigungen kamen aus der SPD. Rolf Mützenich, Fraktionschef im Bundestag, sagte, der Angreifer sei „ein radikaler Rechtsterrorist, der sich auch wegen der Verharmlosung und Leugnung der Naziterrorherrschaft durch AfD-Vertreter ermutigt fühlen konnte“. Es zeige sich, dass das Schüren von Hass fatale Auswirkungen habe.

Gauland spricht von einem „monströsen Verbrechen“

Führende AfD-Politiker verurteilten die Tat von Halle entschieden und wandten sich gegen die Vorwürfe. Die AfD weise „die Instrumentalisierungsversuche“ **Herrmanns** und anderer Politiker zurück. „Wer dieses entsetzliche Verbrechen missbraucht, um die politische Konkurrenz mit haltlosen Diffamierungen zu verleumden, der spaltet die Gesellschaft und schwächt das demokratische Fundament, auf dem wir stehen“, teilte Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende im Bundestag, mit. Der Parteivorsitzende Alexander Gauland sprach von einem „monströsen Verbrechen“; die „uneingeschränkte Solidarität“ der AfD gelte der jüdischen Gemeinschaft in ganz Deutschland. Versuche, den Terroranschlag tagespolitisch zu instrumentalisieren, „sind infam und werden dem Ernst der Lage nicht gerecht“.

Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende im **Bundestag**, der Abgeordnete Tino Chrupalla aus Sachsen, der als möglicher Nachfolger Gaulands als Parteivorsitzender gilt, zeigte sich „entsetzt“ über den Anschlag auf die Synagoge und den Mord an zwei Menschen. „Ich hoffe, dass die Behörden die Hintergründe dieser unbegreiflichen Tat schnell und umfassend aufklären können und der Täter seine gerechte Strafe erhält“, sagte Chrupalla dieser Zeitung. Die AfD setze sich dafür ein, „dass alle Menschen in Deutschland sicher und ohne Furcht leben können“.

Der Berliner AfD-Chef [Georg Pazderski](#) sagte, eine „Eskalation“ wie in Halle sei absehbar gewesen. Er machte die „fatale Politik“ der anderen Parteien dafür verantwortlich, weil sie „Antisemiten duldet und teilweise sogar hofiert“. Als angeblichen Beleg dafür nannte er den Umstand, dass die anderen Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus den AfD-Antrag zur Verurteilung des jährlichen antisemitischen Al-Quds-Aufmarsches abgelehnt hatten. Es motiviere auch Antisemiten, wenn die Staatsanwaltschaft Berlin keinen Haftgrund darin sehe, „wenn ein Messermann eine Berliner Synagoge angreift“.

Pazderski spielte damit auf einen Vorfall an der Neuen Synagoge in Berlin am vergangenen Freitag an, als ein mit einem Messer bewaffneter Syrer versuchte, in das Gebäude einzudringen, aber von Sicherheitsleuten überwältigt wurde. Der Mann war einen Tag später auf freien Fuß gesetzt worden, weil die Staatsanwaltschaft in dem Angriff nicht den Tatverdacht einer Straftat gesehen hatte, sondern nur den Anfangsverdacht eines Hausfriedensbruchs. Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland hatte die Staatsanwaltschaft dafür kritisiert.

## Tat auch Thema im Thüringen-Wahlkampf

Das Verbrechen von Halle war am Donnerstag auch Thema im Wahlkampf in Thüringen, wo am 27. Oktober ein neuer Landtag gewählt wird. Wie schon Anfang September in Brandenburg und Sachsen spitzt sich in Erfurt der Zweikampf zwischen der Partei des Ministerpräsidenten und der AfD zu. Jüngsten Umfragen zufolge führt die Linkspartei mit Ministerpräsident Bodo Ramelow als Spitzenkandidat vor der AfD. Beide Parteien warfen sich am Donnerstag im Thüringer Landtag gegenseitig vor, das Verbrechen von Halle für ihren jeweils eigenen Wahlkampf zu instrumentalisieren.

Die Sondersitzung des Plenums war schon einige Tage zuvor auf Antrag der AfD-Fraktion einberufen worden, die darin vor der Landtagswahl öffentlich über die Arbeit des Präsidenten des Thüringer Amtes für Verfassungsschutz, Stephan Kramer, debattieren wollte. Kramer, früher Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, hatte den AfD-Landesverband vor einem Jahr öffentlich und bundesweit einmalig als „Prüffall“ eingestuft. Die Behörde sammelt seitdem Informationen über mutmaßlich verfassungsfeindliche Aktivitäten des von Höcke geführten Landesverbandes, der deshalb letztlich zum Beobachtungsobjekt werden könnte. Die AfD hat dagegen Klage beim Landesverfassungsgericht eingereicht.

Die Fraktion der Linkspartei beantragte am Donnerstag jedoch nach einer Schweigeminute des Landtags für die Opfer des Verbrechens von Halle, die Sondersitzung abzusetzen, was mit Stimmen der rot-rot-grünen Koalition auch geschah. „Einen Tag nach der entsetzlichen Bluttat eines Rechtsextremisten wäre es instinktiv, die Tagesordnung abzuarbeiten, als wäre nichts geschehen“, äußerten die Fraktionsvorsitzenden der drei Parteien im Anschluss. Noch im Landtag hatte die Vorsitzende der Fraktion der Linken, Susanne Hennig-Wellsow, die AfD „als Stichwortgeber“ für Taten wie in Halle sowie „für Rechtsextremismus in Deutschland“ verantwortlich gemacht. Man wolle es der AfD-Fraktion deshalb nicht gestatten, sich an so einem Tag „als Opfer zu gerieren“.

Das wies der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Stefan Möller, zurück und warf vielmehr der Linken einen „ziemlich schäbigen Versuch“ vor, „Wahlkampf zu betreiben mit den Opfern von Halle“. Fraktionschef Höcke beschuldigte Linke, [SPD](#) und Grüne in einer Erklärung, „den antisemitischen Terror des gestrigen Tages“ zu nutzen, um sich einer für sie „unangenehmen Debatte“ zu entziehen. In seiner Dresdner Rede vor drei Jahren hatte Höcke das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnet und eine „Geschichtswende um 180 Grad“ gefordert.



## Free exchange

# What to make of the strife at the ECB

As Mario Draghi prepares to step down, his critics are bashing his legacy

[Finance and economics](#) Oct 10th 2019 edition

---

Oct 10th 2019

Not long ago it was hard to find anyone with a bad word to say about Mario Draghi, the Italian boss of the European Central Bank (ecb). He is credited with saving the euro by pledging, in the depths of a crisis in 2012, to do “whatever it takes” to stop the currency from breaking up. He seemed certain to leave office at the end of October to gushing tributes and an assured place in the pantheon of Europe’s great leaders. Instead, his critics are out in force.

Their fury was aroused by the stimulus package Mr Draghi unveiled on September 12th, which included cutting interest rates from -0.4% to -0.5% and resuming quantitative easing (qe), the purchase of bonds with newly created money. In the hope of reviving inflation, the ecb has pledged to keep rates low and continue buying bonds until underlying inflation returns to its target of “close to, but below, 2%”. At least seven members of its 25-strong rate-setting body, including the central-bank governors of France and Germany, opposed restarting qe. Klaas Knot, the head of the Dutch central bank, called it “disproportionate”.

On October 4th the old guard joined the fray. Six former Austrian, Dutch, French and German central bankers released a memo criticising the ecb’s direction under Mr Draghi. The bank misinterprets its job of maintaining price stability, they say, and its policies have become entangled in politics. One of the signatories, Otmar Issing, the ecb’s first chief economist, was its intellectual leader for its first eight years. If Mr Draghi is the euro’s preserver, Mr Issing is one of its creators. How to interpret the strife?

To make the single currency palatable to the inflation-phobic Germans, the ecb was modelled on their central bank, the Bundesbank, with control of inflation at the heart of its mission. (In 1992 Jacques Delors, then the president of the European Commission, joked that “not all Germans believe in God, but they all believe in the Bundesbank.”) On Mr Issing’s watch, the ecb began life with a “reference value” for growth in the money supply and a flinty view of inflation: anything below 2% counted as price stability. But the reference value fell by the wayside. Mr Draghi views the bank’s inflation target as symmetrical, not an upper limit, and has said he would tolerate prices growing faster for a spell.

Teutonic toughness was necessary to tame high inflation in the 1970s and 1980s. But that world is gone. Inflation has exceeded 2% in only 29 of the past 120 months; core inflation, not once. In this environment the memo’s worry that the ecb’s symmetrical target might stoke runaway inflation seems absurd. It confirms what Mr Draghi told the *Financial Times* on September 30th: that he inherited a “very conservative” institution. This rankles with old-timers, but it is true. On the eve of the great recession in 2008, the ecb raised interest rates as other central banks were loosening. In 2011, as the euro zone’s economy teetered on the brink of a double-dip downturn, it raised rates twice. Those mistakes, and its slowness compared with America and Britain to start qe, left it struggling to convince investors that it would act speedily to head off deflation.

Critics of negative interest rates fear that they do more harm than good by reducing bank profits, thereby deterring lending. But in June the ecb's economists concluded that banks were passing negative rates on to their borrowers and depositors, thus avoiding a squeeze on their margins and providing an economic stimulus. Even some of the hawks on the ecb's governing council think interest rates can safely be pushed even further below zero.

A fear often heard in the northern countries of the currency bloc—and one implied by the memo—is that qe, by lowering the financing costs of indebted southern governments, allows them to avoid painful reforms. It is true that loose money has benefited highly indebted countries the most. But the old guard are wrong to say that the ecb is deliberately cossetting the southerners. Northerners, too, have enjoyed lower debt-service costs—the German state, for instance, to the tune of €368bn (\$402bn), or 11% of a year's gdp, according to the Bundesbank.

Now the ecb is wading into deeper political waters. It has set a limit of 33% on the share of a government's public debt that it will buy. That ceiling will soon be reached in countries, including Germany and the Netherlands, with little debt relative to their size. The bank will then face an unpalatable choice. If it raises the limit it could become such a significant creditor that it might one day have to decide whether or not to veto a country's debt restructuring—a highly political question. If it keeps the limit where it is, it will be able to buy more assets only in those countries where the limit has not yet been reached—making it even clearer that the main beneficiaries of qe are indeed the southerners.

## North-south divide

The ecb's critics tend to miss the underlying cause of low interest rates: weak demand across most of the rich world. Ironically, the problem is particularly acute in the euro area, precisely because of fiscal reforms by its southern members. For the euro's first decade, growth and inflation trundled along because excess savings in the north were matched by excess spending in the south. But wage restraint and improved competitiveness in the south since the zone's sovereign-debt crisis has turned those countries into savers, too. The northerners have never adjusted. Their governments remain preoccupied with paying down debt. Their companies gain from a weak euro, but hoard cash rather than investing more or paying higher wages. The result is huge current-account surpluses in Germany and the Netherlands of 7-10% of gdp. The euro area as a whole runs a surplus of 3%.

The critics' timing seems calculated to influence Christine Lagarde, the former boss of the imf, who takes over from Mr Draghi on November 1st. She has promised to review the ecb's strategy. Ms Lagarde must listen to northerners but also tell them some unwelcome truths. Quelling the dissent would be the first step towards an eventual legacy as significant as that of Mr Draghi.

*This article appeared in the Finance and economics section of the print edition under the headline "What to make of the strife at the ECB"*

NEUE BIOGRAPHIEN ZU DE GAULLE:

## Er liebte Frankreich mehr als die Franzosen

- VON GÜNTHER NONNENMACHER
- -AKTUALISIERT AM 11.10.2019-06:52

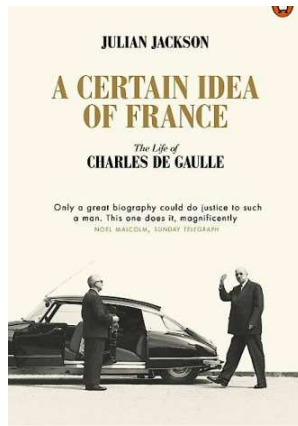


*Er prägte die französische Geschichte und schuf den Grundriss der heutigen Fünften Republik: Wer das politische Leben unseres Nachbarlands verstehen will, kommt an Charles de Gaulle nicht vorbei.*

Das Leben [Charles de Gaulles](#) war ein politisches Abenteuer, das im zwanzigsten Jahrhundert seinesgleichen sucht. Zweimal, im Abstand von fast zwei Jahrzehnten, übernahm er Verantwortung für Frankreich: im Juni 1940, als er von London aus dem schwer geschlagenen und von der deutschen Armee in Teilen besetzten Land über die BBC zurief, Frankreich habe eine Schlacht verloren, aber nicht den Krieg, und sich zum Chef der „freien Franzosen“ erklärte – um 1944 tatsächlich als Befreier in Paris einzuziehen. Beim zweiten Mal, 1958, wurde er gerufen, um Frankreich in den Wirren der Algerien-Krise vor einem Bürgerkrieg zu retten. De Gaulle begründete die Fünfte Republik, deren auf ihn als „Führer der Nation“ zugeschnittene Verfassung immer noch in Kraft ist, und führte sie elf Jahre lang. Wie kein anderer Politiker hat er Frankreich im zwanzigsten Jahrhundert geprägt. Julian Jackson, Historiker an der Universität London, und Johannes Willms, der mit mehreren Büchern zur französischen Geschichte hervorgetreten ist, haben ihm nun neue Biographien gewidmet.

De Gaulles Familie war erzkonservativ – der Vater, Professor an einem renommierten Pariser Jesuitenkolleg, blieb zeitlebens Monarchist – und streng katholisch. Der Sohn entschied sich früh für den Soldatenberuf. Geprägt wurde er von dem „integralen Nationalismus“ von Maurras, Barrès oder Péguy: Die berühmte Formulierung zu Beginn seiner Memoiren, er habe immer „eine bestimmte Idee von Frankreich“ gehabt, findet sich wörtlich bei Barrès. Interessant ist, dass Jackson zu den frühen Einflüssen auf de Gaulle auch den Philosophen Henri Bergson zählt, dessen Theorie vom „élan vital“ sich als eine Art Handlungslehre nehmen ließ: Nicht allein der Intellekt, sondern auch der Instinkt sind Voraussetzungen für den Willen zur Tat. Der junge de Gaulle bewunderte auch Lazare Carnot, der das französische Revolutionsheer schuf, oder Georges Clemenceau, einen Politiker der republikanischen Linken. Er war ein begabter Student der Militäarakademie Saint-Cyr, verdarb es sich mit seinen Lehrern und Vorgesetzten aber oft wegen seiner hochmütigen Art und starrsinniger Rechthaberei.

Seinen Aufstieg in der Armee verdankte er zunächst dem späteren Marschall Pétain, bevor er im [Ersten Weltkrieg](#) 1915 in deutsche Kriegsgefangenschaft geriet. In den zwanziger Jahren half ihm wieder der inzwischen zu Ruhm gelangte Pétain, de Gaulle wurde in seinem Stab zu einer Art Ghostwriter, bis er sich mit seinem Mentor überwarf. Mitte der dreißiger Jahre hatte de Gaulle als Militärschriftsteller einige Bekanntheit erreicht und kam in Kontakt mit Paul Reynaud, einem Politiker des rechten Zentrums, der ihn als Regierungschef zum Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium machte: Es war der endgültige Wandel vom Militär zum Politiker.



Julian Jackson: „A Certain Idea of France“ :Bild: Penguin Books

In dieser Funktion begegnete er dem britischen Premier Churchill, der ihn nach dem Juni 1940 bei dem Versuch unterstützte, die Vichy-Gegner in einem Exil-Nationalkomitee unter seiner Führung zu einen, was mühselig begann und nie vollständig gelang. Das lag auch am schwierigen, egozentrischen Charakter de Gaulles, der seine Gastgeber manchmal an den Rand der Verzweiflung brachte. Weil die Erfahrungen aus dieser Zeit auch die späteren Jahre als Präsident prägten, haben beide Biographen diesen Jahren viel Platz eingeräumt.

Die Darstellung der Streitigkeiten des Chefs der „freien Franzosen“ mit seinen Verbündeten, mit Churchill und dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt, auch mit anderen französischen Vichy-Gegnern im Exil, ist aufschlussreich. De Gaulle trat mit einer an Unverschämtheit grenzenden Chuzpe auf. Dass er durchkam mit seinen Anmaßungen, unterstützt von wenigen Anhängern, ausgehalten von der britischen Regierung, zunächst ohne Rückhalt in der Heimat, ist im Grunde ein Wunder. Sein Starrsinn belastete sein Verhältnis zu Churchill immer wieder, auch wenn es trotz schwerer Zerwürfnisse von gegenseitigem Respekt grundiert blieb.

Beide Bücher zeigen aber auch, dass der im Grundsätzlichen starre und unnachgiebige General durchaus zu taktischen Finessen fähig war, im Umgang mit den Alliierten genauso wie mit französischen Rivalen, etwa dem von den Amerikanern lange als Führungsfigur favorisierten General Giraud.

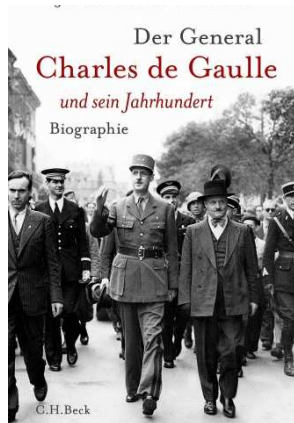
Obwohl er von der Unterstützung der Alliierten völlig abhängig war, blieb de Gaulle voller Misstrauen gegen die „Angelsachsen“. Die Amerikaner, die lange gute Verbindungen zum Vichy-Regime und Pétain gehalten hatten, verdächtigte er, nach dem Krieg eine Hegemonie über Europa errichten zu wollen. Und den Briten unterstellte er bei jedem möglichen Anlass, sie wollten sich in Wirklichkeit Teile des französischen „Empire“ in Afrika und Mandatsgebiete im Nahen Osten einverleiben.

### Die Rückkehr als Retter der Nation in Not

Verstärkt wurde diese Abneigung durch die bittere Erfahrung, dass selbst noch im Zuge der Befreiung Frankreichs 1944 Briten und Amerikaner nicht bereit gewesen waren, de Gaulle und sein Nationalkomitee als provisorische Regierung Frankreichs anzuerkennen. Es war dem relativ guten Einvernehmen des alliierten Oberbefehlshabers Eisenhower mit de Gaulle und dem Pragmatismus des neuen amerikanischen Präsidenten Truman zu verdanken, dass sich die Dinge anders entwickelten. Erstaunlich und bezeichnend ist, was Jackson über de Gaulles kalte, fast verächtliche Behandlung verdienter Résistants nach der Befreiung berichtet.

Auf de Gaulles Ausscheiden aus der französischen Politik – bis 1946 war er Regierungschef – folgte seine „Durchquerung der Wüste“: Er kämpfte mit allen Mitteln, aber erfolglos, gegen die ihm verhasste Vierte Republik. Erst nach zwölf Jahren brachte der Putsch von Generälen in Algier,

Anhängern der „Algérie française“, de Gaulle wieder an die Macht. Der Algerien-Krieg drohte damals auf die „France métropolitaine“ überzuspringen, und in ihrer Not appellierte die Regierung an de Gaulle. Willms und Jackson beschreiben ausführlich die Gratwanderung, die de Gaulle dann vollführte: Über Vertraute ließ er ermutigende Signale an alle Seiten senden, ohne sich je selbst festlegen zu lassen, alles blieb vage, teilweise widersprüchlich. Das verzögerte Entscheidungen bei den Putschisten, es erhöhte aber auch den Druck auf die Regierung. Skrupellos nutzte de Gaulle die zugespitzte Lage, um den amtierenden Premierminister faktisch zum Rücktritt zu zwingen, eine Aktion am Rande der Legalität, die ihm den Vorwurf eintrug, er sei durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen.



Johannes Willms: „Der General“ :Bild: C.H. Beck

Präsident Coty ernannte de Gaulle zum letzten Premierminister der Vierten Republik mit außerordentlichen Vollmachten und dem Auftrag, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Sie schrieb eine starke Exekutive fest mit dem Präsidenten, der vom Parlament unabhängig ist, an der Spitze, eine Regierung unter einem Premierminister, welche die Tagesgeschäfte führen sollte, und ein stark geschwächtes Parlament als Gesetzgeber. Dazu wurde das mit dem Ruch des „Bonapartismus“ behaftete Verfassungsinstrument des Referendums eingeführt, das de Gaulle vor allem als Plebiszit benutzte, das seine persönliche Legitimität bestätigen sollte.

### Seine Politik der Grandeur überstieg Frankreichs Möglichkeiten

Es ist unklar, welche Pläne de Gaulle für Algerien hatte. Selbst wenn, wie Willms meint, der General die Unabhängigkeit Algeriens von vornherein für unausweichlich hielt, versuchte er doch lange, den militärischen Kampf gegen die Aufständischen zu verstärken oder dem Widerstand Bedingungen zu diktieren. Dabei ging es nicht zuletzt um die Sahara mit ihren Ölquellen, in der Frankreich seine Atomwaffen testete. Zeitweise verfolgte de Gaulle sogar die Idee, Algerien in Kantone aufzuteilen, mit einem Landesteil für die mehr als eine Million Algerien-Franzosen. Im Jahr 1962 ging dann aber alles sehr schnell: Der General gab eine Bedingung nach der anderen auf und stimmte schließlich der uneingeschränkten Unabhängigkeit zu; ein Ergebnis, das er, wie Jackson lakonisch bemerkt, schon vier Jahre zuvor hätte haben können. Letztlich ging es de Gaulle darum, die Hände frei zu bekommen für die Regelung der europäischen und weltpolitischen Probleme, die ihm für die Zukunft wichtiger erschienen. Über das Schicksal der Hunderttausenden „Pieds noirs“, die nach Frankreich flüchteten, ebenso wie der Algerier, die für Frankreich gekämpft hatten („Harkis“), äußerte er sich mit einem herzlosen Zynismus, der den Gaullisten diese Wählergruppe für lange Zeit entfremdete und dem Front National Jean-Marie Le Pen zutrieb.

Es folgte die Phase einer Annäherung und schließlich Aussöhnung mit Deutschland (das de Gaulle nach dem Krieg noch nach dem Muster des alten Reiches hatte zerstückelt sehen wollen) und die Politik der „grandeur“ mit dem Ziel, ein „Europa der Nationen“ als selbständige Kraft zu entwickeln. Der General war überzeugt davon, dass die Sowjetunion irgendwann untergehen, das „ewige

Russland“ aber weiter existieren würde. Genauso war er davon überzeugt, dass sich die Ost-West-Blockstruktur eines Tages auflösen und Deutschland wiedervereinigt würde. Das war allerdings seiner Zeit so weit voraus, dass seine Politik schon wieder anachronistisch wirkte – zumal de Gaulles Vorstellung von „grandeur“ die Mittel, die Frankreich zur Verfügung standen, immer überstieg.

De Gaulles Konzentration auf Weltpolitik führte dazu, dass er innenpolitische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen nicht mehr wahrnahm, interessiert hatten sie ihn ohnehin nie sonderlich. Die Quittung dafür war der Mai 1968, die Studentenrevolte, die Frankreich erschütterte und de Gaulle in eine Depression stürzte. Bis heute wird darüber gerätselt, was der Grund für seine eintägige fluchtartige Reise nach Baden-Baden zu General Massu war. Zwar kam der Staatschef von diesem „Ausflug“ gestärkt zurück, doch im Grunde war es sein Premierminister Pompidou, der die innenpolitische Krise bewältigte. Eine Neuwahl brachte den Gaullisten einen großen Sieg; auch das stärkte vor allem Pompidou.

Als de Gaulle 1969 gegen den Rat seiner Getreuen ein Referendum zur Neugliederung Frankreichs anberaumte, das er deutlich verlor, zog er sofort die Konsequenz und trat zurück, entsprechend seinem Credo, in der resignierten Überzeugung, dass Frankreich nicht mehr willens und fähig sei, ihm weiter auf dem Weg zu weltpolitischer Grandeur zu folgen. Im November 1970 starb er in seinem Landhaus in Colombey-les-Deux-Eglises.

Das alles erzählt und analysiert Willms elegant. Wer es noch ausführlicher beschreiben haben will, kann zu Jacksons Buch greifen. Der britische Historiker ist in die Archive gestiegen, hat auch entlegene Quellen gelesen und treffende Zitate gesammelt. Er bestätigt im Großen und Ganzen das Bild, das auch Willms von de Gaulle zeichnet: ein Egomane, hochfahrend, kalt und abweisend, wenn es sein musste, auch skrupellos. Jackson und Willms würdigen, dass er den Franzosen die nachwirkende Illusion vermittelt habe, sie hätten den Krieg gewonnen; in der Fünften Republik gelang es ihm auch, den ohnehin kriegsmüden Franzosen die Niederlage in Algerien zu „verkaufen“. Sie zeigen aber auch, dass de Gaulles Erbe immer mehr zur Last für Frankreich wurde. Jacksons Buch ist eine wissenschaftliche Großtat. Wer sich von annähernd neunhundert engbedruckten Seiten erschlagen fühlt, ist auch mit Willms' leichter zu lesender Erzählung sehr gut bedient.

## Le Figaro (site web)

jeudi 10 octobre 2019 - 22:45 UTC +02:00 2319 mots

# Stephen Smith: «L'Afrique est une salle d'attente de 1,3 milliard d'habitants aux portes de l'Europe»

Devecchio, Alexandre

*FIGAROVOX/ENTRETIEN - Alors qu'Emmanuel Macron vient de lancer un grand débat sur l'immigration, Stephen Smith, journaliste spécialiste de l'Afrique, et auteur de La Ruée vers l'Europe (Grasset), décrypte les enjeux sociaux, politiques et culturels de ce qui pourrait être le plus grand défi européen du XXI<sup>e</sup> siècle.*

**LE FIGARO - «La France ne peut pas accueillir tout le monde», affirme Macron, qui a lancé un débat à l'Assemblée nationale, tandis que la présidente élue de la Commission européenne a nommé un commissaire chargé de la «protection du mode de vie européen». Au-delà de la communication politique, est-ce le signe que la question de l'immigration est désormais incontournable en Europe?**

**Stephen SMITH** - Si incontournable veut dire que l'immigration domine le débat politique comme l'épouvantail règne sur le potager, le sujet est déjà incontournable depuis bien longtemps - en France depuis 1987, quand le FN s'est mis à coller des affiches proclamant «*Un million de chômeurs, c'est un million d'immigrés de trop*». Depuis trente ans, l'immigration est le mauvais œil de la politique française. On en est médusés, figés dans des positions non négociables. Les uns nient qu'il y ait un problème ou présentent l'immigration comme une fatalité sur laquelle la politique n'aurait pas de prise ; d'autres exaltent une France sans frontières et s'étonnent ensuite que la nationalité qu'ils vident de son sens soit récupérée par les Cassandre du crépuscule, de la fin de l'Occident sinon du «grand remplacement». Dans ce contexte, le président de la République cherche à repartir d'un constat d'évidence...

### Ce n'est pas une évidence pour tout le monde!

Alors, voyons. L'Afrique est une salle d'attente de 1,3 milliard d'habitants aux portes de l'Europe. 40% des adultes africains déclarent vouloir migrer, à l'intérieur du continent ou au-delà. Pour le moment, seulement 150 millions en ont les moyens. Mais ils seront quatre fois plus nombreux en 2050 quand l'Afrique comptera 2,4 milliards d'habitants. À l'évidence, l'Europe ne pourra pas accueillir tous les candidats à l'entrée. Et qui, à Bruxelles, peut croire qu'on pourrait «protéger» le mode de vie - au singulier! - des quelque 500 millions d'Européens? Je passe sur la volonté de momifier le Vieux Continent qui est absurde. En 2000, quand déjà la moitié des enfants nés à Bruxelles étaient des enfants de parents immigrés, l'UE n'a pas dit un mot, dans sa stratégie pour la décennie à venir, des tensions montantes autour de l'immigration. Maintenant, la présidente élue de la Commission tourne bride et galope dans le sens contraire.

### La «crise des migrants» n'est donc pas terminée? Le terme de migrants est-il approprié? Faut-il distinguer les réfugiés, l'immigration légale et illégale?

Tout le monde est perdant dans cette grande confusion. Un migrant quitte son pays pour s'établir dans un autre pour des raisons qui mêlent contrainte et opportunisme dans des proportions variables. Un réfugié fuit un danger imminent, a priori en gardant l'espoir de pouvoir revenir un jour dans son pays. Quoi qu'il en soit, le droit d'asile lui offre un sanctuaire. Là, pour une fois, on est vraiment au cœur de la civilisation européenne. Les lois attiques disaient: «*Les suppliants sont sacrés.*» Or, ils ne le sont plus aujourd'hui pour des raisons qui s'enchaînent, c'est un cercle vicieux. Pour commencer, les abus sont si massifs que «réfugié» et «migrant» sont employés comme des synonymes ou confondus dans le «réfugié économique». Il y a eu environ 80.000 demandes d'asile en Europe en 1983, contre 638.000 l'année dernière. Le monde serait-il devenu tellement plus dangereux depuis la fin de la guerre froide?

### Ces «réfugiés» sont-ils donc, en fait, des «migrants» ?

Je n'ai pas examiné leurs dossiers. En revanche, je sais que les quatre cinquièmes des demandeurs d'asile ont moins de 35 ans et plus des deux tiers d'entre eux sont des hommes. Le danger épargne-t-il les vieux, les femmes et les enfants? Fermer les yeux sur cette réalité, par «solidarité» avec un étranger qui veut devenir votre voisin sinon concitoyen par un abus de confiance, revient à saborder le droit d'asile. L'expulsion des déboutés, difficile et coûteuse, est l'exception rarissime. Tricher, c'est donc jouer gagnant. Si bien que les États se mettent, eux aussi, à tricher. En 2016, l'année suivant l'afflux record, le Portugal, la Croatie, l'Estonie et la Lituanie ont refusé la totalité des demandes d'asile, 100%! Depuis 2016, la France a enregistré une hausse sensible de demandes d'asile parce que, dans la roulette qu'est devenu ce droit en Europe, elle est la meilleure table pour certains. Par exemple, la chance pour des Albanais ou des Géorgiens d'obtenir sa protection est, respectivement, 10 voire 12 fois supérieure qu'en Allemagne.

### **Si l'on peut critiquer la méthode Salvini sur le plan éthique, l'ancien ministre italien de l'Intérieur n'a-t-il pas fait baisser l'immigration?**

Je ne le vois pas ainsi. Même si l'on peut être obligé de marcher en crabe en politique, dissocier les moyens employés de l'objectif poursuivi conduit à l'abîme. Salvini a joué le matamore, aux dépens des sans-défense, en refusant à quelques dizaines de repêchés d'accoster en Italie. En fait, c'est son prédécesseur, Marco Minniti, qui avait déjà tari l'afflux de migrants depuis la Libye en limitant le périmètre d'action des ONG en Méditerranée et en négociant en catimini avec les seigneurs de la guerre libyens. Depuis, des centaines de milliers de Sub-Sahariens se trouvent bloqués en Libye, dans une grande insécurité. Enfin, Salvini a rendu impossible une meilleure coopération au sein de l'UE et laissé ses lois antimigrants comme cadavres dans le placard du gouvernement italien. La France a raison de tendre aujourd'hui une perche à l'Italie, un pays en première ligne qui, sans une plus grande solidarité européenne, ira de Salvini I à Salvini II, voire pire.

### **Va-t-il falloir renoncer au modèle social de l'État-providence? Certaines réformes sont-elles déjà liées au poids de l'immigration?**

Quand on parle d'une réforme de l'aide médicale d'État(AME) en France, les yeux se braquent sur les sans-papiers. D'un point de vue américain, le droit aux soins gratuits d'un étranger en situation irrégulière et, plus encore, le droit d'un étranger de demander un titre de séjour en France pour s'y faire soigner parce qu'il ne peut pas le faire dans son pays laissent rêveurs. Sûrement, remettre ce droit en question enverrait un signal. Pour autant, ce n'est pas l'AME qui creuse le trou de la Sécurité sociale en France et le «modèle» américain en matière de santé publique - chacun pour soi et que le dernier morde la poussière - n'en est peut-être pas un. Mais les Européens doivent aussi prendre conscience du lien qui existe entre le contrôle de leurs frontières et l'État-providence à l'intérieur de cet espace commun. Ce n'est pas un hasard si les États-Unis, le pays d'immigration par excellence, offrent un très faible niveau de protection sociale. C'est leur moyen de régulation pour attirer les plus dynamiques. L'Europe, qui ne représente plus que 7% de la population mondiale, dépense toujours la moitié de ce qui est investi à l'échelle mondiale dans la sécurité sociale. Voisine de l'Afrique, où tout ce qu'elle offre manque, elle ne pourra pas à la fois ouvrir ses frontières et maintenir son niveau de protection sociale. L'idée que la «jeune Afrique» viendra revigorer le Vieux Continent est une erreur. L'économie du futur ne créera pas des emplois pour la plupart des immigrés africains qui, en revanche, auront massivement besoin d'aide à l'intégration - la deuxième génération parfois encore plus que la première.

### **Dans La Ruée vers l'Europe, vous expliquez que, paradoxalement, les politiques de «codéveloppement», censées aider les plus démunis à mieux vivre et rester chez eux, augmentent la pression migratoire.**

On se trompe en pensant que «les plus pauvres parmi les pauvres fuient l'Afrique». Ils n'ont pas les moyens de venir en Europe. Pour cela, il faut une mise de départ entre 2000 et 3000 dollars, en fonction du point de départ. Or, cette somme représente jusqu'au double du revenu annuel par tête d'habitant au sud du Sahara, qui était de 1574 dollars en 2018. Imaginez que, pour pouvoir émigrer, vous devriez réunir entre 35.000 et 50.000 euros, l'équivalent européen. Donc, à supposer que le «codéveloppement» sorte vraiment des gens de la misère, il augmente dans un premier temps le nombre de ceux qui ont les moyens de quitter leur pays. Ce n'est pas un argument contre l'aide au développement, puisqu'il faudra bien en passer par là. À terme, l'amélioration du niveau de vie mettra fin à la pression migratoire. Mais en Afrique, notamment subsaharienne, ce terme n'est pas proche.

### **Faut-il donc s'attendre à des bouleversements politiques? La recomposition actuelle du paysage politique liée à la poussée des partis dits«populistes» pourrait-elle être durable?**

Je ne travaille pas sur l'Europe mais je vous donne mon avis d'observateur: l'actuelle implosion politique - la polarisation entre partisans et adversaires d'une mondialisation mal maîtrisée, au détriment des forces centristes - est due à la



conjugaison de deux facteurs: la perte par les classes moyennes occidentales de leur «prime impériale» et le réveil en sursaut sur les effets à long terme de l'immigration. À mon avis, la révolte de ceux qui se trouvent livrés à une concurrence mondiale pas toujours loyale, et privés d'un mode de vie - emploi stable, voiture, maison... - qui leur était longtemps garanti du seul fait d'être né au «bon endroit», est la raison principale. Mais, sur fond de morosité, la «découverte» que les migrants d'hier ne sont pas des supplétifs que la crise économique fait repartir «chez eux», et que leurs enfants sont aujourd'hui des citoyens de plein droit, donne corps à l'idée que la succession dans le temps - immigration massive, puis perte de leur rente de situation - vaut causalité.

### **Le visage de l'Europe va-t-il changer ces prochaines années du fait de la démographie africaine?**

Le visage de l'Europe a toujours changé. Bien sûr, il ne faut pas confondre, par exemple, l'arrivée des Huguenots en Angleterre à la suite du refuge que leur a offert Charles II en 1681 avec les flux migratoires actuels: les quelque 50.000 réfugiés huguenots correspondent à douze jours d'immigration en Grande-Bretagne à la fin du XXe siècle. Il faut donc prendre la mesure des changements en cours. Par exemple en France: au milieu des années 1960, il n'y avait qu'environ 30.000 Sub-Sahariens. Depuis, évidemment, la France a beaucoup changé mais c'est toujours la France. Et, sauf cataclysme politique ou naturel imprévisible, elle continuera de changer au rythme auquel un nombre croissant d'Africains sortira de la pauvreté absolue et quittera son continent. Personne ne saurait prévoir ce rythme avec précision. Dans mon livre, je raisonne à l'horizon de 2050. Pour une politique concertée en matière de migration, c'est demain. Il est d'autant plus regrettable que, dans le débat actuel, les yeux restent rivés sur le court terme. Les uns constatent que les demandes d'asile s'envolent - ce n'est pas faux mais, pour l'essentiel, un effet rebond lié à la redistribution au sein de l'UE des déboutés de 2015-2016. D'autres relèvent, au contraire, que l'immigration chute par rapport au pic de ces deux années de crise. Ce n'est pas vraiment une surprise et, encore moins, une raison de se rendormir. Quand va-t-on enfin lever la tête?

### **Quelle est la solution pour l'Europe?**

Il n'y a pas de solution miracle mais il y a un cap à passer - deux générations - en veillant au bon voisinage entre l'Europe et l'Afrique, ni plus ni moins. L'Europe ne pourra pas se retrancher dans l'indifférence, en une «forteresse» qui donne envie sans donner accès. Et l'Afrique devra s'avouer qu'elle est surtout en panne d'espoir et que le départ de sa classe moyenne constitue une perte sèche pour elle. On ne construit pas son économie, encore moins sa démocratie, avec des envois d'argent depuis l'étranger, c'est-à-dire des subventions familiales. À partir de là, le chantier politique est ouvert. On pense déjà à des formes de «migration circulatoire», limitée dans le temps et à des individus sans leurs familles. On pourrait aussi réfléchir à des «contrats de parrainage» à responsabilité variable entre des candidats africains et des particuliers européens prêts à s'engager pour eux. Il y a un réservoir de générosité civique qu'il faudrait mobiliser au lieu de le ridiculiser comme une naïveté. L'appel, toujours facile, à «l'État qui n'a qu'à...» ne viendra pas au bout du défi. Quoi qu'il en soit, deux principes me paraissent fondamentaux. D'abord, la citoyenneté n'a ni couleur de peau ni origine, elle est un contrat d'allégeance entre un individu et «son» État. Ensuite et sur cette base, les citoyens d'un pays doivent avoir le dernier mot chez eux. «*Qui compte sans son hôte compte deux fois.*» L'Europe est en train de s'en rendre compte.

158,82

<https://www.lefigaro.fr/vox/monde/bernard-henri-levy-l-europe-que-nous-tenions-pour-acquise-est-peut-etre-en-train-de-se-defaire-20191010>

## **Le Figaro, no. 23376**

Le Figaro, vendredi 11 octobre 2019 2021 mots, p. 17

Débats autour du monde

# « L'Europe que nous tenions pour acquise est peut-être en train de se défaire »

Mandeville, Laure

**LE FIGARO.- Pourquoi avoir traversé 27 villes européennes avec un projet théâtral consacré à la « princesse Europe » ?**

**Bernard-Henri LÉVY.-** Parce qu'il y avait le feu. Ma génération a vécu dans l'illusion que l'Europe allait de soi, que c'était une évidence et un acquis. Eh bien, pas du tout. Ce qui apparaît, c'est qu'elle est, au contraire, en train de se défaire et que nous aurons peut-être, un jour, à en demander pardon à nos enfants.

**Qu'est-ce qui justifie chez vous ce sentiment ?**

L'élan brisé. Le désir qui n'est plus là. Et, dans les coeurs, cette « cendre de la grande lassitude » dont parlait Husserl dans sa grande conférence de Vienne en 1938. Mis à part Macron, aucun des leaders de l'Europe occidentale ne défend vraiment, positivement, ce projet européen. On y va, mais à reculons. On le célèbre, mais du bout des lèvres. L'Europe, dans le débat politique, c'est comme le libéralisme. C'est devenu un mot honteux... Quant à l'Europe centrale et orientale, c'est encore pire ! J'ai un repère biographique précis. Il y a pile trente ans, juste après la chute du mur de Berlin, François Mitterrand m'avait missionné pour aller étudier, dans les capitales de l'Europe libérée du communisme, la possible contribution de la France à la reconstruction démocratique. Eh bien, dans le rapport remis et publié quelques mois plus tard, je disais mon éblouissement devant ces villes détruites par la terreur communiste mais qui se vivaient comme le coeur battant du continent. J'évoquais ces dissidents qui savaient par coeur le texte de Milan Kundera sur « l'Europe kidnappée » et en train de se libérer de ses geôliers. Et je disais que la Hongrie, la Pologne ou la Tchécoslovaquie refusaient d'avoir à mendier une place dans l'Union car elles y étaient fondamentalement chez elles. Or, trente ans plus tard, on en est où ? J'ai refait, avec ma pièce, le même chemin. J'ai revu Viktor Orban, par exemple, jeune dissident mué en autocrate. Et, franchement, quel crève-coeur ! C'est comme une nouvelle glaciation. Mais dont la responsabilité incomberait, non au communisme, mais au nationalisme et au populisme.

**La remise en cause actuelle du projet européen ne vient-elle pas du fait que les Centre-Européens, en « rentrant » en Europe, souhaitent à la fois la démocratie et le retour à la nation, après leur sortie de la prison communiste ?**

Au moment de cette mission de 1989-90, il y avait déjà les deux courants que vous dites et qui venaient, tous deux, de l'empire habsbourgeois d'avant 1914 : le vieux tropisme nationaliste qui voyait dans tout projet supranational le risque d'une nouvelle prison des peuples ; mais il y avait beaucoup d'autres gens qui pensaient que le projet européen était une garantie pour les libertés, l'État de droit, l'intégration à un ensemble protecteur qui éviterait de retomber sous la tutelle russe. Or mon expérience de cette époque, c'est que le deuxième courant était le plus fort. De loin, le plus fort. Les forces vives de ces pays disaient : l'Europe est notre patrie.

**L'idée du projet supranational a toujours été implicite dans une partie substantielle des élites européennes. Alors qu'en 1989, l'Europe centrale « n'achetait » nullement l'idée d'un projet supranational. Y a-t-il eu malentendu ?**

Oui et non. Elle achète, comme vous dites, l'euro. Et l'on y sait, je vous le répète, que cet ancrage à l'ouest est la garantie de ne pas retomber dans la seule vraie prison des peuples : l'ex-URSS, devenue nouvelle Russie poutinienne. Regardez ce qui se passe aujourd'hui en Syrie. Tout le monde, en Europe, est témoin de cet abandon hallucinant, par Trump, de ses alliés kurdes. Tout le monde observe, dans la sidération, cette infidélité de l'Amérique à ses responsabilités et à sa parole. Eh bien un Hongrois ou un Polonais, face à ça, réagit comment ? En se disant : heureusement qu'il y

a l'Europe ! Mais en ajoutant aussitôt : vivement une Europe encore plus forte, car capable de fabriquer une architecture de sécurité fiable ! L'Europe, en fait, est la seule formule dont nous disposons pour pallier ce reflux désolant de la puissance américaine. Et la grande erreur, alors, serait de se contenter d'une Europe minimale, déceptive, croulant sous une bureaucratie arthritique et obèse.

**L'Amérique reste néanmoins perçue à l'Est comme LE garant de sécurité. Le populisme n'est-il pas une réaction de panique ou de bon sens pour interpeller l'Europe obèse et impuissante (notamment sur l'immigration) dont vous parlez ?**

De panique, peut-être. Mais de bon sens, sûrement pas. Car prenez, oui, l'immigration. Ou tous les autres « grands » sujets - tels le terrorisme, les échanges avec la Chine, la taxation des Gafa, la grande délinquance financière, etc. L'Europe est la seule « agora » où la question peut être sérieusement soumise à délibération et traitée.

**Vous avez raison sur ce point, mais qu'est-ce que l'Europe ? L'agora où l'on se met d'accord, ou une entité au-dessus des nations, qui décide à leur place ? Vous présentez Orbán comme « le méchant » . Pourquoi ?**

Je raconte, dans ce numéro de *La Règle du jeu*, la longue conversation que j'ai eue avec lui, quelques heures avant de monter sur scène. Pourquoi m'a-t-il reçu ? Au nom du passé ? Du jeune dissident qu'il est en train de tuer en lui mais qui s'agite encore ? Je ne sais pas. Mais ce qui est sûr, c'est que l'homme n'est pas fait d'un bloc. Je l'ai filmé au moment, par exemple, où j'ai évoqué le nom de son ancien mentor, George Soros, dont des caricatures ignobles avaient été placardées, quelques semaines plus tôt, dans les rues de Budapest : une étrange lueur de nostalgie lui est revenue dans le regard, il s'est enquis de lui, de sa santé, etc. J'ai également filmé son embarras quand je lui ai rappelé que sa politique à l'endroit des migrants allait le mettre au ban, non seulement de la droite libérale européenne, mais de l'Église catholique. Et je n'ai pas non plus manqué, naturellement, de le mettre face à cette contradiction : comment l'ancien dissident, l'homme qui pleurait devant le tombeau de Imre Nagy, peut-il aujourd'hui se vendre à Poutine ?

**Comment répond-il ?**

Il ne répond pas vraiment. Il dit que la Hongrie est un petit pays, qu'elle doit faire attention à ne se fâcher avec personne, et autres banalités. Mais il sait, en même temps, que Poutine a un agenda stratégique qui est de déconstruire l'Europe. Il sait qu'il soutient ou même finance, de Vienne à Paris, les partis d'extrême droite anti-européens. Et il a en tête les petites phrases, lourdes de menace, sur l'indépendance des pays Baltes et de la Pologne dont il faudrait réexaminer les conditions...

**Ne confond-on pas, parfois, à Bruxelles, la défense indispensable de la démocratie - comme l'indépendance de la justice - avec des désaccords idéologiques sur le multiculturalisme ou « les valeurs progressistes » . Les Centres européens ont-ils le droit d'être conservateurs ?**

Évidemment qu'ils ont le droit d'être conservateurs ! Ce qui est problématique et, pour tout dire, inacceptable, c'est, primo, de tomber dans le piège d'une rhétorique poutinienne nous bassinant, à longueur de temps, sur son humiliation et son isolement alors qu'elle est constamment à la manoeuvre pour opposer son eurasisme au projet libéral de l'Europe. Et c'est, secundo, de dresser les Français les uns contre les autres, en appelant, comme à la Convention des droites, l'autre semaine, à la « *résistance* » contre une prétendue « *occupation* » et, donc, si les mots ont un sens, à une véritable guerre civile.

**Mais un peuple qui n'a plus d'identité ne meurt-il pas aussi ? Comme l'écrit le philosophe Pierre Manent, une nation doit pouvoir contrôler ses frontières, sans être une forteresse...**

Si, comme Hannah Arendt ou Levinas, on croit à l'hospitalité (ce beau mot !), la bonne image n'est pas celle de la forteresse mais de la maison : on reçoit l'étranger dans sa maison ; il est, dans cette maison, votre hôte ; et il y a, comme disait un autre écrivain, Pierre Klossowski, des « lois de l'hospitalité » qui valent pour les nouveaux-venus mais aussi pour les déjà-là.

**L'Europe étant un ectoplasme, la fermeture des frontières nationales a été le seul moyen trouvé par les Hongrois et les Autrichiens, pendant la migration massive de 2015...**

C'est précisément le message que j'ai répété sur toutes les scènes d'Europe : il faut réveiller l'ectoplasme ! L'Europe n'est pas assez audacieuse et elle doit impérativement se doter d'une colonne vertébrale, d'un squelette, d'un

vrai corps politique ! Les gens demandent toujours : où sont la culture et le peuple européens ? La réponse, c'est qu'ils n'existeront, ce peuple et cette culture, que lorsque des institutions leur donneront forme. C'est la leçon de la philosophie politique classique et, en particulier, de Hobbes : l'homme n'est pas, spontanément, un animal politique ; il ne le devient, il n'accède à la citoyenneté, n'importe laquelle, la nationale comme l'européenne, qu'au forceps de bonnes institutions et de beaux symboles. De ce point de vue des symboles, on se demande bien qui a pu imaginer les euros, ces billets sans âme, sans visage, représentant des ponts brisés et des chemins qui ne mènent nulle part. Faire l'Europe, ce serait décider, par exemple, de remplacer tout ça par les visages de Dante, de Goethe, de Havel ou d'Hugo...

### **Tant qu'il n'y a pas d'appétit supranational, ne faut-il pas plutôt chercher le compromis ?**

Tout dépend de ce que vous appelez compromis. Si ça veut dire avoir le beurre et l'argent du beurre, je ne suis pas d'accord. On ne peut pas être, comme Orban encore, le plus gros consommateur de subventions européennes et caresser dans le sens du poil le projet eurasiatique de Vladimir Poutine. On ne peut pas, comme Kurz dans sa première période, jouer les Macron autrichiens tout en se mettant dans la main d'un FPÖ d'extrême droite et corrompu. Et Tsipras ne pouvait pas non plus - mais lui l'a compris ! - vivre sous perfusion des institutions financières internationales et accepter l'offre de Poutine qui était prêt à l'aider à sortir de l'euro. Et puis, sur les grands sujets, les souverainistes doivent s'y faire : le niveau national ne fonctionne plus et nos nations, pour survivre et garder leur âme, devront consentir à une politique impériale permettant à l'Europe de parler d'égal à égal avec la Russie, la Chine, les États-Unis et les autres. « Empire » , pour moi, n'est pas un mot péjoratif. Je l'entends au sens de Dante dans son *De Monarchia* , écrit au moment de la querelle des guelfes et des gibelins. Et il peut être, ce bon empire, l'allié de la laïcité, de la liberté de parole et d'opinion et, surtout, de la résistance aux impérialismes et aux dictatures qui relèvent partout la tête.

### **Vous écrivez dans votre livre qu'une Amérique qui abandonne l'Europe perd son âme. Les États-Unis ont-ils lâché l'Europe ? Ils restent les garants de sa sécurité.**

C'était vrai jusqu'à une date récente. Et il est également vrai que l'Amérique tout entière a été fondée par des Hollandais, des Anglais, des Français, qui étaient des lecteurs de Virgile, qui lisaient *L'Enéide* sur le *Mayflower* et qui se voyaient comme des nouveaux Enée venant fonder, non une nouvelle Troie, mais une nouvelle Rome et donc une nouvelle Europe. Mais nous sommes, hélas, loin de tout ça. Regardez Trump. Et regardez, encore une fois, l'ignominie qu'il vient de commettre en livrant les Kurdes à Erdogan. Il lui a donné, ce faisant, la clef des prisons où sont détenus les terroristes de Daech capturés sur les champs de bataille. Et ça veut dire qu'à cet homme, à ce Frère musulman, qui avait déjà, contre nous, l'instrument de chantage des réfugiés, il donne une seconde arme : ces djihadistes qu'il pourra tout à fait, demain, renvoyer dans la nature et aider à devenir autant de nouveaux Kouachi ou Mickaël Harpon. Cette trahison de Trump n'est pas le geste d'un allié. C'est le geste de quelqu'un qui se moque éperdument de notre sécurité.

### **Que dire de l'attentat antisémite qui vient d'avoir lieu, à Halle, en Allemagne ?**

Ce soir, dans toutes les synagogues d'Europe, après qu'a sonné le chofar, on a prié pour les victimes. Partout en Europe, dans le cœur des Juifs comme de ceux qui ne le sont pas, un même sentiment de profanation qui s'ajoute au chagrin et à la colère. C'est atroce.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/themen/schrieben-die-medien-der-milliardaere-das-skript-zu-macrons-wahlerfolg-16426939.html?premium>

#### MACRON UND DIE MEDIENMOGULE:

„So viele Wunder und Zufälle kann es nicht geben“

- VON JÜRGEN ALTWEGG, GENÈVE
- -AKTUALISIERT AM 11.10.2019-19:49



*Das Buch „Opération Macron“ sorgt in Frankreich für Aufsehen: Schrieben die Medien der Milliardäre das Skript zu Emmanuel Macrons Wahlerfolg?*

„So viele Wunder und Zufälle kann es nicht geben“: beim Lesen solcher Worte wird man hellhörig, raffinierter kann man eine Verschwörungstheorie kaum verpacken. Geschrieben hat sie ein Statistiker, den man sich als eher nüchtern vorstellt: Eric Stemmelen. Einst war er Programmdirektor des öffentlich-rechtlichen Senders „France 2“. Er kennt die Medien und den Umgang der Politiker mit ihnen. Stemmelen hat einige ökonomische Bücher geschrieben. Sein jüngstes Werk ist Ende Juni erschienen: „Opération Macron“ (Editions du Cerisier).

Es handelt sich um eine Chronik der Präsidentenwahl: Die Medien, so die These des Autors, haben das Drehbuch zu Emmanuel Macrons Machtübernahme geschrieben. Sie gehören zehn Milliardären, deren TV- und Radiosender einen Marktanteil von über fünfzig Prozent erreichen. Bei den Tageszeitungen kontrollieren sie neunzig Prozent der Auflage. Eric Stemmelen spricht von einer „Oligarchie“, er stellt dem Buch ein Zitat aus Jean-Paul Sartres „Kindheit eines Chefs“ voran.

Wir haben dieses Buch eher zufällig in der kommunistischen Zeitung „L’Humanité“ entdeckt. Sie präsentierte Stemmelen’s Essay fast schon als Samisdat: im Exil, in Belgien, musste es erscheinen, mehrere Verlage in Frankreich hätten es abgelehnt, zitiert sie den Autor. Die „Opération Macron“ erscheint mit einem Vorwort des Journalisten und Regisseurs François Ruffin, der mit „Merci Patron“ einen phänomenal erfolgreichen Film über einen der besagten Medienmilliardäre Bernard Arnault, Mehrheitsaktionär des Luxusgüter-Konzerns LVMH, drehte und als Abgeordneter des „Unbeugsamen Frankreichs“ im Parlament sitzt. Der Verlag bezeichnet das Werk als „Chronik eines friedlichen Staatsstreichs“.

#### Ein Anruf beim Radfahren

Emmanuel Macron hatte die Eliteschule ENA besucht und war Banker bei Rothschild. Der einstige Staatspräsident François Hollande engagierte ihn seinerzeit als Berater. Mitte Juli 2015 verließ Macron das Elysee, um ein Start-up-Unternehmen zu gründen. Am 20. August gab der Politiker Alain Juppé (Les Républicains) bekannt, dass er für die Präsidentschaft kandidieren werde. An diesem Tag saß Macron mit dem Telekom-Unternehmer Xavier Niel, Miteigentümer von „Le Monde“, und dessen Lebensgefährtin Delphine Arnault, der Tochter von Bernard Arnault, in Kalifornien zu Tisch – es sei um die Firmengründung gegangen, werden sie später den Journalisten sagen.

Vier Tage später, am 24. August, veröffentlichte das Nachrichtenmagazin „Le Point“ – es gehört Bernard Arnault – ein Interview mit dem in der Öffentlichkeit völlig unbekanntem Emmanuel Macron, der seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen für Frankreich erörtert. Dessen Chefredakteur ist ein Studienfreund. Zwei Tage später wurde Macron zum Wirtschafts- und Finanzminister ernannt, zu seiner „eigenen Überraschung“, er habe beim Radfahren einen Anruf bekommen.

Am Tag danach brachte „Le Monde“ ein paar „ergänzende Informationen“. Sie betreffen Macrons Beziehung zu seiner Gattin. Sie enthalten in einem Satz mehrere Falschnachrichten, die zur Grundlage der Berichterstattung werden. Macron war nie der Schüler seiner Frau – er wirkte freiwillig in ihrer Theatergruppe mit. Der

Altersunterschied wurde von 25 auf zwanzig Jahre reduziert. Brigitte Macron war nicht 36, als sie sich kennen lernten, sondern 39. Und Macron nicht siebzehn, sondern vierzehn. Im Falle eines sexuellen Verhältnisses hätte sich die Lehrerin strafbar gemacht. Macrons Eltern schickten ihren Sohn nach Paris, um ihn von der verheirateten Frau zu trennen.

## Die Macht des Geldes

Stemmelens Chronik verzeichnet, wie der neue Wirtschaftsminister mit Titelgeschichten und Umfragen zum politischen Heilsbringer verklärt wird. Ende August 2016 tritt er aus der Regierung zurück. Nach einer Woche Trommelfeuer in den Medien erklärt der Zentrums Politiker und mehrfache Minister und jetziger Bürgermeister von Pau, [François Bayrou](#), im Fernsehen: „Wir beobachten einen gewaltigen Versuch finanzieller Interessenvertreter, die politische Macht zu erobern. Ich bin nicht dafür, dass die Macht des Geldes die Politik unterwirft. Aber darum geht es.“

In einem Punkt aber irrte sich Bayrou: „Die Rechnung wird nicht aufgehen. Die Franzosen werden die Operation durchschauen und erkennen, was hinter diesem Hologramm steckt.“ Bayrou selbst hat sich ihm unterworfen und wurde nach der Wahl mit dem Justizministerium belohnt. Er musste es wegen einer Affäre schnell wieder abgeben – mit einem Anruf im öffentlich-rechtlichen Sender „France Inter“ versuchte er noch, die anstehenden Enthüllungen zu verhindern.

## So funktionieren Frankreich und seine Eliten

Zwei ehemalige Präsidenten und drei Premierminister blieben in dieser Wahlkampagne voller Wunder und Zufälle auf der Strecke. [Alain Juppé](#) lag in allen Umfragen stets mit zehn bis fünfzehn Punkten vor Macron. Er wurde mit zwei Kampagnen erledigt: Juppés Vergangenheit als Außenminister während des Genozids in Ruanda wurde aufgewärmt und intensiver als notwendig über einen infamen Feldzug gegen „Ali Juppé“ in den sozialen Netzwerken berichtet. Der ehemalige Premierminister François Fillon, der den Favoriten in der Vorwahl der „Republikaner“ besiegte, strauchelte über seine geschenkten Anzüge. Und hätte der amtierende Präsident Hollande nicht das Handtuch geworfen, wäre Emmanuel Maron im ersten Wahlgang zweifellos hinter Marine Le Pen und Fillon geblieben, es ging um winzige Prozente.

Wer verstehen will, wie Frankreich und seine Elite funktionieren, muss Eric Stemmelens Buch lesen. Es illustriert die gesellschaftlichen Verbindungen und zeigt geradezu exemplarisch, wie sich die Medien kopieren und imitieren. Diese Mimesis hat eine Dynamik ausgelöst, die Macron ins Elysee katapultierte. In wie weit es wirklich Drehbuchautoren und Regisseur gab, wissen nur die Milliardäre. Macron war ihr „Messias“, dessen Botschaft sie in ihren Magazinen verkündeten. Sehnlichst erwartet wurde Macron aber auch von der Bevölkerung. Er verkörperte das Versprechen einer pragmatischeren, weniger ideologischen Politik.

Aber Frankreich bleibt Frankreich: Genauso irrational wie die Hoffnung, die auf den „Philosophen-Präsidenten“ projiziert wurde, ist inzwischen der „revolutionäre“ Hass, der ihm entgegenschlägt. Eric Stemmelens teilt und schürt ihn. Jegliche Reform – Steuer, Rentensystem, Arbeitsrecht – ist für den früheren Programmdirektor unter Chirac und Sarkozy ein Anschlag des Großkapitals auf den Sozialstaat und der Präsident dessen Handlanger und Hampelmann.

Eric Stemmelens kann die Frivolität der Medien, die sich mit Macrons Drei-Tage-Bart beschäftigen, kritisieren. Aber warum muss als Gegenbeispiel für journalistische Ernsthaftigkeit ausgerechnet eine Aktion der israelischen Armee gegen die Palästinenser herhalten? Der Autor schmälert die Aussagekraft seiner fulminanten und schlagenden Darstellung mit dem klassenkämpferischen Furor seines Stils und mit abschätzigen Bemerkungen. Die „Oligarchie der Medienmilliardäre“ nennt er auch schon mal eine „Plutokratie“. Kaum weniger irritierend ist die Tatsache, dass die „Opération Macron“ von den führenden Medien offensichtlich totgeschwiegen wird.

Quelle: F.A.Z.

**Le Figaro, no. 23377**

Le Figaro, samedi 12 octobre 2019 766 mots, p. 11

Société

## Ces écologistes « radicaux » et « non-violents » qui bloquent les villes

Les agitateurs verts d'Extinction Rebellion, « d'essence anarcho-libertaire » et qui prônent la « désobéissance civile », ont mené cette semaine une série d'opérations à Paris et dans d'autres capitales.

Beyer, Caroline, Cornevin, Christophe

EXTINCTION Rebellion : ce mouvement, apparu il y a plus d'un an en Angleterre, a bloqué cette semaine la place du Châtelet, à Paris, après l'occupation, lundi, du centre commercial Italie Deux. Il prévoit ce samedi une nouvelle action dans la capitale, sans que l'on sache où. « *Seuls les « référents » de l'opération sont au courant, afin d'éviter toute fuite qui arriverait aux oreilles de la police* », explique un « *peace keeper* » (gardien de la paix) d'Extinction Rebellion, reconnaissable à son gilet orange. XR, dans son abréviation, se présente comme « *un mouvement mondial de désobéissance civile en lutte contre l'effondrement écologique et le réchauffement* ». Il se revendique « radical » et « non violent ». Son logo reprend, sur fond vert, un X transformé en sablier, pour signifier l'urgence climatique.

Sept degrés supplémentaires d'ici 2100, selon le pire scénario du Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat (Giec), qui a rendu en septembre un rapport alarmiste. Ce scénario aurait des conséquences désastreuses sur les espèces et les écosystèmes. Voici le message que déroulent, patients et souriants, les militants d'XR aux passants de la capitale. Un discours argumenté et huilé, qui fait mouche la plupart du temps. Mode d'action du mouvement ? Des opérations transgressives d'occupation de l'espace urbain et de lieux symboliques du capitalisme et du consumérisme.

Sa sociologie ? Une population faite essentiellement de jeunes de 18 à 25 ans, blancs, plutôt propres sur eux, éduqués, auxquels se mêlent d'autres personnes aux allures de zadistes, mais aussi des « gilets jaunes ». « *Une convergence d'opportunisme* », observe Éric Delbecq, expert en sécurité intérieure, auteur des *Ingouvernables* (Grasset). *Extinction Rebellion rassemble des personnes venues de tous horizons, avec une partie d'idéalistes qui veulent la mort du capitalisme et revendiquent la démocratie directe.* » Sans chef, le mouvement est entré dans le viseur des services de renseignement. « *D'essence anarcho-libertaire et écologiste, XR n'a rien d'une génération spontanée* », insiste un haut responsable. *Né en 2017, ce mouvement s'inspire des activistes britanniques ayant fondé Rising Up !, prônant l'action directe et la désobéissance civile au moment de la lutte contre l'extension de l'aéroport de Londres* ». « *Ils fonctionnent selon un système « holocratique » qui délaisse toute hiérarchie au profit d'une gouvernance idéale prônant l'« intelligence collective »* », décrypte un analyste. *Nous observons une vraie ligne de fracture idéologique entre XR, qui revendique la non-violence et les autres groupuscules d'ultragauche. D'ailleurs, les gauchistes méprisent ces pacifistes qu'ils considèrent comme des « bobos privilégiés » bénéficiant d'une sorte de bienveillance, voire de docilité de l'État à leur égard.* » Une accusation de « docilité » que rejette en bloc Extinction Rebellion, qui rappelle que plusieurs centaines de ses membres avaient été violemment délogés, à coups de gaz lacrymogène, du pont de Sully qu'ils avaient occupés en juillet dernier.

En cette semaine déclarée « *de rébellion internationale* », le mouvement a fait parler de lui à travers le monde, avec des actions simultanées à Berlin, Madrid, Amsterdam, en Australie et à Londres, où le mouvement avait émergé, en mai 2018. Officiellement créé six mois plus tard, il compte, parmi ses fondateurs, des participants du mouvement social Occupy London, un agriculteur bio par ailleurs chercheur sur le thème de la désobéissance civile au King's College de Londres, une docteur en biophysique ou encore un ancien ouvrier du bâtiment. Extinction Rebellion regrouperait plus de 100 000 militants, dans soixante-dix pays. En France, ils seraient 8 000. Le blocage de la place du Châtelet a réuni, lui, 300 à 400 personnes. Le groupe de musique Radiohead figure parmi les donateurs. Mais cette semaine, c'est la donation du Climate emergency fund - créé par l'investisseur Trevor Neilson, la fille de l'ancien sénateur Robert Kennedy et Aileen Getty, héritière d'un empire pétrolier - qui a fait beaucoup parler. « *La Silicon Valley veut nous faire manger de la viande de synthèse, mais elle finance les mouvements écologistes* », pointe Éric Delbecq. La branche française du mouvement affirme avoir refusé les propositions de ce fond. « *L'immense majorité de nos ressources proviennent de la recup', de l'entraide et des dons de particuliers* », explique-t-elle.

Alors qu'Anne Hidalgo, la maire (PS) de Paris a soutenu, le 9 octobre, cette « *action pacifique* », certains, dans les rangs de XR, se demandent aujourd'hui s'ils dérangent suffisamment.

Né en 2017, ce mouvement fonctionne selon un système « holocratique » qui délaisse toute hiérarchie au profit d'une gouvernance idéale prônant l' « intelligence collective » UN ANALYSTE



<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kompromiss-ueber-deutsch-franzoesischen-panzer-in-sicht-16431398.html?premium>

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE RÜSTUNG:

# Nukleus für einen europäischen Panzerkonzern

- 
- VON ULRICH FRIESE UND CHRISTIAN SCHUBERT -AKTUALISIERT AM 14.10.2019-07:25



*Der erste deutsch-französische Kampfpanzer rückt näher. Rheinmetall begnügt sich mit der Rolle als Zulieferer, so können Krauss-Maffei Wegmann und Nexter ihre Zusammenarbeit fortsetzen. Beim Luftkampfsystem FCAS hakt es dagegen.*

In die Verhandlungen um die Rüstungskoooperation zwischen Deutschland und Frankreich kommt Bewegung. Bislang geriet der Pakt über den Bau eines gemeinsamen Kampfjets unter anderem deshalb ins Stocken, weil sich die – schon seit dem Jahr 2015 geplante – Zusammenarbeit zwischen den Panzerherstellern beider Länder verzögerte. Doch dieses Hindernis scheint jetzt beseitigt. Denn die beteiligten Unternehmen in Deutschland haben sich – nach fast einjährigem Streit über die Führung des Projektes – nach Informationen der F.A.Z. auf einen internen Kompromiss verständigt.

Demnach ziehen der französische Konzern Nexter und die deutschen Partner **Krauss-Maffei Wegmann** (KMW) und Rheinmetall künftig an einem Strang, um einen neuen Kampfpanzer zu bauen, der voraussichtlich ab dem Jahr 2038 bei der Bundeswehr und anderen Streitkräften in Europa zum Einsatz kommt und dann den betagten Leopard 2 ersetzen soll. Ihre enge Kooperation hatten Nexter und KMW bereits vor mehr als vier Jahren fest vereinbart. Zum Auftakt gründeten beide die Holdinggesellschaft KNDS, an der sie jeweils zur Hälfte beteiligt sind und die den Nukleus für einen europäischen Panzerkonzern bilden soll.

Bei diesem Projekt blieb **Rheinmetall** lange außen vor. Dabei hatte es – noch vor der Gründung der KNDS – Gespräche zwischen dem Düsseldorfer Hersteller und der von München aus geführten KMW über eine Fusion gegeben. Doch sie scheiterten am damaligen Widerstand der KMW-Gesellschafter. Diese zogen stattdessen den Pakt mit der staatlich geführten Nexter-Gruppe vor, um durch die Entwicklung eines deutsch-französischen Projektes und gemeinsame Exportrichtlinien die strategischen Voraussetzungen für einen Verkauf an andere europäische Streitkräfte zu schaffen. Doch auch hier blieb der Zulieferer Rheinmetall, der immerhin die Bewaffnung des Leopard 2 beisteuert, außen vor.

## Projekt spiegelt Anteile der Gesellschafter

Vor Monaten wagte Vorstandschef Armin Papperger einen neuen Anlauf, um sich an dem Verbund zu beteiligen. Vollmundig erklärte der Rheinmetall-Chef seinen Aktionären, dass er die Übernahme von KNDS anstrebe, in der die Anteile von KMW und Nexter gebündelt sind. Doch von dem forschen Vorstoß, der in Paris für großes Erstaunen sorgte, ist heute keine Rede mehr. Statt die Mehrheit an der Holdinggesellschaft zu übernehmen, werde der Partner aus Düsseldorf nur an der Projektgesellschaft für den Leo-Nachfolger beteiligt. Während dabei Nexter 50 Prozent an dem noch zu gründenden Unternehmen erwerben wird, dürften dann auf KMW und Rheinmetall jeweils 25 Prozent entfallen.

Diese Konstellation im Gesellschafterkreis spiegelt auch die Verteilung der Arbeitspakete für das neue Projekt wider: Es wurden neun Pakete definiert, die jeweils zu einem Drittel auf Nexter, KMW und Rheinmetall entfallen, doch die Werke in Deutschland und Frankreich sollen in gleichen Teilen profitieren. Im Gesellschafterkreis der Holdinggesellschaft KNDS ändert sich nach Informationen der F.A.Z. nichts. Rheinmetall wird dort nicht beteiligt. Nexter und KMW bleiben hingegen fest im Boot. Eine offizielle Vereinbarung zwischen den Regierungen in Berlin und Paris folge in den kommenden Monaten, heißt es in Rüstungskreisen. Das Plazet aus der Politik soll dann zum ersten Auftrag für das neue Gefährt der Militärs im ersten Quartal 2020 führen. Dabei dürfte es zunächst um ein Volumen in zweistelliger Millionenhöhe gehen. Das ehrgeizige Projekt zielt auf einen Panzer-Markt, dessen Gesamtvolumen auf rund 100 Milliarden Euro beziffert wird.

Fest steht: Im Verteidigungsministerium würde man eine Konsolidierung der Panzerhersteller in Europa unter einer klaren industriellen Führung begrüßen, betont aber, dies sei Sache der Unternehmen. Die Hersteller selbst halten sich zu den Details ihrer internen Zusammenarbeit strikt bedeckt. Schon Mitte 2017 hatten Kanzlerin [Angela Merkel](#) (CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron verabredet, technologisch komplett neue Waffensysteme für Luftwaffe und Heer beider Länder gemeinsam zu entwickeln und in einem zweiten Schritt auch weitere Hersteller in Europa einzubeziehen. Demnach sollen sich unter dem Dach des Panzerhersteller KNDS auch weitere Partner aus Italien und Großbritannien einfinden, heißt es.

## Auswirkungen auf geplantes Luftkampfsystem

Das Panzerprojekt betrifft daher auch ein ehrgeiziges Rüstungsvorhaben in der Luft: Deutschland und Frankreich wollen das Luftkampfsystem FCAS (Future Combat Air System), das aus neuen Kampffjets, Drohnen und Satellitensystemen bestehen soll, bis zum Jahr 2040 entwickeln und einsatzfähig machen. Auch Spanien hat sich als Partner hinzugesellt.

Doch während es auf dem Boden Fortschritte gibt, sind am Himmel Wolken aufgezogen. Auf der operativen Ebene haben Vertreter der deutschen und der französischen Luftwaffe zwar die Zusammenarbeit begonnen, doch die Industrie befürchtet Finanzierungsengpässe. Die Hersteller [Airbus](#) und Dassault riefen die Regierungen vor kurzem in einer gemeinsamen Erklärung dazu auf, Gelder für die nächste Entwicklungsstufe lockerzumachen. Es geht um den Bau eines „Demonstrators“, der richtig fliegen soll und nicht mehr nur eine dreistellige Millionen-Investition ist, wie es heißt. Wenn nicht bald der nächste Schritt beschlossen werde, drohten Verzögerungen.

Die Franzosen nervt dabei besonders, dass etliche Bundestagsabgeordnete das Panzer- mit dem Luftprojekt verknüpfen wollen. So könne das eine ohne das andere nicht voranschreiten. Zudem hat der neue FCAS-Partner Spanien bisher keine konkreten Leistungen versprochen. Die Spanier haben lediglich das einheimische Unternehmen Indra als Partner von Airbus und Dassault vorgeschlagen, was Letztere gar nicht gut finden. Denn Indra gilt nicht als fähig genug, um eine Hauptrolle zu spielen. In Deutschland erheben sich Stimmen, die den Spaniern mehr Zeit geben wollen, zumal es dort derzeit keine handlungsfähige Regierung gebe. Doch genau das wollen die Franzosen und deutsche Verteidigungskreise nicht. Sie fordern, dass Airbus und Dassault voranschreiten dürfen. Anders als beim überkauften und verspäteten Militärtransporter A400M solle nicht eine große Zahl von Nationen von Anfang an mitreden; man brauche eine kleine industrielle Speerspitze. „Der Frust auf französischer Seite ist extrem hoch“, heißt es in deutschen Industriekreisen – was in Paris bestätigt wird.

Das nächste deutsch-französische Ministertreffen, das an diesem Mittwoch in Toulouse stattfindet, hat somit genug Gesprächsstoff. Die Zusammenarbeit wird außerdem von den Differenzen bei den Rüstungsexporten überschattet. Angeblich ist ein Papier ausgearbeitet, das als Nachfolger des sogenannten Schmidt-Debré-Abkommens von 1972 gedacht ist und Exportblockaden des einen durch das andere Land verhindern soll. Doch die Unterschriften lassen auf sich warten, weil die SPD in der Regierungskoalition zögern soll. Bei Rüstungsexporten in die Türkei sind sich Berlin und Paris immerhin einig: Frankreich hat sich am Samstag dem Embargo durch Deutschland und die Niederlande angeschlossen.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-antisemitisch-ist-die-afd-16428798.html?premium=0x90bc5864360741a9862fde4c561cd979&GEPC=s5>

DIE AFD UND DER ANTISEMITISMUS:

## Freund oder Feind?

Regelmäßig werfen AfD-Politiker anderen Parteien vor, nicht entschieden genug gegen Antisemiten vorzugehen. Doch ist die Partei wirklich ein Freund der Juden – oder stellt sie sich nur so da?

- VON MARKUS WEHNER, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 11.10.2019-20:17

Die AfD lässt kaum eine Gelegenheit aus, um sich als Freund des Staates Israel und der Juden in Deutschland darzustellen. Sie betont das nach dem Attentat von Halle, bei dem der rechtsextreme Täter möglichst viele Juden töten wollte. Der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen beteuerte am Freitag ausdrücklich diese Haltung. „Jüdisches Leben in Deutschland ist elementarer Bestandteil unserer Identität und wird dies immer bleiben“, schrieb er und fügte den geradezu martialischen Satz an: „Wir von der Alternative für Deutschland werden dieses jüdische Leben gegen seine Feinde mit Zähnen und Klauen verteidigen.“

Um sich als besonders unbeugsame Kämpferin gegen Antisemitismus zu zeigen, werfen AfD-Politiker wie Beatrix von Storch oder Georg Pazderski den anderen Parteien regelmäßig vor, nicht entschieden genug gegen Antisemiten vorzugehen. Zudem verweist die Parteiführung, wie Meuthen es am Freitag tat, gerne auf die Gruppe „Juden in der AfD“. In der Partei ist sie allerdings wenig bedeutend. Bei ihrer Gründung vor gut einem Jahr hatte sie 24 Mitglieder, die meisten kommen aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Der Zentralrat der Juden und 16 weitere jüdische Organisationen distanzieren sich von dieser Gruppe in einer gemeinsamen Erklärung, da in der AfD „Judenhass und die Relativierung bis zur Leugnung der Schoa ein Zuhause haben“.

Auch der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, bewertet die AfD kritisch. „Die AfD hat sehr viele judenfeindliche Positionen“, sagte er am Freitag. So sprach er davon, dass die AfD das rituelle Schlachten verbieten will. In ihrem Grundsatzprogramm lehnt die Partei das Schächten ab. „Es ist mit dem Staatsziel Tierschutz nicht vereinbar und muss ohne Ausnahme verboten werden“, heißt es dort. Das würde es gläubigen Juden unmöglich machen, koscher zu essen, sagte Klein. Auch gebe es „eine nicht ganz eindeutige Haltung der AfD zur Beschneidung“.

### Den Antisemitismus betrachtet die AfD als zugewandert

Einige AfD-Politiker haben zudem durch antisemitische Aussagen für Aufsehen gesorgt. Der bekannteste ist der Landtagsabgeordnete Wolfgang Gedeon aus Baden-Württemberg. In einem seiner Bücher schrieb er: „Wie der Islam der äußere Feind, so waren die talmudischen Ghetto-Juden der innere Feind des christlichen Abendlandes.“ Solche Aussagen werden in der AfD nicht durchgehend verurteilt. Zwar verließ Gedeon auf Drängen der Parteiführung die AfD-Fraktion in Stuttgart. Die spaltete sich aber über die Frage seines Ausschlusses vorübergehend. Ein Ausschlussverfahren gegen Gedeon scheiterte, das zuständige Schiedsgericht lehnte den Ausschluss ab. Ähnlichkeiten gab es im Fall der schleswig-holsteinischen AfD-Politikerin Doris von Sayn-Wittgenstein. Sie unterstützte einen Verein, der den Holocaust leugnete. Obwohl die Vorwürfe bekannt waren, wurde sie abermals zur Landesvorsitzenden gewählt. Erst im August setzte der Bundesvorstand ihren Ausschluss durch – auch das gegen Widerstände in Teilen der AfD.

Entscheidend dafür, dass die AfD sich gegen Antisemitismus stellt, ist ihre ablehnende Haltung zum Islam. Ihn sieht sie als politische Ideologie und nicht als Religion an. Den Antisemitismus in Deutschland betrachtet sie vor allem als eine durch die Zuwanderung von Muslimen importierte Judenfeindschaft.

Die Regierung in Israel, der man keine Linkslastigkeit vorwerfen kann, lehnt jeden Kontakt mit der AfD ab. Als etwa der Landtag Brandenburg Anfang des Jahres eine Israel-Reise mit allen Abgeordneten unternehmen wollte, bescheinigte ihm die israelische Seite, dass es für die AfD-Abgeordneten dort keinen Empfang und kein Programm geben werde, was zwangsläufig zur Absage der Reise führte. Und auch der [Zentralrat der Juden](#) wendet sich offen gegen die AfD. Björn Höckes Aufruf zu einem Ende der Erinnerungs- und Gedenkkultur an den Nationalsozialismus oder Alexander Gaulands Lob für die deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg sind dabei nur ein Grund für die Distanz.

Daneben sind es die Verbindungen von AfD-Politikern ins rechtsextreme Milieu, die den Zentralrat der Juden gegen die AfD aufbringen. Als der Zentralrat im vergangenen Jahr in Berlin eine Veranstaltung zum Gedenken an die Novemberpogrome vor 80 Jahren durchführte, lud er die AfD-Abgeordneten als einzige Bundestagsfraktion nicht ein. „Es wäre für uns unerträglich gewesen, heute Vertreter dieser Partei unter uns zu wissen“, sagte Zentralratspräsident Josef Schuster. Schon damals sprach er von den geistigen Brandstiftern, die hinter den Menschen stünden, „die Flüchtlinge, Muslime oder Juden angreifen“. Schuster hielt es in einem Interview vor einem Jahr auch für vorstellbar, „dass die AfD gegen Juden hetzen würde, wenn es opportun wäre“. Er sagte: „Wäre die jüdische Gemeinschaft tatsächlich auf die AfD angewiesen, dann wäre es höchste Zeit, Deutschland zu verlassen.“

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/themen/schrieben-die-medien-der-milliardaere-das-skript-zu-macrons-wahlerfolg-16426939.html?premium=0xa12af5fb1cdacdf8d9f1fa63a973d2ed&GEPC=s5>

MACRON UND DIE MEDIENMOGULE:

## „So viele Wunder und Zufälle kann es nicht geben“

- VON JÜRGE ALTWEGG, GENF
- -AKTUALISIERT AM 11.10.2019-19:49



*Das Buch „Opération Macron“ sorgt in Frankreich für Aufsehen: Schrieben die Medien der Milliardäre das Skript zu Emmanuel Macrons Wahlerfolg?*

„So viele Wunder und Zufälle kann es nicht geben“: beim Lesen solcher Worte wird man hellhörig, raffinierter kann man eine Verschwörungstheorie kaum verpacken. Geschrieben hat sie ein Statistiker, den man sich als eher nüchtern vorstellt: Eric Stemmelen. Einst war er Programmdirektor des öffentlich-rechtlichen Senders „France 2“. Er kennt die Medien und den Umgang der Politiker mit ihnen. Stemmelen hat einige ökonomische Bücher geschrieben. Sein jüngstes Werk ist Ende Juni erschienen: „Opération Macron“ (Editions du Cerisier).

Es handelt sich um eine Chronik der Präsidentenwahl: Die Medien, so die These des Autors, haben das Drehbuch zu [Emmanuel Macrons](#) Machtübernahme geschrieben. Sie gehören zehn Milliardären, deren TV- und Radiosender einen Marktanteil von über fünfzig Prozent erreichen. Bei den Tageszeitungen kontrollieren sie neunzig Prozent der Auflage. Eric Stemmelen spricht von einer „Oligarchie“, er stellt dem Buch ein Zitat aus Jean-Paul Sartres „Kindheit eines Chefs“ voran.

Wir haben dieses Buch eher zufällig in der kommunistischen Zeitung „L’Humanité“ entdeckt. Sie präsentierte Stemmelen’s Essay fast schon als Samisdat: im Exil, in Belgien, musste es erscheinen, mehrere Verlage in Frankreich hätten es abgelehnt, zitiert sie den Autor. Die „Opération Macron“ erscheint mit einem Vorwort des Journalisten und Regisseurs François Ruffin, der mit „Merci Patron“ einen phänomenal erfolgreichen Film über einen der besagten Medienmilliardäre [Bernard Arnault](#), Mehrheitsaktionär des Luxusgüter-Konzerns LVMH, drehte und als Abgeordneter des „Unbeugsamen Frankreichs“ im Parlament sitzt. Der Verlag bezeichnet das Werk als „Chronik eines friedlichen Staatsstreichs“.

Ein Anruf beim Radfahren

Emmanuel Macron hatte die Eliteschule ENA besucht und war Banker bei Rothschild. Der einstige Staatspräsident François [Hollande](#) engagierte ihn seinerzeit als Berater. Mitte Juli 2015 verließ Macron das Elysee, um ein Start-up-Unternehmen zu gründen. Am 20. August gab der Politiker Alain Juppé (Les Républicains) bekannt, dass er für die Präsidentschaft kandidieren werde. An diesem Tag saß Macron mit dem Telekom-Unternehmer Xavier Niel, Miteigentümer von „Le Monde“, und dessen Lebensgefährtin Delphine Arnault, der Tochter von Bernard Arnault, in Kalifornien zu Tisch – es sei um die Firmengründung gegangen, werden sie später den Journalisten sagen.

Vier Tage später, am 24. August, veröffentlichte das Nachrichtenmagazin „Le Point“ – es gehört Bernard Arnault – ein Interview mit dem in der Öffentlichkeit völlig unbekanntem Emmanuel Macron, der seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen für Frankreich erörtert. Dessen Chefredakteur ist ein Studienfreund. Zwei Tage später wurde Macron zum Wirtschafts- und Finanzminister ernannt, zu seiner „eigenen Überraschung“, er habe beim Radfahren einen Anruf bekommen.

Am Tag danach brachte „Le Monde“ ein paar „ergänzende Informationen“. Sie betreffen Macrons Beziehung zu seiner Gattin. Sie enthalten in einem Satz mehrere Falschnachrichten, die zur Grundlage der Berichterstattung

werden. Macron war nie der Schüler seiner Frau – er wirkte freiwillig in ihrer Theatergruppe mit. Der Altersunterschied wurde von 25 auf zwanzig Jahre reduziert. Brigitte Macron war nicht 36, als sie sich kennen lernten, sondern 39. Und Macron nicht siebzehn, sondern vierzehn. Im Falle eines sexuellen Verhältnisses hätte sich die Lehrerin strafbar gemacht. Macrons Eltern schickten ihren Sohn nach Paris, um ihn von der verheirateten Frau zu trennen.

## Die Macht des Geldes

Stemmelens Chronik verzeichnet, wie der neue Wirtschaftsminister mit Titelgeschichten und Umfragen zum politischen Heilsbringer verklärt wird. Ende August 2016 tritt er aus der Regierung zurück. Nach einer Woche Trommelfeuer in den Medien erklärt der Zentrums Politiker und mehrfache Minister und jetziger Bürgermeister von Pau, [François Bayrou](#), im Fernsehen: „Wir beobachten einen gewaltigen Versuch finanzieller Interessenvertreter, die politische Macht zu erobern. Ich bin nicht dafür, dass die Macht des Geldes die Politik unterwirft. Aber darum geht es.“

In einem Punkt aber irrte sich Bayrou: „Die Rechnung wird nicht aufgehen. Die Franzosen werden die Operation durchschauen und erkennen, was hinter diesem Hologramm steckt.“ Bayrou selbst hat sich ihm unterworfen und wurde nach der Wahl mit dem Justizministerium belohnt. Er musste es wegen einer Affäre schnell wieder abgeben – mit einem Anruf im öffentlich-rechtlichen Sender „France Inter“ versuchte er noch, die anstehenden Enthüllungen zu verhindern.

## So funktionieren Frankreich und seine Eliten

Zwei ehemalige Präsidenten und drei Premierminister blieben in dieser Wahlkampagne voller Wunder und Zufälle auf der Strecke. [Alain Juppé](#) lag in allen Umfragen stets mit zehn bis fünfzehn Punkten vor Macron. Er wurde mit zwei Kampagnen erledigt: Juppés Vergangenheit als Außenminister während des Genozids in Ruanda wurde aufgewärmt und intensiver als notwendig über einen infamen Feldzug gegen „Ali Juppé“ in den sozialen Netzwerken berichtet. Der ehemalige Premierminister François Fillon, der den Favoriten in der Vorwahl der „Republikaner“ besiegte, strauchelte über seine geschenkten Anzüge. Und hätte der amtierende Präsident Hollande nicht das Handtuch geworfen, wäre Emmanuel Maron im ersten Wahlgang zweifellos hinter Marine Le Pen und Fillon geblieben, es ging um winzige Prozente.

Wer verstehen will, wie Frankreich und seine Elite funktionieren, muss Eric Stemmelens Buch lesen. Es illustriert die gesellschaftlichen Verbindungen und zeigt geradezu exemplarisch, wie sich die Medien kopieren und imitieren. Diese Mimesis hat eine Dynamik ausgelöst, die Macron ins Elysee katapultierte. In wie weit es wirklich Drehbuchautoren und Regisseur gab, wissen nur die Milliardäre. Macron war ihr „Messias“, dessen Botschaft sie in ihren Magazinen verkündeten. Sehnlischst erwartet wurde Macron aber auch von der Bevölkerung. Er verkörperte das Versprechen einer pragmatischeren, weniger ideologischen Politik.

Aber Frankreich bleibt Frankreich: Genauso irrational wie die Hoffnung, die auf den „Philosophen-Präsidenten“ projiziert wurde, ist inzwischen der „revolutionäre“ Hass, der ihm entgegenschlägt. Eric Stemmelens teilt und schürt ihn. Jegliche Reform – Steuer, Rentensystem, Arbeitsrecht – ist für den früheren Programmdirektor unter Chirac und Sarkozy ein Anschlag des Großkapitals auf den Sozialstaat und der Präsident dessen Handlanger und Hampelmann.

Eric Stemmelens kann die Frivolität der Medien, die sich mit Macrons Drei-Tage-Bart beschäftigen, kritisieren. Aber warum muss als Gegenbeispiel für journalistische Ernsthaftigkeit ausgerechnet eine Aktion der israelischen Armee gegen die Palästinenser herhalten? Der Autor schmälert die Aussagekraft seiner fulminanten und schlagenden Darstellung mit dem klassenkämpferischen Furor seines Stils und mit abschätzigen Bemerkungen. Die „Oligarchie der Medienmilliardäre“ nennt er auch schon mal eine „Plutokratie“. Kaum weniger irritierend ist die Tatsache, dass die „Opération Macron“ von den führenden Medien offensichtlich totgeschwiegen wird.

**Klimawandel:**

# Ein klimafreundliches Leben ist eine Frage des Geldes

Mobilität, Ernährung, Konsum: der ökologische Fußabdruck eines jeden lässt sich durch verschiedene Stellschrauben beeinflussen.

**Autofahren, fliegen, Fleisch essen - all das schadet dem Klima. Wird es teurer, trifft das aber nicht unbedingt die größten Klimasünder am härtesten. Vier Beispiele.**

Von [Hannah Beitzer](#) und [Michael Hörz](#)

Wer kann schon von sich behaupten, frei von Klimasünden zu sein? Die einen sind Vegetarier, mögen aber auf Flugreisen nicht verzichten. Die anderen fliegen nicht, sind dafür aber leidenschaftliche Fleischesser. Und wieder andere kaufen alles Bio-Regional-Saisonal, fahren aber mit dem Auto zum Supermarkt. Heizen müssen in hiesigen Breitengraden alle irgendwie, auch auf Strom will kaum einer verzichten. Dennoch belasten nicht alle Menschen das Klima gleichermaßen - und die Frage, wie ein sozial gerechter Wandel zu mehr Klimafreundlichkeit aussieht, ist gar nicht so leicht zu beantworten. Dabei helfen können vier Beispiele für fiktive Personen, die in der Debatte immer wieder auftauchen: den Berufspendler, die Durchschnittsverdienerin auf dem Land, die klimabewusste Globetrotterin und die Rentnerin mit wenig Geld.

## **Christian, 40 Jahre, leitender Angestellter**

Zum Beispiel Christian, 40 Jahre, verheiratet, Vater von drei Kindern. Christian ist leitender Angestellter und wohnt mit seiner Familie in einer Neubauwohnung in einer deutschen Großstadt in Nordrhein-Westfalen. Vor kurzem hat er den Job gewechselt, seitdem pendelt er jeden Tag zu seiner 50 Kilometer entfernten Arbeitsstelle. Weil es am schnellsten geht und volle Pendlerzüge und Verspätungen ihn nerven, fährt er mit seinem SUV zur Arbeit. So kann er auf dem Weg auch schon erste berufliche Telefonate führen.

Seine Frau Stefanie arbeitet Teilzeit als freie Grafikdesignerin und kümmert sich um die Kinder und den Haushalt. In der Stadt, in der sie wohnen, kommen sie prima ohne zweites Auto klar, Einkäufe erledigt Stefanie mit dem Lastenrad, bei schlechtem Wetter nutzt die Familie den ÖPNV. Mit dem SUV machen sie häufig Wochenendausflüge, zum Beispiel zu den Großeltern der Kinder, die in einer anderen Stadt wohnen, zu Freunden aus dem Studium oder einfach raus ins Grüne. Ihre Wohnung heizen sie mit einer Erdgas-Brennwertheizung. Sie beziehen Ökostrom.

Der Familie geht es finanziell gut, sie hat ein Nettohaushaltseinkommen von 7000 Euro. Stefanie legt wert auf gesunde Ernährung, Fleisch gibt es selten, dafür viel Bio-Gemüse, am liebsten saisonal und regional. Obst darf allerdings gerne auch einmal von weiter her kommen. Einmal im Jahr fliegen sie alle zusammen in den Urlaub, der letzte ging nach Thailand. Außerdem ist Christian im vergangenen Jahr einmal mit Freunden für ein verlängertes Wochenende nach Barcelona geflogen. Die Familie lebt auch ansonsten nicht sparsam, die Eltern geben gern auch mal Geld für schöne Dinge aus, die sie nicht unbedingt brauchen. Wenig verwunderlich: Dieses Leben ist trotz Bio-Kost und reduziertem Fleischkonsum sehr klimaschädlich, das zeigt sein CO<sub>2</sub>-Fußabdruck.

Christian ist insofern typisch, als gilt: Je besser jemand verdient, desto klimaschädlicher ist für gewöhnlich sein Leben. Einzig im Bereich Heizung und Strom stößt er weniger CO<sub>2</sub> aus als der deutsche Durchschnitt. Das liegt daran, dass sein Haushalt mit fünf Personen recht groß ist und sich der Energieverbrauch so auf mehr Menschen verteilt. Generell lässt sich an ihm aber sehen: Gutverdiener konsumieren mehr, sie haben größere Autos, verreisen mehr, nutzen häufiger das Flugzeug. Da hilft dann auch das Bio-Essen nicht viel - rundet man auf eine

Stelle hinter dem Komma, verschwindet der Unterschied zum deutschen Durchschnitt (1,66 zu 1,74 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr) sogar ganz. Wie aber sieht es in einer eher durchschnittlichen Familie aus? Das verrät unsere nächste Protagonistin.

### **Melanie, 33 Jahre, Erzieherin**

Melanie lebt mit ihrem Mann und ihren zwei Kindern in einem Dorf in Süddeutschland in einem Einfamilienhaus, das um die Jahrtausendwende gebaut wurde. Das Haus hat eine Heizöl-Zentralheizung mit zentraler Warmwasserbereitung.

Melanie arbeitet als Erzieherin in der nahegelegenen Kleinstadt und kümmert sich ansonsten um Familie und Haushalt. Da in ihrem Dorf nur der Schulbus hält, ist sie auf ihr Auto, einen Mittelklassewagen, angewiesen. Mit ihm fährt sie zur Arbeit - und häufig auch ihre Kinder zur Schule oder zu Freunden und Vereinen. Ihr Mann ist Facharbeiter, die Familie hat ein Haushaltsnettoeinkommen von 3900 Euro. Einmal im Jahr verreist die Familie, im vergangenen Jahr fand sie in den Pfingstferien ein günstiges Angebot für einen Pauschalurlaub in Mallorca. Die Familie isst viel Fleisch, hin und wieder kauft Christina für die Kinder Second-Hand-Kleider oder Gebrauchsgegenstände wie Fahrräder auf dem Flohmarkt. Ihr CO<sub>2</sub>-Fußabdruck ist trotz des Fleischkonsums wesentlich kleiner als der von Christian:

Besonders umweltbewusst ist die Familie nicht, ihr geringerer CO<sub>2</sub>-Ausstoß ergibt sich vor allem dadurch, dass sie mit dem Geld besser haushalten müssen als Christians Familie. Das Haushalten spielt auch bei Laura, 23 Jahre, Studentin in einer Mittelstadt eine große Rolle - sie versucht allerdings bewusst, ein klimafreundliches Leben zu führen.

### **Laura, 23 Jahre, Studentin**

Laura lebt in einer Vierer-WG in einem unsanierten Altbau. Die Wohnung hat eine Erdgas-Niedertemperatur-Etagenheizung mit dezentraler elektrischer Warmwasserbereitung. Sie ist Vegetarierin, isst ausschließlich regionale und saisonale Bioware und hat mit Freunden eine Initiative gegründet, die Lebensmittel "rettet", die Supermärkte sonst wegwerfen. Sie kauft fast ausschließlich Second-Hand-Kleidung, auch technische Geräte meistens gebraucht. Sie versucht außerdem, so wenig Besitz wie möglich anzuhäufen.

Sie hat kein Auto und nutzt in der Stadt ausschließlich ihr Fahrrad. Zu ihren Eltern oder Freunden fährt sie mit der Bahn, sie bucht lange im Voraus, damit sie Sparpreise nutzen kann. Sie reist leidenschaftlich gerne und arbeitet dafür in den Semesterferien in der Fabrik, in der auch ihr Vater arbeitet. Während des Semesters verdient sie sich in einem Café etwas dazu, so beträgt ihr monatliches Nettoeinkommen insgesamt etwa 1053 Euro. In diesem Jahr ist sie schon zweimal geflogen. Eine Woche war sie auf Sprachkurs in Frankreich, da hat sie kein günstiges Bahnticket bekommen. Und sie war drei Wochen in Ruanda. Ihr Vater stammt aus Ruanda - und ihre Großeltern und die Tanten leben noch immer dort.

### **Renate, 70 Jahre, Rentnerin**

Ein relativ ähnliches Einkommen, aber ein völlig anderes Leben hat Renate, 70 Jahre. Sie ist Rentnerin, lebt ebenfalls in der Großstadt, in einer 60-Quadratmeter Wohnung, die in den 70er Jahren gebaut wurde. Renate verreist nie und nutzt in der Stadt den öffentlichen Nahverkehr. Ein Auto hat sie nicht. Sie isst Fleisch, ist aber ansonsten äußerst sparsam - wengleich sie keine Second-Hand-Ware kauft, weil sie das unangenehm findet. Lieber achtet sie darauf, dass die wenigen Dinge, die sie kauft, möglichst lange halten.



Renates CO<sub>2</sub>-Fußabdruck ist in allen Bereichen unterdurchschnittlich - außer im Bereich Heizung und Strom. Das liegt daran, dass sie alleine wohnt, zudem in einem unsanierten Haus.

### **Was könnten die fiktiven Beispiel-Personen anders machen...?**

Ein Blick auf die Grafiken macht deutlich, dass fast alle Beispiel-Personen an der ein oder anderen Stelle CO<sub>2</sub> sparen könnten. Am meisten natürlich Christian. Er könnte zum Beispiel mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in die Arbeit fahren statt mit dem Auto.

Richtig viel bringen würde es, wenn er nicht nur mit den öffentlichen Verkehrsmitteln pendelt - sondern mit seiner Familie statt nach Thailand zu fliegen in Europa mit dem Auto verreisen würde. Den Trip mit seinen Kumpels könnte er statt nach Barcelona nach Berlin machen - und die Bahn nehmen.

Nun stößt Christian in den Bereichen Heizung und Strom, Mobilität und Ernährung weniger CO<sub>2</sub> aus als der deutsche Durchschnitt. Melanie hat im Vergleich schon weniger Möglichkeiten, deutlich CO<sub>2</sub> einzusparen. Da es auf dem Land keinen öffentlichen Nahverkehr gibt, ist sie auf ihr Auto angewiesen. Sie könnte allerdings ebenfalls mit dem Auto in den Urlaub fahren statt mit dem Flugzeug in den Süden zu fliegen. Dann würde sie zwar mehr fahren als vorher, doch eine Autofahrt nach Italien stößt weniger CO<sub>2</sub> aus als ein Flug nach Mallorca.

Und natürlich könnte die Familie weniger Fleisch essen. Sie könnten außerdem eine Elektro-Wärmepumpenheizung mit Warmwasserbereitung in ihr Haus einbauen und die Heizung optimieren. Zwar würde der Stromverbrauch steigen, aber insgesamt würden sie immer noch CO<sub>2</sub> einsparen. Das kostet allerdings Geld - wenn eine Familie zum Beispiel noch den Kredit für das Haus abzahlt, ist das für sie schwierig.

Laura hat das größte Einsparpotenzial bei den Flügen. Darauf ganz zu verzichten, würde jemanden wie Laura durchaus schmerzen, weil sie Familie im Ausland hat. Besonders bitter ist für jemanden wie sie, dass selbst ihre vegetarische Ernährung die Flüge nicht aufwiegt. Würde sie bei ihrem Lebensstil nicht fliegen, aber Fleisch essen, wäre ihr CO<sub>2</sub>-Ausstoß geringer als momentan.

Besonders wenige Möglichkeiten für eine Veränderung hat Renate. Sie könnte sich immerhin vorstellen, weniger Fleisch und Wurst zu essen.

Laura und Renate haben außerdem einen recht hohen Energieverbrauch, weil sie in unsanierten älteren Wohnungen leben. Eine andere Heizung brächte einiges an Einsparpotenzial, doch als Mieterinnen sind sie dafür nicht zuständig. Sie haben also insgesamt wesentlich weniger Möglichkeiten, CO<sub>2</sub> zu sparen als Melanie oder gar Christian.

### **... und wie kriegt man sie nun dazu, ihr Verhalten zu ändern?**

Eine Möglichkeit ist: alles, was der Umwelt schadet, muss teurer werden. Im Fokus steht zurzeit vor allem ein Preis auf CO<sub>2</sub>, sei es als Steuer oder über Emissionshandel. Das ist der Weg, den die [Bundesregierung](#) mit dem Klimapaket vor einigen Wochen beschritt. Das Klimapaket steigt mit einem CO<sub>2</sub>-Preis von zehn Euro pro Tonne ein, der bis 2025 auf 35 Euro erhöht werden soll, außerdem soll die Luftverkehrssteuer steigen. Viel zu wenig, lautet die Kritik - dazu kämen noch zu viele Ausnahmen, zu viele falsche Anreize.

Experten des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung empfehlen höhere Preise, nämlich einen Preis von 50 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> im Jahr 2020 bis hin zu 130 Euro pro Tonne im Jahr 2030. Selbst das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fordert 35 Euro pro Tonne im Jahr 2020 bis 180 Euro pro Tonne im Jahr 2030.

Doch in der Debatte schwingt auch immer die Frage mit: Wen würde ein Preis auf CO<sub>2</sub>, oder allgemeiner: die Verteuerung umweltschädlichen Verhaltens, besonders treffen? Die Befürchtung lautet: Gerade für Menschen, die ohnehin schon wenig Geld haben, könnten die Kosten zu hoch sein - und das, obwohl sie ohnehin schon klimafreundlicher leben als die Vielverdiener. In diesem Modell zeigt sich das an den Kosten für die Heizung, auf die sich in hiesigen Breitengraden schlecht verzichten lässt. Den geringsten Anteil des Haushaltseinkommens machen sie bei Christian aus, der das höchste Einkommen hat. Den größten Anteil bei Renate, die das geringste Haushaltseinkommen von allen hat.

Noch einmal anders gelagert ist der Fall bei einem Vergleich von Christian und Melanie. Beide haben ein Auto - doch während Christian leicht auf öffentliche Verkehrsmittel ausweichen könnte, wenn ihm das Autofahren zu teuer würde, hat Melanie diese Möglichkeit nicht. Und das, obwohl ihr finanzieller Spielraum, steigende Kosten auszugleichen, geringer ist als der von Christian. Ziemlich wahrscheinlich, dass sie das als große Ungerechtigkeit empfinden würde: In nicht wenigen ländlichen Gegenden wurde die Infrastruktur jahrelang zurück gebaut - und nun soll sie auch noch mehr fürs Autofahren zahlen?

### **Wie kann Klimaschutz sozial gerecht werden?**

Was aber tun? Die oben zitierten Gutachter schlagen vor: Die Einnahmen aus einer CO<sub>2</sub>-Steuer sollen als Klimapauschale wieder zurück an die Menschen gezahlt werden, und zwar pro Person. Davon profitieren ihren Berechnungen zufolge Haushalte mit niedrigem Einkommen - weil sie im Schnitt weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen. Außerdem profitieren Haushalte mit mehreren Personen, weil dort der Pro-Kopf-Ausstoß an CO<sub>2</sub> geringer ist als in Haushalten, in denen eine Person für sich heizt, ein Auto alleine benutzt. Ebenfalls Einigkeit besteht darin, dass das öffentliche Verkehrsnetz ausgebaut, Bahntickets günstiger und energetische Sanierungen steuerlich gefördert werden müssen. Wenn eine solche steuerliche Förderung besondere Anreize für Vermieter bietet, dann könnten davon auch Laura und Renate profitieren.

Der Soziologe Klaus Dörre von der Friedrich-Schiller-Universität Jena hingegen findet es grundsätzlich falsch, beim [Klimaschutz](#) vor allem über den Preis zu gehen. Er beschäftigt sich in seiner Forschung mit dem Spannungsfeld aus ökologischer Transformation und sozialer Gerechtigkeit und sagt: "Mit einer CO<sub>2</sub>-Steuer setzt man beim Konsumenten an." Dörre findet es wichtig, das Individuum von Entscheidungszwängen zu entlasten. "Wir brauchen Gesetze, die bestimmte Dinge regeln", sagt er, "sonst halten wir uns nicht daran." Ein Besserverdiener zahle im Zweifelsfall einfach mehr für den Langstreckenflug. Und bei denjenigen, die ihn sich nicht mehr leisten können, bleibt das Gefühl: Das ist ungerecht.

Strikte Regeln seien daher ein besserer Weg. Zum einen, weil sie Reich und Arm gleichermaßen treffen. Und zum anderen, weil sie wirkungsvoller seien, sagt der Soziologe. Das Rauchen in öffentlichen Räumen habe schließlich auch nicht aufgehört, weil Zigaretten zu teuer waren. Sondern weil es verboten wurde. Als Beispiel in der Klimafrage nennt Dörre Kurzstreckenflüge: "Niemand braucht für eine Reise von Berlin nach München in den Flieger steigen." Anstatt also den Kurzstreckenflug ein bisschen teurer, das Zugticket ein bisschen günstiger zu machen, schlägt er vor, den Flug gleich zu verbieten.

Auch ein Kontingent an Flügen pro Person könne er sich vorstellen: "Das würde natürlich die ganze Art und Weise, wie wir arbeiten, in Frage stellen", sagt er, der als Soziologe viel auf Konferenzen in der ganzen Welt unterwegs ist. Mit einem ähnlichen Vorschlag machte vor etwa einem Jahr der Grünen-Politiker Dieter Janecek

von sich reden. Seine Parteiliebe haben den Vorstoß eilig eingefangen. Sie dürften dabei durchaus noch das Veggie-Day-Desaster von 2013 im Hinterkopf gehabt haben. Den Ruf als Verbotsfetischisten versuchen sie seitdem loszuwerden.

Wichtig sei außerdem, Maßnahmen besser auf bestimmte Gruppen zuschneiden, sagt Dörre. In der Tat sei zum Beispiel ein Leben ohne Auto auf dem Land schwer. "Dann sagen wir doch: wenigstens die Städte müssen autofrei sein." Natürlich, das erfordert einiges an Planung - doch man würde sich dann eben auf Christian aus der Großstadt konzentrieren, statt Melanie aus Süddeutschland zu belasten.

Und nicht zuletzt stelle sich die Frage, welche Rolle die Unternehmen in all dem spielten. "Besser als den SUV nicht zu fahren, wäre es, ihn nicht zu bauen", sagt Dörre. Der Klimaschutz müsse ins Grundgesetz, auch Unternehmen müssten der Nachhaltigkeit verpflichtet sein. Und da ist er, der linke Soziologe, auf einmal nahe beim bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, der neulich ebenfalls gefordert hatte, den Klimaschutz im Grundgesetz zu verankern. Als Aufgabe für alle: Und nicht als gefühlte Strafe für die, die wenig Geld haben.

*Mitarbeit: Hans von der Hagen.*

### **Methodik**

Unsere Haushalte sind nicht repräsentativ. Die meisten Werte haben wir auf Grundlage der von uns getroffenen Annahmen (zum Beispiel: Entfernung vom Arbeitsplatz, Flugstunden nach Ruanda) selbst ermittelt. Heiz- und Stromkosten hat der Verbraucherzentrale Bundesverband für uns recherchiert. Ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben wir mithilfe des CO<sub>2</sub>-Rechners des Umweltbundesamtes ermittelt. Wenig aufschlussreich war dort allerdings der Punkt "allgemeiner Konsum", da er wenig Differenzierung zulässt und in seinen Kategorien sehr allgemein gehalten ist. Dennoch lässt der Rechner in den meisten anderen Punkten recht präzise Aussagen zu.

## Die deutsche Frage ist zurück Von Michael Stürmer



Mehr Verantwortung übernehmen: WELT-Autor Michael Stürmer sieht das Ende der deutschen "Selbstverzwergung"

*Die Deutschen tun sich mit großen Herausforderungen schwer. Es ist, als wollten sie weiterhin im Zustand des politischen Zwergs verharren. Doch diese bequemen Zeiten sind unwiderbringlich vorbei.*

Eine Krise kommt selten allein: Was der Volksmund über Unglücke weiß, gilt auch für das Regieren. Es wird merkbar schwieriger, viel steht auf dem Spiel. Die äußere Unordnung – USA im Alleingang, Russland unzufrieden mit sich und der Welt, China im unaufhaltsamen Aufstieg – verstärkt die innere Krise, und die innere Not verstärkt die äußere: Die deutsche Parteienlandschaft wird unübersichtlich, unberechenbar und labil. Die Deutschen kennen sich selbst nicht mehr.

Die Nachkriegsordnung ist vorbei, unwiederholbar, und das vieldeutige Interregnum seit 1989 auch. Was folgt, ist ungewiss (...). Gegenwärtig zerfällt der äußere Rahmen, welcher der deutschen Politik über mehr als sechs Jahrzehnte nicht nur Sicherheit gab, sondern auch Wohlstand und Ansehen – und unerwartet das, was auf immer verloren schien, die Einheit des Landes: Felix Germania wie selten zuvor. Im Einklang mit der Welt, umgeben von Freunden, gesichert in der Pax Americana.

### **Doppelter Zerfallsprozess**

Mit dieser aber zerbricht auch der innere Konsensus, der das lange Zeit stabile und berechenbare Parteiengefüge der Bundesrepublik und der Länder bei aller Verschiedenheit der Protagonisten, ihrer Ziele und Interessen im Gleichgewicht hielt.

Es besteht kaum Aussicht, dass dieser doppelte Zerfallsprozess, innen und außen, von selbst endet oder sich selbst heilt. Der giftige Ton der Debatten kündigt Schlimmeres an, so wie die Tatsache, dass nach der jüngsten Bundestagswahl die Regierungsbildung strittiger war als je zuvor.

Die große Koalition, wie sie aus Traditionsgründen nun einmal heißt, ist groß an Zahl der Mandate, nicht in ihrem Appetit auf schmerzhaft Reformen, am wenigsten in ihrer Bereitschaft, sich auf eine europäische Führungsrolle einzulassen. Letzteres, wenn überhaupt, geschieht unter deutlicher Bekundung von Unwillen und der Hoffnung auf Rückkehr ins Puppenhaus. Wirtschaftlicher Riese, politischer Zwerg: Das musste reichen.

Die Deutschen insgesamt litten wenig, wenn überhaupt, unter dem Verzicht auf Vision, Grand Strategy und dergleichen mehr. Selbstverzwergung beim Blick auf die große weite Welt schmerzte nicht, sondern half, Geld zu sparen, einen guten Eindruck zu machen, ein ruhiges Gewissen zu haben und anderen „out of area“ notwendige Drecksarbeit zu überlassen.

Wiederholte Bekundungen von höchster Warte wie alle Jahre wieder auf der Münchner Sicherheitskonferenz, fortan müsse deutsche Politik Verantwortung und Führung übernehmen und größer denken als gewohnt, änderten wenig. Es musste erst der Schock kommen angesichts der rüden Bündnispflege des amerikanischen Präsidenten und Putins Megamanöver im Osten, um Geld lockerzumachen, Versprechungen einzuhalten und Sicherheitspolitik ernst zu nehmen.

Aber bis zu einer konstruktiven Rolle ist es noch weit. Nicht nur Ausstattungsprobleme, von Aufrüstung nicht zu sprechen, brauchen Zeit und Arbeit, sondern auch die Ernüchterung des Denkens. Ein halber Soldat in einem halben Panzer ist wahrscheinlich nicht genug, um wieder strategische Beruhigung zu schaffen. Jener „Esprit de Defence“, der den französischen und britischen Nachbarn selbstverständlich beikommt, braucht Geld und Zeit, nüchterne Analyse und Kraft des Denkens.

Die Vereinigten Staaten (...) zerrissen über alles und jedes, mit einem neuerdings dysfunktionalen Führungsapparat und einem überforderten Präsidenten, haben genug mit sich selbst zu tun und ihrer eigenen Unberechenbarkeit. Wie sagte die Bundeskanzlerin im heißen Sommer 2017 in Trudering bei München? Es sei auf die alten Freundschaften nicht mehr unbegrenzt Verlass, und Deutschland müsse sich selber kümmern, Europa eingeschlossen?

Dabei ist es dann geblieben. Kein Ruck ging durch die Medien, kein Aufbruch durch das Parlament. Bisher ist weder konzeptionell noch in der Wirklichkeit Ernsthaftes geschehen, während die übrige Welt auf die große Koalition keine Rücksicht nimmt, und auch nicht auf die zarten Nerven des deutschen Fernsehpublikums.

(...) Es wird Zeit, die Schmerzen des Erwachsenwerdens zu bewältigen. Niemand wird das dem Land abnehmen. Nicht den Leuten und nicht dem Führungspersonal. Beide werden im Modus der Doppelkrise getestet. Glücklicherweise brummt die Wirtschaft. Aber schwierige Zeiten kündigen sich an, und dafür muss das deutsche Haus gesichert werden.

### **Wer führt den Westen an?**

(...) Über die Jahrzehnte lieferten die Amerikaner Gleichgewicht in Europa und für Europa. Die Rolle ist zur Zeit vakant. Die Nato aber ist nicht mit Ketten am Firmament befestigt, und die EU auch nicht. Die Koordinaten deutscher Politik müssen neu bestimmt werden. Aber Vorsicht: Für die Führung zu klein, für das Gleichgewicht zu groß: Die Deutsche Frage ist wieder da.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/extinction-rebellion-sie-wollen-mehr-viel-mehr-16430029.html?premium>

EXTINCTION REBELLION:

## Sie wollen mehr. Viel mehr

- VON JUSTUS BENDER
- -AKTUALISIERT AM 15.10.2019-14:15



*Den Umweltaktivisten von Extinction Rebellion geht es nicht nur um die Rettung des Weltklimas. Sie wollen eine radikal andere Gesellschaft.*

Sie wollen mehr. Viel mehr. Die Klimaproteste sollen nur ein Anfang sein. „Bei Extinction Rebellion geht es nicht um das Klima“, schrieb Stuart Basden im Januar. Der Brite hat die Bewegung vor anderthalb Jahren mit 15 Gleichgesinnten gegründet. Gerichtet war sein Appell an Mitstreiter in Amerika, die auf einem Transparent das Wort „Climate“ vor den Schriftzug „Extinction Rebellion“ geschrieben hatten. Und es war „ein Aufruf an die Extinction-Rebellion-Gemeinde, niemals zu sagen, wir seien eine Klimabewegung“. Warum? „Weil wir es nicht sind. Wir sind eine Rebellion.“ In Basdens Fall heißt das: eine Rebellion gegen die westliche Zivilisation.

Seine Gedanken sind düster, apokalyptisch. Er ist sicher, dass die Klimakatastrophe nicht abgewendet wird. „Tatsächlich werden wir das Klima nicht reparieren“, schrieb er. Das Ende sei nah. „Wir sehen einem imminents gesellschaftlichen Kollaps entgegen.“ Vom Weltuntergang abgesehen, war der Klimawandel für Basden nie das Hauptproblem. Er war nur das „Symptom“ einer Krankheit, an der die Menschheit seit Jahrhunderten leidet. Basden nennt es: das „toxische System“.

Gemeint ist die Kultur der Europäer. Sie breitet sich aus, seit weiße Kolonialherren in Segelschiffen den Erdball eroberten. Basden spricht von einer Infektion. Sie veränderte nicht nur das Klima, sondern auch das Verhältnis der Menschen zueinander und zu allem Leben. „Als Europäer ihre Giftigkeit auf der Welt verbreiteten, brachten sie Folter, Genozid, Massaker und Leid an die Enden der Erde.“ Die westliche Zivilisation der „Euro-Amerikaner“ ist für Basden nicht nur Ursache für alle Formen von Rassismus, Sexismus, Homophobie und Klassendiskriminierung. Er sieht sie auch als Grund für abgeholzte Regenwälder, Kriege um Ressourcen und einen „parasitären Finanzsektor“. Sie ist die Wurzel allen Übels. Momentan versucht Basden seine Verwandten zu überreden, Reparationen an schwarze Amerikaner mit dem gleichen Nachnamen zu zahlen, weil er annimmt, dass ihre Vorfahren Sklaven seiner Vorfahren waren.

Auch der Frontmann der Bewegung, Roger Hallam, will eine grundsätzlich andere Gesellschaft. Er sprach im August in der **BBC** von einer „Revolution“, die kommen wird. „Wir stehen vor einer großen Hungersnot in den nächsten zehn Jahren, sozialem Kollaps und dem Aussterben der Menschheit. Es könnte nicht schlimmer sein.“ Auf die Frage des Journalisten, ob er zur Erreichung von Klimaneutralität bis zum Jahre 2025 einen „unvorstellbaren Schaden“ für die Volkswirtschaft in Kauf nähme, sagte Hallam: „Der Schaden ist vorstellbar und verhältnismäßig, weil die Alternative ein sozialer Kollaps ist.“ Für den Westen hatte Hallam kühle Worte übrig: „Es ist um diese Zivilisation geschehen.“

„Um Roger Hallam gibt es eine Riesendiskussion“

Solches Revoluzzertum ist Aktivisten in Deutschland unangenehm. „Roger Hallam ist keine Führungsfigur für uns“, sagt ein Pressesprecher der Bewegung in Deutschland. „Wir wollen die breite Masse der Bevölkerung erreichen.“ Hallams Pläne, den Flugverkehr in London mit Drohnen zu gefährden, sind in Deutschland verpönt. „Das geht gar nicht!“, sagt ein Mitglied der Frankfurter Ortsgruppe – „um Roger Hallam gibt es eine Riesendiskussion“. Andere argumentieren, die Politik in Großbritannien sei zurzeit stürmisch und wild. Man dürfe Hallam nicht auf Deutschland übertragen.

Wie Fremde können die Deutschen ihre britischen Gründer trotzdem nicht behandeln. Einer von der Ortsgruppe Bochum erzählt, wie die Bewegung von den Briten am Reißbrett entworfen wurde. „Die sind hingegangen und haben sich überlegt, wie hat eine Bewegung auszusehen, die möglichst schnell wächst und möglichst anschlussfähig ist“, erzählt er am Telefon während einer Sitzblockade an der Berliner Siegessäule. Aus Großbritannien haben die Deutschen nicht nur alle Forderungen und Prinzipien übernommen, sondern auch die Organisationsstruktur und das interne Chatprogramm Matternmost. Die Bewegung ist immer im Fluss. Es gibt keine Führung. Die Ortsgruppen bilden Arbeitsgruppen, die Arbeitsgruppen entsenden Delegierte an bundesweite Arbeitsgruppen, aber niemand ist Vorsitzender. Der Frankfurter Aktivist konnte das zuerst nicht glauben. „Mir war wichtig zu wissen: Wo ist die Zentrale? Ich habe sie bisher nicht gefunden.“ Da war er erleichtert, dass keine dunklen Mächte die Bewegung steuern.

Viele Eigenheiten erklären sich aus der Geschichte. [Extinction Rebellion](#) ist eine Ausgründung der britischen Vereinigung Rising Up. Die wiederum geht auf die Compassionate Revolution aus der britischen Stadt Stroud zurück. Mit kühlen, linksradikalen Kadern haben diese Revolutionäre nichts gemein. Eher ähneln sie Hippies der siebziger Jahre. Sie fordern ein Wirtschaftssystem, das „Glück“ maximiert und niemanden „verletzt“. Sie sind spirituell. Sie meditieren. Sie singen. Sie predigen gewaltfreien Widerstand wie Gandhi. Und sie träumen – ganz im Gegensatz zu ihrem Sanftmut – von einer Revolution, bei der die Eliten unter Zwang enteignet werden.

Diese Melange hat sich erhalten. Auch in Deutschland wollen die Rebellen niemanden verletzen, nicht einmal durch Worte. Sie folgen brav den Bitten der Polizei. Sie formen Herzen mit ihren Händen. Sie beschimpfen niemanden, keine SUV-Fahrer und auch keine Rassisten. „Intern wird viel darüber gesprochen, wie man Dinge positiv formuliert“, sagt der Frankfurter Aktivist. „Dass man zum Beispiel niemanden als Rassisten beschimpft, sondern ihm erklärt: Was du sagst, ist rassistisch.“

Jenseits der Achtsamkeit beginnt die Härte. „Wir sind schon radikaler als Fridays for Future, indem wir bewusst Gesetze übertreten“, sagt der Bochumer. Die Rebellen ketten sich an Blumentöpfe und Gebäude. Sie lassen sich von Polizisten wegtragen und verhaften. In ihrer Sprache ist der Weltuntergang steter Begleiter. „Hallo, deine Zukunft sieht Scheiße aus“, heißt es zur Begrüßung auf der Internetseite der Bewegung. Eine ständige Todesangst ist die Grundkonstante der Bewegung, sie wird geschürt und verbreitet. In Hamburg verschütteten die Rebellen Kunstblut vor klimaschädlichen Kreuzfahrtschiffen. Sie trugen einen leeren Kindersarg und hielten mit ernster Miene eine Andacht für künftige Opfer des Klimawandels. „Angst ist irgendwann der richtige Ratgeber“, sagt eine Berliner Aktivistin. „Wir verbrennen. Wir müssen diese Emotionen zulassen. Nur dann agieren wir.“ Ob Politik, die mit Angst gemacht werde, nicht gefährlich sei? „Nur, wenn Angst manipulativ eingesetzt wird, wie das zum Beispiel die AfD macht“, sagt sie. Ihre Angst sei eine andere als die der Rechtspopulisten. Ihre Angst sei von der Wissenschaft belegt.

## Unterstützung von Greta Thunberg

Der Frankfurter, ein studierter Politikwissenschaftler, hält die Klimaproteste für einen einmaligen Brückenschlag in der Ideengeschichte: eine soziale Bewegung, die sich auf mathematische Gewissheiten berufen kann. „Kommunisten konnten ihre Behauptungen nie messen. Wir hingegen haben die Naturwissenschaften auf unserer Seite.“ Er warnt vor der Vorstellung, die Bewegung schaffe Panik. Die Panik komme von selbst. „Die Kiddies haben wirklich Angst“, sagt der Mittdreißiger über die jüngeren Rebellen. Jugendliche hätten ohnehin Zukunftsorgen – in Ausbildung und Beruf. Das Klima verstärke diesen Druck. „Wir sind das Ventil.“

Nicht allen Linken ist diese Gefühligkeit geheuer – trotz der Sympathie für Klimaproteste. Die Vorsitzende der Kleinpartei Ökolinx, [Jutta Ditfurth](#), [beschimpft Extinction Rebellion als „religiöse-gewaltfreie esoterische Sekte“](#), die auf „Hyperemotionalisierung“ setze und „intellektuellenfeindlich“ sei. Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands hält die Gründer der Bewegung für „anarchistisch beeinflusst“. „In der Praxis gibt es auch eine stark esoterische Strömung. Das ist nicht unser Ding. Man kann sich in mystische Gesänge zurückziehen, aber das wird der Umwelt nicht helfen, da muss man kämpfen“, sagt ein Sprecher der Partei. Der Occupy-Aktivist Thomas, der sich stets nur Thomas Occupy nennt, will Extinction Rebellion „nicht politisch links einordnen“. Am ehesten könne man sie mit „Anti-Atomkraft-Leuten vergleichen, das sind auch keine typisch linken Aktivisten, da sind viele Bauern und Bürger involviert.“

[Greta Thunberg](#) unterstützt Extinction Rebellion. Ihre Teilnahme an einer Demonstration der Gruppe in London bezeichnete sie im April als „Ehre“. Auch die deutsche Fridays-for-Future-Aktivistin Luisa Neubauer hielt eine Rede zu Beginn der Protestwoche von Extinction Rebellion in Berlin und verteidigte die Bewegung im Fernsehen gegen den Vorwurf der Radikalität. Trotz dieser Eintracht sieht der Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann große Unterschiede zwischen beiden Gruppen. Er ist einer der Autoren der Shell-Jugendstudie, die am Dienstag erscheint. Während die Anhänger von Extinction Rebellion zwischen 25 und 40 Jahre alt sind, bestimmen bei Fridays for Future unter 20 Jahre alte den Ton. Hurrelmann hält nur Fridays for Future für eine „Jugendbewegung im engeren Sinne“. Dort seien Schüler, besonders Schülerinnen, „aus sehr guten, bürgerlichen Elternhäusern“ aktiv. „Das sind keine Rebellen von sich aus.“ Bei Extinction Rebellion hingegen „steht eine Ideologie dahinter, ein festes Gesellschaftsbild“.

Üblich ist bei den Rebellen zum Beispiel, wenig vom Parlamentarismus zu halten. „Das Parlament funktioniert nicht“, sagt der Bochumer Aktivist. Für die Berlinerin ist der Bundestag „kein Spiegel der Gesellschaft“. Leute ohne Geld kämen „in der Politik nicht vor“. Sie glaubt, dass Abgeordnete nur bis zur nächsten Wahl denken. Und dass sie keine langfristigen Probleme wie den Klimawandel lösen. Die Bewegung arbeitet deshalb an der Entmachtung der Abgeordneten, zumindest was Klimafragen angeht. Eine Bürgerversammlung soll übernehmen. Im Losverfahren ausgesucht, einhundert bis zweihundert Bürger: Arme und Reiche, Leute mit und Leute ohne Migrationshintergrund, Junge und Alte, Gebildete und Ungebildete. Acht Wochenenden lang soll die Versammlung tagen. „Am ersten Wochenende lernen die Bürger das kritische Denken“, sagt die Berlinerin. Dann folgen Vorträge von Wissenschaftlern und Diskussionen. Am Ende sollen zufällig ausgewählte Bürger ohne Vorbildung über das Schicksal der Nation entscheiden. Die Bundesregierung soll alles brav umsetzen. Das Parlament wird nicht gefragt.

Die Pläne sind ideologisch aufgeladen, aber die Aktivisten von Extinction Rebellion wollen nicht, dass jemand sich damit schlecht fühlt. Als der Bochumer in einer Diskussion auf Leute von außerhalb der Bewegung traf, die kein Problem mit Gewalt hatten, war er ganz erschrocken. Er wollte nicht, dass Polizisten „entmenschlicht“ werden. Wenn die Aktivisten sagen, dass „Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft“ ein Teil des „toxischen Systems“ sind, das vernichtet werden muss, soll das keine Beunruhigung schaffen. Der Systemsturz richtet sich nicht gegen Einzelne. „Wir sind alle ein Teil des Systems. Ich habe mir vorhin eine Schachtel Zigaretten gekauft. Damit bin ich Teil eines rassistischen Ausbeutungsstruktur“, sagt einer aus der Ortsgruppe Weimar tröstend. Gewünscht ist ein Ding der Unmöglichkeit: Eine Revolution ohne Hass, die viele Entbehrungen schafft – die aber alle freiwillig mitmachen, weil sie ohnehin keine Wahl haben.

Quelle: F.A.S.



<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/merkel-und-macron-wichtiges-spitzentreffen-in-toulouse-16434763.html>

WICHTIGES SPITZENTREFFEN:

# Das Tauziehen zwischen Merkel und Macron

- VON CHRISTIAN SCHUBERT UND JULIA LÖHR
- -AKTUALISIERT AM 16.10.2019-10:10



*In Toulouse treffen sich die Regierungschefs von Frankreich und Deutschland: Es geht um Digitalisierung, Rüstung – und mehr Geld vom Staat.*

Brexit, Syrien-Krieg, Protektionismus, Digitalisierung – die deutsch-französischen Beziehungen seien derzeit erheblichen „externen Schocks“ ausgesetzt, heißt es in Beraterkreisen des französischen Präsidenten. Umso wichtiger sei die deutsch-französische Partnerschaft, die allerorten als alternativlos beschrieben wird.

Doch wie steht es um das Tandem wirklich? An diesem Mittwoch kommen die Regierungen Deutschlands und Frankreichs, angeführt von Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) (CDU) und Präsident Emmanuel Macron, in Toulouse zusammen, wo der Airbus-Konzern als Symbol gelungener Zusammenarbeit seinen Sitz hat. Diese deutsch-französischen Ministerräte, die mindestens einmal im Jahr stattfinden, sind Gradmesser für den Zustand der Beziehungen.

Die waren zweifellos schon mal besser. In Frankreich herrscht der Eindruck vor, dass die europapolitischen Vorstöße des Präsidenten in Deutschland unbeantwortet blieben. In Berlin dagegen ist man genervt von [Macrons](#) Aktionismus; von einer Ego-Show ist zuweilen die Rede.

## Europäische Cloud

Zwei Dinge brennen Merkel besonders unter den Nägeln, wenn sie gegen Mittag in Toulouse landet. Punkt eins: der Aufbau einer europäischen Datencloud. Sie mache sich „große Sorgen“ um die Datensouveränität europäischer Unternehmen, sagte Merkel gerade auf dem Maschinenbau-Gipfel in Berlin. „Wir brauchen auch in Europa eine eigene Cloud.“

Hintergrund ist, dass die meisten Unternehmen ihre Daten derzeit bei amerikanischen Anbietern wie [Amazon](#) oder Microsoft speichern. Doch je mehr Daten miteinander vernetzt werden, Stichwort Künstliche Intelligenz und Industrie 4.0, desto mehr drängt die Politik darauf, dass diese Daten auf europäischen Servern liegen.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier ([CDU](#)) hat schon ein Konzept für ein europäisches Cloud-Netzwerk namens Gaia-X in Umlauf gebracht. Die Hoffnung der Deutschen: Ähnlich wie schon bei der Förderung einer europäischen Batteriezellenproduktion sollen Deutschland und Frankreich dem Projekt gemeinsam die nötige Flughöhe verschaffen.

Auch Paris plant in diese Richtung. Zudem schlagen die Franzosen eine europäische Aufsichtsbehörde vor, die Digitalunternehmen auch sanktionieren könnte – so wie große Banken als „systemisch“

eingestuft werden, weil sie großen Schaden anrichten können, sollen auch große Digitalunternehmen unter die Fittiche genommen werden.

## Bürokratie und Rüstung

Die jeweiligen nationalen Empfindlichkeiten sorgen jedoch auch immer wieder für Reibungen zwischen Paris und Berlin, so etwa beim französischen Kampf gegen Billigarbeiter und Sozialdumping aus Osteuropa. Daraus entstand die inzwischen berühmt-berüchtigte A1-Bescheinigung. Das Formular, von dem die Mehrheit der Bürger vermutlich noch nie etwas gehört hat, treibt die deutschen Unternehmen seit Monaten zur Verzweiflung. Wann immer ein Mitarbeiter beruflich in ein anderes europäisches Land reist, braucht er die Bescheinigung, dass er entsendet ist und zu Hause Sozialversicherungsbeiträge zahlt. Aus jeder Dienstreise wird ein Verwaltungsakt mit vielen Formularen, die zwischen Arbeitgebern, Mitarbeitern und Sozialversicherungsträgern hin- und hergeschickt werden müssen. Merkel hat darüber schon mit Macron gesprochen, bislang ohne Erfolg. Die A1-Bescheinigung grenze an Protektionismus, klagte Merkel am Dienstag und versprach: „Ich werde versuchen, dieses Bürokratiemonster zu verkleinern.“

Macron wünscht sich dagegen Fortschritte bei einem Thema größeren Maßstabs: den Rüstungskoperationen. Während es beim Projekt eines deutsch-französischen Panzers Fortschritte gibt, droht sich das europäische Luftkampfprojekt FCAS zu verzögern. Der Grund: Der Bundestag bewilligt die Gelder nur scheinbarweise. Die Industrie wird zunehmend nervös, weil sie das Einsatzdatum 2040 als bedroht ansieht.

Zudem sind Berlin und Paris in Rüstungsexportfragen aneinandergeraten. In Frankreich bringt man wenig Verständnis für den deutschen Exportstopp nach Saudi-Arabien auf, zumal er aufgrund der grenzüberschreitend gebauten Rüstungsprodukte auch die Nachbarländer betrifft. Seit Monaten ringen Paris und Berlin um ein Grundsatzpapier, das die Blockade des jeweiligen Partners verhindern soll. Wenn der eigene Anteil weniger als 20 Prozent am Exportwert beträgt, soll die Blockade nicht mehr möglich sein. Doch in Berlin zögert die SPD und strapaziert damit die Geduld der Franzosen.

Und noch etwas will Macron erreichen: dass Deutschland mehr investiert. Gerade wegen des deutschen Wirtschaftsabschwungs verdammen die Franzosen die Politik der schwarzen Null. Dagegen verweist man im Elysée-Palast lobend auf den Plan der niederländischen Regierung, den Konsum und staatliche Investitionen voranzutreiben. Dies könnte für Berlin ein Vorbild sein, heißt es. Dazu gehören auch Investitionen in die Künstliche Intelligenz und in besonders innovative Unternehmen sowie Technologien. In dieser Hinsicht liegen die Wünsche von Deutschland und Frankreich gar nicht so weit auseinander – nicht zuletzt mit Blick auf den Klimawandel.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/axel-weber-im-interview-ueber-ezb-und-mario-draghi-16434442.html?premium>

AXEL WEBER IM GESPRÄCH:

## „Notenbanken dürfen nicht Reparaturbetrieb verfehlter Politik sein“

- VON [GERALD BRAUNBERGER](#) UND INKEN SCHÖNAUER
- -AKTUALISIERT AM 16.10.2019-08:32



*Der UBS-Verwaltungsratsvorsitzende Axel Weber hielt schon früher Entscheidungen der EZB für falsch. Diesmal ist das nicht anders. Im Interview spricht er über den Wunsch nach Konsolidierung, Fusionsgerüchte – und die Frage, was Lagarde besser machen muss als Draghi.*

Herr Weber, die jüngsten Entscheidungen der [EZB](#) haben Präsident Mario Draghi viel Kritik eingebracht. Ist die Kritik gerechtfertigt?

Diesen Schritt der EZB fand ich voreilig und nicht angemessen. Diese Entscheidung, die Geldpolitik auf Jahre hinaus so festzulegen, hätte man vielleicht besser der Nachfolgerin [Christine Lagarde](#) überlassen. Ihre Hände sind nun erstmal gebunden.

Es war die letzte Entscheidung, die [Mario Draghi](#) als EZB-Chef gefällt hat. Wie würden sie die Amtszeit im Rückblick bewerten?

Mario Draghi hat seine Aufgabe sehr klar definiert: Er hat für den Erhalt des Euro gekämpft. Draghi hat den Märkten während der Finanzkrise in einer sehr kritischen Phase die Stirn geboten. Es hat funktioniert und den Euro stabilisiert. Das ist zweifelsohne sein Verdienst. Die EZB hat allerdings in der Finanzkrise ihr Instrumentarium und ihren Verantwortungsbereich stark ausgedehnt. Innerhalb ihres Mandats war das nicht immer.

Sie hielten so manche Entscheidung in den vergangenen Jahren für falsch.

Als ich in meiner Zeit als Bundesbankpräsident im EZB-Rat saß, wurden die Anleihekäufe für Griechenland beschlossen. Ich war dagegen, denn solche Aktionen setzen die falsche Anreize.

Sie haben diese Kritik damals öffentlich kundgetan.

Transparenz und die öffentliche Diskussion halte ich für immens wichtig. Ich habe mich damals für diesen Weg entschieden und auch klar die Konsequenzen gezogen.

Was sind Ihre Hauptkritikpunkte?

Geldpolitik muss darauf achten, die Abhängigkeit von den Märkten und auch der Politik zu begrenzen. Über die Zeit hat die EZB sich in eine schwierige Situation manövriert. Die EZB war in den letzten Jahren nicht so sehr von der Politik abhängig, wohl aber zunehmend von den Märkten. Das halte ich für problematisch. Notenbanken müssen jetzt wieder eine neue Distanz finden. Das ist die große

Herausforderung für die neue EZB-Chefin Christine Lagarde. Notenbanken dürfen nicht als Lückenbüßer für Fehlentscheidungen von Investoren oder als Reparaturbetrieb verfehlter Politik herhalten.

Was wird sich mit Christine Lagarde an der Spitze der EZB ändern?

Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Mario Draghi hat die Märkte verstanden, seine Kommunikation war marktorientiert. Es wurde hingegen zu wenig unternommen, um die Bevölkerung Europas, insbesondere die deutsche Öffentlichkeit, zu erreichen und die Maßnahmen der EZB zu erklären. Ich hoffe, dass darauf in der EZB in Zukunft mehr Wert gelegt wird.

Das wird sie auch müssen, denn deutsche Wirtschaftsphilosophie ist derzeit nicht besonders gefragt.

In der Tat dominieren die Anhänger des Keynesianismus derzeit die öffentliche Debatte. Weltweit wird auf eine Geldpolitik gesetzt, die sehr kurzfristige Impulse setzen soll. Das ist in Rezessionsphasen auch richtig, soll aber eigentlich nur ein kurzfristiges Gegensteuern sein. Wenn eine derart expansive Geldpolitik auf Jahre, vielleicht sogar über ein Jahrzehnt hinaus bestehen bleibt, dann hat das nichts mehr mit einer konjunkturellen Stabilisierung zu tun, sondern wird zu einer Strukturpolitik.

Was ist so schlimm daran?

Überkommene Strukturen werden zementiert, der Wettbewerb unterlaufen, und es verschiebt unter anderem die Strukturen an den Finanzmärkten.

Warum?

Es gibt drei Megatrends, die zu den aktuellen, historisch niedrigen Zinsen und fallenden Inflationsraten geführt haben: Die demografische Entwicklung, die Globalisierung und die Automatisierung beziehungsweise technologische Innovation. Das sind langfristige Trends, die zu sinkendem Preisdruck und zu fallenden Zinsen beitragen. Mit Geldpolitik sind diese Megatrends nicht bekämpfbar.

Deswegen sind die Negativzinsen vielleicht drastisch, aber vielleicht doch ein wirksames Mittel.

Ich bin skeptisch, dass Negativzinsen überhaupt eine gute Idee sind. Wenn, dann sollten sie nur kurzfristig eingesetzt werden. Langfristig überwiegen die negativen Nebenwirkungen. Das ist wie ein Sprung ins Wasser. Man kann kurz die Luft anhalten, aber atmen können Sie unter Wasser nicht.

Können die Banken denn noch atmen?

Es wird zunehmend schwierig. Die Tatsache, dass die EZB die Niedrigzinspolitik auf Jahre hinaus zementiert hat, macht den Banken sehr zu schaffen. Die Niedrigzinspolitik setzt die falschen Anreize, fördert Schuldner, bestraft Sparer und produziert vermehrt extreme Verwerfungen an den Finanzmärkten. Mit konjunkturellem Gegensteuern hat das immer weniger zu tun. Es ist meines Erachtens eine Strukturersatz-Politik geworden und schiebt notwendige Reformen auf die lange Bank.

Welche?

Wir brauchen dringend eine wachstumsfreundliche Struktur- und Unternehmenspolitik. Die Negativzinsen erhöhen auch den Bedarf zur Reform der sozialen Sicherungssysteme. Ganz generell gilt, dass die niedrigen Zinsen und der damit verbundene schwache Euro lange Zeit die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Europa künstlich gestützt haben. Es ist dringend notwendig, dass sich Europa strukturell auf die Trends der Zukunft ausrichtet. Das passiert aber nicht, denn die expansive Geldpolitik erkaufte der Politik und der Wirtschaft die Zeit, schwierige Entscheidungen immer weiter aufzuschieben.

Die Deflationssorgen wurden erfolgreich zerstreut.

Das stimmt, aber die Angst vor Deflation und einem damit einhergehenden Käuferstreik war aus meiner Sicht übertrieben. Es wurde aber gleichzeitig ein Investorenstreik produziert. Investitionen werden trotz der Verfügbarkeit von billigem Geld nicht getätigt, weil es Unsicherheit darüber gibt, ob sich die notwendige Nachfrage einstellt und die Investitionen sich rentieren. Hinzu kommt der Handelsstreit zwischen Amerika und China. Geld wird schlichtweg geparkt. Da kommen wir in sehr unruhiges Fahrwasser.

Wie sehr belastet der Handelsstreit zwischen Amerika und China zusätzlich?

In der Industrie sind die Folgen schon deutlich sichtbar. Es gibt einen konjunkturellen Dämpfer. Vor der Präsidentenwahl in Amerika werden es sich die Amerikaner aber nicht leisten können, den Handelskrieg mit China vollends eskalieren zu lassen. Wir sehen aktuell ja auch gewisse Deeskalationsbemühungen. Das überdeckt aber nur zeitweise den Grundkonflikt. Der wird bleiben und Europa belasten. Deswegen ist es auch umso wichtiger, dass die europäische Integration verstärkt wird. Kompetenzen nur in Krisenfällen zögernd an Brüssel abzugeben, ist keine Lösung. Da muss man dann auch mal mutig vorgehen.

Immerhin hat sich Deutschland in den vergangenen Jahren doch für eine sehr disziplinierte Haushaltspolitik entschieden.

Für Deutschland war die Geldpolitik der EZB zu locker. Deswegen hat die Regierung auch eine restriktive Finanzpolitik verfolgt, bei der wir nun die Überschüsse sehen. Damit wurde die expansive Geldpolitik abgefedert. Das ist ungewöhnlich. In anderen Ländern wie in Frankreich hat man die expansive Geldpolitik mit einer expansiven Finanzpolitik kombiniert.

Das bringt Deutschland doch in eine gute Position.

Schulden wurden ab- und Überschüsse aufgebaut. In anderen Ländern wurde das versäumt. In Europa werden jetzt Investitionen gefordert. Nur Deutschland und einige wenige andere Länder wie zum Beispiel die Niederlande hätten aber überhaupt den Spielraum, signifikant expansive Finanzpolitik zu betreiben. Deshalb wird es meines Erachtens eine baldige Diskussion um die Maastricht-Kriterien geben – was in Deutschland für Kopfschütteln sorgen wird.

Wie kommen wir denn aus dem EZB-Dilemma wieder raus?

Das wird schwer. Die derzeitige EZB-Politik orientiert sich am Euroraum-Durchschnitt und manchmal sogar eher an den schwächeren Teilen. Die Geldpolitik passt somit bestenfalls zum Durchschnitt des Euro-Raums. Daher ist sie immer für die einen zu expansiv und für die anderen zu restriktiv. Das ist ein Konstruktionsproblem des Euros, er war als Integrationsprojekt konzipiert.

Und jetzt?

Der Euroraum muss zu einem homogenen Finanzraum zusammenwachsen, der auch zu einheitlichen Lebensverhältnissen führt. Das war ja die ursprüngliche Idee. Die gemeinsame Geldpolitik sollte dabei als Katalysator fungieren.

Aber das funktioniert ja auch schon innerhalb Deutschlands nicht. Die Lebensverhältnisse innerhalb Deutschlands sind sehr unterschiedlich.

Das stimmt. Und deswegen braucht es gezielte Strukturpolitik, welche in Deutschland ja auch erfolgt ist. Das lässt sich allein mit Geld- und Finanzpolitik nicht erreichen. Seit der Wiedervereinigung sind Gelder im Volumen des Bruttoinlandsprodukts der alten Bundesrepublik in den Osten investiert worden. Und die Angleichung der Lebensverhältnisse ist noch immer nicht vollständig erfolgt – und

das in einem Zeitraum von dreißig Jahren. Da bekommt man eine Idee davon, wie lange das in Europa noch dauern kann.

Dabei kann doch aber die Rolle der EZB entscheidend sein.

Die Europäische Zentralbank wird immer wieder als Lückenbüßer gebraucht und teilweise eben auch missbraucht werden. Sie lässt es aber auch zu.

Sie gucken von der Schweiz aus auf Deutschland. Ist die Party hier erstmal vorbei?

Es wird oft vergessen, dass die Schwäche des Euro der deutschen Exportwirtschaft sehr genutzt hat. Probleme wurden übertüncht, Wettbewerbsfähigkeit künstlich beflügelt. Die günstige Situation auf den Absatzmärkten hat betriebsinterne Reformen und Effizienzprogramme zusätzlich auf die lange Bank geschoben.

In welchen Bereichen?

Das Thema Digitalisierung wurde viel zu spät angegangen. Die Elektrifizierung der Automobilindustrie ist ein weiteres Beispiel. Es war auf Grund der günstigen Situation an den Absatzmärkten sowie dem zu günstigen Euro allzu einfach, auch mit den guten Produkten der Vergangenheit Erfolg zu haben.

Ist man in Deutschland zu spät aufgewacht?

Wichtig ist, dass man überhaupt aufwacht. Nun hat das Aufholrennen begonnen. Deutschland und Europa stehen in Konkurrenz mit den weltweit führenden Volkswirtschaften. Im Technologiesektor sind das vor allem Amerika und China. Es ist doch absurd, dass die amerikanische Administration bereits überlegt Programme aufzulegen, um europäischen Tech-Unternehmen zu helfen. Das sollte eine europäische Aufgabe sein.

Die Finanzindustrie könnte auch etwas Hilfe gebrauchen.

Die europäische Finanzindustrie droht in der Tat ins Hintertreffen zu geraten. Die Amerikaner spielen längst die dominante Rolle im globalen Banking. Da muss Europa endlich tätig werden. Es ist doch verrückt, dass der Kern der Finanzkrise vor über zehn Jahren ausgerechnet in Amerika lag, wo die Banken nun zu neuer Stärke gefunden haben.

Und was erwarten Sie von der Politik?

Ich erwarte, dass man sich auch für diesen Sektor einsetzt. Das ist in Europa sehr unpopulär geworden. Aber ob man es will oder nicht: Banken stellen den Blutkreislauf der Wirtschaft dar. Wenn dieser Kreislauf gestört ist, gibt es in vielen Teilen der Wirtschaft Probleme.

Dann ist doch jetzt ein guter Zeitpunkt, einen europäischen Champion der Finanzwirtschaft zu formen.

Wirkliche europäische Champions wären zu begrüßen, sie müssen aus einer betriebswirtschaftlichen Logik heraus entstehen. Staatliche Unterstützung beziehungsweise politische Motive sind an dieser Stelle unangebracht.

(...)

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/islamistische-attentate-der-neue-dschihad-und-seine-mentoren-16436466.html?premium>

ISLAMISTISCHE ATTENTATE:

## Der neue Dschihad und seine Mentoren

- VON GILLES KEPEL
- -AKTUALISIERT AM 17.10.2019-06:19



*Islamistische Attentate wie in Paris zeigen einen neuen Tätertyp. An die Stelle einzelner Terrororganisationen scheinen Netzwerke getreten zu sein, die den kulturellen Bruch predigen und radikale Taten provozieren. Ein Gastbeitrag.*

Am 3. Oktober 2019 griff ein Informatiker, der im Pariser Polizeipräsidium arbeitete und für die Bekämpfung des Dschihadismus zuständig war, fünf Arbeitskollegen mit Messern an und tötete vier von ihnen, bevor er von einem Polizisten erschossen wurde. Mickaël Harpon, geboren auf den Französischen Antillen und teilweise taub, war 2008 zum Islam übergetreten. In der Kleinstadt Gonesse, in der er lebte, besuchte er eifrig eine Moschee, deren Hauptimam einer mit den **Muslimbrüdern** verbundenen Vereinigung, dem Conseil Théologique des Musulmans de France, angehört. Ein weiterer Imam, ein marokkanischer Staatsbürger, der seit 2017 die täglichen Gebete leitet, wurde wegen seiner radikal-salafistischen Predigten von den Sicherheitsbehörden als Gefährder eingestuft und 2015 bereits einmal ausgewiesen. Der Ausweisungsbeschluss wurde jedoch aufgehoben, und der Imam kam an die Gonesser Mosquée de la Fauconnière, nachdem ihn eine benachbarte muslimische Kultstätte entlassen hatte, weil er „mit dem Gesindel Chaos an der Moschee angerichtet hatte“, wie der frühere Ortsbürgermeister und gegenwärtige Abgeordnete des Wahlbezirks zitiert wird.

Aufgrund eines für den Dschihadismus keineswegs ungewöhnlichen Zufalls fand die Bluttat am selben Tag statt, an dem im benachbarten Gerichtsgebäude der Prozess gegen das weibliche Kommando stattfand, das am 4. September 2016 versucht hatte, unweit von Notre-Dame – und ebenfalls ganz in der Nähe des Polizeipräsidiums – eine Autobombe zur Explosion zu bringen. An diesem Morgen behandelte das Gericht auch den Fall einer gleichfalls zum Islam übergetretenen Frau, die einen Polizisten, der sie festnehmen wollte, mit einem Messer angegriffen hatte. Der Islamische Staat (IS) hatte in Raqqa die Verantwortung für diesen **Anschlag** übernommen. Er hatte seine Täterinnen manipuliert – Frauen niedrigen intellektuellen Niveaus, von denen manche unter schweren psychischen Problemen litten.

Für Mickaël Harpons Tat haben auch zehn Tage danach weder der IS noch eine andere dschihadistische Organisation die Verantwortung übernommen. Soweit sich der geistige Weg des Mörders rekonstruieren lässt, fasste er den Entschluss ganz allein. Die Fachleute für den Islamismus in Frankreich debattieren heute über die Frage, ob nun der kulturelle Bruch mit den Werten der „ungläubigen“ Gesellschaft, den die salafistischen oder den Muslimbrüdern nahestehenden Imame herbeizuführen versuchen (ohne dass sie explizit zu Gewalt aufriefen), einen Menschen zu der Bluttat vom dritten Oktober veranlasst hat, der zudem wegen seiner Taubheit psychisch belastet war, oder ob die religiöse Dimension seines Verbrechens überinterpretiert wird. Sollte sich die erste Hypothese als

zutreffend erweisen, besteht nach Ansicht des Hochschullehrers und Bühnenautors Rachid Benzine die Gefahr, dass sich in der Gesellschaft ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem Islam schlechthin und nicht nur gegenüber militanten Islamisten oder Dschihadisten entwickelt. Dieses Misstrauen wird nur noch verstärkt von all jenen, die behaupten, das Verbrechen habe „nichts mit dem Islam zu tun“.

## Ideologen des kulturellen Bruchs

In Frankreich, dem europäischen Land mit dem größten muslimischen Bevölkerungsanteil, finden wir damit eine Diskussion, wie sie auch in Deutschland geführt wird. Im Falle Frankreichs, wo die laizistisch und progressiv eingestellte Intelligenz (zu der auch der Autor dieser Zeilen gehört) stets hoffen möchte, dass die Religionszugehörigkeit keine wesentliche Determinante der Identität darstellt und die Sozialisation zu einer Emanzipation führt, die eine Übereinstimmung in den Schlüsselwerten der Republik – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – erlaubt, wirft die Affäre Harpon ein größeres Problem auf.

Es ist die Frage, wie denn „Radikalisierung“ zu definieren ist. Hat dieser Begriff eine operative Bedeutung? Oder ist er lediglich eine unscharfe Sammelbezeichnung, die uns hindert, ein ideologisches Kontinuum zu denken, das vom kulturellen Bruch der Salafisten und Muslimbrüder mit den Werten der westlichen Demokratie im Namen der Scharia auf der einen Seite bis hin zum Einsatz von Gewalt auf der anderen reicht?

Der wichtigste Theoretiker der ägyptischen Muslimbrüder, Sayyid Qutb, hatte in seinem Buch „Zeichen auf dem Weg“, dem bis heute einflussreichsten Manifest islamistischer Politik, auf den taktischen Unterschied zwischen der „Phase der Schwäche“ (istid’af) und der „Phase der Stärke“ (tankîn) im Kampf um die Schaffung des islamischen Staates zur Zeit des Propheten Mohammed hingewiesen. Solange die Gemeinschaft der Muslime zu schwach ist, dürfe die Gemeinschaft nicht zum Mittel des bewaffneten Kampfes greifen, weil sie sonst Gefahr laufe, vernichtet zu werden. Kehre sich das Kräfteverhältnis jedoch um, sei es richtig, zur Tat zu schreiten, den „Unglauben“ zu vernichten und auf dessen Trümmern den islamischen Staat zu errichten.

Diese in Kreisen der Muslimbrüder allgemein vertretene Ideologie macht das opportune Urteil (maslaha) zum Kriterium für den Übergang zum gewaltsamen Kampf. Die Entwicklung des Dschihad auf europäischem Boden wird seit einem Jahrzehnt vor allem im Sinne des wichtigsten Dschihad-Ideologen der dritten Generation, Abou Moussab al Sourî, vorangetrieben – eines früheren syrischen Muslimbruders, der in Frankreich Ingenieurwissenschaften studierte, im britischen Londonistan eine Rolle spielte, 2005 in Pakistan festgenommen und von den Amerikanern an das Regime in Damaskus überstellt wurde (sein weiteres Schicksal ist unbekannt).

In seinem Aufruf zum weltweiten islamischen Widerstand setzte er sich für einen Aufstand der europäischen Muslime in den Arbeitervierteln ein. Dort sollten autonome Enklaven geschaffen werden, von denen aus man einen Bürgerkrieg auslösen könnte, der unausweichlich zur Zerstörung des Westens führen sollte. Sourî war der Ansicht, für die Muslime Europas sei die Zeit zum Eintritt in die „Phase der Stärke“ gekommen. Nur wenige haben diesen langen und wirren Text gelesen, aber man findet Lehren daraus ohne Angabe des Autors in zahlreichen Texten, die in den sozialen Netzwerken der „Islamosphère“ kursieren – dem islamistischen Web, zu dem man leicht Zugang findet.

## Entgrenzung des Terrorismus

Könnte es sein, dass der europäische Dschihadismus der „vierten Generation“ (nach der afghanisch-algerisch-ägyptisch-bosnischen Phase von 1980 bis 1997, der Al-Qaida-Phase von 1997 bis 2005 und der IS-Phase bis zum Fall Raqqa im Oktober 2017) sich gerade etabliert, und zwar ausgehend von diesen Enklaven, von den sozialen Netzwerken und von den salafistischen oder der Muslimbruderschaft angehörenden Predigern, ohne auf eine im eigentlichen Sinne dschihadistisch strukturierte Organisation angewiesen zu sein, wie sie bislang als Kriterium einer „Radikalisierung“ galt? Ist Mickaël Harpon vielleicht der erste und spektakulärste Träger dieser neuen Entwicklung – ein



Informatiker im Dienste des mit dem Kampf gegen den Dschihadismus betrauten Geheimdienstes im Allerheiligsten des Pariser Polizeipräsidiums?

Die Frage, die sich hier stellt (und die sehr gut beleuchtet wird in zwei demnächst erscheinenden Arbeiten, einem Buch von Bernard Rougier über „die vom Islamismus eroberten Territorien“ und einem Band von Hugo Micheron, der achtzig in französischen Gefängnissen inhaftierte Dschihadisten interviewt hat) – diese Frage lautet, ob an die Stelle der einschlägigen Organisationen ein „Ökosystem“ getreten ist, in dem einzelne Personen unter dem Einfluss einer Umwelt, die von einem religiös bedingten kulturellen Bruch geprägt ist, nach und nach durch ihre persönlichen Besonderheiten veranlasst werden, zur Tat zu schreiten.

Falls diese Hypothesen sich bewahrheiten, wird deutlich, dass unsere Gesellschaften und Institutionen das Problem des Terrorismus grundlegend überdenken müssen. Der Glaube an die Fähigkeit der Behörden, mit Hilfe ihrer Algorithmen Anzeichen einer „Radikalisierung“ erkennen zu können, wird unter diesen Umständen deutlich geschwächt. Gleichfalls grundlegend zu überdenken wäre die Verantwortung der politischen Akteure auf kommunaler Ebene, die in den Salafisten und Muslimbrüdern gelegentlich Akteure des „sozialen Friedens“ erblicken und deren Unterstützung bei Wahlen zu gewinnen versuchen, indem sie ihnen größere Freiheiten gewähren, wenn es darum geht, den kulturellen Bruch zu predigen.

Das sind schwerwiegende Fragen, die wir mit unseren muslimischen Mitbürgern erörtern müssen, denn sie sind die Ersten, die das betrifft, und sie dürfen nicht zu Geiseln einer in ihrem Namen geführten Debatte gemacht werden, bei der sie zwischen den Dschihadisten auf der einen und den identitären Rechtsextremen auf der anderen Seite eingeklemmt würden – wodurch Abou Moussab al Souris finsterste Prophezeiungen ihrer Verwirklichung näher kämen.

*Aus dem Französischen übersetzt von Michael Bischoff.*

*Gilles Kepel ist Inhaber des Lehrstuhls Moyen- Orient Méditerranée an der École normale supérieure.*

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kommentar-zu-bernd-lucke-nazischweine-und-gesinnungsterror-16437503.html>

BERND LUCKE:

## Nazischweine und Gesinnungsterror

- EIN KOMMENTAR VON JASPER VON ALTENBOCKUM
- -AKTUALISIERT AM 17.10.2019-10:48



*Vom AStA kann man nicht viel erwarten. Aber die Hamburger Regierung und die Universität leisten sich in Sachen Bernd Lucke eine peinliche Vorstellung.*

Was **Bernd Lucke** am Mittwoch an der Universität in Hamburg widerfahren ist, lässt sich nicht nur als Abbild der bedauernden Zustände an deutschen Universitäten sehen, sondern auch als Zeichen, wie kurzatmig in Deutschland mit der AfD umgegangen wird. Was die Universitäten angeht: Wer auf so primitive Art eine Vorlesung verhindert, wie es der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) tat, sollte über seine Lieblingsobjekte, Freiheit und Gleichheit, lieber schweigen. Er sitzt nämlich, was Absolutheitsanspruch, Antipluralismus und Arroganz angeht, in einem Boot mit seinem besten Feind, dem Populismus, den Totalitären, der AfD.

Was den Umgang mit der **AfD** angeht: Es ist ein großer Irrtum, die Partei als „Nazipartei“ zu bezeichnen, schon gar den Parteigründer als „Nazischwein“ zu beschimpfen. Jeder halbwegs geschickte AfD-Funktionär wird das mit geringem Aufwand lässig widerlegen können. Der schlimmste politische Vorwurf, den man in Deutschland machen kann, ist für die AfD, weil er so offensichtlich falsch ist, das Ruhekissen, auf dem sie es sich bequem machen kann – auf ihrem Weg in ein neues, bislang unbekanntes, totalitäres Land. Ein Ruhekissen ist es aber auch für intellektuelle Leuchten wie den Hamburger AStA: Sie müssen sich nicht weiter um Argumente bemühen, schon gar nicht mit der Frage beschäftigen, was das Neue und deshalb umso Gefährlichere an der AfD ist.

Vom AStA konnte allerdings nicht viel mehr erwartet werden. Dass Luckes Parteigründung einen neoliberalen Zeitgeist mit Anti-EU-Kurs verband? Dass Lucke als Parteivorsitzender gestürzt wurde, weil er gerade nicht zum völkischen Flügel gehörte? Solche Feinheiten überforderten die Studierenden, wenn sie denn je studierend waren.

Mehr hätte man allerdings von der Hamburger Senat und von der Universität verlangen können. Ihre Stellungnahme hält zwar die „Durchführung“ (ein Nazi-Wort!) freier wissenschaftlicher Lehre hoch, weil sie „zu den grundgesetzlich garantierten Pflichten und Rechten jedes Hochschullehrers und jeder Hochschullehrerin“ gehört. Doch dann kommt es: „Unabhängig davon ist festzustellen, dass Universitäten als Orte der Wissenschaft die diskursive Auseinandersetzung auch über kontroverse gesellschaftliche Sachverhalte und Positionen führen und aushalten müssen – insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte.“

Das war also am Mittwoch eine „diskursive Auseinandersetzung“? Und was musste man „aushalten“? Die Verdrehung der Tatsachen? Denn vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte betrachtet, ahnte der studentische Pöbel genau den Gesinnungsterror nach, der in Deutschland bei mehreren Gelegenheiten schon die Freiheit zerstörte – die Freiheit des Wortes, die Freiheit der Meinung, die Freiheit der Wissenschaft. Liegt die Blindheit gegenüber diesem Offensichtlichen daran, dass die Hamburger Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank Mitglied der Grünen ist?

Man will es nicht hoffen. Denn immerhin: Der Staat sei verpflichtet, die Durchsetzung der Rechte „grundsätzlich“ zu gewährleisten, heißt es in ihrer und der Stellungnahme des Universitätspräsidenten Dieter Lenzen. Was sich hinter dem Wort „grundsätzlich“ verbirgt, wird sich an diesem Donnerstag herausstellen. Dann versucht es Lucke noch einmal. Und es wird sich zeigen, was für ein Staat die Freie und Hansestadt Hamburg ist. Grundsätzlich.

Quelle: FAZ.NET

[https://www.lemonde.fr/international/article/2019/10/17/un-ancien-gardien-de-camp-de-concentration-juge-en-allemande\\_6015889\\_3210.html](https://www.lemonde.fr/international/article/2019/10/17/un-ancien-gardien-de-camp-de-concentration-juge-en-allemande_6015889_3210.html)

## Un ancien gardien de camp de concentration jugé en Allemagne

*Bruno Dey, dont le procès s'ouvre ce jeudi, fait partie des vingt-neuf personnes encore visées, outre-Rhin, pour « complicité d'assassinat » en relation avec le IIIe Reich.*

Par [Thomas Wieder](#) Publié aujourd'hui à 13h42, mis à jour à 13h44



Bruno Dey, ex-gardien du camp de Stutthof (Pologne), dissimule son visage en arrivant au tribunal à Hambourg, le 17 octobre. MARKUS SCHOLZ / AFP

C'est peut-être la dernière fois que les crimes du nazisme font l'objet d'un procès en Allemagne. Un ancien gardien du camp de concentration de Stutthof (Pologne) comparaît, à partir de ce jeudi 17 octobre, devant la grande chambre pénale du tribunal de Hambourg. Agé de 93 ans, Bruno Dey doit répondre de « *complicité d'assassinat* » d'au moins 5 230 personnes, ce qui correspond au nombre de prisonniers dont il a été établi qu'ils sont morts pendant la période où l'accusé fut affecté au camp de Stutthof, du 9 août 1944 au 26 avril 1945.

La tenue de ce procès, soixante-quinze ans après les faits, est la conséquence de ce qu'on appelle la « jurisprudence Demjanjuk », du nom de John Demjanjuk, un ancien gardien du camp d'extermination de Sobibor (Pologne), condamné à cinq ans de prison pour complicité d'assassinat de 28 060 juifs, en 2011.

Cette affaire a marqué un tournant dans l'attitude de la justice allemande vis-à-vis des crimes du III<sup>e</sup> Reich. Il n'est désormais plus nécessaire, pour condamner d'anciens nazis, de prouver que ceux-ci ont participé activement à la mise à mort des déportés. A la suite du procès Demjanjuk, l'Office central pour l'élucidation des crimes du national-socialisme, créé en 1958 et basé à Ludwigsbourg (Bade-Wurtemberg), a lancé plusieurs dizaines d'enquêtes visant des individus ayant travaillé dans l'administration des camps ou ayant servi dans des unités impliquées dans certains massacres particulièrement abominables, comme celui de Babi Yar (Ukraine), en 1941, ou ceux d'Ascq et Oradour-sur-Glane (France), en 1944.

Moins d'une dizaine de ces enquêtes ont donné lieu à des condamnations, plusieurs procédures ayant été interrompues en raison de l'état de santé des accusés. Deux de ces affaires ont néanmoins débouché sur des procès dont le retentissement fut important : celui d'Oskar Gröning, ancien comptable à Auschwitz, condamné en 2015 à quatre ans de prison pour complicité d'assassinat de 300 000 personnes ; et celui de Reinhold Hanning, ancien gardien à Auschwitz, jugé coupable, en 2016, de complicité d'assassinat de 170 000 personnes. Les deux sont toutefois morts sans avoir commencé à purger leur peine, Hanning en mai 2017, à 95 ans ; Gröning en mars 2018, à 96 ans.

## « Un rouage de la machine de mort »

Bruno Dey, dont le procès s'est ouvert ce jeudi, intéresse la justice depuis 2016. Il fait partie des vingt-neuf personnes encore visées, en Allemagne, pour « *complicité d'assassinat* » en relation avec le III<sup>e</sup> Reich. Comme les autres, il appartient à cette dernière génération, née dans les années 1920, ayant servi sous l'uniforme nazi. Recruté en 1943, il aurait été jugé inapte au combat à cause de problèmes cardiaques, a-t-il déclaré aux enquêteurs, ce qui lui aurait valu d'être intégré à la 1<sup>re</sup> compagnie des SS-Totenkopf (« tête de mort »), ces unités SS chargées de la gestion des camps.

Situé à une trentaine de kilomètres à l'est de Gdansk, au bord de la mer Baltique, le camp de Stutthof fut ouvert par les Allemands en septembre 1939, au moment de l'invasion de la Pologne. Quelque 100 000 personnes y furent internées, principalement des opposants politiques mais aussi des juifs polonais originaires de Varsovie et de Bialystok. Environ 65 000 y ont trouvé la mort. A partir de fin 1943 ou début 1944, le camp fut équipé d'une chambre à gaz, où plusieurs milliers de détenus – le chiffre précis n'est pas connu – ont été exterminés au Zyklon B.

Au cours de l'instruction, Bruno Dey a reconnu avoir vu des centaines de cadavres à l'époque où il faisait partie de l'équipe des gardiens du camp. Il a également raconté avoir entendu des cris en provenance de la chambre à gaz. Il a assuré, en revanche, ne pas avoir participé lui-même à la mise à mort de prisonniers. Un point que le parquet ne conteste pas. Mais, selon ce dernier, le fait que l'accusé ait servi comme gardien en fait « *un rouage de la machine de mort* » nazie, et donc justifie son procès.

Prévu jusqu'à la mi-décembre, celui-ci ira-t-il à son terme ? C'est toute la question. En raison de son âge et de son état de santé, Bruno Dey ne serait que « *moyennement apte à comparaître* », selon son avocat, qui a réclamé que les audiences ne durent pas plus de quarante-cinq minutes d'affilée, et au maximum deux heures par jour.

<https://www.zeit.de/hamburg/2019-10/landgericht-hamburg-kz-wachmann-stutthof-prozess>

KZ-Wachmann:

## Die lange Suche nach Gerechtigkeit

Es ist einer der letzten NS-Prozesse: Mit 17 kam Bruno D. als Wachmann ins KZ Stutthof, heute steht der 93-Jährige in Hamburg vor Gericht. Schuldig fühlt er sich nicht.

Von **Hauke Friederichs**, Hamburg

17. Oktober 2019, 16:57 Uhr Aktualisiert am 17. Oktober 2019, 17:20 Uhr 1 Kommentar



Heute ist Bruno D. 93 Jahre alt und gesundheitlich angeschlagen – zur Tatzeit war der Angeklagte erst 17. Darum fand der Prozess vor einer Jugendstrafkammer statt. © Markus Scholz/dpa

### Die lange Suche nach Gerechtigkeit – Seite 1

Für die Gefangenen dürfte er meist nur ein schemenhafter Umriss hinter Glas gewesen sein. Bruno D. soll zwischen August 1944 und April 1945 die Häftlinge des Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig bewacht haben und dabei oft auf den 25 Wachtürmen gestanden haben, die das Lager umgaben. Von unten betrachtet, aus der Perspektive der Menschen, die er mit Karabiner oder Maschinengewehr bedrohte, war er ein junger Mann in der schwarzen Uniform der SS. Ein Mann, der sie einfach töten konnte – wenn es nur so aussah, als würden sie einen Fluchtversuch wagen.

Doch Wachmänner wie Bruno D. verhinderten nicht nur, dass Häftlinge entkamen. Sie sollten auch Revolten niederschlagen, die Befreiung der Gefangenen von außen verhindern und sie zur unmenschlich harten Zwangsarbeit eskortieren.

Mehr als 75 Jahre nach seinem Dienstantritt bei der Wachmannschaft in Stutthof wird Bruno D. nun, am ersten Prozesstag, im Rollstuhl in den Saal 300 des Strafjustizgebäudes am Sievekingplatz geschoben. Er hält sich eine rote Mappe vor das Gesicht und trägt einen großen schwarzen Hut, um sein Gesicht vor den Fotografen und Kameralenten zu verbergen. Bruno D. muss sich vor der Großen Strafkammer 17 verantworten, die als Jugendschwurgerichtskammer zusammentritt. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, durch seine Wachtätigkeit wissentlich die heimtückische und grausame Tötung von Häftlingen unterstützt zu haben und damit ein "Rädchen der Mordmaschinerie" gewesen zu sein.

Die Anklage muss keine einzelnen Taten von Bruno D. nachweisen. Aber sie muss aufzeigen, dass er von den Gesamtumständen in Stutthof wusste.

### Mit 93 Jahren vor dem Jugendgericht

Das öffentliche Interesse ist groß. Journalisten aus der ganzen Welt berichten an diesem Donnerstag über das Verfahren gegen den ehemaligen SS-Schützen der 1. Kompanie des Totenkopfsturmbanns in Stutthof. Vor allem in Israel, Polen und den Vereinigten Staaten herrscht großes Interesse, dort leben

noch Überlebende des Konzentrationslagers. Unzählige Polizisten und Justizbeamte sichern das Landgerichtsgebäude. "Keine Fotos machen!", ermahnt ein Beamter einen Prozessbeobachter.

Trotz des großen Interesses lässt die Kammer nur 50 Journalisten in den Saal. Bruno D. steht vor dem Jugendgericht. Zum Tatzeitpunkt war er 17 und 18 Jahre alt. Die Angeklagten vor der Jugendkammer genießen besonderen Schutz, eigentlich ist die Presse ausgeschlossen. Für das Verfahren gegen Bruno D. hat das Gericht aber 50 Berichterstatter zugelassen, die sich vorher akkreditiert haben. Dazu kommen Ärzte, Vertreter der Nebenkläger und mehrere Angehörige des Angeklagten. Im Saal 300 wird es eng.

"Ich habe Sie erst mal für die gesamte Länge der Hauptversammlung zugelassen", sagt die Richterin zu den Anwesenden. Sollte es dem Angeklagten aber zu viel werden, mit den vielen Menschen im Raum, könnte die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Zehn weitere Verhandlungstage sind angesetzt, bis zum 17. Dezember. Der Angeklagte ist gesundheitlich angeschlagen, die Kammer nimmt darauf Rücksicht: Sie verhandelt maximal zwei Stunden am Stück und dies nur zweimal in der Woche. Was den Prozess in die Länge zieht. "Es kann sein, dass der Angeklagte relativ schnell eine Pause braucht", sagt die Vorsitzende Richterin zu Beginn. Dann habe Bruno D. Vorrang – alle anderen müssten warten. Und sollte der Angeklagte kollabieren, dann müssten alle so schnell wie möglich herausgehen. Der ehemalige SS-Mann hört nicht mehr gut, für sein Alter von 93 Jahren geht es ihm aber relativ gut.

### **Die Verbrechen sind detailliert aufgelistet**

Zunächst verkündet die Vorsitzende einige Beschlüsse. Verliest die Namen der Anwesenden und erklärt, welche Aufnahmen im Gebäude gemacht werden dürfen: keine Bilder von Angehörigen des Angeklagten, keine privaten Tonaufzeichnungen im Saal. Dann ist die erste halbe Stunde bereits herum. Einfühlsam erkundigt die Juristin sich beim Angeklagten, ob er alles versteht. Die Atmosphäre in der Hauptversammlung ist an diesem ersten Verhandlungstag betont freundlich. Später werden Historiker dessen Verlauf besonders gut verfolgen können: Der Prozess wird auf Tonträger aufgezeichnet – wegen seiner historischen Bedeutung. Bruno D. sagt heute noch nichts zu seiner Person aus. Auf die Fragen der Richterin antwortet er kurz und klar. Einmal sagt er klar: "Jawohl!", ein anderes Mal: "Das ist richtig so."

### **"Er sorgte dafür, dass keiner aus der Hölle entkommen konnte"**

Ein Staatsanwalt verliest die Anklageschrift. Sie listet detailliert Verbrechen auf, die während der Dienstzeit von Bruno D. in Stutthof geschahen.

"A. Erschießung durch Genickschuss."

Dann: "B. Tötung durch das Giftgas Zyklon B." An keiner dieser Taten war Bruno D. unmittelbar beteiligt. Der Rentner, der heute in Hamburg lebt, kam 1944 von der Wehrmacht zur Wachmannschaft der SS.

"Anlagepunkt C: Aufrechterhaltung der schrecklichen Lebensbedingungen." Abertausende Häftlinge bekamen bewusst zu wenig Nahrung, wurden medizinisch kaum versorgt. Selbst dann, wenn Seuchen wie Fleckfieber ausbrachen. Und hier geht es dann auch um die mögliche individuelle Schuld von Bruno D.: "Der Angeklagte, zusammen mit anderen Wachmännern, sorgte dafür, dass keiner aus der Hölle entkommen konnte", heißt es in einer Stellungnahme einer Überlebenden, die als Nebenklägerin auftritt.

### **Wie viel Schuld trägt Bruno D.?**

Was hat Bruno D. im Konzentrationslager mitbekommen? Das ist eine der Fragen, die das Verfahren bestimmt. Die Schreie der Menschen in der Gaskammer waren weit zu hören, stellt die Anklage fest. Und die Erschießungen im KZ waren aufwendig vorbereitet – das schildert der Staatsanwalt eindringlich.

Der Anwalt von Bruno D. hält ein kurzes Statement. Er sagt, dass sein Mandant nicht freiwillig in die SS eingetreten, sondern von der Wehrmacht versetzt worden sei. Er verweist darauf, dass jahrzehntelang nicht Anklage gegen seinen Mandanten erhoben wurde, obwohl er 1975 und 1982 vernommen worden sei. Damals seien nur SS-Männer angeklagt worden, denen persönlich Taten nachgewiesen werden konnten. Bei Bruno D. ist das nicht der Fall. Erst seitdem die Rechtsprechung sich geändert habe, sei dies überhaupt möglich.

Seit gut zehn Jahren klagen Staatsanwälte in Deutschland ehemalige KZ-Wachen wegen Beihilfe zum Mord an. In München stand der frühere Wachmann John Demjanjuk vor Gericht, weil er im Vernichtungslager Sobibor Dienst für die SS tat. 2011 wurde er wegen Beihilfe zum Mord an mindestens 28.060 Menschen zu fünf Jahren Haft verurteilt. Seitdem gehen in ganz Deutschland Gerichte gegen SS-Männer vor. 23 Verfahren gegen KZ-Personal sind derzeit noch offen, zwei davon betreffen Stutthof. 2018 stand ein ehemaliger Kamerad von Bruno D. aus der Wachmannschaft jenes KZ ebenfalls wegen Beihilfe zum Mord vor Gericht. Das Verfahren wurde eingestellt – der 95-jährige Angeklagte galt als verhandlungsunfähig. Das könnte auch in dem Verfahren gegen Bruno D. geschehen. Ob er überhaupt verurteilt wird, ist eine der noch offenen Fragen.

An diesem Donnerstag endet der erste Verhandlungstag nach nur etwas mehr als einer Stunde. Während Bruno D. im Rollstuhl aus dem Saal geschoben wird, müssen alle Zuschauer und Prozessbeteiligten im Raum bleiben. Sie schauen Bruno D. hinterher, der erneut vor Blicken abgeschirmt wird.

PROZESS GEGEN KZ-WACHMANN:

## Schuldig fühlt er sich nicht

- VON MATTHIAS WYSSUWA AKTUALISIERT AM 17.10.2019-21:07



*In Hamburg hat der Prozess gegen einen früheren Wachmann im KZ Stutthof begonnen. Bruno D. ist heute 93 Jahre alt – und in mindestens 5230 Fällen wegen Beihilfe zum Mord angeklagt.*

Bevor es losgeht, steht Ben Cohen im Gerichtsgebäude und erzählt die Geschichte seiner Großmutter. Aus New York ist er gekommen, um bei dem Prozess in Hamburg dabei zu sein. Seine Großmutter Judy Meisel konnte nicht mehr anreisen, sie ist 90 Jahre alt. Sie ist eine Überlebende des Terrors der Nationalsozialisten. Als Kind war sie im Sommer 1944 in das deutsche Konzentrationslager Stutthof nahe Danzig verschleppt worden. Im November 1944 wurde ihre Mutter in der Gaskammer getötet. Auch Judy Meisel stand in der Schlange vor dem Gebäude, doch sie wurde wieder herausbeordert. In Hamburg steht seit Donnerstag ein damaliger Wachmann der SS in Stutthof vor Gericht, ein Rentner aus der Hansestadt. Die Anklage wirft Bruno D. vor, zwischen dem 9. August 1944 und dem 26. April 1945 „die heimtückische und grausame Tötung insbesondere jüdischer Häftlinge“ unterstützt zu haben. Es geht um Beihilfe zum Mord in mindestens 5230 Fällen. Er hoffe, sagt Ben Cohen am Donnerstag, dass man in diesem Prozess mehr darüber lerne, was die Wachmänner getan hätten, was ihre Rolle bei den Morden gewesen sei.

Bevor der Mann, der die Antworten darauf geben soll, in seinem Rollstuhl in den Gerichtssaal geschoben wird, gibt die Richterin ein paar organisatorische Hinweise. Für den Fall, dass er eine Pause brauche oder gar kollabiere. Bruno D. ist 93 Jahre alt, wurde als eingeschränkt verhandlungsfähig eingestuft. Seine Tochter schiebt ihn herein. Bruno D. hält sich einen roten Hefter vor das Gesicht, solange die Kameras im Gerichtssaal sind. Als er ihn senkt, kommt das zerfurchte Gesicht eines sehr alten Mannes zum Vorschein, die Haut fahl. Als Bruno D. noch ein sehr junger Mann war, im Sommer 1944 mit 17 Jahren, war er als Wachmann der SS in das Konzentrationslager in Stutthof gekommen. Unter anderem tat er in einem der Wachtürme Dienst, bewachte Arbeitskommandos, stets bewaffnet. Der Lagerkommandant hatte zu dieser Zeit den Befehl erhalten, die Juden im Lager zu töten. Stutthof



wurde zum Vernichtungslager, etwa 65.000 Menschen wurden dort ermordet. Weil Bruno D. damals so jung war, wird vor der Jugendgerichtskammer verhandelt.

Wie wurden die Menschen ermordet?

Der Staatsanwalt zählt zu Beginn drei Arten auf, wie die Menschen ermordet wurden, bei denen Bruno D. Beihilfe zum Mord vorgeworfen wird. 30 starben durch Genickschuss. Als sie glaubten, man würde ihre Größe mit einer Leiste an der Wand messen, erschoss sie ein SS-Mann, versteckt im Nebenraum, durch ein Loch in der Leiste. Etwa 200 Menschen starben durch Giftgas, erst in der Gaskammer und später in einem Zugwaggon, den sie in dem Glauben betraten, an einen anderen Ort transportiert zu werden. Die meisten Menschen aber wurden ermordet, sagt der Staatsanwalt, durch die Aufrechterhaltung lebensfeindlicher Bedingungen. Durch Nötigung zur Schwerstarbeit, die Verweigerung von Nahrung, Wasser und medizinischer Hilfe und durch katastrophale hygienische Umstände. Bruno D., sagt der Staatsanwalt, habe „teilweise bis ins Detail“ Kenntnis gehabt von den Vorgängen im Lager. Direkte Beteiligung an einem Mord wird ihm nicht vorgeworfen.

Der Prozess gegen ihn dürfte eines der letzten NS-Verfahren in Deutschland sein. Die mutmaßlichen Täter werden immer älter oder sind schon gestorben. Erst in den vergangenen Jahren war das Personal in Konzentrationslagern mehr in den Fokus der Justiz gerückt. Die Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen gibt an, dass noch 23 Verfahren zu Personal in Konzentrationslagern bei Staatsanwaltschaften offen seien. Der Anwalt von Bruno D. liest im Hamburger Gerichtssaal eine Erklärung vor. Sein Mandant stehe zu den Aussagen, die er bei den Ermittlungen gemacht habe, und werde im Verlauf des Prozesses Fragen beantworten. Vor dem Prozess hatte Bruno D. seine Tätigkeit als Wachmann bestätigt. Als schuldig sieht er sich aber offensichtlich nicht an. Weil er für den Einsatz an der Front nicht als verwendungsfähig eingestuft worden war, habe er den Marschbefehl nach Stutthof erhalten. „Er war zu dieser Zeit nicht freiwillig in die SS eingetreten, er hat sich den Dienst im Konzentrationslager nicht ausgesucht“, sagt sein Anwalt. Er fragt: „Wo ist die Grenze der Verantwortung?“

Was kann ein Siebzehnjähriger tun?

Nach dem ersten Verhandlungstag sagt Cornelius Nestler, es sei schon mal wichtig, dass der Angeklagte vernehmungsfähig sei, reagiere und zuhöre. Nestler vertritt die Überlebende Judy Meisel als Nebenklägerin in dem Verfahren. Er sagt, Bruno D. habe gewusst, wofür seine Wachdienste gebraucht worden seien. Solche Lager hätte es ohne Wachmänner nicht gegeben. Nun geht es auch um die Frage, was ein Siebzehnjähriger hätte tun können in so einer Situation. Und dann spricht Nestler noch kurz mit Meisels Enkel Ben Cohen. Der hatte angekündigt, dass er gleich seine Großmutter anrufen wolle, um ihr von dem ersten Verhandlungstag zu erzählen.

# Grüne sacken im Deutschlandtrend ab, SPD gleichauf mit AfD

Stand: 07:25 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Im ARD-Deutschlandtrend liegt die Union an erster Stelle, die Grünen bleiben klar zweitstärkste Kraft – müssen jedoch Verluste hinnehmen. Eine Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass sich der Antisemitismus in Deutschland ausbreitet.

Die Grünen sind im Deutschlandtrend etwas abgesackt. Sie verloren der am Donnerstagabend veröffentlichten bundesweiten Umfrage des Instituts Infratest Dimap für das ARD-„Morgenmagazin“ zufolge zwei Prozentpunkte auf nun 22 Prozent, bleiben damit aber klar zweitstärkste Kraft. An erster Stelle liegt weiterhin die CDU/CSU mit unverändert 28 Prozent.

Die SPD gewinnt einen Punkt auf nun 14 Prozent. Sie liegt damit gleichauf mit der AfD, die bei 14 Prozent bleibt. Die Linkspartei kommt auf acht Prozent, die FDP auf sieben Prozent (beide unverändert). **Rechnerisch möglich wäre damit als einziges Zweierbündnis eine schwarz-grüne Koalition.**

Infratest Dimap befragte für das ARD-„Morgenmagazin“ von Montag bis Mittwoch 1062 Wahlberechtigte. Die Fehlertoleranz wurde je nach Stimmenanteil mit 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten angegeben. (...)

# Sollen greise KZ-Wächter vor Gericht gestellt werden?

*In Hamburg hat der Prozess gegen Bruno D. begonnen. Gegen Dutzende über 90-Jährige wird wegen Mord oder Beihilfe zum Mord an KZ-Insassen ermittelt, mit Oskar Gröning wurde bisher einer rechtskräftig verurteilt. Diese Verfahren sind umstritten.*

Stand: 07:38 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Sven Felix Kellerhoff** Leitender Redakteur Geschichte

Vor dem Landgericht Hamburg hat der Prozess gegen den 93-jährigen Bruno D. begonnen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, im KZ Stutthof bei Danzig 1944/45 Beihilfe zum Mord an 5230 Menschen geleistet zu haben. D. hat bereits im Ermittlungsverfahren eingeräumt, als Wachmann eingesetzt gewesen zu sein. Zur Tatzeit war er 17 bis 18 Jahre alt, weshalb das Verfahren vor einer Jugendstrafkammer stattfindet.

Aktuell sind in Deutschland noch 23 Ermittlungsverfahren wegen Mord oder Beihilfe zum Mord an KZ-Insassen oder deportierten Juden im Zweiten Weltkrieg anhängig. Die Beschuldigten stehen allesamt, 74 Jahre nach Kriegsende, in ihrem zehnten Lebensjahrzehnt. Angesichts dessen wird oft infrage gestellt, ob solche Verfahren noch zulässig und sinnvoll seien.

## Verjährung?

Müssen Straftaten, die fast ein Dreivierteljahrhundert zurückliegen oder sogar noch länger, auch im 21. Jahrhundert verfolgt werden? Das kommt auf die Straftat an. Von der grundsätzlich im Strafrecht vorgesehenen Verjährung sind im Rechtsstaat Deutschland seit 1979 Mord und Völkermord ausgeschlossen sowie die Beihilfe dazu.

Dagegen wird eingewandt, es handele sich bei der Aufhebung der Verjährung (die bis 1965 für Mord genau 20 Jahre betrug) um eine nachträgliche Strafverschärfung, also einen Verstoß gegen den rechtsstaatlichen Grundsatz „nulla poena sine lege“ (keine Strafe ohne Strafbarkeit zum Zeitpunkt der Begehung). Das ist in Artikel 103 des Grundgesetzes festgelegt: „Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.“

Diesen Einwand hat das Bundesverfassungsgericht erwogen – und verworfen. Denn einerseits war unzweifelhaft Mord schon während des Dritten Reiches strafbar; genau genommen schon immer, seit es Rechtsordnungen gibt.

Andererseits betonten die Karlsruher Richter im Februar 1969, der Artikel 103 des Grundgesetzes besage „nichts über die Dauer des Zeitraums, während dessen eine in verfassungsmäßiger Weise für strafbar erklärte Tat verfolgt und durch Verhängung der angedrohten Strafe geahndet werden darf. Er verhält sich nur über das ‚von wann an‘, nicht über das ‚wie lange‘ der Strafverfolgung“.

Grundsätzlich werden Staatsanwaltschaften auf Strafanzeigen hin tätig. Das heißt, ein Geschädigter oder jemand anders zeigt eine mutmaßliche Straftat an. Eine solche Anzeige kann sich gegen eine konkrete Person richten oder „gegen unbekannt“ erfolgen.

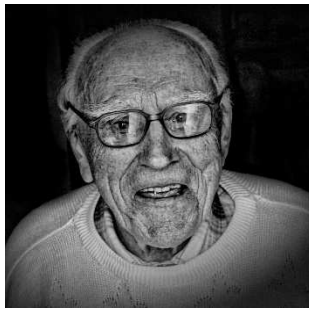
Jedoch sind Straftaten, für die das Strafgesetzbuch mindestens ein Jahr Freiheitsstrafe androht, sogenannte Offizialdelikte. Das heißt, die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, gegen bekannt gewordene dringend Tatverdächtige zu ermitteln und festzustellen, ob hinreichend Verdachtsmomente für eine Anklage vorliegen. Täte eine Staatsanwaltschaft das nicht, machte sie sich der Strafvereitelung im Amt schuldig.

Allerdings müssen Strafverfolgungsbehörden immer auch entlastende Tatsachen ermitteln. Die Entscheidung, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird, obliegt immer dem zuständigen Gericht. Rechtsstaatlich ist gegen die Ermittlungen daher nichts einzuwenden.

## **Alter als Ausschlussgrund?**

Die Justiz arbeitet grundsätzlich ohne Ansehen der Person – deshalb trägt Justitia, die Göttin des Rechts, in den meisten Darstellungen eine Augenbinde. Zunächst einmal darf deshalb das Alter eines Beschuldigten keine Rolle bei der Frage spielen, ob ermittelt wird.

Andererseits folgt aus dem Grundsatz der Menschenwürde (Artikel 1 GG), dass gegen Angeklagte nur dann verhandelt werden darf, wenn sie in der Lage sind, dem Verfahren gegen sich zu folgen und sich angemessen zu verteidigen. Das bedeutet zum Beispiel, dass Prozesse gegen an Demenz erkrankte mutmaßliche Straftäter entweder gar nicht mehr eröffnet oder aber nach der gutachterlich festgestellten Diagnose eingestellt werden.



Der "Koch von Auschwitz" Hans Lipschis, aufgenommen 2013 kurz vor seiner Festnahme Quelle: Martin U. K. Lengemann

Genau das ist zum Beispiel im Fall von Hans Lipschis geschehen, dem „Koch von Auschwitz“: Er wurde im Mai 2013 in Untersuchungshaft genommen und der Beihilfe zum Mord in mindestens 9000 Fällen beschuldigt. Im folgenden Dezember wurde das Verfahren jedoch eingestellt, weil eine dauernde Verhandlungsunfähigkeit des Beschuldigten festgestellt wurde. Lipschis wurde entlassen und starb zwei Jahre später im Alter von fast 97 Jahren. Für die siebenmonatige Untersuchungshaft erhielt er eine Entschädigung.

## **Warum jetzt?**

Seit 1945 haben rechtsstaatliche Justizbehörden in knapp 37.000 Verfahren gegen etwa 172.000 mutmaßliche Täter wegen NS-Verbrechen ermittelt. Gegen etwa 16.800 von ihnen wurde Anklage erhoben. Jedoch führten von diesen Prozessen nur knapp 7000 zu rechtskräftigen Schuldsprüchen, darunter nur etwa tausend wegen Mord und Totschlag sowie Beihilfe. Lediglich etwa 270 Angeklagte wurden zu hohen Strafen zwischen zehn Jahren und lebenslänglich verurteilt.

Jahrzehntelang kamen Wachleute der KZs, denen nicht konkret eigenhändig verübte Morde nachgewiesen werden konnten, ohne Strafe davon. Ihre Taten wurden höchstens als Totschlag bewertet – und Totschlag oder die Beihilfe dazu waren rechtskräftig schon seit 1960 verjährt.

Schon 1966 hatte jedoch das Landgericht Hagen rechtskräftig geurteilt, dass auch „kleine Täter“ der Vernichtungslager ohne konkrete Nachweise für eigenhändige grausame Handlungen verurteilt werden konnten – wegen funktioneller Beihilfe zum Mord. Diese juristische Vorlage wurde jedoch von anderen bundesdeutschen Gerichten nicht aufgegriffen.

Erst im Demjanjuk-Prozess 2009 bis 2011 änderte das Landgericht München das. Demjanjuk wurde wegen Beihilfe zum Mord an mehr als 28.000 Menschen im Vernichtungslager Sobibor verurteilt, starb jedoch, bevor der Bundesgerichtshof über seinen Antrag auf Revision entscheiden konnte.

Die Folge war, dass fortan gegen Dutzende Greise, die zum KZ-Personal gehört hatten, Verfahren eröffnet werden konnten. Der bekannteste dieser Prozesse, der auch zu einem rechtskräftigen Schuldspruch führte, wurde gegen Oskar Gröning geführt. Er war 1942 bis 1944 in Auschwitz-Birkenau als Kassenwart für das geraubte Eigentum von KZ-Häftlingen und Holocaust-Opfern tätig gewesen.

Der Bundesgerichtshof bestätigte das Urteil gegen Gröning, denn „Beihilfe kann schon im Vorbereitungsstadium der Tat geleistet werden“. Allerdings musste Gröning trotz attestierter Haftfähigkeit nicht mehr hinter Gitter, denn seine Anwälte verzögerten den Haftantritt bis zu seinem Tod im Alter von fast 97 Jahren im März 2018.

## **Wie weiter?**

Aktuell gibt es noch 23 laufende Ermittlungsverfahren. Ob es gegen sie noch Hauptverhandlungen geben wird, hängt in erster Linie vom Gesundheitszustand der Beschuldigten ab. Hier haben die meisten betroffenen Gerichte in den vergangenen zehn Jahren die widerstreitenden Interessen der Strafverfolgung und der Angeklagten ausgewogen berücksichtigt, indem nur zeitlich begrenzt verhandelt wurde.

Zwar machen die jetzt laufenden und tatsächlich letzten Verfahren (ohne potenziell Angeklagten gibt es keine Strafverfolgung) nicht die Fehler wett, die jahrzehntelang von der rechtsstaatlichen Justiz in der Bundesrepublik gemacht wurden und die zu viel zu mildem Vorgehen gegen Massenmörder führten. Aber zumindest werden diese Fehler nicht fortgeschrieben. Das ist es wert.

## Handke, das Monster

Stand: 17.10.2019 | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Andreas Rosenfelder** Ressortleiter Feuilleton

Nachdem der Literaturnobelpreis im letzten Jahr wegen eines Skandals ausfiel, wurden in diesem Jahr gleich zwei Preisträger ausgezeichnet. Neben dem Österreicher Peter Handke wurde die polnische Autorin Olga Tokarczuk gekürt.

Quelle: WELT  
AUTOPLAY

*Hate Speech für Fortgeschrittene: Die Millennials sind schockiert über den neuen Literaturnobelpreisträger. Dabei kennen sie noch gar nicht alle seine Ausfälle. Eine kleine Nachhilfe.*

Ist Peter Handke ein „Frauenschläger“, ein „Völkermordverherrlicher“, ein „Diskursverweigerer“, ein „Verbrecher“? Eine Woche nach der Verleihung des Literaturnobelpreises muss man diese Fragen bejahen, zumindest wenn man das Nonstop-Literatursymposium auf Twitter verfolgt.

Dort kann man beobachten, wie sich die Millennials plötzlich für Hermeneutik begeistern – und das, obwohl man dieser Generation lange unterstellt hat, der einzige Text, den sie je gelesen hätte, sei die eigene Timeline.

Nun sind auch Timelines, in denen sonst nur Mario Barth und Margarete Stokowski auftauchen, plötzlich voll mit Handke, und in den Kommentaren wird diskutiert wie einst bei der Gruppe 47.

Eine besonders häufige Referenz ist ein Fernsehinterview, das Handke am 15. Oktober in seiner Heimatstadt Griffen abbrach, nachdem ihn die Interviewerin auf die Kritik des Schriftstellers Saša Stanišić angesprochen hatte – der hatte die Dankesrede zur Verleihung des Deutschen Buchpreises genutzt, um Handke wegen seiner Bücher über die Balkankriege anzugreifen. „Ich bin nicht hier für diesen Scheißdreck, um auf diesen Scheißdreck zu antworten“, fuhr Handke, der in seinem Leben schon das eine oder andere Mal zum Jugoslawienkomplex befragt wurde, die Interviewerin an, „und jetzt verschwinden Sie sofort, bitte!“.

Der Ausfall, so stand es in einem Generation-Z-Fachblatt, sei die „schlimmstmögliche Weise“, auf die Kritik zu reagieren. Das spricht für hohe Sensibilität, stimmt aber nicht:

Handke hätte auch ganz anders reagieren können. Er beherrscht die aggressive Kommunikation, über die man in der Gelehrtenrepublik Twitter gerade schockiert ist, seit einem halben Jahrhundert. Ein Schnellkurs für Nachwuchs-Handkeaner.

## **1. „Publikumsbeschimpfung“, 1966**

Das erste Theaterstück von Handke, uraufgeführt 1966 unter Claus Peymann in Frankfurt, ist eine einzige Ballung von Hate-Speech. Es ist traumatisierend und beleidigt Minderheiten. Beispiel zum Abschreiben, aber mit Trigger-Warnung: „Ihr Claqueure, ihr Cliquenbildner, ihr Pöbel, ihr Schweinefraß, ihr Knicker, ihr Hungerleider, ihr Griesgrame, ihr Schleimscheißer, ihr geistiges Proletariat, ihr Protze, ihr Niemande, ihr Dingsda.“

### **HANDKES "PUBLIKUMSBESCHIMPFUNG"**

## **2. „Beschreibungsimpotenz“, 1966**

Handkes Auftritt bei einer Tagung der Gruppe 47 in Princeton verschaffte dem jungen Autor Ruhm, allerdings durch ein Exempel verbaler Rape-Culture. „Ich bemerke, dass in der gegenwärtigen deutschen Prosa eine Art Beschreibungsimpotenz vorherrscht“, so Handke, der damit zugleich einen Safe-Space verletzte, denn nach den Regeln der Gruppe 47 hätte sich sein Beitrag nur auf die Lesung des Vorredners beziehen dürfen.

### **HANDKE IN PRINCETON 1966**

## **3. „Gehen Sie nach Hause mit ihrer Betroffenheit, stecken Sie sich die in den Arsch!“, 1996**

Im Wiener Burgtheater wurde Peter Handke 1996 zu seiner „Winterlichen Reise“ nach Serbien befragt: „Die grundlegende Frage ist für mich die, warum sind Sie eigentlich nie nach Bosnien gefahren?“ Handke tigte in seiner viel zu weiten Strickjacke über die Bühne: „Ich fuhr nicht nach Bosnien, das war meine Idee, ich wollte auf die falsche Seite. Akzeptieren Sie das!“ Auf die Gegenfrage, ob die in Sarajevo stationierten Journalisten nicht „etwas betroffener“ seien als er, rastete der Schriftsteller aus: „Gehen Sie nach Hause mit ihrer Betroffenheit, stecken Sie sich die in den Arsch!“ Wer diese Antwort auch nur ein ganz klein bisschen lustig findet, dem kann man nur die Lektüre von Carolin Emckes Buch „Über den Hass“ empfehlen.

### **HANDKE: "STECKEN SIE SICH IHRE BETROFFENHEIT IN DEN ARSCH"**



#### **4. „Europäische Werte? Arschlöcher!“, 2016**

Bei einem Gespräch in Paris im März 2016 fragte die Journalistin Katja Gasser, ob Handke der Debatte um die „europäischen Werte“ etwas abgewinnen könne. Handke ignorierte zunächst die Frage und setzte zu einer versponnenen Form des Mansplainings an: „Ich bin nicht auf dem Laufenden. Ich bin mehr auf dem Gehenden statt auf dem Laufenden.“ Dann sprach er vom „Schluchzen eines Kindes“, das sei für ihn ein Wert. Es folgt ein kolonialistischer Ausfall, der durch die Entschuldigung nur deutlicher wird: „Ich glaube, auch bei den Zulu-Kaffern, entschuldigen Sie das Wort, da machen die Kinder ein herrliches Geräusch, wenn sie Hüpfschritte machen, sogar auf dem Asphalt, vielleicht sogar besser auf Asphalt. Oder was auch immer.“ Düsteres Schweigen. „Die Augen der Menschen sind ein Wert, die Blicke, die Augen. Und nicht die europäischen Werte.“ Pause. „Arschlöcher.“

#### **HANDKE ÜBER EUROPÄISCHE WERTE**

Das letzte Wort sollten sich alle, die gerade noch mehr Belege dafür suchen, was für ein unmöglicher Typ da den Literaturnobelpreis bekommt, am besten gleich doppelt unterstreichen.

[https://www.lemonde.fr/economie/article/2019/10/17/il-est-clair-que-la-france-se-prepare-a-construire-de-nouvelles-centrales-nucleaires\\_6015922\\_3234.html](https://www.lemonde.fr/economie/article/2019/10/17/il-est-clair-que-la-france-se-prepare-a-construire-de-nouvelles-centrales-nucleaires_6015922_3234.html)

## « Il est clair que la France se prépare à construire de nouvelles centrales nucléaires »

Jean-Bernard Lévy, PDG d'EDF, revient sur le fiasco du chantier de Flamanville et sur les enjeux de la réorganisation du groupe.

Propos recueillis par [Philippe Escande](#) et [Nabil Wakim](#) Publié hier à 18h30, mis à jour à 09h35

Le patron de l'énergéticien public explique la feuille de route que lui a adressée le gouvernement sur la possible construction de six nouveaux EPR en France.

### **Par lettre officielle, le gouvernement vous demande d'étudier la faisabilité de construire six réacteurs nucléaires. S'agit-il d'une bonne nouvelle pour EDF ?**

Elle s'inscrit dans une continuité, qui remonte au gouvernement précédent, qui a été reprise dans les grandes orientations de politique énergétique du président de la République, dans son discours de novembre. Il est clair que la France se prépare à construire de nouvelles centrales nucléaires. C'est dans la mission que j'ai reçue lorsque j'ai été nommé, il y a cinq ans.

Pour faire baisser les coûts, il ne faut pas simplement faire des têtes de série les unes après les autres, mais un ensemble de réacteurs. Nous avons aujourd'hui 63 gigawatts de capacité nucléaire. La nature de la stratégie française en matière de bas carbone, c'est de dire « neutralité carbone en 2050 ». Personne ne pense qu'on puisse l'assurer sur le plan du système énergétique uniquement avec des renouvelables et du stockage. Donc il faudra de nouvelles centrales nucléaires. Nous nous y préparons. Pour être efficace, il faut construire les centrales nucléaires plutôt par tranche de deux sur chaque site et sur trois sites consécutifs, de façon à faire baisser les coûts. C'est simplement la réalité industrielle.

### **Mais le gouvernement souhaite également attendre la mise en service du réacteur de Flamanville pour se décider, or il ne sera pas effectif avant 2023...**

La décision de construire de nouvelles centrales nucléaires sera prise lorsque le pouvoir politique en décidera. Il a été décidé, déjà du temps du gouvernement précédent, et rappelé par Emmanuel Macron, que nous aurons besoin du nucléaire à terme. On m'a demandé de préparer une décision pour mi-2021.

Le réacteur de Flamanville ne sera pas mis en service à cette date mais, dans le même temps, on peut souligner que les deux réacteurs de Taishan, en Chine, utilisent la même technologie et fonctionnent très bien. Il n'y a donc pas de problème sur l'EPR en soi.

### **Le coût du chantier de Flamanville a été revu à la hausse, et dépasse désormais 12 milliards d'euros. Combien coûterait un nouvel EPR ?**

Notre objectif, c'est de faire en sorte que le nouveau nucléaire permette de justifier qu'on construise de nouvelles centrales nucléaires plutôt que des centrales qui importeront du gaz.

Nous pouvons démontrer qu'avec certaines hypothèses de taxe carbone il vaut mieux construire un réacteur nucléaire, dans la catégorie des 65 à 70 euros du mégawattheure, plutôt qu'une centrale au gaz. Un choix qui n'aurait donc pas d'effets économiques négatifs.

### **Quelle est la raison de fond du fiasco du chantier de Flamanville ?**

C'est la convergence de plusieurs faits s'inscrivant dans la durée. En matière de sûreté nucléaire, il y a indiscutablement des exigences qui se sont tendues et qui sont évolutives. Ensuite, il y a des problèmes d'exécution de chantier et de découverte tardive de sujets qui auraient dû être découverts plus tôt. C'est à l'occasion d'un contrôle qu'EDF a fait, avant de lancer des essais finaux, qu'on s'est aperçu que des soudures qui avaient été considérées comme bonnes lorsqu'elles étaient testées aux rayons X pouvaient être considérées comme fragiles lorsqu'elles étaient testées à l'échographie.

### **Il n'y a pas qu'à Flamanville qu'il y a des problèmes. Il y en a aussi à Hinkley Point, au Royaume-Uni...**

Ce chantier est aujourd'hui dans les délais, par contre il va coûter un petit peu plus que prévu. Mais, pour l'instant, nous tenons les délais, même si, en toute transparence, nous avons dit qu'il y aurait peut-être un décalage de douze à quinze mois. L'avenir le dira.

### **Un autre chantier d'ampleur attend EDF : la réforme du mécanisme de l'Arenh, qui oblige EDF à vendre un quart de sa production nucléaire à ses concurrents à un tarif fixe. Pourquoi ce sujet vous semble-t-il central ?**

Ce système, qui a été mis en place il y a dix ans pour faire émerger des concurrents et pénaliser EDF, a atteint un niveau de pénalisation qui se retourne contre le contribuable, contraint de renflouer EDF. Cette méthode a abouti à un transfert de rente vers les concurrents d'EDF. D'ailleurs, on a vu la manière dont cette rente a été exprimée à travers une très grande transaction que des personnes privées ont réussi à faire en vendant à un grand groupe pétrolier [*rachat du groupe Direct Energie par Total*], que tout le monde connaît. Il faut y mettre fin.

### **Vous travaillez au projet Hercule de réorganisation d'EDF, qui consiste à créer d'un côté un EDF bleu, nationalisé, regroupant les activités nucléaires et hydrauliques, et de l'autre un EDF vert, avec les énergies renouvelables, le réseau de distribution et la vente aux consommateurs, dont le capital serait ouvert au privé. Pourquoi ce chantier ?**

Je réponds à une demande de l'Etat. Nous préparons, de façon très coopérative, avec les pouvoirs publics, un projet qui permettra de répondre à cette demande. Nous avons donc imaginé, en étroite coopération avec eux, le projet Hercule, dans lequel nous ne démantelons rien du tout. Nous gardons un groupe intégré, mais nous séparons les activités de production centralisée des activités de transition énergétique.

Ce deuxième ensemble a vocation à aller en Bourse pour se développer, la construction de nouvelles centrales nucléaires étant gérée par la société mère. C'est la bonne réponse pour créer l'EDF qui va assurer la transition énergétique et être le principal acteur français de la stratégie bas carbone.

### **Vous avez récemment annoncé qu'en raison du manque d'avancées sur la question de l'Arenh vous repoussiez le plan Hercule à plus tard. Si la réforme de la régulation du nucléaire ne se fait pas, la réorganisation risque d'être difficile...**

Non, elle ne se fera pas. L'Etat et EDF sont totalement alignés là-dessus : pas de réforme de l'organisation d'EDF si ça ne s'accompagne pas d'une remise à niveau de la manière dont nous pouvons financer l'évolution de notre production centralisée et la capacité d'EDF à être le grand acteur de la transition énergétique.

A Bruxelles, les négociations ont été à peine engagées. C'est une évidence que nous décalerons le plan. Quand le gouvernement français estimera avoir terminé les discussions qui sont engagées avec la Commission de Bruxelles sur une nouvelle régulation de la production nucléaire, quelques semaines plus tard, nous serons en mesure de traduire cela dans le projet Hercule.

## Explosive

### A Nobel prize for a writer some call an apologist for genocide

Peter Handke, the 2019 literature laureate, spoke at a warlord's funeral

[Europe Oct 17th 2019 edition](#)

---

Oct 17th 2019



It seems hard to believe that the Swedish Academy, which awards the Nobel prize in literature, did not know that it would be fanning the flames of Europe's culture wars. On October 10th Olga Tokarczuk, a dreadlocked vegetarian feminist, won the prize for 2018. At the same time the 2019 award was given to Peter Handke (pictured), an Austrian whom many see as an apologist for genocide.

Last year the academy failed to award its prize because it was engulfed in a sex scandal. This year the two awards caused controversy which had nothing to do with the literary merits of either. One of Mr Handke's most notorious books is his 1996 "Journey to the Rivers: Justice for Serbia", which he published as part of his defence of Slobodan Milosevic and the wartime leaders of the Serbs. The award has sent shock waves through the former Yugoslavia and beyond.

Mr Handke has been a prolific and experimental writer since the 1960s. The Swedish Academy hailed him as "one of the most influential writers in Europe after the second world war". But few wanted to discuss his literary merits in the wake of the award. Edi Rama, the prime minister of Albania, tweeted a vomit emoji before penning a full-scale denunciation of a man he said provided "an implicit amnesty and apology" for Milosevic's "genocidal endeavour".

In 2006 Mr Handke gave an oration at Milosevic's funeral. During the wars he had repeated a Serbian propaganda line that Bosnian Muslims had killed their own people to elicit Western support. He also minimised what two international tribunals found to be genocide: the 1995 murder by Bosnian Serbs of some 8,000 Muslim men and boys at Srebrenica. Aleksandar Hemon, a Bosnian-American writer, called him "the Bob Dylan of genocide apologists".

The other laureate, Ms Tokarczuk, upsets a different group of people. A staunch opponent of Poland's nationalist ruling Law and Justice (pis) party, she has been denounced as a traitor for supporting gay rights and suggesting that Poles should face up to unpleasant parts of their history, including the suppression of minorities and murder of Jews. Still, pis ministers mostly managed to swallow their distaste. The minister of finance even said he was willing to waive the income tax due on her prize. ■

# France's Far Right Wants to Be an Environmental Party, Too



**By Norimitsu Onishi**

• Oct. 17, 2019

HÉNIN-BEAUMONT, France — All of the lighting in the city's streets and buildings is being changed to environmentally friendly LED bulbs. City workers will come to your house to plant trees — for free — as a natural way to keep cool against the kind of [heat waves](#) that swept across Europe over the summer.

Sheep also tend to the grass in one large, city-owned field as an experiment in “eco-grazing.” “Less pollution, less noise, fewer chemicals,” a city sign explained. “One more step forward in protecting our biodiversity.”

No, the policies are not the work of a tree-hugging City Council dominated by the Greens. They are of France's far-right National Rally, the party whose longstanding, fierce dedication to a single issue — curbing immigration — helped it become France's main opposition.

Only a few years ago, the party showed little interest in the environment. Its founder, Jean-Marie Le Pen, denied human-driven climate change and dismissed ecology as the “new religion of the bobo,” or bohemian bourgeois.

But as the issue has risen to the top of voters' concerns across Europe, the National Rally has taken note, along with other nationalist, populist far-right groups elsewhere on the Continent.

In recent months, the National Rally's leader, Marine Le Pen, has given two major speeches that proposed making Europe the “world's leading ecological civilization” and embraced ideas like consuming locally grown products.

Ahead of next year's municipal elections, the party is promoting cities like Hénin-Beaumont, where it has been in power since 2014, as settings for its own brand of down-to-earth environmentalism.

“For a long time, political parties took ahold of ecology and aimed it only at the bourgeois and well-off,” said [Christopher Szczurek](#), a deputy mayor of Hénin-Beaumont and a member of the party's national board. “And now we see that the working class can also find something of real interest in it.”

ADVERTISEMENT

France's president, Emmanuel Macron, long [criticized](#) by environmental groups for doing too little on climate, has also been trying to refashion himself as a leader on the issue through dramatic gestures, including confronting Brazil's president, Jair Bolsonaro, on his handling of the [fires in the Amazon](#).

To both Mr. Macron and Ms. Le Pen, who are likely to face off again in the next presidential election, in 2022, the environment offers the potential to broaden their support.

Support for the leftist Green Party surged across the Continent, including in France and Germany, in European elections in May, as well as in last month's vote in Austria.

Among far-right populist parties in Europe, views toward climate change range from denial to an acknowledgment of its global nature and an endorsement of a multinational approach to fight it, according to a recent [study by Adelphi](#), a climate research group based in Berlin.

In between are parties, including the National Rally, that promote a nationalist, identity-based vision of environmentalism, while rejecting working with other nations.

Rooted in the right's traditional idealization of the land and French national identity, the National Rally's environmentalism focuses on the local — people living and working as much as possible in their own local communities. It encourages reining in everything from material consumption and population growth as a way to conserve limited resources.

ADVERTISEMENT

Protecting the environment dovetails with the National Rally's other goals: strengthening borders and restricting immigration; limiting trade agreements and supporting local industries; and promoting a strong French identity against the globalized "man from nowhere."

"Fundamentally, ecology is about people living on a territory, who are attached to it and who make plans for the long term," said [Hervé Juvin](#), an essayist who has written frequently on the environment and was elected as a European Parliament member for the National Rally in May.

Ecologists on the left and right may agree on certain points. But the unbridgeable difference is that the National Rally, like other groups on the far right, emphatically opposes any multinational agreements to combat climate change.

Mr. Juvin dismisses them as a concession of sovereignty and as simply ineffective.

The National Rally's critics say that the party is not serious about tackling climate change if it rejects outright the idea of cooperating with other nations. Only painstaking diplomacy and negotiations can hope to mitigate what is a global problem, they say.

In this area of France, air quality can only be addressed with neighboring Germany, said [Marine Tondelier](#), the single Green Party member on Hénin-Beaumont's City Council.

"We can't resolve that without Europe," Ms. Tondelier said. "And so I told them it's absurd to claim that you're ecologists. It was like the Maginot Line during the war — when we were behind the border and we tried to protect ourselves. It doesn't work."

ADVERTISEMENT

Yet people on the right point out that it was their side that used to have a grip on the issue of the environment. It was under the conservative President Georges Pompidou that the environment ministry was established in the early 1970s.

But in the early 1990s, the Greens allied themselves with the left, which has had the upper hand on environmental issues ever since.

"There was a holdup by the left," Mr. Juvin said.

A close ally of Ms. Le Pen, Mr. Juvin is trying to take back the environment for the right, or at least for the National Rally; he is its leading voice on climate. His efforts begin inside the party itself, where many remain skeptical of climate change, he said.

“I’m trying to fight against that,” Mr. Juvin said. “It’s changed a little. I hope to have contributed to that change. But I think there’s a feeling that we’re being bothered by problems that aren’t real.”

His is not the only far-right party that has struggled to own the issue.

In the run-up to the European elections, Germany’s far-right Alternative for Germany, or [AfD](#), denied human-driven climate change and dismissed environmental worries as elitist. That caused a backlash from its youth wing in Berlin.

[Vadim Derksen](#), the head of the wing’s Berlin chapter, said there were “tough discussions on how we should position ourselves” on climate change.

“We acknowledge there is climate change,” Mr. Derksen said in a recent interview, “and we would rather like to focus on how to adapt to this climate change.”

Hénin-Beaumont is in a part of northern France that has been crippled by the closing of mines and factories in recent decades — factors that, along with the presence of migrants who try to cross illegally into Britain, have fueled the rise of the National Rally.

Socialists long controlled Hénin-Beaumont and other municipalities in the region. But corruption involving a Socialist mayor eventually led to victory for the National Rally in Hénin-Beaumont, a city of 27,000 people.

Like elsewhere, the city’s town center is dominated by a stately church and an imposing city hall, along with a bakery, brasserie and kebab restaurants, where some of the city’s tiny population of nonwhites could be found.

As the region groped for a future beyond factories and coal, the Greens won widespread credit for transforming two cities, Loos-en-Gohelle and [Grande-Synthe](#), into models of environmentally friendly, sustainable cities.

Now the National Rally is directly challenging the Greens on an issue that they had long dominated.

In Hénin-Beaumont, the National Rally is putting in place many of the same projects — a fact that has irritated some Green members.

“Electorally, it now has potential,” Ms. Tondelier, the Greens council member, said of the focus on the environment. “I remember people who did it when there wasn’t and who carried out experiments that are now being used by those who want to compete politically.”

Mr. Juvin, the leader on climate in the National Rally, did not deny that there were political considerations. A fresh focus on the environment could widen the appeal of the party beyond its stance on immigration.

“People feel that we have to get out of the fact that there’s only the issue of immigration,” he said.

LITERATUR UND POLITIK:

# Die Kritik am Nobelpreis für Peter Handke geht fehl

- VON JÜRGEN KAUBE
- -AKTUALISIERT AM 18.10.2019-21:09

*Der Literaturnobelpreis dient nicht dazu, über das Verhältnis von Literatur und Moral zu diskutieren. Wie kommt man auf die Idee, Schriftsteller hätten angenehme Menschen mit durchgängig einwandfreien Ansichten zu sein?*

Nein, der Nobelpreis für Literatur beruht nicht auf der Fiktion, dass zehn Schweden alle Schriftsteller des Universums kennen und jährlich die besten herausfinden. Was sollte das auch heißen: die beste Erzählerin, der beste Dramatiker? Literatur ist nicht Sport, die Träger des Nobelpreises sind keine Weltmeister.

Ebenso dient der Literaturnobelpreis nicht dazu, alljährlich über das Verhältnis von Literatur und Moral oder Politik zu diskutieren. Man kann das natürlich tun und dabei Weisheiten zum Besten geben wie die, alles sei politisch, in der Literatur gehe es um Gerechtigkeit, und man müsse moralische Ansprüche an Künstler stellen.

Anhand des einzelnen Falles führen solche Redensarten jedoch zu gar nichts. Oder nur zu Einlassungen, die auch unabhängig von den jeweiligen Werken gemacht werden könnten. Die Werke werden also bestenfalls zu Illustrationszwecken herangezogen. Dazu aber ist Literatur, sofern man sie in ihrem Eigensinn ernst nimmt, nicht da: etwas zu illustrieren. Tut sie es dennoch, reden wir von Kitsch. Mitunter prämierte der Nobelpreis auch solchen.

Der Nobelpreis für Literatur dient nämlich dem Rühmen, und jede Zeit findet etwas anderes rühmend. Darum gibt es so viele Nobelpreisträger, die fast niemand mehr erinnert. Oder wüssten Sie, was Eyvind Johnson so geschrieben hat? Die Vergabe des Nobelpreises drückt also weder aus, dass man in den Büchern Peter Handkes mehr Poesie, Phantasie und Sprache findet als bei Philippe Jaccottet oder Anne Carson, die ihn nicht bekamen, noch fällt der Preis ein Urteil über die Person diesseits ihrer Fähigkeit, zu rühmende Literatur hervorgebracht zu haben.

Hat Peter Handke solche Literatur hervorgebracht? Nicht einmal Aleksandar Hemon, der Handke in der „New York Times“ gerade den „Bob Dylan unter den Genozidapologeten“ genannt hat, bestreitet das. Nur hat für ihn Handke durch seine bizarren Äußerungen über den Bosnien-Krieg, in denen er sich blind auf die Seite Serbiens stellte, alles entwertet, was er zuvor geschrieben hatte und jemals schreiben wird. Genau das muss man hinbekommen, um die Preiswürdigkeit Handkes in Zweifel zu ziehen: die Abstraktion, dass jede Zeile dieses Schriftstellers für immer eine Zeile desjenigen ist, der sich von 1996 an mehrfach irrlichternd, verstiegen und verquast zum Krieg in Bosnien äußerte.

## Was ist mit Hauptmann, Shaw und García Márquez?

Die Liste der Nobelpreisträger ist lang, in deren Werk es Texte gibt, die heute mit Empörung rechnen müssten. Der jüngste, der ihn jemals bekam, Rudyard Kipling 1907, hatte damals schon etliche Belege für seine kolonialistische Gesinnung gegeben, der zufolge die „neugefangenen verdrossenen Völker“ halb Teufel und halb Kinder seien. Gerhart Hauptmann, der den Preis 1912 erhielt, war 1905 unter den Gründungsmitgliedern der Gesellschaft für Rassenhygiene, deren Initiator er in „Vor Sonnenaufgang“ ein Denkmal setzte. Auch George Bernard Shaw war ein Anhänger der Eugenik. Das Lob des Großen Krieges als menschen- und deutschen- wie franzosenveredelnde Macht sangen Thomas Mann und Henri Bergson lange bevor sie nobeliiert wurden. T.S. Eliot hing der faschistischen Action française an, Michail Scholochow Stalin und Gabriel García Márquez Castro.



Sind darum „Kim“ und die „Genau-so-Geschichten“, „Die Weber“, „Pygmalion“ und die „Buddenbrooks“, „Materie und Gedächtnis“ und „Das Lachen“, das „Waste Land“ und – lassen wir Scholochow beiseite – „Hundert Jahre Einsamkeit“ für immer die Werke von Rassisten, Kriegstreibern, Faschisten und Diktatorenspezis? Anders formuliert: Wie kommt man auf die Idee, Schriftsteller hätten angenehme Menschen mit durchgängig einwandfreien Ansichten und tadellosem Lebenslauf zu sein?

Peter Handke hat seinen Beruf als Schriftsteller instrumentalisiert, als er seine peinlichen und mitunter auch niederträchtigen Einlassungen zu Bosnien publizierte. Und zwar nicht in Form von Argumenten, sondern als Reisebericht mit poetischer Lizenz. Niemand hätte ihm damals zugehört, wäre er nicht der Autor des „Wunschlosen Unglücks“, der Übersetzer von „Prometheus, gefesselt“ und des „Kinogehers“, der Drehbuchschreiber von „Der Himmel über Berlin“.

Das Werk Handkes ist seit fünfzig Jahren eines der reichsten und eigensinnigsten deutscher Sprache. Aber manche Schriftsteller sind so: Sie missbrauchen ihren Ruhm. Und treten damit in einen Bezirk ein, in dem jedes dumme Wort, das sie sagen, auf sie zurückfällt. Die Frage ist nur, ob ihre dummen Sätze auch auf ihre bedeutenden Werke zurückfallen. Wer in „Langsame Heimkehr“, in „Kaspar“ und in „Noch einmal für Thukydides“ keine apologetischen Impulse gegenüber Gewalt und keine sonstige Niedertracht findet, muss diese Frage verneinen. Bücher sind nicht Nahestehende, denen wir eine Freundschaft kündigen oder ihren Ruhm bestreiten könnten, weil sich ihre Autoren unverzeihlich verhalten haben.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/pogrome-in-der-ukraine-vor-100-jahren-wer-legt-zeugnis-ab-16439910.html?premium>

POGROME IN DER UKRAINE:

## Wer legt Zeugnis ab?

- VON SUSANNE KLINGENSTEIN -AKTUALISIERT AM 19.10.2019-08:02

*Vor hundert Jahren tobten in der Ukraine Pogrome gegen Juden, die heute als „vergessener Genozid“ gelten: Doch auch damals stellte sich schon die Frage, wie man davon erzählen könnte.*

Am 8. September 1919 erschien in der „New York Times“ auf Seite sechs unter der Überschrift „Ukrainische Juden wollen Pogrome stoppen“ ein kurzer Artikel über die Ermordung von 127.000 Juden in der Ukraine seit Beginn des Jahres. „6.000.000 sind in Gefahr“ lautete der Untertitel.

Der Bericht über eine Versammlung in New York, in der über die brutalste Gewalt gegen Juden seit den tierischen Überfällen der Truppen Bohdan Chmelnyzkyjs im Jahr 1648 berichtet wurde, schloss mit den Worten Joseph Seffs: „Die Tatsache, dass sechs Millionen Seelen in der Ukraine und in Polen in Wort und Tat davon in Kenntnis gesetzt wurden, dass sie völlig vernichtet werden sollen – diese Tatsache steht heute der Welt vor Augen als wichtigstes Anliegen unserer Zeit.“

Nur 22 Jahre sollten vergehen, bis die deutsche Besetzung der Ukraine die Umsetzung der Auslöschungsdrohung ermöglichte. Die 1200 Pogrome der Jahre 1918 bis 1921, bei denen, konservativ geschätzt, 100.000 ukrainische Juden auf entsetzliche Weise ermordet wurden, sind nach 1945 von der kaum begreiflichen Dimension der Schoa so weit in den Schatten gestellt worden, dass sie gelegentlich schon der „vergessene Genozid“ genannt wurden. Im jüdischen Bewusstsein aber waren diese Pogrome immer präsent, denn sie fanden just zu einer Zeit statt, als die jiddische Kultur in der Ukraine nach der Befreiung vom zaristischen Joch einen alle mitreißenden kreativen Aufschwung genommen hatte.

### Reaktionen im Exil

Dieser Freisetzung fulminanter intellektueller und kreativer Energien entsprach in der seit Jahrhunderten geknechteten ukrainischen Bevölkerung die Freisetzung einer bislang herrschaftlich kontrollierten Gewaltbereitschaft (so der Historiker Felix Schnell schon 2008). Sie entlud sich in Hunderten von Dörfern und kleinen Städten, sobald bewaffnete Männer auftauchten, egal ob sie zu Simon Petjuras ukrainischen Nationalisten, zur monarchistischen Weißen Armee Anton Denikins, zur anarchistischen Schwarzen Armee Nestor Machnos oder zu den „grünen“ Bauernarmeen und Banden unabhängiger Warlords (Atamane) gehörten. In weniger als zehn Prozent der Fälle war die Rote Armee an Pogromen beteiligt.

Die Ankunft von Bewaffneten (in der zweiten Welle von Februar 1919 an häufig mit der Eisenbahn) aktivierte oft einen lokalen Mob, der mit Säbeln und landwirtschaftlichen Geräten auf die als Christismörder, Ausbeuter und Juden-Bolschewiken dämonisierten unbewaffneten jüdischen Nachbarn losging. Die Männer wurden erschlagen, erstochen oder erschossen, Kinder mit Bajonetten getötet, Mädchen und Frauen zu Zehntausenden vergewaltigt. Es war, so der amerikanische Politologe Daniel Pipes, das größte Morden vor dem Holocaust.

Die Reaktion der jüdischen Intellektuellen auf diese quantitativ und qualitativ neue Gewaltentfesselung, war, wie immer nach Katastrophen, Zeugenschaft und Dichtung – allerdings schon nicht mehr in der Ukraine, sondern im Exil. In Warschau, Moskau und Berlin schufen Peretz Markisch, Leib Kwitko und David Hofstein erschütternde lyrische Zyklen: „Di kupe“ (Der Haufen, 1921) und „1919“ (1923), beide illustriert von Iosif Tschaikow, und „Troier“ (Trauer, 1922), illustriert von Marc Chagall. Im Jahr 1926 folgte noch Itsik Kipnis' formal raffinierter und emotional verstörender Roman „Chadoschim un teg“ (Monate und Tage), der Liebe und Tod, Flitterwochen und

Bluttausch als Pas de deux inszenierte. Dichtung würde die Mörder überleben und die Toten verewigen.

### Agitation gegen die ‚Juden-Bolschewiken‘

Es ist darum nicht verwunderlich, dass in jüngster Zeit amerikanische Literatur-wissenschaftler und Historiker, deren Gebiet die jiddische und russisch-jüdische Kultur ist, damit begonnen haben, die Pogrome von 1918 bis 1921 aus den reichlich vorhandenen Zeugenaussagen zu rekonstruieren und den zeitgenössischen Hinweisen auf den Genozid-Charakter der Morde nachzugehen.

Der Historiker Jeffrey Veidlinger (University of Michigan) untersucht derzeit die vorbereitende Rolle, die das Blutvergießen zwischen 1917 und 1921 dabei spielte, „die Ermordung von Juden zu normalisieren und die Bedingungen für den Genozid zu schaffen. Als Wehrmacht und Einsatzgruppen im Sommer 1941 in die ukrainischen Städte rollten, um mit der Auslöschung der europäischen Juden zu beginnen, besetzten sie ein Gebiet, in dem der Massenmord an Juden seit Jahrzehnten ein bekanntes Muster war.“ Veidlinger weist darauf hin, dass viele Täter noch nicht einmal zwanzig Jahre alt waren. Also waren sie im Sommer 1941 erst Anfang vierzig. „Gewalt gegen Juden war für sie nichts Außergewöhnliches. Es entsprach ihrem Vorstellungsmuster“, zumal die deutschen Besatzer die Juden ebenfalls als Bolschewisten dämonisierten und damit die Rechtfertigungsstrukturen der Jahre 1917 bis 1921 reaktivierten. Die Handlungen der Deutschen bestätigten den ukrainischen Tätern die Richtigkeit des eigenen Handelns in der Jugendzeit.

In Deutschland sind die Pogrome des Russischen Bürgerkriegs schon seit einem Jahrzehnt Gegenstand der Gewaltforschung. In seiner wegweisenden Analyse der Pogrome im podolischen Städtchen Gajsin im Frühjahr 1919, bei denen viertausend Menschen starben, arbeitete Felix Schnell die fundamentalen psychodynamischen Strukturen der Pogrome und die Bedeutung kollektiver Gewaltausübung für Kohäsion und Identität eines Kollektivs im staatsfernen Raum heraus.

Schnell fand in den Memoiren Govoruchins, eines Offiziers der Armee des Zaren, eine Beschreibung der Vorgehensweise des dreiundzwanzigjährigen Ataman Ananij G. Volyneec, eines Bauernsohns aus Gajsin: Nachdem Volyneec sich vor den Bolschewiken in ein nahes Dorf zurückgezogen hatte, begann er dort, gegen die ‚Juden-Bolschewiken‘ zu agitieren. Bald kochte der Bezirk vor Hass, und Volyneec gelang es, fast zehntausend Bauern um sich zu sammeln. Im März 1919 konnte er Gajsin kampflos einnehmen, da das jüdische Bataillon und die Sowjetmacht angesichts der numerischen Überlegenheit der Bauern geflohen waren.

### Ein groteskes Regime der Gewalt

Die Eroberung wurde sofort durch Gewaltausübung rituell bestätigt. „Volyneec“, so erinnert sich Govoruchin, „rechnete grausam mit den Juden ab: die Bauern veranstalteten einen Pogrom. Alle Geschäfte und Läden wurden verwüstet. Ungefähr eintausend Juden wurden am ersten Tag der Herrschaft von Volyneec ermordet. Es litten vor allem die Frauen, die Alten und die Kinder, weil alle jungen waffenfähigen Juden in das jüdische Bataillon gegangen waren.

Ich habe selbst auf der Straße eine Jüdin mit einem ungeheuren Pfahl im Unterleib gesehen. Die Misshandlungen ließen keinen Juden aus. Das bäuerliche Wesen wirkte sich auf die Söhne der Ukraine aus und brachte aus ihnen all ihre Erniedrigungen heraus. Am anderen Tag gingen die Bauern in ihre Dörfer zurück, nachdem sie die Stadt ausgeraubt hatten – nur zweitausend Bauern blieben in Gajsin. Der Pogrom hörte auf. Man muss hinzufügen, dass einzelne Personen zu den Häusern der Juden gingen, sie ausraubten und manchmal auch umbrachten.“

Der junge Volyneec blieb und errichtete ein Terrorregime. Schnells Fazit lautet: „Der Mord an den Gajsiner Juden hatte seinen Grund nicht so sehr in Antijudaismus oder Antisemitismus. Er baute vielmehr auf diesen Versatzstücken der Alltagskultur in den Westgouvernements des Zarenreichs auf und hatte eine symbolische und regelrecht rituelle Bedeutung für die Kriegergemeinschaft und ihren Anführer Volyneec selbst. Wiederholtes grenzüberschreitendes Handeln – das Töten und Quälen

wehrloser Opfer, an denen man sich vermeintlich vergehen durfte – stärkte die Fähigkeit der Gewaltausübung, indem es moralische Schranken schrittweise abbaute. Der Kult der Gewalttätigkeit wurde auch durch äußere Attribute unterstrichen.“

Zu den frühesten Atamanen dieser Art gehörte Oleksei Kozyr-Zirko, der im Januar 1919 in Owrutsch drei Wochen lang ein groteskes Regime der Gewalt errichtete. Die Juden mussten vor ihm tanzen, während er mit der Peitsche knallte. Sie wurden mit Narrenkappen auf den Köpfen und Kerzen in den Händen auf Stühle gesetzt und mussten jiddische Lieder nachsingen, deren Worte man ihnen vorsprach, während Kozyr-Zirko mit einem Freund im Bett lag und sich vor Lachen schüttelte. Als einer der Juden in seiner Erniedrigung zu weinen begann, wurde er zu 120 Peitschenhieben verurteilt. Erschießungen gaben Kozyr-Zirko Worten Autorität. Aus den Blusen der Frauen ließ er Schals für sich schneiden.

### Zaun an Zaun, bis der Nachbar die Waffe zieht

Aber das waren Kindereien im Vergleich zu dem, was sich etwa vom 2. bis zum 20. Mai 1919 in der Domäne des Ataman Grigorjew abspielte, in Slatopol, Snamenka, Lebedin, Gorodische, Orlowets, Solotonoscha, Rotmistrowka, Matusowo, Bjeloserja, Smela, Jelisawetgrad, Nowo-Mirgorod, Tscherkassy, Raigorod, Alexandrowka, Stepanowka, Semjonowka, Grossulow und anderen Orten. Nachzulesen ist das in einem Bericht, den Elias Heifetz, der Vorsitzende des in Kiew gegründeten „Allukrainischen Jüdischen Öffentlichen Komitees für die Unterstützung von Opfern der Pogrome“ 1920 in New York und 1921 in London veröffentlichte.

Sein Komitee beriet am 16. September 1921 über einen Antrag David Hofsteins, Schriftsteller einzustellen, um von ihnen in Tagebüchern und Chroniken das Ausmaß der Pogrome dokumentieren zu lassen. Es ist möglich, dass Hofsteins Antrag von der gerade aufkommenden sowjetischen Technik der Faktografie inspiriert war. Doch als Hofstein in Moskau selbst mit der Komposition eines Werks über die Pogrome begann, wählte er (wie Puschkin und Mandelstam) als seinen Ausgangspunkt die „Tristia“, Ovids elegische Reflexion über sein bitteres Exil am Schwarzen Meer. Die Pogrome, so legt Hofsteins „Troier“ nahe, machen ihn zum Exilierten im eigenen Land.

Es war dann Hofsteins Protegé Kipnis, der in seinen Roman „Chadoschim un teg – A Chronik“ literarische Zeugenschaft ablegte. Im Juli 1919 durchlebte der junge Kipnis, der gerade geheiratet hatte, ein Pogrom in seiner Heimatstadt Slowetschno. Er arbeitete in der Gerberei seines Vaters, die Familie lebte problemlos am Stadtrand, Zaun an Zaun mit Ukrainern, die sie seit Jahrzehnten kannten. So war es Kipnis unbegreiflich, dass sein gleichaltriger Nachbar Marko Luchtans am 16. Juli plötzlich Pistole und Säbel ergriff, um die Juden der Stadt zu töten. Ihre Häuser wurden geplündert (auch das von Kipnis), Juden, die in die umliegenden Dörfer flohen, wurden dort ermordet.

### „Massaker droht allen Juden“

Kipnis' Roman ist faktografisch. Er nennt die Namen wirklicher Personen und beschreibt wirkliche Ereignisse. Darüber hinaus aber ist er intensiv auf der Suche nach den Gründen, die Marko Luchtans über Nacht in einen Dieb und Mörder verwandelt hatten. „Chadoschim un teg“ ist eine jüdische Innenansicht der Pogrome. Ein ukrainisches Pendant gibt es nicht.

Dass „Chadoschim un teg“ als erstaunliches Kunstwerk der Avantgarde unbekannt blieb, hat natürlich mit der Auslöschung der jiddischen Kultur zu tun. Jiddische Autoren, die Pogrome und Holocaust überlebten, gerieten nach 1948 als „reaktionäre Nationalisten“ in die GULags. Yizchok Nusinow, der 1926 ein werbendes Vorwort zu Kipnis' Roman verfasste, starb 1950 in einem Moskauer Gefängnis Lubjanka, Kipnis selbst verbrachte die Jahre 1949 bis 1956 im Lager. Hofstein wurde am 12. August 1952 im Keller eines Moskauer Gefängnisses exekutiert.

Am 20. Juli 1921 erschien in der „New York Times“ auf Seite zwei unter der Überschrift „Bittet Amerika 6.000.000 in Russland zu retten“ ein kurzer Artikel über Hungersnot und Pogrome in der Ukraine. „Massaker droht allen Juden“ lautete der Untertitel.

## Wie hätte meine Tante über SS-Mann Bruno D. geurteilt?

Stand: 18.10.2019 | Lesedauer: 2 Minuten

Von **Alan Posener**

*In Hamburg steht ein 93-Jähriger vor Gericht, weil er mit 17 ein Rädchen in der NS-Vernichtungsmaschinerie war. Es scheint, als solle der Prozess gegen Bruno D. Justiz und Öffentlichkeit entlasten, die in der Nachkriegszeit so viel versäumt haben.*

Zu den stolzesten Besitzstücken meiner Familie gehört die Urkunde des Mossad, mit der meiner Tante Yael (Lotte) Posener für ihre Rolle bei der Ergreifung Adolf Eichmanns gedankt wird. Israel musste den „Organisator der Endlösung“ 1960 aus Argentinien entführen, weil sich die deutschen Behörden – trotz der Bemühungen des hessischen Generalstaatsanwaltes Fritz Bauer – weigerten, Eichmann zu verfolgen.

Nun steht in Hamburg der 93-jährige Bruno D. vor Gericht, weil er als 17-Jähriger ein Rädchen in der Maschinerie war, die Himmler, Heydrich, Eichmann und andere fanatische Bürokraten des Todes aufbauten. Ich frage mich, ob meine – längst verstorbene – Tante darüber Genugtuung empfinden würde. Bruno D. war Wachmann im KZ Stutthof bei Danzig. Einem Ort des Massenmords, besonders an Juden, aber auch an Katholiken und anderen Gegnern der Nazis. Die vier Stutthof-Prozesse in Polen 1946 und 1947, bei denen 21 Todesurteile gefällt wurden, brachten das Ausmaß der Verbrechen ans Licht.

Dazu gehörte, dass aus einigen Opfern Seife hergestellt wurde. Der dafür verantwortliche Arzt Rudolf Maria Spanner war ab 1946 Professor in Köln. Niemand wirft Bruno D. vor, Gefangene getötet oder misshandelt zu haben. Seit etwa zehn Jahren aber gilt: Wer Teil der KZ-Maschinerie war, machte sich der Beihilfe zum Mord schuldig. Der junge SS-Mann Bruno D., so die Staatsanwaltschaft, hätte sich ja an die Front melden können.

Ein Teenager, der seit früher Kindheit nichts anderes kannte als das Dritte Reich, muss sich 75 Jahre später dafür verantworten, seine Haut durch den Wachdienst gerettet zu haben. Ist das schon schwer nachvollziehbar, so ist es die Eingrenzung der Beihilfe auf das KZ-Personal erst recht. Wie Himmler 1943 sagte: „Das jüdische Volk wird ausgerottet“, sagt ein jeder Parteigenosse, ganz klar, steht in unserem Programm, Ausschaltung der Juden, Ausrottung, machen wir.“ Damit wären alle NSDAP-Mitglieder der Anstiftung zum Mord schuldig. Und was ist mit der Wehrmacht, die mit ihrem Eroberungs- und Vernichtungskrieg erst den Holocaust ermöglichte?

Es gibt eine Schuld, die jenseits der Justiziabilität liegt. Nach 1945 waren die Deutschen so emsig bemüht, eine „Kollektivschuld“ zu leugnen, dass sie die Ausmaße tatsächlicher Mitschuld nicht sehen wollten. Man wird das Gefühl nicht los, der Prozess gegen Bruno D. solle Justiz und Öffentlichkeit entlasten, deren Versäumnisse – man denke an Eichmann und Spanner – aber nicht wiedergutzumachen sind. So, denke ich, würde meine Tante urteilen.

158,142

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/sachsens-ministerpraesident-aergert-die-klima-hysterie-16439743.html?premium>

SACHSENS MINISTERPRÄSIDENT:

## „Die Leute lehnen diese Klima-Hysterie ab“

- VON CHRISTOPH SCHÄFER
- -AKTUALISIERT AM 20.10.2019-10:11



*Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer ärgert sich über den Öko-Moralismus in Deutschland. Im Interview lehnt er Prämien für E-Autos ab und verteidigt seinen Holzofen zu Hause.*

Herr Kretschmer, nach der Landtagswahl in Sachsen sind Sie gerade mitten in den Sondierungsgesprächen mit der SPD und den Grünen. Färben die Gespräche langsam ab? Wann kaufen Sie Ihr erstes E-Auto?

Wir fahren einen zehn Jahre alten VW-Diesel, der läuft prima. Ein Elektroauto will ich nicht ausschließen, aber zur Zeit stellt sich die Frage nicht.

Warum?

Unser Auto fährt noch.

Also noch lange kein E-Auto.

Das ist doch wie bei jedem neuen Produkt. Am Anfang denken alle, das ist mir zu teuer, dann kaufen einige und später wird daraus ein Trend. Das ist ein normaler Prozess. Trotzdem darf man E-Autos nicht ideologisch überhöhen.

Was meinen Sie damit?

Ich halte die Verengung auf diese Technologie für falsch. Marktwirtschaftlich wäre es besser, Ziele für die CO<sub>2</sub>-Einsparung festzulegen und dann findet ein Wettbewerb um die richtige Technologie und um den Preis statt.

Wenn Sie für mehr Marktwirtschaft sind, müssten Sie gegen die Kaufprämien für E-Autos sein. Ein reines E-Auto bezuschusst der Staat mit 4000 Euro, das verzerrt den Wettbewerb enorm.

Solche Kaufprämien halte ich tatsächlich für bedenklich. Sie sind nicht das, was Deutschland ausmacht. Wir waren immer das Land, das auf Innovationen gesetzt hat.

Also abschaffen?

Wir müssen über das Klimapaket der Bundesregierung insgesamt reden. Ein Teil ist die Mobilität.

Den Grünen ist das Klimapaket zu lasch, die SPD will mehr soziale Gerechtigkeit. Und Sie?

Mich stört, dass das Klimapakete nicht nach marktwirtschaftlichen Prinzipien gestaltet ist. Der große Fehler der deutschen Energiepolitik ist seit zehn Jahren dieses Mikro-Management. Es werden kleinste Dinge geregelt, damit ist der Staat überfordert. Beispiele sind die Kraft-Wärme-Kopplung oder Biogasanlagen. Sie wurden gefördert, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Jetzt verteuern wir das Öl und den Strom. Wie es mit dem Gas weitergeht, weiß keiner. Das ist keine verantwortliche Politik, so kann niemand planen.

Immerhin wissen wir jetzt: Sprit und Flüge sollen teurer werden, neue Ölheizungen verboten ...

...und Kaminöfen auch! Sehr viele Hauseigentümer haben einen Ofen, um Scheitholz zu verbrennen. Wir auch.

Sie haben keine Zentralheizung?

Doch, es geht ums zusätzliche Heizen. Die Sache ist doch: Öl wird teurer, Gas wird teurer. Für viele war und ist die Frage: Können wir nicht zusätzlich ein bisschen Holz verbrennen, um Kosten zu sparen? Das sind normale Ausweichbewegungen. Und jetzt kommt der Staat und macht erstens Öl noch teurer und zweitens diesen Weg zu. Es ist doch klar, dass das zu Unsicherheit, Misstrauen und Frust führt.

Sind Sie auch gegen höhere Spritpreise?

Ja. Es gibt europäische CO<sub>2</sub>-Vorgaben, bis zu welchem Jahr der Flottenverbrauch wie tief sinken muss. Die Grenzwerte sind sehr streng, den Autokonzernen drohen Milliardenstrafen, wenn sie die Ziele nicht erreichen. Da leuchtet mir nicht ein, warum die Besitzer älterer Fahrzeuge mit Mehrkosten und Fahrverboten bestraft werden müssen. Der Staat sollte nicht Erzieher spielen.

Immerhin erhöht die Bundesregierung die Pendlerpauschale.

Darüber werden wir im Vermittlungsausschuss sprechen. Denn vom angedachten Weg profitieren nur einige Berufstätige. Und auch nur bei einem Arbeitsweg ab 21 Kilometern. Ich bin dagegen, dass Rentner, Hausfrauen und Arbeitnehmer mit geringen Einkommen die Zeche zahlen. Die haben von der höheren Pendlerpauschale nichts. Außerdem werden die Leute im ländlichen Raum auch in den nächsten Jahrzehnten noch auf ihr Auto angewiesen sein. Das ist ihre einzige Möglichkeit zur Teilhabe. Über höhere Spritpreise jubeln doch nur die, die davon nicht betroffen sind.

Haben Sie freitags schon mal für den Klimaschutz demonstriert?

Nein, aber ich habe die sächsischen Schüler zu einer Klimaschutzkonferenz eingeladen. Da haben 600 junge Leute mit Experten diskutiert. Daraus ist ein Pflichtenheft entstanden, das die Sächsische Staatsregierung jetzt umsetzt, beispielsweise wollen wir den Stromverbrauch der Regierung auf Ökostrom umstellen und auf Plastikverpackungen verzichten. Ende Februar kommenden Jahres treffen wir uns wieder.

Was finden Sie wichtiger: die Schulpflicht oder die Fridays-fot-future-Demos fürs Klima?

Die Schüler, die da mitdemonstrieren, ignorieren die Schulpflicht, weil ihnen das andere wichtiger ist. Das respektiere ich. Aber sie müssen dann auch die Konsequenzen tragen. Ich kann den Schülern keinen Freibrief geben und finde, man kann auch am Samstag demonstrieren.

Greta Thunberg hat Politikern vorgeworfen, ihr „die Kindheit zu stehlen mit euren leeren Worten?“. Fühlen Sie sich angesprochen?

Greta Thunberg ist eine junge Frau und ich finde es extrem kritisch, wie sie von der Öffentlichkeit und den Medien behandelt wird. Das tut weder ihr gut noch ihrem Anliegen. In der Bevölkerung gibt es

eine große Ablehnung gegen ihren moralischen Zeigefinger und diese Hysterie. Dafür kann man aber nicht Greta Thunberg mit ihren 16 Jahren verantwortlich machen.

Greta Thunberg ist freiwillig vor die Vereinten Nationen getreten und hat dort emotional gesprochen. Darüber haben viele berichtet. Wo liegt das Problem?

Die Frage ist doch: Wer bringt eine 16-jährige Jugendliche aus Schweden vor die Vereinten Nationen? Das muss man doch einmal kritisch hinterfragen. Wir brauchen in den Fragen des Klimaschutzes einen gesellschaftlichen Konsens und eine gewisse Ruhe und Sachlichkeit. Das findet nicht statt.

Dann lassen Sie uns ruhig über Braunkohle sprechen. In der Lausitz hängen 13.200 Arbeitsplätze an der Energiegewinnung daraus. Was sagen Sie den Arbeitern dort?

Die Kohlekommission hat einen mühsam errungenen Kompromiss zwischen Ökonomie und Ökologie erreicht und sich auf das Jahr 2038 als Ausstiegsdatum geeinigt. Ein Jahr ist seitdem vergangen und bewegt hat sich nichts. Keine neuen Straßen wurden gebaut, keine neuen Behörden angesiedelt. Deshalb ist es dringend notwendig, dass die Gesetze nun schnell beschlossen werden und wir anfangen können, die 40 Milliarden Euro für den Strukturwandel auszugeben.

Kann man denn mit Geld Arbeitsplätze in der Lausitz kaufen?

Zunächst einmal sind das Regionen, die infrastrukturell schlecht erschlossen sind. Deswegen brauchen sie eine Autobahn, sie brauchen eine Eisenbahnverbindung. Und dann wollen wir neue Wirtschaft ansiedeln, damit neue Stellen entstehen in der Region. Durch kluge Strukturentwicklung lässt sich dafür sorgen, dass kreative Menschen das richtige Umfeld finden, um sich selbständig zu machen, um Wertschöpfung zu betreiben und damit auch Arbeitsplätze zu schaffen.

In den Sondierungsergebnissen, die Sie mit Grünen und der SPD vereinbart haben, liest sich das mit den Autobahnen anders. Dort heißt es, sie wollen alle „Neubaumaßnahmen überprüfen“.

Es ist für die Grünen wichtig, dass sie in die Diskussion mitgenommen werden, warum gewisse Staatsstraßen so wichtig sind und gebaut werden müssen. Und so kommen die Dinge langsam zusammen und wir werden sehen, ob am Ende ein tragfähiges Bild entsteht. Ich bin da guter Dinge.

Teile ihrer Partei scheinen der AfD näher zu sein als den Grünen. Täuscht dieser Eindruck?

Ich werde immer wieder darauf angesprochen, dass nicht alle in der AfD rechtsextrem seien. Dann antworte ich: Das stimmt, aber keiner in der CDU ist rechtsextrem. Das ist der große Unterschied. Und wir stehen klar zu Europa. Die AfD kennt keine Toleranz und keine Kompromissbereitschaft. So etwas würde in keiner Familie funktionieren und auch in keiner Regierung.



# Kann man mit Technik wirklich noch die Erderwärmung stoppen?

Stand: 04:15 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten

Von Stefan Parsch



Nach wie vor werden große Mengen Kohlendioxid ausgestoßen. Deshalb gewinnen Methoden, mit denen sich das Gas aus der Atmosphäre filtern lässt, an Aufmerksamkeit. Ein Faktencheck.

Es wird weltweit wärmer. Im Sommer wurden gleich in mehreren Ländern Europas Rekordtemperaturen gemessen: In Deutschland war es Ende Juli in Lingen 42,6 Grad Celsius heiß, einen Monat zuvor wurden in Frankreich 46,0 Grad erreicht. Hitzerekorde erlebten auch Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Großbritannien. Die Erderwärmung scheint eindeutig voranzuschreiten – allen internationalen Vereinbarungen, in denen Maßnahmen zur Verhinderung der Erwärmung beschlossen wurden, zum Trotz.

Im Pariser Übereinkommen von 2015 hatten sich die 197 Staaten darauf verständigt, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, möglichst sogar unter 1,5 Grad. Bislang ist die Temperatur allerdings bereits um etwa ein Grad gestiegen, und eine Drosselung der Kohlendioxidemissionen scheint nicht in Sicht. Um die Erderwärmung einzudämmen, müsste der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in den kommenden Jahren drastisch sinken.

„Gegenwärtige Minderungsbemühungen und bestehende zukünftige Verpflichtungen reichen nicht aus, um die Temperaturziele des Pariser Übereinkommens zu erreichen“, schrieben Forscher um Mark Lawrence vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam im vergangenen Jahr im Fachblatt „Nature Communications“. Da dies aber nicht im erhofften Maße passiert, rückt das Geoengineering in den Blick. Mithilfe von Technologien sollen Treibhausgase aus der

Atmosphäre entfernt werden. Das Team um Lawrence untersuchte diverse Verfahren. Diskutiert werden im Wesentlichen sieben Ansätze:

## **1. Bioenergie mit CO<sub>2</sub>-Speicherung**

Bioenergie mit Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung (BECCS, Bioenergy with Carbon Capture and Storage): Bei dem Verfahren werden Pflanzen angebaut, nach der Ernte wird die Biomasse in Kraftwerken verfeuert. Das frei werdende CO<sub>2</sub> wird unterirdisch verpresst.

## **2. Kohlendioxid-Erfassung**

Das Klimagas soll direkt aus der Luft gefiltert und anschließend unterirdisch eingelagert werden (DACCS, Direct Air Carbon Capture and Storage).

## **3. Künstliche Verwitterung**

Mineralien wie Olivin, Wollastonit oder Peridotit werden gemahlen und großflächig oberirdisch verteilt, damit ihre Verwitterung der Atmosphäre Kohlendioxid entzieht.

## **4. Biokohle oder Pflanzenkohle**

Pflanzenmasse und andere Stoffe werden durch sogenannte Pyrolyse bei hohen Temperaturen aufgespalten. In der Biokohle wird ein großer Teil des Kohlenstoffs stabil gebunden.

## **5. Ackerboden-Management**

Spezielle Ackerbauformen (SCS, Soil Carbon Sequestration) sollen der Luft Kohlendioxid entziehen und in Pflanzen oder Böden binden.

## **6. Aufforstung**

Beim Aufforsten großer Flächen sollen die wachsenden Bäume Kohlendioxid binden.

## 7. Ozeandüngung

Eine Düngung der Ozeane etwa mit Eisen soll das Wachstum von Algen anregen und so dem Wasser Kohlenstoff entziehen.

Alle diese Verfahren werden seit vielen Jahren erforscht - aber jedes bringt seine eigenen Probleme mit sich: So ist etwa das Filtern von Klimagasen aus der Atmosphäre (DACCS) zurzeit teurer als die anderen Verfahren.

Bioenergie (BECCS) und Biokohle haben einen anderen Nachteil: Die angebauten Energiepflanzen binden zwar Kohlendioxid, ihre Kultivierung konkurriert aber mit dem Anbau von Lebensmitteln. Und weil die chemischen Reaktionen zur Herstellung von Biokohle nur bei Temperaturen von maximal 900 Grad Celsius ablaufen, ist der Energiebedarf sehr hoch.

Bioenergie und Biokohle haben noch eine weitere Schwäche: Sie sind auf eine Lagerung des Kohlendioxids in tiefen Erdschichten angewiesen. Dieser CO<sub>2</sub>-Speicherung stand die Bevölkerung in Deutschland bislang sehr skeptisch gegenüber. Axel Liebscher vom Deutschen Geoforschungszentrum (GFZ) in Potsdam sieht in jüngster Zeit allerdings eine Veränderung. Er kennt die Diskussion gut, da er bis Anfang 2018 den Pilotstandort Ketzin in Brandenburg geleitet hat. Hier, etwa 25 Kilometer westlich von Berlin, wurden zur Erprobung der Speichertechnologie von 2008 bis 2013 insgesamt 67.000 Tonnen Kohlendioxid in eine Tiefe von knapp 650 Metern gepumpt. Die dortige geologische Formation ist von einer gasdichten Tonschicht überlagert. Bis 2018 wurde der Speicher überwacht, die Wissenschaftler stellten zum Abschluss des Projekts kein Leck fest, aus dem Kohlendioxid ausgetreten wäre.

Allerdings waren in Ketzin die Bedingungen für die Kohlendioxidspeicherung ideal. Für die industrielle Anwendung aber müssten wesentlich größere Mengen Kohlendioxid in die Erde gepumpt werden - nämlich mehrere Hunderttausend Tonnen pro Jahr. Der Druck müsste größer sein, und die Einlagerung müsste deutlich tiefer erfolgen, eher in Tiefen ab 900 Metern.

Auch die Akzeptanz in der Bevölkerung sei für das Verpressen des Kohlendioxids im Untergrund nicht von vorneherein gegeben. So wurde, wie Cornelia Schmidt-Hattenberger

vom GFZ sagte, in Ketzin jedes Jahr ein Tag der offenen Tür veranstaltet und auf vielen Wegen über das Projekt aufgeklärt. So entstand demnach lokale Akzeptanz. Andere Projekte zur Erforschung der Technologie – etwa durch den Energiekonzern RWE in Schleswig-Holstein, durch Vattenfall in Ostbrandenburg und Gaz de France in Sachsen-Anhalt – sind in der Vergangenheit nach Protesten gestoppt worden.

Wie jede Technologie sei auch die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid nicht risikofrei, aber die Risiken seien beherrschbar. Schmidt-Hattenberger verweist auf die Erfahrungen aus 19 großen Projekten weltweit, bei denen Kohlendioxid im Untergrund gespeichert werde. In Europa etwa nutzt Norwegen seit 1996 die Technologie, um das bei der Erdgasaufbereitung anfallende CO<sub>2</sub> im Meeresboden zu lagern. Wegen der weltweiten Erfahrungen sieht Schmidt-Hattenberger die Technologie als ausgereift an.

Umweltschützer sind da kritischer. Karsten Smid von Greenpeace: „Die Kohlendioxidspeicherung ist eine Risikotechnologie und als dauerhafte Ablagerung von Müll einzuordnen.“ Er verweist auf die Probleme bei der Lagerung von Atommüll.

Smid sieht die schnelle Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes als entscheidende Maßnahme zur Einhaltung der Klimaziele an. Zudem plädiert er für Verfahren, die die Kräfte der Natur nutzen: Dazu gehöre etwa die Renaturierung von Mooren, die besonders viel Kohlendioxid speichern könnten, oder Aufforstungen mit Mischwald.

Nach einer Studie der ETH Zürich könnten großflächige Aufforstungen zwei Drittel der jemals vom Menschen verursachten Kohlendioxidemissionen aus der Atmosphäre entfernen. Benötigt würden dafür rund 900 Millionen Hektar, was etwa der Größe der USA entspricht. Das größte Potenzial für solche Aufforstungen sehen die Forscher in Kanada, Australien, China, Russland, den USA und Brasilien. Allerdings kritisieren Forscher wie Sabine Fuss vom Berliner Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) die Berechnungen als zu optimistisch. Nicht Aufforstung sei der beste Ansatz gegen den Klimawandel, sondern die Vermeidung von Emissionen.

Viele Aspekte der Verfahren des Bioengineering seien zwar problematisch: bei BECCS der große Landverbrauch für Energiepflanzen, bei DACCS der hohe Energiebedarf, bei der künstlichen Verwitterung das „Zermahlen ganzer Berge“. Dennoch sei das Potenzial der Verfahren nicht von der Hand zu weisen, sagt Sabine Fuss. Lediglich die Ozeandüngung

nimmt sie aus: Deren Nachhaltigkeit sei nicht belegt. Das Einbringen von Nährstoffen in Ozeane, um das Wachstum von Algen und in der Folge anderer Meeresbewohner anzuregen, sei sehr umstritten, wegen unabsehbarer Konsequenzen für die Ökosysteme.

Als etablierte Methode wertet Fuss dagegen das Ackerboden-Management (SCS), bei dem etwa auf das Tiefpflügen verzichtet wird. Auch die Verwendung von Kompost und Jauche bringe mehr Kohlendioxid in den Boden, ebenso wie ein Zwischenfruchtanbau, bei dem Teile tief wurzelnder Pflanzen nach dem Umpflügen in der Erde bleiben.

„Der Schlüssel für eine wirkungsvolle Reduzierung des Kohlendioxidgehalts der Luft liegt in einem guten Mix aller diskutierten Technologien“, betont Fuss. Man müsse genau prüfen, welches Verfahren wo gut funktioniere, und Maßnahmen kombinieren. Noch seien die Verfahren zwar nicht wirtschaftlich, eine CO<sub>2</sub>-Steuer könne helfen, dass es sich lohne, in die Technologien zu investieren.

Als eine Leitautorin des 2018 erschienenen Sonderberichts des Weltklimarats (IPCC) zum 1,5-Grad-Ziel weiß sie: „Wenn die globale Erwärmung mit der aktuellen Geschwindigkeit weiter zunimmt, erreicht sie 1,5 Grad Celsius wahrscheinlich zwischen 2030 und 2052.“

Andere Wissenschaftler, wie das Team um Mark Lawrence vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung, blicken skeptischer in die Zukunft: Man dürfe sich nicht darauf verlassen, dass Geoengineering deutliche Beiträge leiste. „Selbst wenn solche Verfahren jemals aktiv verfolgt würden und im globalen Maßstab funktionierten, wäre es sehr unwahrscheinlich, dass sie vor der zweiten Hälfte des Jahrhunderts umgesetzt werden.“ Das sei wahrscheinlich zu spät, um selbst das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Wolle man die Vorgabe schaffen, gehe an einer baldigen Senkung der Emissionen wohl kein Weg vorbei.